

# Untersuchungskommission des Wiener Gemeinderates

## Klärung der Projekt-, Kosten- und Terminentwicklung des Krankenhauses Nord

**17. Sitzung vom 19. Februar 2019**

---

### Wörtliches Protokoll

#### Inhaltsverzeichnis

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit	S. 3
2. Beweisanträge	S. 3
3. Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Kurt Marosi	S. 4
4. Zeugeneinvernahme von Mag. Dr. Erich Seyer	S. 24
5. Zeugeneinvernahme von Werner Steinböck	S. 38
6. Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Dr. Stephan Fuld	S. 52



(Beginn um 12.02 Uhr)

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ich eröffne die Sitzung um 12.02 Uhr und darf alle begrüßen, die sich heute in diesem Lokal eingefunden haben.

Wir haben Beweisanträge bekommen, die ich diesmal am Anfang der Sitzung erledigen möchte.

Beweisantrag von Peter Florianschütz und David Ellensohn und anderen mit der Nummer 508 (*Anm. 249336-2018/508*): Ladung des Univ.-Prof. Holoubek, Leiter der Clearingstelle zum KH Nord. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (*NEOS*): Ich halte zwei Dinge für wichtig. Punkt eins, dass es möglichst schnell eine Fraktionssitzung gibt, denn wir müssen uns auch darüber unterhalten, welche Zeugen wir noch einmal laden möchten. Und Punkt zwei, wenn wir jetzt hier einfach weitere Beweisanträge von Personen anführen, dann füllen sich die Tage mit Personen, bei denen ich mich manchmal frage, ob das tatsächlich notwendig ist, und wir haben dann weniger Zeit für jene, bei denen es vielleicht notwendig wäre, sie noch einmal zu rufen. Das, an diesem konkreten Beispiel Clearingstelle, denn die Diskussion haben wir heute sowieso und jetzt machen wir noch einmal etwas zu dem Thema, das halte ich für relativ sinnlos und eher für eine bisschen eine Verzögerung, denn zur Sachlage helfend.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Grundsätzlich angeordnet ist eine Fraktionssitzung am 1. März um 09.00 Uhr – ich wollte heute mit Ihnen noch abstimmen, ob das von der Zeit her möglich ist –, bei der natürlich insbesondere Thema ist, welche Zeugen wir noch laden müssen und ob wir auch weitere Termine brauchen. Denn das wird die nächste Frage sein, ob wir diese in den noch vorhandenen Terminen überhaupt unterbringen oder weitere Termine brauchen. Grundsätzlich können wir über die Zeugen abstimmen und ich würde es dann Ihnen überlassen, zu sagen, welche Zeugen Sie am wichtigsten erachten. Wir haben ja noch schon beantragte und beschlossene Zeugen, die wir noch nicht gehört haben. Wir brauchen aber für den Termin am 12. März drei Personen, die wir laden können, und das müssen wir heute festlegen, damit sie geladen werden können. – Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (*NEOS*): Wäre es möglich, diesen Fraktionstermin nicht früher zu machen, wir verlieren sonst wieder eine Woche? Ginge das nicht auch diesen Freitag?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: An mir liegt es nicht, ich überlasse es den Fraktionen, sich diesbezüglich zu einigen. Würde es bei Ihnen diesen Freitag gehen?

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP*): Bei mir nicht oder am späten Abend.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay, geht nicht. Herr Gara, einen weiteren Terminvorschlag.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (*NEOS*): Was ist am Donnerstag?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Dieser Donnerstag?

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (*NEOS*): Ja. Ich dränge nur deswegen darauf, weil die Zeit wahnsinnig schnell verrennt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ich verstehe es.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (*NEOS*): Wir müssen uns auf die Zeugen einigen und ich dachte, dass es wirklich wichtig ist.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gut, vielleicht können wir uns in einer Pause zusammensprechen, ob wir einen Termin finden.

Gibt es sonstige Anmerkungen zum Beweisantrag Holoubek? Wenn nicht, dann bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die *NEOS*, ansonsten von den anderen Fraktionen angenommen.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (*NEOS*): Entschuldigung, ich möchte es nur kurz begründen. Wir sind deswegen dagegen, weil es genau dieses Beispiel ist, wir sammeln jetzt viele neue Zeugen und uns ist es wirklich sehr wichtig, dass wir uns dieses Zeitfenster für Zeugen, die wir vielleicht noch einmal laden sollten, offen halten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Beweisantrag 509 (*Anm. 249336-2018/509*) von Florianschütz und Ellensohn: Ladung von Mag. Thomas Pankl, Planungsteam KH Nord. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen, ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? – Niemand, der Antrag ist von sämtlichen Fraktionen einstimmig angenommen.

Beweisantrag 510 (*Anm. 249336-2018/509*) von Florianschütz und Ellensohn: Ladung von Dipl.-Ing. Dr. Peter Wölfl, ehemaliger Programmleiterstellvertreter. Anmerkungen? – Keine. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? – Niemand, der Antrag ist von sämtlichen Fraktionen einstimmig angenommen.

Beweisantrag (*Anm. 249336-2018/511*) Seidl und andere: Vorlage folgender Urkunden durch den KAV: Verschwiegenheitserklärung zwischen dem KAV und den am Projekt beteiligten Auftragnehmern. Anmerkungen zu diesem Beweisantrag? – Herr Florianschütz.

GR Peter **Florianschütz** (*SPÖ*): Wir werden dem Beweisantrag zustimmen, da er durchaus legitim ist. Ich weise aber darauf hin, und das müssen wir uns halt noch überlegen auf Grund der Kürze der Frist, ob wir nicht Sachverständige oder Zeugen zum Thema Verschwiegenheitserklärung an sich beantragen werden, denn hier wird der Eindruck erweckt, als wäre das etwas Außergewöhnliches, dass es Verschwiegenheitserklärungen gibt. Auf der Homepage der Wirtschaftskammer Österreich finden sich jede Menge Muster dazu.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay, ich nehme an, man wird den Wortlaut wissen wollen, und nicht, was da genau drinnen steht.

Gibt es sonstige Wortmeldungen. – Wenn nicht, dann bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? – Niemand, der Antrag ist von sämtlichen Fraktionen einstimmig angenommen.

Das heißt, von diesen Beweisanträgen sind alle mit dem Herrn Mag. Pankl und dem Herrn Dipl.-Ing. Wölfl einverstanden, diese beiden Personen werden offensichtlich von allen Fraktionen für notwendig erachtet. Spricht etwas dagegen, wenn wir die gleich für den nächsten Termin laden? – Gut, dann bitte Pankl und Wölfl für den 26. März.

Ich stelle fest, dass wir beschlussfähig sind und dass der Zeuge Dipl.-Ing. Kurt Marosi schon sehr lange auf seine Vernehmung wartet. Er war Gutachter zur Weißen Wanne. Von der Amtsverschwiegenheit sind Sie entbunden? (*Die Auskunftsperson überreicht ein Schriftstück.*) – Danke schön.

Sie werden als Zeuge vernommen. Als Zeuge müssen Sie die Wahrheit sagen, eine falsche Zeugenaussage wäre strafbar.

Wenn Sie uns kurz etwas zu Ihrer Person berichten und was Sie tatsächlich mit dem gegenständlichen Projekt zu tun hatten.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Danke, Frau Vorsitzende. Ich möchte alle Kommissionsmitglieder und alle anderen Anwesenden im Saal herzlich begrüßen und einen schönen Tag wünschen! Ja, also ich bin entbunden von der Verschwiegenheitspflicht, einerseits vom KAV, andererseits von der PORR. Sie sehen mich hier also nur der Naturwissenschaft, der Technik, und meinem Gewissen verpflichtet.

Zu meiner Person: Ich wurde 1961 im Südburgenland geboren, habe nach der Matura die Technische Universität Wien absolviert, habe dort Bauingenieurwesen studiert und 1986 abgeschlossen. Nach dem Studium war ich in der österreichischen Bauindustrie als technischer Angestellter tätig. Die Laufbahn erstreckte sich dann über Techniker, Bauleiter, handels- und gewerberechtl. Geschäftsführer diverser Tochterunternehmen, bis hin zur Bereichsleitung im Rahmen einer Konzernprokura.

Neben der Arbeit habe ich diverse weitere Befugnisse erlangt: 1991 habe ich die Ziviltechnikerprüfung vor der Kommission der Wiener Landesregierung absolviert und die Befugnis wurde mir 1992 verliehen als Zivilingenieur für Bauwesen, und zwar vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Vereidigt wurde ich vom Amt der Wiener Landesregierung hier in diesem ehrwürdigen Hause. 1992 habe ich eine Konzessionsprüfung für das Baumeistergewerbe abgelegt, das hat auch in diesem ehrwürdigen Haus stattgefunden, und zwar vor der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion, Amt der Wiener Landesregierung. 1993 wurde mir die Konzession Baumeistergewerbe und Bauträgergewerbe vom Magistrat der Stadt Wien und der Landesinnung Bau erteilt. Diese Konzessionsübergabe war etwas ungewöhnlich, sie wurde mir nämlich vom damaligen Bürgermeister Dr. Helmut Zilk persönlich überreicht. 1994 wurde ich nach einem Hearing in die Gerichtsliste der österreichischen allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen eingetragen, vor dem Handelsgericht Wien, und seit 01.01.2000 und laufend bis jetzt führe ich ein Ziviltechniker- und Sachverständigenbüro in Wien Liesing. In diesem Rahmen habe ich den Auftrag auch erhalten, über das gegenständliche Krankenhaus Nord Gutachten zu bestimmten Themen, Weiße Wanne, zu erstellen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Vielen Dank. Wir beginnen heute mit der ÖVP. Sie stellt die ersten Fragen und es werden dann im Rotationsprinzip von den verschiedenen Fraktionen die Fragen gestellt. Ich sage vor-

her immer die Namen dazu, damit auch für das Protokoll klargestellt ist, wer gerade spricht. – Frau Korosec, bitte.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Herr Ing. Marosi, danke für die Information, die Sie uns jetzt gegeben haben, und jetzt kommen wir zur Weißen Wanne. Die Weiße Wanne ist ja ein wasserundurchlässiges Betonbauwerk unterhalb des Erdniveaus. Um eine Weiße Wanne zu errichten, müssen gewisse Richtlinien eingehalten werden, vor allem geht es da um Dichtungsmaterial und um die Betonqualität. Bei Betonbauten entstehen ja automatisch Risse in der Wand und bei der Weißen Wanne ist eben die Qualität so hoch, oder soll so hoch sein, dass die Menge an Rissen so gering wie nur möglich ist und vor allem deren Breite sehr schmal ist. Das ist natürlich für ein Spital besonders wichtig und laut den vorgelegten Gutachten – es ist ja so, dass Sie von den vier Gutachten zwei vollständig gemacht haben und jetzt einmal ...

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: (*unterbrechend*) Drei. Also ich weiß nicht welche vier Sie zitieren.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): (*fortsetzend*) ... ab 2017 dann sozusagen noch eine Stellungnahme dazu abgegeben haben. Da kann man also erkennen, dass es bei der Ausschreibung offensichtlich keine Vorgaben an die PORR betreffend Weiße Wanne gegeben hat. Daher hat auch die PORR, wie uns auch der Generaldirektor Strauss gesagt hat, keine Weiße Wanne errichtet. Es handelt sich, so hat er das gesagt, um eine Sonderbauweise und daher sind die strengen Richtlinien einer Weißen Wanne nicht umgesetzt worden. Dann kann es ja nicht an der PORR liegen, sondern dann kann es eigentlich nur beim Auftraggeber liegen, dass die Ausschreibung so konzipiert war, dass die Errichtung der Weißen Wanne gar nicht notwendig war.

Meine Frage dazu: Liegen wir richtig, dass es sich um eine Sonderbauweise handelt und die PORR aus diesem Grund auch keine Weiße Wanne errichtet hat?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also ich bin sehr froh, dass ich zu diesem Thema einige Worte verlieren darf, denn ich konsumiere auch Medien und vor allem will ich Sie wegbringen von dem Mysterium der Weißen Wanne, das es definitiv nicht ist. Eingangs möchte ich vielleicht ganz kurz die Unterschiede zwischen den verschiedenen Wannenaufbauten aufzeigen, die nicht nur die Aufgabe haben, gegen Grundwasser abzudichten, sondern gegen jede Art von Wasser, das anstehen kann an einem Gebäude – diesfalls Kellergebäude –, nämlich auch Oberflächenwasser treten an die Außenhaut eines Kellergebäudes heran und natürlich auch Grundwasser, wenn das Gebäude im Grundwasser steht. Man kann also ein Kellergebäude errichten, indem man es in Stahlbeton errichtet und dann die tragende Funktion, die der Stahlbeton an sich schon ausübt, mit der abdichtenden kombiniert. Wenn wir diese Abdichtung als eine polymermodifizierte bituminöse Masse applizieren oder aufflämmen – und diese Massen haben meistens eine schwarze Farbe –, sprechen wir deshalb von der Schwarzen Wanne. Dieselbe getrennte Funktion zwischen tragender und abdichtender Funktion kann man auch durch Aufapplizieren von Bentonitmatten

erhalten – das ist ein sehr feines mineralisches Pulver, das durch Quellfähigkeit auch eine Abdichtungswirkung erzeugt. Auch hier ist die abdichtende und tragende Wirkung getrennt und nachdem diese Matten meistens graue, braune Farbe haben, sprechen wir dann von der Braunen Wanne.

Jetzt könnte man sich aber auch überlegen: Muss ich unbedingt immer eine Trennung dieser beiden Funktionen haben, oder kann ich das dem Betonbauwerk selbst überlassen, unter gewissen technischen Voraussetzungen? So, dann ist die tragende und die abdichtende Funktion im Gebäude, im Bauteil selbst integriert, und da Beton hell ist, spricht man dann von der Weißen Wanne.

Daher einmal weg vom ersten Mysterium: Wir suchen kein besonderes weiß gefärbtes Bauwerk, das unter der Fundamentplatte irgendwo vorhanden sein soll, oder auch nicht, sondern das Bauwerk selbst ist jenes Becken oder Wanne, von dem wir hier sprechen. Und nachdem es ein Stahlbetongebäude ist, ist es eben auch eine Weiße Wanne.

Daher ist Ihre Frage dahingehend zu beantworten: Gibt es eine Weiße Wanne, ja oder nein? – Es gibt diese Weiße Wanne, nämlich das Kellergebäude des Krankenhauses Nord ist die Weiße Wanne.

Die Fragestellung müsste allerdings sein: Ist die Weiße Wanne nach genau einer konkreten Richtlinie errichtet, jener hier, der Richtlinie für wasserdurchlässige Betonbauwerke – Weiße Wannen –, oder eben irgendwie anders? – Und diese Frage ist wieder differenziert zu beantworten, nämlich, gibt es Methoden oder ein Konstruktionsprinzip: Die Richtlinie bezieht sich nicht auf eine Betonsorte oder auf irgendein bestimmtes Eisen an einer bestimmten Stelle, sondern das ist ein Konstruktionsprinzip, das die Aufgaben verteilt zwischen Auftraggeber, Planer, Statik, Auftragnehmer bis hin zur Nachsorge, und auch Empfehlungen abgibt im Hinblick auf Abrechnungsmöglichkeiten. Und diese Richtlinie oder diese Qualitäten, die Sie angesprochen haben, kann man natürlich in verschiedenster Art und Weise versuchen zu erreichen.

Schon die Römer haben mit ihrem Beton, den sie auch gekannt haben – nämlich Opus caementicium – dichte Bauwerke, auch Wannen, hergestellt – und da gab es schon Empfehlungen von Vitruv, wie denn das zu tun sei –, und sie hatten Erfolg. Dann sind viele Jahrhunderte vergangen und diese Erkenntnis, dass man den Beton auch dicht gestalten kann, ist immer mehr gereift, und irgendwann hat man in Österreich ein Gremium zusammengerufen – das war Wissenschaft, Forschung, Landesregierungen, Materiallieferanten, Ziviltechniker, Planer, jede Art von Profession – und hat sich überlegt, wie man ein Qualitätskriterium, eine Richtlinie erstellen kann – das war ungefähr vor 20 Jahren –, um eben nicht jedem das frei zu überlassen, wie er zu einem dichten Gebäude – Weiße Wanne – kommt.

Aber wie jede Richtlinie oder wie jede Norm, ist es kein Evangelium und kein Gesetz, sondern eine Empfehlung. Das heißt, es kann jeder für sich entscheiden, ich möchte ein dichtes Kellergebäude oder Gebäude errichten, auf Grund bestimmter Anforderungen, die ich dort

eben habe im Stahlbeton, und erstelle eine Weiße Wanne. Er kann dann aber auch der technischen Empfehlung dieser Richtlinie – und die hat sich seit 20 Jahren eben als das Standardwerk in dieser Richtung entwickelt – folgen und darf dann auf eine gewisse Qualität beziehungsweise auf ein gewisses Ergebnis hoffen.

Man kann aber auch Teile davon herausnehmen und aus irgendwelchen Gründen – zu denen kommen wir vielleicht später noch – sagen, ich nehme Teile davon heraus und andere Teile löse ich in einer anderen Sonderart, weil es eben ja kein Gesetz ist. Was erreicht man allerdings mit dieser Vorgehensweise? – Wenn wir nur Teile davon herausgehen, dann erfüllt man schon die erste Seite dieser Richtlinie nicht, wo es heißt, wenn man diese Richtlinie in seiner Gesamtheit einem Bauwerk unterlegt, dann darf man in der Konsequenz auf gewisse Dichtheiten hoffen und auf ein gewisses Ergebnis hoffen, und vor allem ist man in diesem Regime der Richtlinie dann drin. Wenn man das aber in der Gesamtheit nicht tut und sagt, ja, das nehme und das nehme ich nicht aus dieser Richtlinie, dann gilt sie nicht. Dann kann man von einer Sonderbauweise – oder wie immer man das nennen soll –, jedenfalls einer Weißen Wanne sprechen, die nicht nach dieser Richtlinie errichtet ist.

Und dieser Fall liegt gegenständlich vor. Man hat also eine Ausschreibung gemacht, wo man immer wieder Hinweise darauf gegeben hat, dass man vorhat, eine Weiße Wanne zu bauen, als Stahlbetonbauwerk, aber hat gewisse Anforderungen nicht definiert, und über diese Anforderungen kommt man dann in das Regime dieser Richtlinie. Das heißt, es tritt hier der Fall ein, dass man sagt, entweder alles oder nichts, weil die Autoren dieser Richtlinien haben natürlich gesagt, wenn man sich auf uns beruft – und das waren jene Namhaften, die es damals zu der Zeit gegeben hat –, dann entweder alles oder nichts, dann kann man sich darauf berufen, ansonsten eben nicht. In der letzten Novelle, die letzten Jahres im Feber als Weißdruck erschienen ist – denn das ist jetzt schon die dritte Version –, hat man diese Bestimmung, dass zur erfolgreichen Umsetzung einer Weißen Wanne die Regeln und Konstruktion, Bemessung, Technologie und so weiter als Gesamtkonzept einzuhalten ist, noch verschärft, indem man dazugeschrieben hat: Teilanwendungen entsprechen nicht einer Weißen Wanne – also das von mir gerade Beschriebene. Dann muss man eben diverse Wünsche, was man denn vorhat, kundtun, qualifiziert technisch kundtun, und solcher Art ist dann Anforderungsklasse und der Bewässerungswasserstand in der Bauausschreibung anzugeben. Werden diese Festlegungen vom Auftraggeber nicht getroffen, ist diese Richtlinie nicht anwendbar.

Das lässt also keinen Interpretationsspielraum jeder Art zu, genauer kann man es nicht formulieren. Dass das auch die Intention der Autoren ist und war, schon der ursprünglichen – (*auf vor ihm liegende Schriftstücke deutend*) es ist die dünnere da unten, und der zweiten und jetzt eben dieser – Richtlinie kann und muss ich deshalb bestätigen, denn bei der Novelle hatte ich die Ehre Mitautor zu sein. – Vorläufig erschöpfend.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Danke für die wirklich sehr komplexen Ausführungen. Das heißt, das ist eine Sonderbauweise?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Es ist eine Weiße Wanne, die nicht nach der Richtlinie konzipiert worden ist. Aber das ist nicht verboten.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Nicht verboten, aber entspricht dann nicht den Richtlinien.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Man kann sich dann nicht darauf berufen.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Können Sie, Herr Ingenieur, in etwa sagen, hat sich da der KAV Kosten damit gespart? Irgendeine Überlegung muss man ja gehabt haben.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ja, natürlich. Es war zwar nicht der Auftrag für meine Gutachten, die Kostenseite zu betrachten, sondern eben die Technologie der Weißen Wanne – also das vorher Gesagte, ist man in diesem Regime der Richtlinie drinnen, ja oder nein, das war der Gutachtensauftrag. Es ist aber tatsächlich so, dass durch die Abkehr von der Richtlinie, die der Ausschreibende in seinem Leistungsverzeichnis auf der Seite 183 auch definitiv angegeben hat, was er aus der Richtlinie entnimmt, aber vor allem, was er aus der Richtlinie nicht entnimmt, und das, was er nicht entnimmt, das sind zum Beispiel – und da sind wir natürlich bei einem wichtigen Thema – Dehnfugenabstände. Warum ist es so wichtig? – Diese Anforderungsklassen, die vom Auftraggeber definiert werden müssen, münden in Konstruktionsklassen, und da leitet man dann eben ab, was zu tun sei konstruktiv. Und da steht eben dann auch drinnen, wie weit solche Dehnfugen maximal auseinander sein dürfen, um das Rissebild, das dem Beton ja innewohnt von seiner Geburtsstunde an, so klein und verteilt zu halten, dass diese Risse nicht wassergängig werden. Und wenn man die aber einhält, dann kommt man drauf – denn da stehen so Dinge drinnen für Anforderungsklassen bis 15 Meter Dehnfugenabstände, 15 bis 30, 30 bis 60 – wenn man sich jetzt das Krankenhaus Nord geistig vergegenwärtigt, na da sind 15 oder 30 Meter nicht sehr viel. Da gibt es Kollektorgänge, in denen ich war, da hat man gleich einmal 100 Meter und mehr zu bewältigen. Und solche Dehnfugen haben konstruktiv und in ihrer Wirkung nur dann Sinn, wenn sie durch das gesamte Gebäude, diesfalls Krankenhaus Nord vom Fundament bis zum Dach durchkonstruiert sind. Das ist natürlich technisch aufwändig, daher kostspieliger als wenn ich es nicht tue oder wenn ich sage, ich mache wesentlich größere Abstände.

Nun, dann ist man eben nicht mehr in dem Regime der Richtlinie drinnen, weil dann hat man diese Dehnfugenabstände eben nicht eingehalten und das auch deklariert, daher gibt es ja da auch keinen Zweifel, dass das so ist. Das heißt aber noch nicht, erstens, dass es keine Weiße Wanne ist, das ist es, und zweitens heißt es noch nicht, dass der Erfolg versagt bleibt. Der Bauherr hat dann seinem primären Auftragnehmer Planung und Statik diesen Wunsch kundzutun. – Aus einer großen Besprechung im Frühjahr 2015, Jänner 2015 weiß ich, dass in

irgendeiner Form das wohl auch stattgefunden hat. – Und dann hat der Statiker die Aufgabe, die Bauteile so zu dimensionieren, dass sie nicht nur die statischen Anforderungen, sondern eben auch Anforderungen, die aus Dichtheitskriterien sind, erfüllen. Und das passiert lange vor der Ausschreibung beziehungsweise jedenfalls lange vor der Ausführung.

So gesehen, konnte der Auftragnehmer Rohbau, PORR diesfalls, in diese gesamte Phase, weil es ja kein Generalunternehmerauftragnehmer war, sondern Teilwerke vergeben wurden, keinen Einfluss nehmen. Die Frage, kann der dann machen, was er will – da alles vorher schon passiert und er kann dann als Auftragnehmer Rohbau tun was er will: Nein, das kann er nicht. Ausfluss all dieser Bemühungen des Statikers sind dann Pläne. Pläne, die da heißen Schallungs- und Bewehrungspläne, wo genau definiert ist, welcher Bauteil wo ist, wie breit, wie hoch, welche Öffnungen, welche Betonsorte, welche Eisen im Kaliberabstand und Fassung einzulegen sind – ist dann in der Bewehrungsplänen drinnen –, und die liegen dann dieser Ausschreibung Rohbau zugrunde, Stahlbetonbau zugrunde.

Und damit das eben auch so passiert, hat der Auftraggeber ein Gremium, einen Hintergrund zu schaffen, der dem Auftragnehmer auf die Finger schaut. Das ist die örtliche Bauaufsicht, das sind Projektsteuerung, begleitende Kontrollgremien, die dann eben darauf schauen, dass genau das, was auf den Plänen drauf ist, umgesetzt wird. Das findet dann auch so statt, dass wirklich Bauteil für Bauteil, die Eisen, wenn sie einmal in die Schalung eingelegt sind, abgenommen werden, ein Protokoll verfasst wird, und erst dann freigegeben wird zum Betonieren. Ansonsten darf nicht betoniert werden.

Genau dieses Prozedere ist dort auch eingehalten worden und es gibt eine Vielzahl – die habe ich aber nur stichprobenartig angeschaut – solcher Protokolle. Letzten Endes mündet das dann in eine Fertigstellungsmeldung des Rohbaus am 13. Mai 2014 an den Auftraggeber, man sei jetzt mit dem Stahlbetonrohbau fertig. Und dem liegen alle diese Protokolle zugrunde. Solcher Art hat also die PORR den Auftrag, den Rohbau entsprechend dieser Planvorgaben erfüllt. Allerdings, im Hinblick auf die Dichtigkeit der Weißen Wanne, diese Anforderungen und Berechnungen und so weiter passierten eben schon vorher in der Planungsphase durch den Statiker.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Darf ich noch einmal die Frage wiederholen: Kann man die Kosten in irgendeiner Form quantifizieren?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also das mit dem Fugenabständen habe ich erklärt, wenn die natürlich wesentlich enger oder so eng sind, dass sie der Richtlinie entsprechen, kann man sagen, man macht sie weiter, um sich das zu ersparen. Ich kann die Euro jetzt nicht benennen, aber es ist jedenfalls dann eine Einsparung ...

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Ja, eindeutig. Ja.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: ... , weil das eben Folgewirkung bis an die oberste Kante des Gebäudes hat. Sonst

wirkt ja so eine Dehnfuge technisch-konstruktiv nicht. Allerdings muss dann der Bauherr wieder möglicher Weise in Kauf nehmen, dass sein Erfüllungsgehilfe – Planer und Statiker – diverse Mehranforderungen in dieses Kellergebäude, Stahlbetongebäude legen muss, um gewünschte Dichtheiten, die nur ihm bekannt waren, zu erfüllen. Das sind wieder etwas mehr Kosten. Die Saldo-rechnung dazu ist jetzt eine hypothetische, aber ich würde fast annehmen, dass Dehnfugen durch das gesamte Krankenhaus Nord, vom Fundament bis Dach, und das mehrfach, der höhere Aufwand sind.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Ich lese einige Sätze von Seite 15 aus Ihrem Gutachten, weil die sehr aufschlussreich sind. Sie schreiben: In diesem Zusammenhang erscheint auch der Umstand aufklärenswert, wie die Planung das künftige Prozedere im Zusammenhang mit dem als heikel anzusehenden Spitalsbetrieb vorgesehen hat, welches sich daraus ergibt, dass konstruktiv zulässige Feuchtigkeit im Kellerbaukörper durch Verkleidung zwar dem Auge entzogen sein könnte, jedoch biogener Befall im Verborgenen vorhanden sein kann. – Biogener Befall ist, nehme ich an, Schimmel?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Nicht nur, also alles, was nicht mineralisch und tote Materie ist, also lebenden Ursprungs, ist biogen. Das können auch Schimmelsporen sein.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Aber es ist nicht einsehbar. Wenn man das jetzt zusammenfasst: Wie aufwändig ist es jetzt, diese Feuchtigkeit zu entdecken? Wie aufwändig ist eine solche Sanierung? Denn ich entnehme dem, man sieht nichts, das ist alles schön zugemacht, aber es kann trotzdem sein – so wie Sie auch geschrieben haben –, dass da ein biogener Befall im Verborgenen vorhanden ist.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Sie zitieren also die letzte Seite dieses letzten Gutachtens von mir, aus dem Mai 2017. Da muss ich jetzt vorausschicken, dass der Auftrag an dieses Gutachten nicht die Feststellung von irgendwelchen biogenen Befällen oder was auch immer war, sondern eben die Weiße Wanne. Wenn wir uns aber jetzt vergegenwärtigen, dass in diesem Konstruktionsprinzip der Weißen Wanne eben Dichtheitsanforderungen zu stellen und auch zu erfüllen sind – und die lauten da von vollständig trocken bis weitgehend trocken bis leicht feucht, und da sind eben diverse Kriterien hinterlegt –, dann ist die Konsequenz daraus, dass diese Bauteile technisch zulässig – je nach diesem Anforderungsgrad – feucht sein dürfen, ja geradezu auch müssen, so sind die Anforderungen dann schließlich auch umgesetzt. Und ich habe es quasi als Erfüllung meiner Warnpflicht auf der letzten Seite gesehen, obwohl das jetzt nicht befundbasiert ist, so wie die anderen Dinge davor, sondern weil ich das Gebäude gesehen habe, ist es die logische Gedankenkette: Wenn ich durch einen Kollektorgang gehe und annehme, das ist eine Weiße Wanne und es sind diverse Dichtheiten zu erfüllen gewesen, dann kann ich schon bei der Befundaufnahme – denn im Rohbau war schon Haustechnik im

Gange – zu den betroffenen Bauteilen, außenliegenden Wänden damals schon nicht hin, um ein Foto nahe genug zu machen oder was auch immer zu tun. Wenn ich jetzt also annehme, ich muss dort Nachsorge treffen, technisch zulässige Nachsorge, die also auch gedeckt wäre von allem anderen, dann muss ich aber zum Tatort hin. Und darauf bezieht sich meine erste Anmerkung hin, es ist eben aufklärungsbedürftig oder aufklärungswert, was hat man sich für diese spätere Zugänglichkeit überlegt. Mehr habe ich dazu nicht gesagt, denn das war nicht mein Gutachtensauftrag.

Und der zweite Schritt in der Gedankenkette ist natürlich, wenn ich dort nicht hinkann, weil dort jede Menge Haustechnik ist – oder an anderen Stellen waren auch Verkleidungen, die teilweise abgenommen waren, weil sie auch noch im Rohbau war, und ich glaube, da waren auch schon Verpressungen im Gange –, dann ist natürlich auch ein logischer Gedankengang und auch das war quasi eine Erfüllung meiner persönlichen Warnpflicht: Na, wenn ich nicht hin kann und technisch zulässige Feuchtigkeit entsteht, dann kann biogen auch etwas vorkommen. – Viel mehr habe ich dazu nicht gesagt, deshalb auch aufklärungswürdig, oder wie die Formulierung war, Sie haben es gerade zitiert.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Aufklärenswert.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Aufklärenswert, genau, danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN, Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Ich darf noch einmal bei einer Frage präzisieren, da ich nicht ganz sicher bin, ob wir es richtig verstanden haben. Den der Untersuchungskommission vorliegenden Unterlagen ist zu entnehmen, dass auf Grund mangelhafter Leistungsverzeichnisse Bewertungsgrundlagen für die Fehlstellen fehlten, insbesondere auch vertragliche Festlegungen, in welcher Sphäre die Behebung der Fehlstellen zu liegen hat. Wessen Aufgabe wäre diese Konkretisierung im Leistungsverzeichnis gewesen? Ich glaube, Sie haben schon den Statikplaner erwähnt, war es aber auch der Architekt und der Statikplaner oder nur einer von beiden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Das Konstruktionsprinzip Richtlinie Weiße Wanne verteilt, wie eingangs erwähnt, die Aufgaben beginnend vom Auftraggeber an. Die ersten Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers sind dann eben Planer und Statiker. Und in dieser Kette muss man es hier auch sehen. Das heißt also, noch einmal zitiert, diese Anforderungsklassen, das wäre so etwas, was Sie vorher gemeint haben, sind in der Bauausschreibung anzugeben. Also es bleibt in der Sphäre des Auftraggebers beziehungsweise des Erfüllungsgehilfen, wer auch immer dieses Leistungsverzeichnis dann erstellt hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Es gibt eine ergänzende Stellungnahme vom 19.5.2017, und dieser Stellungnahme ist zu entnehmen, dass sämtliche Nichterwartungshaltung des Auftraggebers entsprechend Rissbreiten und die demzufolge angeordneten Rissver-

pressungen durch Injektionsarbeit und ebenso durch die zugeordneten Kosten in der Sphäre des Auftraggebers verbleiben. Was ist jetzt hier der aktuelle Stand, können Sie uns darüber etwas sagen? Und ist der KAV Ihrem Fazit gefolgt und hat er die entsprechend angefallenen Kosten für die Risseverpressung selbst bezahlt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Wenn man sich auf diese Richtlinie berufen möchte – was man diesfalls aber nicht kann, durch die Eingangserklärung –, dann stünden hier Empfehlungen bis hin zur Abrechnung drinnen. Diesfalls ist sie nicht anzuwenden. Daher hat man eben eine Ausschreibung oder eine technische Vorgangsweise gewählt, in Abkehr von dieser Richtlinie, die eben zum Ziel geführt hat, wie es auch ist. Da sind eben zulässige Rissbreiten überschritten gewesen an manchen Stellen. Die Reaktion darauf – ist auch gedeckt durch die Richtlinie – ist das stille Hoffen auf die Selbstheilung – ich werde es erklären, das ist auch nichts Mystisches – oder das technische Verpressen im Rahmen von Injektionsgut in die Risse hinein.

Wenn man also dieser Richtlinie nicht folgt, sondern eben eine Sonderbauart – wie zuerst auch schon besprochen – wählt, dann ist es ja auch klar, dann kriegt eben der Auftragnehmer Rohbau – PORR – Pläne, die er umzusetzen hat. Der muss gar nicht wissen, welche Öffnung und warum der Bauteil da und nicht dort ist, sondern er hat sie umzusetzen, und zwar peinlichst genau umzusetzen. Und wenn dann eben diese erwünschte Wirkung noch nicht eingetreten ist, die gewünschte Dichtheit noch nicht eingetreten ist, die ja nur der Sphäre des Auftraggebers und der Planung des Statikers entspringt, dann ist die Konsequenz daraus, eben Maßnahmen zu treffen, weiter abzudichten. Das ist also so, dann kann der Bauherr eine dritte Firma beauftragen, oder, wie es in dem Fall passiert ist, über den Auftragnehmer Rohbau das machen lassen, jedenfalls ist es zu bezahlen. Das ist einfach ein weiteres Gewerk, das zu bezahlen ist, aus der Konsequenz heraus, dass man sich diesem Regime nicht unterworfen hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Darf ich es nur noch einmal präzisieren: Wissen Sie, ob diese gesamten anfallenden Kosten für die Risseverpressung vom KAV selbst bezahlt wurden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ich habe gehört, dass – da laufen im Hintergrund diese Clearingverfahren und so weiter, aber das ist jetzt schon alles nach meinem Tun vor Ort – die Kosten schon am Tisch liegen, die sind in einer Größenordnung 150 000, 200 000 EUR, und dass der KAV auch – vermutlich auch durch die Kenntnis dieser Gutachten, die Sie zitieren – dahingehend eingelenkt hat – weil es auch die technisch logische Konsequenz ist –, zumindest einmal Teile davon zu bezahlen. Ob das schon bezahlt ist oder nur zugesagt ist, das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Nein, das war eine Zusatzfrage.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay, Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Ihrer Stellungnahme ist auch zu entnehmen, dass bei lückenloser Anwendung der Richtlinie – wenn es so gewesen wäre –, die Umsetzung gar nicht oder nur mit erheblichen Mehrkosten möglich gewesen wäre, weshalb der KAV die plangemäße Nicht-Berücksichtigung und damit auch die möglichen Konsequenzen in Kauf genommen hat. Wenn Sie als Gutachter das nochmals bewerten, halten Sie diese Entscheidung für richtig oder hätte es eine bessere Alternative gegeben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also wertende Kriterien sind nicht die Angelegenheit des Technikers, aber Sie haben meinen Worten entnommen, natürlich ist ein Regelwerk – und für das stehe ich ja in dem Fall auch als Mitautor –, dass genau diese Dinge regelt, ein wünschenswertes, wenn man das zugrunde legt jedem Bauwerk, ob das das Einfamilienhaus Kellergebäude ist bis hin zu einer Unterführungswanne bei irgendwelchen Verkehrsbauwerken, Tiefgaragen bis hin zu einem Kellergebäude des KH Nord. Aber wie gesagt, es ist weder Pflicht, noch Gesetz, noch Evangelium, jeder kann seinen Weg nach Rom auch anders wählen. Nur dann darf er sich nicht auf dieses Regelwerk berufen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seidl, FPÖ.

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Ich muss ehrlich gestehen, ich bin alles andere als ein Techniker und habe mich jetzt am Wochenende so ein wenig eingelesen in die Weiße Wanne, Graue Wanne, Schwarze Wanne. Ich habe also relativ viel Literatur dazu konsumiert, es war sehr interessant und ich habe sehr viel gelernt. Es hat mir auch sehr gut gefallen, als Sie gleich zu Beginn Ihrer Rede gesagt haben, dass schon die Römer Erfolg beim Bau von dichten Wannen hatten. Ja, das ist halt leider der Unterschied zum KAV, und dass der KAV auf die Selbstheilung der Weißen Wanne hofft, ja, wir hoffen alle darauf. Aber meine erste Frage ist eigentlich eine ganz harmlose, und zwar: Wer war Ihr Auftraggeber für die Gutachten?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: PORR Bau GmbH, für meine Gutachten, deshalb bin ich auch entbunden von der PORR Bau GmbH und vom KAV.

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Gab es da eine Ausschreibung zu der Vergabe?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Nein, also Sachverständige werden oft gefunden und gesucht, weil man sie kennt, weil man, wie auch immer, vielleicht auch nachschaut, wer ist Autor, wie auch immer. Jedenfalls wurde ich angefragt. Ich darf noch ergänzen: Ich wurde bei den ersten zwei Gutachten nicht alleine angefragt, sondern wenn Sie die drei Gutachten vom Jänner 15, März 15 und eben das letzte vom Mai 17 haben, dann sehen Sie, dass oben eine Sachverständigen-Sozietät steht, von meiner Wenigkeit und von meinem Kollegen und Freund Dipl.-



Ing. Dr. Roland Travnicek, wir beide wurden angefragt. Er war damals einer der führenden Betontechnologen dieses Landes, hat viele dieser Richtlinien mit zu verantworten. Den können Sie allerdings vor die Kommission nicht mehr laden, den musste ich vor ein höheres Gericht begleiten, weil er eben verstorben ist vor einiger Zeit, deshalb ist das letzte Gutachten nur mehr unter meiner Feder passiert. Die Gedankenkette von der ersten Einschätzung bis zum letzten Gutachten ist aber immer die gleiche geblieben, daher traue ich mich hier zu sagen, ich spreche auch für meinen verstorbenen Freund, Dr. Roland Travnicek.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seidl.

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Wie gesagt, ich habe mich am Wochenende eingesehen, habe dann gestern das Glück gehabt, mit einem Fachmann darüber zu sprechen. Sie haben gerade vorher gesagt, dass die Richtlinie der Weißen Wann da nicht umgesetzt wurde, und Sie haben auch schon von den Anforderungsklassen gesprochen. Jetzt ist mir gesagt worden, da gibt es fünf Anforderungsklassen, zwischen A<sub>S</sub>, also A-Sonderklasse bis zu A<sub>4</sub>: Welche Anforderungsklasse hat nun diese Weiße Wanne unter dem KH Nord?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Das kann ich Ihnen deshalb nicht beantworten, denn die ist vorweg festzulegen gewesen. Das hat der Auftraggeber seinem Erfüllungsgehilfen, Planer und insbesondere Statiker vermutlich auch mitgeteilt. Der hat seine Maßnahmen ergriffen. An welcher Stelle jetzt welche dieser Klassen ... Wobei 3 und 4 nicht infrage kommt, wir sprechen hier maximal von A<sub>S</sub> bis A<sub>2</sub>, 1 und 2, da ich einmal – und das habe ich auch dem Gutachten hinten angehängt – einen Plan gesehen habe, wo handschriftlich solche Anforderungsklassen in Teilbereiche des Kellergebäudes eingetragen waren, wohl für die statische Bearbeitung – es musste ja eben darauf reagiert werden. Aber wo genau jetzt welche Anforderungsklassen sich der Bauherr und vor allem aus welchem Grunde gewünscht hat, das weiß ich nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seidl.

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Wer kann uns dann Ihrer Meinung nach beantworten, welche Anforderungsklasse diese Weiße Wanne hat?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Derjenige oder diejenige, die auf diesen genannten Plänen diese Anforderungsklassen – zum Teil sind das auch nur händische Anmerkungen – eingetragen hat, der weiß, wer ihm diese mitgeteilt hat. Sonst kann ich es Ihnen nicht sagen, wie der Wunsch des Bauherrn an seine Erfüllungsgehilfen weitergegeben wurde. Mir sind eben diese Pläne mit diesen handschriftlichen Eintragungen einmal bekanntgeworden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ, Herr Florianschütz.

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Die Antwort bringt mich jetzt ein bisschen aus dem Konzept, aber eben nur ein bisschen. Wer ist die ominöse Person, die das handschriftlich auf den Plänen vermerkt hat? Die wäre ja spannend, denn die würde ich dann gerne als Zeugen einladen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja, aber das wissen Sie nicht, so wie ich Sie verstanden habe?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Das weiß ich nicht.

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Aber wer könnte denn das wissen?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also das ganze Prozedere, die Vorgaben und was zu erfüllen sei, hat stattgefunden in der Planungs- und Statikphase, abgewickelt durch den Auftraggeber und seine Erfüllungsgehilfen, Planer und Statiker. Und aus dieser Sphäre und nur aus dieser Sphäre müssen diese Wunschvorgaben und Berechnungen abgeleitet werden. Und dort haben sie auch stattgefunden, in welcher Art auch immer: Ergebnis, Schalungs- und Bewehrungspläne, Ausschreibung, Ausführung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Florianschütz.

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Das ist die Kommission der Erkundungsbeweise und daher fahre ich in dieser Tradition fort und frage Sie: Wen sollen wir einladen, der uns die Frage beantwortet?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Was halten Sie vom Statiker?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ist ein heißer Hinweis. Dies auch deshalb, denn bei dieser großen Besprechung im Jänner 2015, die ich vorher zitiert habe, waren Vertreter aller Beteiligten dabei, auch Statiker, und auf meine Frage dorthin, wenn schon der Baufirma diese Dinge nicht bekanntgegeben wurden – musste aus dieser Sonderbauweise auch nicht –, hat die Statik gewusst, was zu tun sei und welche Anforderungen sich der Bauherr wünscht, wurde das damals auch bejaht und man hat – und das ist ja auch protokolliert – diverse Berechnungen und Begleitmaßnahmen getroffen, um die Wünsche des Auftraggebers zu erfüllen. Das war so ungefähr vom Inhalt her die Auskunft aus der Sphäre Planung Statik.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Rubik, SPÖ – ich fange wieder bei eins an.

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Wir haben jetzt gerade gehört, dass der Auftraggeber für die Gutachten die Firma PORR war. Sehe ich das richtig, das waren Auftragsgutachten der Firma PORR, die an Sie erteilt wurden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Zu dem Zeitpunkt, als diese Anfragen bei meinem verstorbenen Freund und bei mir eingetroffen sind, war eben festgestellt worden, in den Monaten davor, dass der Rohbau schon fertig war, die Haustechnik schon im Gange war – und zwar ganz massiv im Gange war, mit dem Einbau der diversen Leitungen und Rohre –, gleichzeitig aber die obere Hülle des Gebäudes, Fassade und so weiter, noch nicht vorhanden war. Ich habe dann später in Erfahrung gebracht, dass es da auch diverse Probleme gab. Jedenfalls war die noch nicht vorhanden, ist auch auf meiner Dokumentation bei den Fotos so zu sehen, und es gab eben Feuchtigkeitsphänomene im Keller. Das wollte man abklären, wie das zu betrachten sei, mit der Richtlinie und was auch immer. – Also all das, was wir vorher besprochen haben. – Und mit dieser Fragestellung hat sich die PORR an mich gewandt. Daher der Auftraggeber, die PORR.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Rubik.

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Eine andere Frage geht jetzt in die Richtung als Sachverständiger. Wie viele Gutachten über sogenannte Weiße Wannen oder über diesen Mythos Weiße Wanne haben Sie schon in Ihrer Berufskarriere verfasst?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Die Zahl kann ich Ihnen nicht sagen, aber in verschiedensten Facetten sehr oft. Nur als kleiner Hinweis vielleicht: Die gesamten Koralm-Unterführungsbauwerke sind auch nach der Richtlinie Weiße Wanne gebaut worden, und da war ich über Jahre als Gutachter begleitend tätig. Das Landeskrankenhaus Graz hat eine Braune Wanne umgesetzt, auch da durfte ich im Nachgang tätig werden. Zuletzt auch in Mödling beim Landeskrankenhaus Thermenregion, da ist aber nur eine kleine Fragestellung dort gewesen, und von kleinen Einfamilienhausbauern, ja, in allen Facetten eben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Florianschütz.

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Um zwischen allen möglichen Gutachten und diversen Wannentypen von braun bis weiß eine Klarheit zu erzeugen: Ihr Gutachten ist ja im Auftrag der Firma PORR geschrieben, als ein Firmengutachten quasi, wissen Sie, ob der Krankenanstaltenverbund andere eigene Gutachten zum Thema welche Wanne auch immer gemacht hat?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Es ist mir zu Ohren gekommen, dass es nach den Gutachten, die ich eben damals gefertigt habe, Intentionen vom Auftraggeber – KAV, wer auch immer dann das betrieben hat –, gegeben hat, irgendwelche Stellungnahmen zu diesen Gutachten einzuholen, gutachterliche Stellungnahmen, und auch diverse Aufträge erteilt hat. Ja.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Haben Sie sie auch gesehen?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Es gab ein Gutachten, das mir zugegangen ist, allerdings nicht in seiner Gesamtheit, sondern da hat man sehr, sehr viele Seiten als weiß oder gar nicht mitkopiert, und nur ein paar (*allgemeine Heiterkeit*) – Sie kennen das, ja, okay, ist mir auch so gegangen! – Teile dieses Gutachtens zugegangen mir ist, wobei das im Wesentlichen an sich im Einklang mit meinem Gutachten ist.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: NEOS, Herr Gara.

Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ja, die Weißung der Unterlagen ist auch für uns ein Thema. Ich möchte auf einen Punkt zurückkommen, den Sie zuerst angesprochen haben. Sie haben gesagt, jetzt gehe ich einmal von einer Weißen Wanne aus, egal nach welchen Richtlinien, dient dem Schutz ...

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Entschuldigung, es gibt nur eine Richtlinie. Die oder keine.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): ... also der Richtlinie, dient dem Schutz vor jeder Art von Wasser. Das bezieht sich auf Grundwasser wie auch auf Oberflächenwasser. Meine Frage an Sie ist: Kennen Sie ein Gutachten oder eine Unterlage, wo der Wiener Krankenanstaltenverbund im Zuge dieses Bauvorhabens ein Worst-Case-Szenario berechnet hat? Was würde passie-

ren, auf der einen Seite Grundwasser, steigend, auf der anderen Seite ein Thema, das uns natürlich auch massiv betrifft, nämlich Starkregenereignisse. Wir haben auch auf Grund des Klimawandels häufigere Starkregenereignisse, die natürlich schon auch massive Implikationen für so ein großes Bauwerk wie ein Spital haben. Würden solche Überlegungen, dass es auch Starkregenereignisse geben könnte, in die Überlegungen hinsichtlich der Ausgestaltung dieser Konstruktion einbezogen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Kenne ich nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sie kennen es nicht, das heißt, wir wissen es nicht. Würden Sie einem Kunden empfehlen, ein solches Worst-Case-Szenario zu machen, gerade wenn wir von einem so komplexen Bauwerk wie einem Krankenhaus sprechen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Na ja, die Dichtheit eines Gebäudes, nicht nur das Kellergebäude im Rahmen möglicher Weise einer Weißen Wanne oder sonstiger konstruktiver Vorgehensweisen, aber auch der äußeren Gebäudehülle oben drüber, ist und muss immer Thema jeden Gebäudes sein, und je heikler dieses Gebäude ist, umso mehr. Daher ist das natürlich die Empfehlung. Das ist aber jetzt auch nicht so spektakulär zu sehen, jeder gewerkliche Spenglermeister hat als oberste und heiligste Qualifikation, dass sein Gebäude und sein Handwerk ein dichtes Gebäude zurücklässt. Ja, unspektakulär eigentlich.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Da wir zuerst diskutiert haben, wer das wissen würde, der Statiker – der ja letzte Woche hier zugegen war – hat berichtet, dass ein sehr großes Problem in der Auftragsabwicklung immer wieder war, dass es – das haben Sie auch schon zitiert – mangelhafte Leistungsverzeichnisse gibt und teilweise unklare Planungsgrundlagen, also sehr stark in Richtung Entwurfsgrundlagen. Und dadurch haben sich – sage ich – auch der Rohbau und die Kosten des Rohbaus massiv erhöht, Fundamentplatten haben sich geändert, Kollektorgänge sind dazugekommen, viele Höhensprünge. Daher meine Frage: Wenn sich solche technischen Rahmenbedingungen verändern, dann hat das natürlich schon auch Einfluss auf die Dehnungsfugen. Inwiefern funktioniert das? Also der Statiker muss laufend umplanen, das bedeutet, er muss auch entsprechend laufend die Dehnungsfugen umplanen, dadurch verkompliziert sich ja dieser gesamte Prozess. Aus Ihrer Beobachtung, wie klar war für den Errichter des Rohbaus die Ausgangssituation hinsichtlich der Planung und inwieweit hat sich das auf Grund der statischen Berechnung dann immer wieder verändert? Wissen Sie da etwas im Zuge der Abläufe?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Darüber weiß ich nichts, außer diese eine Besprechung und ein bisschen Schriftverkehr in Begleitung dazu, von der ich vorher auch schon gesprochen habe, denn das hat sich eben, wie gesagt, rein

in der Sphäre Auftraggeber und Statikplanung abgespielt und hinterlässt dann vielleicht ein paar Spuren in Schriftform. Ob der Statiker damit das Auslangen gefunden hat oder – wie Sie sagen – er sich nicht ausreichend mit Unterlagen ausgerüstet sah, das kann nur er beurteilen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Herr Marosi, es gibt ein Gutachten aus dem Jahr 2015, das nicht von Ihnen ist. Aber vielleicht können Sie aus Ihren Erfahrungen trotzdem etwas darüber berichten, weil da etwas sehr Interessantes dargestellt ist. Ich zitiere: Die erreichte Dichtheit (Anmerkung: im Untergeschoß) entspricht hinsichtlich des Ausmaßes der Risse weitgehend den Kriterien der Anforderungsklassen A<sub>1</sub>. Örtlich sind Fehlstellen vorhanden, welche auch nicht den Kriterien der Anforderungsklasse A<sub>2</sub> genügen.

Das steht auf der Seite 13. Jetzt haben Sie vorhin gesagt, bis A<sub>2</sub> ist das halt zu akzeptieren, A<sub>3</sub> und A<sub>4</sub> ist dann wahrscheinlich schon sehr feucht. Wenn man sich das jetzt anschaut, A<sub>3</sub> und A<sub>4</sub>, wie feucht kann man denn das bezeichnen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also die Anforderungsklassen 3 und 4 sind in der letzten Novelle der Richtlinie wohl noch angemerkt, aber damit beschäftigt sich.... Die haben so einen hohen Undichtheitsgrad, dass die für all diese Gebäude praktisch nicht anzuwenden ist. Aber die anderen drei Klassen AS, A<sub>1</sub> und A<sub>2</sub> sind genau die, die für all diese genannten Bauwerke, so auch fürs Krankenhaus Nord, Anwendung hätten finden können, wie auch immer. Das sind eben diese Bezeichnungen von vollständig trocken bis weitgehend trocken und leicht feucht. Die Dimension dazu und warum man das auch nicht so sieht, ist ein Gebäude dicht oder nicht dicht, ist ja der pragmatische Zugang schwanger oder nicht schwanger. In diesem Fall ist es also tatsächlich so, dass es unterschiedliche Dichtheiten gibt, je nachdem, was man in diesem Gebäude, bei diesem Bauteil, in dieser Räumlichkeit vorhat. Die Erklärung dazu ist eine sicher für alle sehr leicht eingängige. Wenn ich so eine weiße Wanne konzipiere für einen Speicher, für ein hochwertiges Lager, für Kunstwerke, die unwiederbringlich sind, dann werde ich mich mit Anforderungsklassen 1 und 2 und allen anderen überhaupt nicht mehr beschäftigen, sondern dann spielt alles nur bei der Anforderungsklasse AS trocken aufgrund dieser extrem hohen Anforderung. So etwas könnte theoretisch auch in einem Krankenhaus irgendwo in einer kleinen Räumlichkeit vorkommen, ein Teil davon. Es würde aber keinen Sinn machen, eine Anforderung auf so trocken hin kostspielig planerisch auch zu treiben. Weil warum? Wenn das Ganze ein Kollektorgang ist oder eine Tiefgarage ist, wo bekanntermaßen Autos im Winter mit einer Schneefracht von einem halben Meter und gefüllten Radkästen in die Tiefgarage einfahren, dann bringen die ein Vielfaches an Feuchtigkeit und Wasser in dieses Kellergebäude hinein als durch diese Kriterien der Anforderungsklassen gegeben werden. Daher: Warum soll man eine Tiefgarage so wie einen Kunstwerktspeicher konzipieren, weil das ja auch viel teurer wäre? Und das ist die Logik im Hinter-

grund, die zwischen den unterschiedlichen Dichtheiten gegeben ist. Daher ist es auch so maßgebend, dass man am Anfang definiert, dass der, der weiß, welche Nutzung dort später stattfinden muss oder wird, sagt: Hier höchste Dichtheit, hier genügt das, das, das. Das ist eben genau die Festlegung und die technische Begründung, warum es unterschiedliche Dichtheiten gibt. Und von der Dimension, wie ist das zu sehen? Also trocken ist trocken, das ist relativ leicht erklärt. Bei der Anforderungsklasse A<sub>1</sub>, da spricht man von der Bauteiloberfläche. So ein Bauteil kann ein Wandabschnitt, ein Bodenplattenabschnitt, ein Deckenabschnitt sein. Ein Promille dieser Bauteiloberfläche darf Feuchtigkeitsphänomene, Flecken zeigen. Bei der nächsten Klasse, bei der A<sub>2</sub>, darf ein Prozent dieser Bauteiloberfläche betroffen sein und es darf auch Feuchtigkeit durch den Bauteil durchtreten. Der sollte aber tunlichst schon an der Wand auch wieder abtrocknen, hinterlässt zwar unhübsches Hinter.... Aber noch einmal: Wenn das ein Kollektorgang oder eine Tiefgarage ist, ist es von eingeschränkter Spannung. Und eben nur bei der allerhöchsten Anforderungsklasse will man solche Phänomene gar nicht haben. Die sind, und das muss ich aber allerdings auch dazu sagen, bautechnisch überhaupt nicht mehr erreichbar. Ohne flankierende Maßnahmen, bauphysikalische Maßnahmen, Trocknungsgerätschaften, die auch dimensioniert und konzipiert gehören, ist eine Anforderungsklasse AS überhaupt nicht denkbar. Da es keine Hinweise auf solche Trocknung und Konditionierung und Klimatisierung gab, zumindest nicht aus dieser Sphäre des Auftragnehmers Rohbau, fällt diese Klasse einmal generell aus, aus Sicht der Rohbauerrichtung zumindest einmal. Der Statiker wusste vielleicht mehr. Bei der Anforderungsklasse A<sub>1</sub>, wo die ersten Feuchtigkeitsphänomene auch zutage treten dürfen, da hat man dann eben diverse Flecken an der Oberfläche, die auch wieder abtrocknen meistens bevor sie den Boden erreichen. Die sind dann gegeben oder können gegeben sein. Aus dieser Kenntnis stammt ja auch meine Warnung am Ende. Da schließt sich der Kreis. Wenn eben diese zulässigen Feuchtigkeiten da sein dürfen, dann ist es bautechnisch zwar das Ende des Liedes, aber was ist dann in der Nutzung mit der Gebrauchstauglichkeit unter anderen Kriterien? Das müssen Sie beurteilen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec!

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Herr Marosi, danke für die Aufklärung. Aber A<sub>1</sub> und A<sub>2</sub> an sich ist schon klar. Da hat man ein Promille oder ein Prozent Feuchtigkeit. Aber in dem Gutachten...

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi** (*unterbrechend*): Der Bauteiloberfläche, Entschuldigung.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP) (*fortsetzend*): Der Bauteiloberfläche, ja. Aber in dem Gutachten steht ja ausdrücklich: "Die erreichte Dichtheit entspricht hinsichtlich des Ausmaßes der Risse weitgehend den Kriterien der Anforderungsklasse A<sub>1</sub>, aber örtlich sind Fehlstellen vorhanden, welche auch nicht den Kriterien der Anforderungsklasse A<sub>2</sub> genügen." Das ist ja das Alarmierende.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ja, und wenn das im Einklang... Nehmen wir einmal an, der Planer, der Statiker hat eben als Vorgabe in einem Teil des Kellergebäudes die Anforderungsklasse A2 umzusetzen. Dann wird das Gebäude errichtet und es treten an manchen Stellen, und auf das bezieht sich jetzt auch diese Gutachtenspassage, Rissbreiten und Häufigkeiten, vor allem Rissbreiten, die größer als 0,25 mm sind, auf. Dann wären die Kriterien A2 nicht erfüllt. Das löst eben auch gedeckt von dieser Richtlinie die technische Reaktion aus, die da eben lauten könnte: Warten auf die Selbstheilung - jetzt werde ich das dann nachher erklären, damit das nicht ins Mystische abgeleitet - oder das technische Verpressen. Das macht man dann aber, um die Anforderungsklasse A2 zu bekommen, nur soweit bis eben ausreichende Dichtheit für A2 erreicht ist, so wäre es von der Richtlinie her gesehen, nicht bis es staubtrocken ist. Wenn dann natürlich der Auftraggeber sagt, ich will es jetzt aber dann ganz staubtrocken, ist es eine Entscheidung, die er beauftragt und in der Konsequenz natürlich auch bezahlen muss. Wenn es mir jetzt gestattet ist, dieses Mystische, ich will also generell weg vom Mysterium, weiße Wanne haben wir schon weg, Gott sei Dank, aber jetzt auch diese Selbstheilung: Wie ist das zu sehen? Es kommt nämlich auch in der Richtlinie tatsächlich vor. Wenn man genug Zeit hat, das Gebäude zu beobachten nachdem es hergestellt ist, auch nach dieser Richtlinie in Lückenlosigkeit, dann ist es so, wenn Wasser an einen Bauteil herantritt oder durch Oberflächenwässer an das Bauwerk herantritt, dann nimmt es auf seinem Wege der Wassertropfen auch Feinteile mit. Diese Feinteile lagern sich dann sogar bevorzugt an der äußeren Rissflanke an und es tritt eben ein Abdichtungseffekt ein, von dem man aber nicht weiß, tritt er ein, wann tritt er ein, tritt er ausreichend ein. Und vor allem, es braucht Zeit. Wenn natürlich Zeitdruck gegeben ist und man hat die nächsten Bauabschnitte zu erstellen, dann wird man sich eher für die zweite Variante, nämlich das Technische schließen oder weitgehende Verbessern dieser Risse im Rahmen der Verpressung entscheiden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN, Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Herr Dipl.-Ing. Marosi, ich lerne allerhand dazu da rund um die Wannens, mit und ohne Mysterium. Der Herr Univ.-Prof. Lechner hat hier ausgesagt, dass der einzige festzustellende Mangel ist, dass die darauf aufbauenden Einbauten zu knapp an dieser weißen Wann installiert sind, sodass man die notwendigen und üblichen Nachverpressungen nicht sehr leicht oder nur mit Erschwernis vornehmen kann. Das haben Sie in Ihrer Stellungnahme auch dabei. Sie sprechen davon, dass künftig auch eine laufende Wartung beziehungsweise Instandhaltung weitgehend erschwert oder überhaupt unmöglich ist.

Was heißt das im Worst Case: Überhaupt unmöglich? Kann es hier zu umfangreichen, notwendigen beziehungsweise Umbauten kommen? Und aus Ihrer Erfahrung: Worst Case mit welcher Wahrscheinlichkeit?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi! Mikro einschalten! Noch einmal von vorne.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Entschuldigung! Es ist genau das vom Kollegen gemeint, das ist genau dieses Thema. Das habe ich auch eingangs schon erwähnt, die Zugänglichkeit zu den betroffenen Bauteilen, die zulässige Phänomene zeigen dürfen und auch später noch zeigen können. Und da erschien mir, und deshalb war auch meine Warnung hinten angehängt, als Ergänzung eigentlich nur zum eigentlichen Gutachtauftrag, die Warnung gerechtfertigt, weil ich schon in dieser Rohbauphase eben Wände gesehen habe, die ich zu befunden gehabt hätte, wo eben solche Feuchtphänomene vorhanden waren. Ich musste aber im Abstand von ein, zwei, drei Meter vor der Wand stehen bleiben, weil über Stahlhilfskonstruktionen, die an dieser Wand befestigt waren, damals schon eine Reihe von Haustechnik, Rohrleitungen, vom Boden bis Decke befüllt war. Und das ist sicher noch viel mehr geworden. Wie gesagt, ich war im Jänner 2015 dort. Aber damals erschien es mir schon so, dass mich das zum Nachdenken angeregt hat: Was ist denn, wenn man dort wieder hin muss? Nämlich nicht nur ich, weil ich halt mein Foto dort nicht machen kann oder irgendein Messinstrument anlegen kann, sondern diejenigen, die dann zulässig und beauftragt zum Beispiel Verpressungen zu machen haben oder nur kontrollieren, nur schauen und etwas zu dokumentieren haben bevor es möglicherweise noch zur Verpressung oder vielleicht auch zu gar nichts kommt.

Aber hin muss man. Dahingehend ist die Warnung vom Kollegen und eben auch meine zu werten und zu sehen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Ein anderer Zeuge, der Herr Strauss, hat gesagt, dass die bei der PORR bestellte dichte Stahlbetonkonstruktion von Natur aus Setzungsrisse aufweist, dass das einfach so ist, die aber dann wiederum verpresst werden, sodass es am Ende wieder ewig dicht ist. Das ist ziemlich genau das Zitat, glaube ich.

Sind auch diese bei Stahlbetonkonstruktionen offensichtlich immer entstehenden Setzungsrisse vertraglich nicht auf Kosten des Auftragnehmers zu verpressen, sondern muss das dann der KAV übernehmen? Oder wer übernimmt das?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Wenn man diese Richtlinie zugrunde gelegt hätte, dann gibt es dort Empfehlungen. Und dann wäre es zum Teil auch so, dass bis zu einem gewissen Erfolg, nämlich wenn es mehr als A2 an Undichtheit gibt, bis zu A2 zu verdichten wäre dann, wenn man es so dem Vertrag zugrunde legt, was man hier aber nicht hat, eine Verbesserung des Gewerkes des Auftragnehmers. In diesem Fall ist es aber weder zugrunde gelegt, noch irgendwo definiert. So bleibt es also quasi eine Vorgabe, ein Wunsch des Auftraggebers, wenn er das Rohbaugebäude vor sich hat mit seinen Schwächen, die vermutlich auch aufgrund dieser gewählten Vorgangsweise zumindest teilweise entstanden sind, darauf zu reagieren. Dann ist allerdings die Kostenfrage völlig losgelöst von der Auftragnehmer-Seite, sondern rein in dieser Sphäre Auf-

traggeber, Planer, Statiker zu sehen. Wo mehr, wo weniger kann ich nicht beurteilen.

Und jetzt würde ich aber auch noch gerne an dieser Stelle, wenn es mir erlaubt ist – ich hoffe, ich langweile Sie mit diesen technischen Dingen nicht zu sehr –, aber es erscheint mir manchmal doch notwendig: Sind nämlich Risse im Stahlbeton per se immer als ein Mangel zu sehen? Klare Antwort: Nein. Die Risse im Beton sind in seiner Geburt, in seiner Genesis zu sehen, weil immer wenn ich etwas mit Wasser vermische und dann in dem Fall auf eine hydraulische Wirkung durch den Zement hoffe in Verbindung mit Gesteinskörnung, dann verbleiben Teile des Wassers in diesem Baustoff auch nach dem Erhärten drinnen. Nicht nur bis... umgesetzt ist, sondern auch Restwasser vom Anmachwasser. Und dann treten Phänomene auf, die Sie alle zum Beispiel vom Holz her kennen, das bei Wasserzunahme aufquillt und wo bei Austrocknung Volumen abnimmt. Dasselbe kennen Sie auch von feinkörnigen, windigen Böden, wo man dann nach langen Trocknungsphasen, regenlosen Phasen, beinahe die Hand in netzartige Risse reinstecken kann. Genau diese Phänomene kann, nicht nur kann, sondern zeigt auch der Beton. Und das ist genau die Aufgabenstellung, der sich auch schon die Römer gewidmet haben oder eben auch diese Richtlinie, und der sich auch die jetzigen Bauingenieure zu widmen haben. Das Problem dabei ist eben nur: Wie mache ich das, damit diese Risse klein werden oder klein bleiben und schön verteilt sind? Stellen wir uns einmal vor, Sie haben einen Bauteil, wie wir vorher besprochen haben, Wandteil, Bodenteil, wie auch immer, dem wohnt also durch die Geburtsstunde des Betons ein gewisses Schwindpotential, das ist diese Volumenabnahme in sich. Das ist kein Mangel, sondern das liegt in seinem Wesen. Daher ist es auch von niemandem zu vertreten. Die Natur macht keine Fehler. Die Frage ist nur: Schaue ich zu, was passiert? Dann könnte es sein, dass einer oder wenige Risse bei einem mehrere Meter großen Bauteil vielleicht einen Zentimeter aufmachen. Von Dichtheit ist dann sicher keine Rede mehr. Oder ich halte durch einen Baustoff, der Belastungen und diese Spannungen besonders gut kann, nämlich Stahl, diese Risse klein und verteilt im Bauteil, sodass sie eben klein genug sind, um diese verschiedenen Dichtheitsanforderungen zu erfüllen. Das ist eben die konstruktive Aufgabe, die der Statiker zu erfüllen hat, nicht nur die anderen Lasten, die sich auch in Spannungen im Baukörper manifestieren, Eigengewicht, Nutzlast, Windlast, Schneelast, Erdbebenlast, aber eben auch das Schwinden des Betons ist zu berücksichtigen, wenn es um Dichtheiten geht. All diese Maßnahmen hat der Statiker zu berücksichtigen, um durch die geeignete Wahl von Material, Beton, Stahl und Konstruktionsprinzipien zum Ziel zu kommen. Dann allerdings hat er die Freiheit zu sagen: Ich mache es, wie ich glaube oder wie ich meine, dass es richtig ist, nehme Teile dieser Richtlinie heraus und andere mache ich anders, oder ich unterwerfe mich vollkommen diesem Regime. Aber davon hängt eben auch die Kostenfrage ab und wer sie zu tragen hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Danke. Eine ganz kleine Zusatzfrage: Diese Setzungsrisse, gibt es die dann ewig oder sind die irgendwann zu Ende?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Setzungsrisse. Also es gibt gewisse Phänomene, die abklingend sind. Das Schwinden wäre so etwas, was tatsächlich im Laufe der Zeit abklingt. Setzungsrisse klingen, das kennt jeder von seinem Einfamilienhaus oder viele kennen es vom Einfamilienhausbau, Setzungsphänomene, die klingen im Laufe der Zeit ab. Die Frage dahingehend zu beantworten ist dann etwas ewig und für alle Zeit. Erstens ist das Niederfall, bei Technikern schon überhaupt nicht. Bei konkret Ihrer Frage aber auch deshalb nicht, weil bei... Stellen Sie sich vor: Grundwasser hat Grundwasserschwankungen. Dieser Pegel des Grundwassers ist nicht immer gleich hoch an der gleichen Stelle. Wenn ich jetzt also sage, ich tauche mit einem Baukörper, nennen wir es Kellergebäude Krankenhaus Nord, in dieses Grundwasser ein, aber mehr oder weniger ein nicht, weil sich das Gebäude verändert, sondern sich der Grundwasserspiegel verändert, dann ist die Begleitmusik auch dazu, dass eben die Grundwasserschwankungen... Moment, jetzt habe ich den Faden verloren. Nur die Frage...*(Zwischenruf)* Bitte? Die Setzungsrisse, genau. Entschuldigung, es ist ein bisschen dicht jetzt da mit der Technik. Die Setzungsrisse, die klingen dann vorerst ab. Aber nehmen Sie an, der Grundwasserspiegel senkt sich. Dann ist das offene Porenvolumen des Materials oben drüber, das vorher wassergefüllt war, luftgefüllt. Das heißt, es kann nach Jahren, wo das Gebäude die Setzungen und die Gebrauchstauglichkeit lange erreicht hat, zu Nachsetzungsphänomenen kommen, weil wir wissen ja, Wasser ist wenig kompressibel bis gar nicht kompressibel, Luft sehr wohl. Wenn also im Stützkörper dieses Bodenkornes die Luft plötzlich da ist im offenen Porenvolumen statt Wasser, dann kann es auch später zu Setzungen kommen. Durch Setzungen, die ungleich passieren, gibt es Kräfte und Spannungsumlagerungen. All das kann wieder eine Kette auslösen, wo vielleicht auch wieder Risse auftreten, wo vorher gar keine waren und wo ausreichende Dichtheit gegeben war. Auf einmal steht man staunend dort und hat wieder genau zu reagieren wie vorher: Warten auf Selbstheilung oder eben technisch geeignet in Form von Verpressung. Und das ist genau das Thema, das ich zumindest als aufklärungswürdig angerissen habe.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Aus Ihrer Erfahrung heraus, es halten sich also nicht alle an die Richtlinie. Jetzt weiß ich aber nicht, wie viel in Prozent bei großen Bauwerken. Warum halten sich nicht alle daran? Offensichtlich weil man glaubt, damit Kosten sparen zu können. Nach all dem, was ich jetzt gehört habe, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht eindeutig, dass das jetzt einen finanziellen Schaden angerichtet hat.

Wäre es richtig zu sagen, in 10, 20 Jahren kann man im Rückblick sagen, ob das die richtige Entscheidung war und ob es kostengünstiger war, es so durchzuführen? Oder es wäre anders schlauer gewesen? Oder glauben

Sie, dass man es jetzt mit Sicherheit sagen kann, es wäre schlauer gewesen, es aus rein ökonomischen Gründen anders zu machen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Diese Beurteilung maße ich mir nicht zu. Da müsste man tatsächlich diese Kosten laufend mitschreiben, die tatsächlich angefallenen und auch die angesprochenen Sowieso-Kosten was wäre wenn, die wir ja nicht kennen, und dann einen Soll/Ist-Vergleich, eine Saldorechnung machen. Das ist aber sehr im hypothetischen Bereich und nicht die Angelegenheit des Technikers.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ, Frau Frühmesser!

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Danke, Herr Diplomingenieur, für Ihre Ausführungen. Wenn ich das richtig verstanden habe, dann können Haarrisse immer wieder entstehen, und die können sich auch in der Regel wieder von selbst schließen. Und wenn das nicht der Fall ist, wenn sie größer werden, dann kann man die mit Kunstharz soweit abdichten.

Habe ich das richtig verstanden? Dabei tritt Wasser ein und dieses Wasser wird in Pumpschächten gesammelt und kann dann auch wieder abgepumpt werden? Oder liegt das hier in diesem Fall nicht vor?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also wenn so viel Wasser eintritt, dass es in Pumpschächten zu sammeln ist - man macht solche Pumpschächte und Pumpensümpfe, weil man sie in der Bauzeit schon benötigt und dann werden sie belassen und treten später noch in Kraft, wenn vielleicht irgendein Phänomen eintritt. Aber diese Dichtheiten, von denen wir gesprochen haben, da spricht man nicht von so viel Wasser, dass es abzupumpen wäre. Und immer wenn Risse auch im Mikrogefüge entstehen, sind die noch lange nicht wassergängig. Deshalb ist ja die Aufgabe, diese Risse klein und verteilt zu halten, die konstruktiv technische Aufgabe. Wenn Sie einmal so wassergängig sind, dass Sie gleich drunter einen Pumpensumpf brauchen, dann ist sicher ein größeres Problem im Gange.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Frühmesser!

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Okay, danke. Also wassergängige Risse sind in dem Fall auszuschließen. Habe ich das richtig verstanden?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Weitere Risse?

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Wassergängige Risse.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Wassergängige. Naja, wenn weitere Rissphänomene nicht auszuschließen sind, ist auch Wassergängigkeit als Konsequenz nicht auszuschließen.

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Okay. Dann möchte ich noch einmal auf vorhin zurückkommen. Sie haben gesagt, in der Rohbauphase haben Sie Feuchtphänomene festgestellt, haben aber leider keinen Zutritt gehabt, nachdem Sie ja bei der Vorderen stehenbleiben mussten, kein Messgerät anlegen konnten, et cetera, und haben eben daraufhin diese Warnung ausgesprochen. Habe ich das richtig verstanden eben bezüglich dem biogenen Befall?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Na ja, ich hab' nicht deshalb diese Warnung ausgesprochen, sondern weil es natürlich notwendig ist, eine bessere Einschau zu haben zu den Dingen, die man befunden soll. Und das sind eben feuchte Flecken, wie groß, wie breit, wo sind sie tatsächlich. Es waren ja damals auch schon die Verpressungen weitestgehend im Gange. Die habe ich ja auch gesehen und auf einigen Bildern der Dokumentation drauf. Dann sieht man natürlich auch Verpressgut, das die Wand runterrinnt. Das ist auch nicht hübsch, aber das ist ein Zeichen, dass hier technische Dichtheit erzeugt wird. Ich bin nicht unmittelbar vor der Wand gestanden, sondern vor Rohrleitungen und konnte nicht bis zur Wand hin, weil eben dort Haustechnik stattgefunden hat beziehungsweise installiert wurde. Naja und das ist ja auch so und bleibt auch so und ist sicher mittlerweile noch wesentlich mehr an Haustechnik geworden. Das war ja auch erst im Entstehen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Frühmesser!

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Danke. Mir stellt sich dann nur die Frage, wie diese feuchten Flecken, die Sie ja gesehen haben, dann behandelt werden können oder gar nicht oder wie man da feststellt, ob da schon ein Befall ist?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also feuchte Flecken zeigen sich an der Bauteiloberfläche, wenn sie rein mit dem Auge einmal Einsicht nehmen können, weil sie dunkler sind. Alles, was feucht ist, ist meistens dunkler und Sie können das einmal auch aus einigen Metern Entfernungen, wenn Sie überhaupt Blickkontakt dazu haben, einschätzen. Das heißt, solche feuchte Flecken werden jetzt zum Beispiel auch von der Anforderungsklasse ja gedeckt. Das wäre ja auch noch kein Mangel. Die Reaktion dann darauf, wenn ich den feuchten Fleck sehe und er erscheint mir in den Häufigkeit mehr als für diese gewünschte Anforderungsklasse da zu sein, mehr feuchte Flecken, und diese Ein-Promille- oder Ein-Prozent-Grenze ist überschritten, dann muss ich technisch darauf reagieren oder auf die Selbstheilung warten. Aber nach langer Zeit wird man wohl eher technisch darauf reagieren. Und erst in dieser Gedankenkette, dass man das, was man jetzt, wie ich dort war, gerade getan hat, nämlich verpressen und daher die gewünschte technische Dichtheit, wie auch immer es sich der KAV dann vorgestellt hat, erzeugt hat, wie mache ich das in einigen Jahren? Und das ist mir halt durch den Kopf gegangen. Wo feucht ist, können in der Folge eben auch andere Phänomene dazukommen. Nicht mein Thema, aber Erfüllung meiner Warnpflicht. Ja und das ist eben aufzuklären. Ich habe es nicht aufgeklärt, war auch nicht mein Auftrag.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Frühmesser? Schon fertig.

SPÖ, die Frau Rubik!

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Ja nochmals zurückkommend: Habe ich das richtig verstanden, dass es verschiedene Anforderungsklassen gibt, so eine weiße Wanne zu bauen, von ganz trocken wie für eine Bibliothek bis etwas weniger trocken oder ...für eine Garage ist?

Jetzt meine Frage: Dieser Auftrag, wurde der in unterschiedlichsten Klassen vergeben oder gab es eine Anforderung für eine Dichtheit der ganzen Wanne?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Es gab in der Ausschreibung überhaupt keine Anforderungsklassen, nicht unterschiedliche, sondern überhaupt keine. Der Auftrag ist eben so, wie ich es auch vorher schon beschrieben habe, dass jemand anderer diese Dinge zu berücksichtigen hatte zu berechnen, und als letzten Ausfluss dieser Berechnung Pläne zu erstellen hatte. Der Auftrag an den Errichter des Rohbaukörpers war, dann diese Pläne, die ihm zur Verfügung gestellt wurden, in die Natur umzusetzen unter peinlich genauer Beobachtung durch örtliche Bauaufsicht, Begleitende Kontrolle und Projektsteuerung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Rubik!

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Meine nächste Frage dazu ist, Sie haben ja erwähnt, dass es diese handschriftlichen Ergänzungen auf diesen Plänen gab.

Kann uns da die örtliche Bauaufsicht noch Aufschluss darüber geben, wenn man die befragt, welche Anforderungsklassen an den Auftraggeber gewünscht wurden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Soweit ich mich erinnern kann, ist aus dem Schriftverkehr, den ich zu der Zeit, wo ich erstmalig dort war, also 2015, auch die örtliche Bauaufsicht an den Auftraggeber gleichzeitig mit der PORR herangetreten, ob man Unterlagen hinsichtlich dieser Anforderungsklasse hat und zur Verfügung gestellt bekommt. Das kann ich also nur aus diesem Schriftverkehr rückwirkend ableiten, dass die das so genau auch nicht gewusst haben. Aber für die örtliche Bauaufsicht gilt ja auch, die müssen darauf schauen, dass diese Pläne, die gegenständlich gerade vom Rohbauerrichter in die Natur umgesetzt werden, genauso wie sie auf den Plänen, egal wozu und warum und welche Anforderungsklassen, genauso umgesetzt werden. Das heißt, die örtliche Bauaufsicht hat auch nicht unbedingt die Notwendigkeit zu wissen, welche Anforderung sich der Bauherr da wünscht. Die muss nur darauf schauen, dass es genauso, wie es am Plan ist, in der Natur dann stattfindet und als Ergebnis in der Natur ist.

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Habe ich das jetzt richtig verstanden...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Rubik, Entschuldigung.

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Entschuldigung. Habe ich das jetzt richtig verstanden, inklusive zusätzlicher handschriftlicher Vermerke?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Entschuldigung, was ist inklusive handschriftlicher Vermerke?

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Sie haben gesagt, auf diesen Plänen gibt es diese handschriftlichen Vermerke.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Nein, nein.

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Die örtliche Bauaufsicht hat also auch darauf zu schauen, dass dieses dann eingearbeitet ist

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Nein, nein, nein.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Falsch verstanden. Bei Originalplänen, die umzusetzen sind, die sind ausgedruckte Pläne, CAD-Pläne. Da gibt's nichts Handschriftliches drauf. Die sind einer Ausschreibung zugrunde zu legen, war ja auch so, und zwar in Hülle und Fülle. Das sind ganze Pakete und es kommen in der Ausführungsphase auch noch laufend welche dazu. Wenn aber jemand die Aufgabe zu erfüllen hat, wie auch immer das dann passiert ist als Grundlage für Berechnungen, dann nimmt er sich auch einen Plan her, den es schon gibt, wo irgendwas drauf ist, der Grundriss zum Beispiel vom Kellergebäude, und irgendwer trägt dann ein, da hätte ich gerne Anforderungsklasse sowieso oder sowieso. Und diese Pläne, die aber nicht der Ausschreibung zugrunde gelegen sind, die erst dann nicht nur mir, und ich vermute vielen anderen auch erst zur Kenntnis gebracht wurden so wie ich am Beginn meines Tuns danach gefragt habe, die haben aber mit der Ausschreibung nichts zu tun. Selbst wenn im Hintergrund etwas planlich dargestellt ist, was vielleicht schon auch bei der Bauausschreibung dabei war, aber nicht diese Dinge, die dann eben zusätzlich per Hand und Markierungsstift eingetragen wurden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Rubik? Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sie haben gesagt, es gab keine spezifischen Anforderungen sozusagen des Bauherrn an die Dichte des Baukörpers, sondern ich erwarte mir von der Firma, die den Rohbau errichtet, dass sie weiß, was sie tut, wenn ein solches Gebäude wie ein Spital geplant ist.

Für mich stellt sich dann die Frage: Nach welchen Kriterien kann ich denn dann einen solchen Rohbau abnehmen, wenn ich auch auf die Zukunft projiziere? Denn so wie Sie sagen, wir wissen ja nicht, ob möglicherweise in Zukunft nicht durch verschiedene Setzungen Risse entstehen, die zu einer gewissen Feuchtigkeit führen. Wir wissen ja nicht, ob es in Zukunft eine mögliche Schimmelbildung geben könnte. Und ein Thema ist ja schwierig, wir können das eigentlich gar nicht überprüfen, weil die Zugänglichkeit zu manchem dieser Baukörper schlecht oder gar nicht gegeben ist.

Da stelle ich mir die Frage: Wie kann ich denn als Bauherr über einen längeren Zeitraum überprüfen, ob ich das, was ich bestellt habe, in der Qualität auch bekommen habe? Wie mache ich das? Was würden Sie dazu antworten?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Als Bauherr können Sie sich wünschen, dass all das, was irgendjemand Ihrer Erfüllungsgehilfen als Aufschluss seiner Tätigkeit zutage gelegt hat, gleich beim Entstehen überprüft wird, dass es so ist wie gewünscht, gleich und für allemal. Weil ob jetzt diese Rissbreite begrenzende Bewehrung am richtigen Platz, in der richtigen Dichte, im richtigen Kaliber und Fassung eingelegt ist, können Sie auch in zehn Jahren störungsfrei kaum feststellen, sondern gleich bevor der Beton eingefüllt wird. Daher gibt es eben auch dieses Procedere. Das muss eben der Bauherr installieren, hat er ja dort auch, indem er der ausführenden Firma eine

Überwachung zur Seite stellt, die Bauteil für Bauteil all diese Eisen- und Betonsorten zu überprüfen hat, auch Rückstellproben von den Betonsorten, die man dann auch später noch überprüfen kann, und Lieferscheine, dass das alles genauso ist wie auf dem Plan dargestellt. Dann wird es fürs Betonieren freigegeben. Und damit ist diese Kontrolle auch erfüllt, weil es später nicht mehr geht.

Die Erwartung, dass selbst wenn alles, und die Summe aller dieser Überprüfungen gibt eben dann die Beilage zur Fertigstellungsmeldung. Damit ist an sich der Rohbau, auch wenn es ein Krankenhaus Nord ist, losgelöst von der späteren Funktion. Es ist ein Rohbaukörper in Stahlbetonbauweise. Der kann sein, was immer es sein soll. In dem Fall wird dann später ein Spital daraus. Der ist dann erfüllt. Alle diese Phänomene und Überlegungen, was ist wenn, wenn spätere Setzungen dazukommen oder auch nicht wenn sie schon ein für alle Mal abgeklungen sind, all diese Dinge weiß bis zu einem gewissen Grad ja auch niemand. Aber in weiser Voraussicht könnte man Überlegungen anstellen, so wie Sie es ja auch vorher in Ihrer Einleitung zur Frage angezogen haben, dass man natürlich, um es einfacher zu haben, zu Bauteilen, wo ich erwarte, dass vielleicht Nachsorge stattzufinden hat, auch hinkomme.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Könnte man, wenn man zu diesem Bauteil nicht hinkommt, auch Sensoren frühzeitig an den Stellen einbauen, die besonders sensibel sind? Weil dort gibt es Stellen, so wie Sie es ausgeführt haben, die nicht sehr sensibel sind wie eine Garage, wie gewisse Konstruktionsgänge, et cetera. Da spielt es keine Rolle. Aber nehmen wir an, wir haben Bauteile, die sensibel sind, die dann auch in der Weiterführung sensibel sind, wo Schimmelbildung auftreten könnte. Sollte man in diesem Fall eigentlich nicht präventiv Wassersensoren oder andere Sensorik einbringen, um auch später den Feuchtigkeitsgrad kontrollieren zu können?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Wäre ein möglicher technischer Ansatz.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Wurde aber nicht gemacht.

Ich möchte Sie zu einem Thema fragen, weil der Rohbau natürlich... Also wir diskutieren ja hier insgesamt über den Rohbau. Und das, was extrem auffällig ist bei diesem Projekt und wo wir immer wieder diese Frage stellen, ich verstehe es auch nicht, ist der Unterschied zwischen den ursprünglich geplanten Kosten von 98,4 Millionen EUR wir bei den Endkosten des Rohbaus bei 160 Millionen EUR liegen. Jetzt haben etliche Zeugen hier bereits ausgesagt, so etwas kennen sie eigentlich nicht, weil beim Rohbau weiß ich ziemlich genau, was das kosten wird. Da ist der Unterschied vielleicht plus/minus 10 Prozent.

Können Sie sich erklären, warum der Unterschied in dem Fall mit über 60 Prozent Kostenüberschreitung so dramatisch ausfällt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Das war nicht mein Befund- und Gutachtensthema, aber ich kann mir in der Richtung doch einiges vorstellen. Sie haben die Erklärung teilweise auch vorher schon erwähnt: Wenn es in der Rohbauphase Umplanungen gibt, die sich auf die Konstruktion und auf die Bauteile nachhaltig auswirken, dann ist es natürlich ein Kostenfaktor, der große Dimensionen annehmen kann. Und es kann auch zu Kosten führen. Es ist jetzt ein hypothetischer Fall. Ich habe jetzt kein Beispiel dafür und es ist auch kein Befundergebnis, war auch nicht mein Gutachten. Aber Sie erstellen genau nach den Plänen einen Wandbauteil mit irgendwelchen Öffnungen drinnen, Länge, Breite, Höhe, weil es am Plan so drauf ist. Das heißt, die ÖBA; die örtliche Bauaufsicht; gibt das frei, der Rohbauerrichter hat das Richtige getan, die örtliche Bauaufsicht hat das bestätigt. Dann kommt man aber vielleicht im Nachgang drauf, diese Öffnung in dieser Wand wäre besser statt hier da drüben, und etwas höher oder breiter oder was auch immer. Dann ist es ja kein Mangel, weil der ursprüngliche Plan 1 zu 1 richtig umgesetzt war. Dann löst es eine Kostenkette aus. Ich muss das Loch an der falschen Stelle schließen, kann dafür auch Kosten verrechnen, logischerweise. Dort, wo die Öffnung nicht war, muss ich sie machen. Das löst Kosten aus bis hin zur Entsorgung des Materials, wo ich nachträglich eine Öffnung mache. So, und das sind jetzt Kosten, die können nicht kalkuliert sein, weil sie ja erst im Tun entstanden sind, die aber zu dieser Kostenkette berechtigen. Nicht nur, dass das Erste zu bezahlen ist, wo das Loch, die Öffnung an einer bestimmten Stelle war, weil es ja nach den Plänen richtig gemacht wurde. Aber auch die zweite Variante ist zu bezahlen und auch alles, was dazwischen ist, weil es ja nicht als Irrtum oder Mangel ausgelöst ist, sondern weil man zu einer anderen Erkenntnis gekommen ist aus welchen Gründen auch immer. Ist aber ein hypothetisches Beispiel.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Also vor diesem Hintergrund absolut richtig, ist ja kein Mangel, wenn das anders ausgeführt wird. Nur bei einer Kostenüberschreitung in dieser Dimension - mir geht es wirklich um diese Dimension - müssen ja eklatante Planungsfehler oder Planungsmängel vorliegen, weil wir ja nicht von einem Bauteil sprechen, den wir jetzt hier verändern, sondern das ist ja fast wie ein Schweizer Käse, wo wir verschiedene Löcher neu bauen.

Also warum eine solche Kostenüberschreitung? Kennen Sie aus Ihren Erfahrungen eine so große Bandbreite zwischen dem, was ausgeschrieben wird - das ist ja auf Basis einer Bieterreihung, das darf man ja nicht vergessen -, und dem, was wir dann an Endkosten haben? Ist Ihnen so etwas schon untergekommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Mir ist im langen Leben der Bautätigkeit schon sehr viel untergekommen, auch eklatante Abweichungen in Anbotsergebnissen, knappe Ergebnisse, große Abstände von Ergebnissen, und, und, und, die auch Reihungsstürze bedeutet hätten oder auch



haben. Aber die Gesamtheit aller dieser Änderungen und warum und wer sie zu vertreten hat bitte ich Sie die zu fragen, die sie getan haben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ÖVP, Frau Korosec!

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Herr Marosi, Sie haben bei einer Antwort irgendwie die Klimatisierung erwähnt. Auch in Ihrem Gutachten haben Sie eigentlich festgestellt, dass die Klimatisierung der entsprechenden Räumlichkeiten unbedingt nötig wäre, um eine trockene Anforderungsklasse des Betons zu ermöglichen.

Wissen Sie, gibt es jetzt eine Klimatisierung?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Das weiß ich nicht und ich habe auch nicht geschrieben, dass in jedem Fall diese Klimatisierung, Konditionierung notwendig wäre. Sondern dann, wenn der Bauherr sich die Anforderungsklasse AS, die oberste, wünscht und das auch kundtut, dann geht das rein bautechnisch nicht mehr, sondern nur mehr unter bauphysikalischen Vorausberechnungen, die dann auch als Konsequenz... Klimatisierung und Konditionierung haben. Aber ob und wo das gewünscht wurde und ob es umgesetzt wurde, kann ich nicht sagen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec!

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Aber grundsätzlich wären Sie schon der Meinung, dass Klimatisierung in dem Fall schon richtig wäre?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Das hat er nicht gesagt. Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Nicht generell, sondern nur wenn ich die Anforderungsklasse AS haben möchte. Für eine Tiefgarage, die vielleicht nach der Anforderungsklasse A2 zu konditionieren oder zu planen ist oder Kollektorgan, dort ist die bauphysikalische Untersuchung von eingeschränkter Spannung und auch die Klimatisierung von eingeschränkter Spannung. Weil ich habe das Beispiel genannt, dass eine Schneefracht von den Autos ein Vielfaches an Feuchtigkeit in das Gebäude von innen, nämlich gleich auf der falschen Seite, einträgt als es die Natur über das Bauwerk nach dieser Anforderungsklasse je bringen könnte. Deswegen sind auch diese Entsorgungs- oder Ableitungsrinnen, Kanalisation und Verdunstungsrinnen, die Sie oft in Tiefgaragen sehen, nicht für das Wasser, meistens nicht für das Wasser gedacht, das von außen ins Bauwerk eindringt, sondern das als Fracht hineingebracht wird. Das muss ja auch weg.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec!

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Ich komme jetzt auf das undichte Dach zu sprechen. Da hat der Herr Janßen im Untersuchungsausschuss auf diese Schwierigkeit aufmerksam gemacht und hat gesagt, die Fassade hat eine architektonische Besonderheit, dass sie eben oben im Dach eingegangen werden musste. Und folgerichtig waren natürlich offene Kanäle, die hinunter ragten bis quasi in den Untergrund, wo Niederschlagswasser sich durchaus den Weg bahnen konnte. Bei den allfälligen Baubesichtigungen konnte man das wahrnehmen. Er meint auch sogar, das sind Pfützen, aber doch eine deutlich wahrnehmbare, nicht gerade Pfützen, aber eine deutlich

wahrnehmbare Wassersituation, die sich im Bereich, er spricht auch von der Weißen Wanne, abzeichnete.

Wie bewerten Sie diese Aussage von Herrn Janßen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Wenn man es aus der Sicht bewertet, wo auch ich dort war, Frühjahr 2015 Rohbau fertiggestellt, Fassade aus welchen Gründen auch immer nicht fertiggestellt, Verpressungen im Keller im Gange, dann bewerte ich das als eine durchaus realistische Einschätzung. Sie müssen sich vor Augen führen, so ein dichtes Bauwerk, nennen wir es Weiße Wanne, Stahlbetonbauwerk, Kellergebäude Krankenhaus Nord, ist ja dann, wenn es dicht ist, nicht nur gegen von außen eindringendes Wasser dicht, sondern behält das Wasser auch in sich, wenn es von oben eingefüllt wird.

Wenn jetzt über dieser Wanne ein Rohbaukörper steht, dem die äußere dichte Gebäudehülle aber noch fehlt, dann kann über diese Undichtheiten, die aber vorerst einmal nicht als Mangel zu sehen sind, sondern einfach die äußere Hülle ist noch nicht da, ist noch nicht gebaut, auch Wasser bis ins Kellergebäude eintreten. Dann könnte man auch meinen, das sei eine Undichtheit der Wanne, weil dort eine Lacke ist. Man müsste aber zuerst einmal den Weg des Wassertropfens konkret nachvollziehen: Ist er durch die Wanne tatsächlich von außen nach innen gedrungen oder von oben durch eine noch nicht hergestellte Gebäudehülle nach unten gekommen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec!

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Könnte dieses Niederschlagswasser auch Auswirkungen auf die Stahlbetonkonstruktion gehabt haben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Da bitte ich die Frage zu präzisieren: Niederschlagswasser auf den Beton per se.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec!

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Ja also wenn von oben da Wasserpfützen waren, kann sich das vielleicht...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ja das wäre eine mögliche Erklärung wie ich vorhin gesagt hab'. Wenn die Gebäudehülle nicht da ist, dann kann eben nicht nur von außen Wasser in das Kellergebäude eindringen, sondern auch von oben nach unten. Wenn die Gebäudehülle fertig ist und alle Anschlüsse dicht sind, Spenglerarbeiten, Fassade, alles fertig ist, dann darf das natürlich nicht mehr sein. Aber in der Phase, wo ich dort war und möglicherweise auch der Kollege, den Sie zitiert haben, na dann ist es fast zu erwarten, dass das so ist, weil es ja eben nach oben hin noch vollkommen offen ist.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Jetzt ist die Frage, wann es geschlossen wurde sozusagen.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ja das kann ich Ihnen aber nicht..., Aber spätestens mit der Fertigstellung der Gebäudehülle, sprich Fassade, Dach, Spenglerarbeiten, alles, was dort ist, dann ist der Anspruch gegeben, jetzt muss Dichtheit sein von oben. Erst dann kann man das auch entkoppeln, die Dichtheit oder die verschiedenen Dichtheiten im Kellergebäude, wenn ich einmal mit Si-

cherheit sagen kann, von oben kommt jetzt einmal nichts mehr herein. Wenn ich jetzt unten ein Phänomen beobachte, dann ist es mit hoher Wahrscheinlichkeit einem Wasserweg von außen nach innen zuzuordnen, vom Erdreich, vom Grundwasser, vom Oberflächenwasser im Boden.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Aber Ihre Frage war doch eigentlich, ob die Zeit, wo eben das Wasser, wo das nicht dicht war und das Wasser eindringen konnte (*Zwischenruf von GRin Ingrid Korosec.*), ob das irgendwelche Auswirkungen auf den Bau hatte.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Auf den Stahlbetonkörper hat das keine Auswirkungen. Ich will das jetzt einmal plakativ sagen. Der Beton per se hat vor dem Wasser keine Angst, es ist ihm ja das Wasser in die Wiege gelegt, das haben wir schon besprochen. Alles davon Abgeleitete im Ausbau, in der Nutzung, in der Gebrauchstauglichkeit wäre natürlich dann unangenehm. Aber das ist im Rohbau ja noch nicht der Fall.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Okay, danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN, Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Ich darf noch einmal auf die Richtlinien zurückkommen, weil mich das interessiert.

Wie oft werden Bauvorhaben, die Sie kennen und betreut haben, diesen Richtlinien entsprechend gebaut? Ist das eher Usus, nicht den Richtlinien entsprechend so ein Bauvorhaben durchzuführen? Oder kennen Sie da unterschiedliche Varianten?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ich kenne...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Mikro einschalten bitte.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ich kenne unterschiedliche Varianten dahingehend, als es natürlich einem Einfamilienhausbauer, der auch ein dichtes Kellergebäude haben will, vermutlich nicht zuzumuten ist und auch seinem Baumeister nicht zuzumuten sein wird, diese Richtlinie naja vielleicht zu kennen. Aber in der vollen Konsequenz umzusetzen wird es wohl eher selten der Fall sein. Auch da habe ich schon Gutachten zu erstellen gehabt, gibt es natürlich die diversen Erwartungshaltungen des Bauherrn, die dann nicht eingehalten sind und wo man dann trefflich darüber diskutieren bis streiten kann. Aber bei Bauwerken, die eine gewisse Dimension haben, um eben Unterführungs... Bei einem großen Verkehrsbauwerk, bei welchen Bauwerken auch immer bis hin zu einem KH Nord ist es doch eher die Wahrscheinlichkeit, nachdem sich diese Richtlinie als Empfehlung so wie eine Norm seit 20 Jahren sehr etabliert hat und damit den Stand der Technik auch im gerichtlichen Streitverfahren festlegt, die einzuhalten. Aber man muss nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel!

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Sie sagen ja, man muss nicht. Aber hätte es, wenn man sich an die Richtlinien hält und diese Empfehlungen auch an-

nimmt, dann Einfluss auf die Kostengestaltung? Das heißt, wäre eine höhere Garantie, keine Mehrkosten dadurch zu haben, möglich?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Die Frage bitte zu präzisieren: Hätte man die Richtlinie zugrunde gelegt, woher orten Sie dann die Mehrkosten oder auch nicht?

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Könnte man dadurch sozusagen Mehrkosten verhindern, weil man sich an die Richtlinien hält? Oder ist die Gefahr größer, wenn ich mich nicht an die Richtlinien halte, dann Mehrkosten zu lukrieren?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also die Frage ist insofern nicht nur zulässig, sondern auch sehr interessant, weil wenn man schon ein Regelwerk hat, das etabliert ist und das eben diesen besagten Stand der Technik vorgibt, warum verlasse ich den? Was kann eine Motivation sein, warum ich den verlasse? Eine der ersten Überlegungen ist natürlich, wenn man Kosten dadurch vielleicht erahnt, geringer zu bekommen aus zum Beispiel dem Sachverhalt dieser Dehnfugen, die ich dann eben weitersetzen kann, dem Statiker auferlege, er soll sich zusätzlich was überlegen, dass das trotzdem gut funktionieren kann. Da ist die Erwartungshaltung in erster Lesung natürlich, dass man auf einem einfacheren, sprich auf einem billigeren Weg zum Ziel kommt. Welche Konsequenzen dann eintreten, wenn das in erster Sicht nicht gelingt und ich muss dann Kosten der Verpressungen auch als Auftraggeber in Kauf nehmen, weiß ich ja noch nicht, wie viel diese Kosten betragen werden. Wie häufig treten diese Phänomene auf, wo ich reagieren muss, technisch? Oder es ist eh ausreichend dicht nach bestimmten Kriterien, die ich mir vorstelle. Es ist hypothetisch.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel!

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Noch eine 3. Frage dazu: Inwieweit hat man als Auftragnehmer sozusagen auch den Einfluss auf die Entscheidungen, das heißt, war es ein Risiko vonseiten des Auftraggebers, sich eben nicht an den Richtlinien zu orientieren, obwohl vielleicht der Auftragnehmer darauf hingewiesen hätte?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ja, der Auftraggeber hat sich ja im Leistungsverzeichnis schriftlich und eindeutig deklariert, dass er nicht die Gesamtheit dieser Richtlinie einzuhalten gedenkt. Daher ist eine Warnpflicht darüber hinausgehend nicht notwendig, weil wenn mir jemand schon sagt, ich halte mich nach dem nicht, dann muss ich ihn nicht warnen, du hältst dich nicht daran. Er sagt es ja, er schreibt es mir ja. Die gescheiterte Methode ist nicht von mir zu beurteilen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ, Herr Koderhold!

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Grüß Gott, Herr Diplomingenieur! Wenn ich das richtig verstanden habe, hängt die Dichtheit beziehungsweise das Ausmaß der Feuchtigkeit innerhalb der Wanne auch vom Grundwasserspiegel ab. Stimmt das?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ja, das stimmt. Deshalb ist da die Konsequenz, wenn ich Anforderungsklassen definiere, gleichfolgend auf der nächsten Seite die Wasserdruckhöhe. Auf die spielen Sie jetzt an. Und in dieser gesamten technischen Vorgabekette ist dann das Nächste die Konstruktionsklasse, die dann eben vorgibt, wie ich bei einer bestimmten Anforderungsklasse, bei einem bestimmten Wasserstand oder Wasserdruck vorgehen muss, um diese bedungene oder gewünschte Dichtheit zu erhalten. Also den Zusammenhang gibt es.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold!

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Sie wissen sicherlich, dass man ursprünglich vorhatte, Brauchwasser zu verwenden, dass ursprünglich Pumpen installiert wurden, um aus dem Grundwasser Wassermengen abzuleiten und die halt dann innerhalb des Spitals industriell zu nutzen.

Meine Frage jetzt an Sie: Wenn diese Pumpen zum Einsatz gekommen wären, der andere Grund ist die Kontamination der Raffineriebereiche, und es möglich gewesen wäre, Brauchwasser zu verwenden, wäre dann auch die Feuchtigkeit in dieser Wanne geringer gewesen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also erstens weiß ich es nicht, dass man das vorhatte, das als Brauchwasser zu nutzen, nehme es aber zur Kenntnis. Ob dort auf dem Grundstück Kontaminationen waren, war auch nicht mein Thema. Allerdings weiß ich, dass es ein ehemaliges ÖBB-Grundstück ist, Werkstätten, und so weiter, wo man mit Ölen, Trafo-Ölen, und so weiter, hantiert hatte. Außerdem ist in der Gegend auch mit Kriegsalastlasten zu rechnen. Das heißt also auch aus meiner Tätigkeit, ich bin in die Sachverständigen-Liste auch für Umwelttechnik eingetragen, weiß ich, dass das ein Gelände ist, wo man diese Untersuchungen vorweg machen muss. Aber ich gehe auch davon aus, dass man die auch gemacht hat. Dann ist eben Kontamination im Rahmen des Aushubs zu beseitigen, was auch wieder das Bauwerk verteuern kann, weil man da auch nicht immer genau weiß, wo was liegt in welcher Konditionierung. Aber die Tatsache, wenn man diese Pumpen in Betrieb genommen hätte, welche Auswirkungen auf das Gebäude, auf das Kellergebäude, auf die Weiße Wanne zu erwarten gewesen wären, bleibt im hypothetischen Bereich.

Aber was man vielleicht als Gedanken dazu haben kann ist, dort, wo Entnahme aus dem Boden ist, - Tasserentnahme aus dem Boden ist, erzeugt man eine künstliche Grundwasserschwankung, eine Grundwassereinsenkung, einen Einsenk-Trichter zu dem Punkt hin, wo man Wasser entnimmt. Wenn, das ist alles hypothetisch, ich habe dazu überhaupt keine Befunderkenntnisse, das jetzt nahe genug zum Kellergebäude wäre, sodass also dieses Kellergebäude in den Einflussbereich dieser lokalen Grundwasserschwankung gerät, dann könnte das in der Konsequenz eine ungleiche Setzung hervorrufen, die wieder zu Undichtheiten führen könnte, also all das, was wir vorher besprochen haben. Ist aber jetzt rein von mir

ein Gedankengang auf Ihre Frage hin, ohne Befund dazu zu haben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold!

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Zur Ergänzung: Grundsätzlich war ja gedacht, mit Pumpen Brauchwasser zu verwenden. Das konnte man nicht realisieren, weil sich durch die Änderung des Grundwasserspiegels die daneben liegende... Es geht nicht um die Kontamination des Baugrundes, es geht um die Kontamination der früheren Raffineriegebiete, die sehr aufwendig abgeschirmt wurden gegenüber dem Krankenhaus Nord. Und es wäre anzunehmen gewesen, dass durch diese Veränderung des Grundwasserspiegels sich auch durch entsprechendes Fließgleichgewicht eine Kontamination von der Raffinerie zum Boden des Krankenhauses Nord umgesetzt hätte.

Jetzt ist meine Frage deshalb: Hatte man ursprünglich die Undichtheit beabsichtigt, weil man eingerechnet hat, dass durch die Pumpen für das Brauchwasser die Undichtheit ein geringeres Problem sein könnte?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also das wäre tatsächlich der erste Fall, wo jemand bewusst eine Undichtheit einplant. Ich habe viel gehabt, aber den Fall tatsächlich noch nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold!

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Ich bin fertig, danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ, Frau Rubik!

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Zurzeit keine Fragen, danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ich habe noch eine Frage. Ich möchte noch einmal auf das Thema Starkregenereignisse zurückkommen, die ja, also für mich...

Die Frage lautet: In diesen Normen und Richtlinien, die sich natürlich auch erweitern und ergänzen, werden ja gewisse Szenarien auch hinsichtlich Feuchtigkeit durchgespielt: Können Starkregenereignisse, sage ich jetzt, ganz konkret auch in diesem Bereich sehr wohl zu Wassereintritten führen, die man vorher so nicht vermuten würde? Weil es ist schon ein Unterschied, ob diese Starkregenereignisse, sage ich jetzt, auf das Dach fallen und wahrscheinlich teilweise dort abgeleitet wird, und am Grundkörper habe ich natürlich dann hier tatsächlich Wasser, das steht, möglicherweise auch über einen längeren Zeitraum. Gibt es ein solches Szenario, das dort möglich wäre? Und wenn das der Fall wäre, könnte das zu Wassereintritten und erhöhter Feuchtigkeit führen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also die vornehmste Eigenschaft einer Gebäudehülle ist, dass sie nicht nur gegen vertikal vom Himmel fallendes Wasser abdichtet, sondern auch gegen schräg bei Windereignissen und Starkregenereignissen gleichzeitig abzudichten hat. Das ist nichts Neues, war immer schon so. Daher muss einmal die Gebäudehülle in sich tauglich und funktionierend sein. Dann ist es gegen jede Art von Ereignissen, auch kombiniert Starkregen mit Wind, als dicht anzusehen solange

nicht ein Mangel tatsächlich zutage tritt. Gleiches gilt natürlich auch dann für das Kellergebäude. Wenn eine Wasserwegigkeit entsteht, kombiniert durch eine Wasserwegigkeit von oben von der Gebäudehülle, dann kann es sein, dass Wasser auch wieder in das Kellergebäude eindringt, nämlich nicht nur von außen, sondern auch wieder von innen. Dann kann es auch wieder zu Schadensereignissen führen, die eine technische Reaktionskette auszulösen haben, bleibt aber im hypothetischen Bereich, wenn die Gebäudehülle und alle Anschlüsse zum Kellergebäude hin technisch dicht sind. Dass sich Regelwerke natürlich auch ändern, ich habe ja davon gesprochen, die letzte, wo ich mitwirken durfte, ist ja auch schon eine zweite Nachfolgerichtlinie, die aber in der Grundintention nach wie vor mit der ursprünglichen ident ist. Nur ändern sich manche Dinge. So wie zum Beispiel wenn Sie mit Klimaveränderungen zu tun haben, Phänomene mit heftigeren Niederschlagsereignissen, mehr Wind und was auch immer kombiniert vorhanden ist, dann kann es sein, dass das Normenwerk auch darauf zu reagieren hat. Zum Beispiel, dass Schneenormen zu adaptieren sind, wenn man früher mit einer bestimmten Schneefracht als Auflast für die statische Berechnung zu rechnen hatte, dass man die ab einer Normnovelle erhöht, weil künftig mit mehr Schneefracht zu rechnen sein wird. Das könnte sich auch bei den besprochenen Gebäudehüllen und den dazugehörigen Gewerken auswirken. Aber wie gesagt, wir sprechen im hypothetischen Bereich.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec!

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Herr Marosi, ich habe nur eine Frage, weil ich das an sich irgendwo nicht verstehe. Sie erklären uns, und das ist alles sehr nachvollziehbar, man hätte natürlich die Richtlinien einhalten sollen, aber man muss es nicht und man hat das aber offenbar bewusst nicht wollen. Jetzt haben wir aber eine Reihe von Zeugen, nicht unwesentliche, die mit diesem Bau ja sehr verbunden waren. Ich denke da zum Beispiel an den Herrn Strenn, wenn ich ihn zur Weißen Wanne zitieren darf, es sprechen alle von der Weißen Wanne: "Sie müssen sich vorstellen, ein Bauwerk mit enormen Kellerräumlichkeiten in wassergesättigten Boden zu stellen erfordert, dass man ein Bauwerk wie in eine Wanne, wie in ein Boot reinstellt, um die Keller dicht zu haben. Es gibt eine Schwarze Wanne und eine Weiße Wanne. Und in diesem Projekt wurde die Weiße Wanne als Fundierungsart gewählt." Ich kann es mir jetzt gar nicht anders erklären, aber wahrscheinlich aufgrund von Ausschreibungsfehlern oder ungenauem Leistungsverzeichnis hat der KAV offensichtlich keine Weiße Wanne bestellt. Also das hört sich so an wie wenn das eigentlich eh geplant gewesen wäre, nur hat man halt dann falsch ausgeschrieben. So eine ähnliche Aussage, das will ich jetzt nicht weiter zitieren, ist auch von Herrn Balázs gekommen, der da auch erklärte: Natürlich ist es die Weiße Wanne, weil man hat ja von der Bodensituation gewusst

und man wollte auf jeden Fall da ganz genau absichern. Das verwirrt mich jetzt.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi** (unterbrechend): Was ist die Frage?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Genau.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP, fortsetzend): Die Frage ist: War das jetzt Absicht, dass man die Richtlinien nicht nehmen wollte oder war es vielleicht ein Fehler der Ausschreibung?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi, wenn Sie es wissen.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Danke. Naja, man neigt sehr schnell dazu, das Wort Mangel, Fehler, und so weiter in den Mund zu nehmen. Es zahlt sich schon aus, diese Gedanken, die wir jetzt ja auch ausführlich gemeinsam gegangen sind, durchzudenken, um von diesen Erstein-sichten mangelhafte Ausschreibungen, und so weiter, zu sprechen. Ich habe gesagt, es ist sicher eine sehr schlaue Methode, ein Bauwerk, das ich dicht haben möchte, als Kellergebäude nach dieser Richtlinie zu machen. Ich habe aber auch gesagt, man muss nicht. Es ist eine Empfehlung. Nur kann ich, wenn ich sage, ich nehme nicht alles daraus oder ich nehme überhaupt nicht, mich eben nicht darauf berufen bis hin zur Kostenfrage, bis hin zur Nachsorge, was auch immer. Ich kann eigene Lösungsansätze für alles finden. Das haben ja auch schon die Römer gehabt, die haben diese Richtlinie auch nicht gekannt. Aber wenn ich es tue, ist es sicher eine etablierte, dem Stand der Technik entsprechende schlaue Methode. Was einen Bauherrn bewegt, das so nicht zu tun - wir haben versucht Möglichkeiten, was einen bewegen kann, anzuführen. Was es tatsächlich war, weiß ich nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Mikro.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Nachfrage: Das bedeutet aber doch Chaos im KAV auch, wenn zwei wichtige Personen wie Strenn und Janßen behaupten, natürlich Weiße Wanne mit allen Richtlinien ist eingehalten worden und das als Zeugen da aussagen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi!

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also allen genannten Personen möchte ich zugutehalten, dass sie das, was wir uns jetzt gemeinsam erarbeitet haben, von der Begrifflichkeit vielleicht nicht immer so genau parat haben. Ich habe auch darauf angesprochen, Weiße Wanne und Weiße Wanne ist ja nicht das Gleiche. Ich kann eine Weiße Wanne konzipieren, die irgendwelchen Anforderungen genügt, die mir ausreichend erscheinen. Und ich kann eine Weiße Wanne nach dieser Vorgabe dieser Richtlinie konzipieren. Beides ist ein Stahlbetonbauwerk, eine Weiße Wanne, wo ich Dichtheitserwartungen habe, verschiedene Dichtheitserwartungen habe. Aber nur weil jemand das nicht nach dieser Richtlinie oder nicht vollständig nach dieser Richtlinie macht, ist es per se noch kein Mangel. Man kann sich fragen: Warum tut er das, wenn es etabliert ist? Das kann dann Gründe haben. Die müssen sie dann andernorts erfragen.

Aber es ist sicher so, wenn verschiedene Leute, und ich habe auch ein bisschen in den Medien mitgelesen, von dieser "Weißen Wanne" sprechen, sind manche dem

Thema näher. Manche haben es im Bereich des Mystischen gesehen, also es ist ein verborgener Bauteil, der irgendwo da unten ist, oder nicht.

Wir haben das jetzt alles aufgeklärt. Das Kellergebäude per se ist die "Weiße Wanne", und zwar entweder nur die "Weiße Wanne" oder die "Weiße Wanne", gebaut und konzipiert nach dieser Richtlinie. Aber es ist ein Stahlbetonbauwerk "Weiße Wanne". Und zwar deshalb ist es eine "Weiße Wanne", weil es aus Bodenteilen, aus Bodenplattenteilen und aufgehenden Wänden besteht, wo ich mir gewisse Dichtheit wünsche und wo ich die tragende Funktion und die abdichtende Funktion in das Betonbauwerk selbst hineinlege. Damit ist es einmal eine "Weiße Wanne", welche auch immer.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN. - Keine Fragen.

FPÖ, der Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Ich möchte jetzt in einem Punkt noch einmal nachfragen, weil Sie uns das jetzt wirklich in aller Detailliertheit erklärt haben, wie die Definitionen aussehen. Aber nachdem Sie diese Richtlinie erschaffen haben, ...

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi** (unterbrechend): Mit dabei.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ) (fortsetzend): ... sind Sie wohl auch damit konfrontiert, wie die Bauherren sozusagen darauf reagieren und insbesondere natürlich auch, ich nehme einmal an, dieselbe Fragestellung stellt sich bei jedem derartigen Bauwerk: Wie viel kann ich mir ersparen, wenn ich irgendwelche solchen Richtlinien nicht einhalte? Jetzt haben Sie gesagt, Sie können das nicht kalkulieren. Das verstehe ich auch.

Aber von welcher Größenordnung reden wir da? Ich meine: Erstens was kostet überhaupt sozusagen das ganze Bauwerk, der ganze Keller im Rohbau insgesamt? Und um welche Dimensionen bewegt sich eine "Weiße Wanne" dieser Größenordnung? Reden wir da von 100 000, von 1 000 000 von 10 000 000? Ich habe überhaupt kein Sensorium dafür, welche Beträge da im Spiel sind. Sie haben eine einzige Zahl genannt, die mir interessant erscheint, nämlich 150 bis 200 000 hätten die Nacharbeiten gekostet, ...

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi** (unterbrechend): Die Verpressungen.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ) (fortsetzend): ... die man unmittelbar sozusagen zur Sanierung des Problems machen musste. Also nur die groben Größenordnungen, damit wir uns darunter etwas vorstellen können.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Also zur Größenordnung habe ich schon gesagt, die Ausführungen kann man deshalb nicht verstehen, weil das ist gleichbedeutend mit der Frage: Was kostet ein Auto? Man muss eben dazusagen, ...

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ) (unterbrechend): Aber wenn ich einen Radweg pflastere, kostet das tausend und einiges.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi** (fortsetzend): ... welches Auto man wünscht. Ein kleines, ein großes, ein SUV. Also ohne ergänzende Textteile bei dieser Fragestellung, ...

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ) (unterbrechend): Das ist schon klar.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi** (fortsetzend): ... kann man nicht sagen, was eine "Weiße Wanne" kostet. Ich habe den Bogen gespannt vom kleinen Einfamilienkellergebäude über Unterführungswanne ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech** (unterbrechend): Beim Spital, KH Nord.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi** (fortsetzend): ... bis zum Kellergebäude eines Krankenhauses. Was kostet die "Weiße Wanne"? Per se kostet es grundsätzlich einmal das, was der Beton und die Eisen kosten, in jeder Version, weil eben das der Kostenfaktor vom Material her ist. Von der Erstellung ist es dem Bewehrungseinbauer in die Schalung ziemlich egal, macht er da gerade eine "Weiße Wanne" oder irgendeine andere Stahlbetonwand. Er hat nach einem Plan Eisen bestimmter Form und Kaliber an eine bestimmte Stelle einzubringen. Aus. Würde ich jetzt auch noch nicht sehen.

Dass natürlich als Konsequenz der Dichtheitsanforderungen eventuell mehr Eisen drinnen sind, die dann natürlich mehr Aufwand im Einbau bedeuten, ist eine logische Sache. Dass in der Planung und Statik ein höherer Aufwand entsteht, um diese Dinge nicht nur von den statisch relevanten Lasten, sondern eben auch von der Dichtheit her zu beurteilen und zu dimensionieren, ist auch klar. Aber in welcher Größenordnung diese sind, kann man nicht angeben. Nicht ohne Detailvorgaben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Okay. Ich versuche etwas anderes. Die diversen Aussagen zu und über Ihre Warnung, dass das ein Problem darstellen könnte, wenn man die kritischen Punkte nicht mehr erreichen kann, scheinen mir jetzt einmal dem Hausverstand nach vollkommen klar.

Jetzt meine Frage: Das sind auch Profis, die das Ganze geplant haben. Kommt es sozusagen öfters vor, dass man auf diese Dinge nicht Bedacht nimmt? Und vor allen Dingen, was kann man heute noch machen? Kann man nur beten, dass es an diesen Stellen nicht undicht wird? Oder muss man von außen ein Loch graben und von dort aus arbeiten oder die ganzen Rohre wieder herausreißen? Oder was ist jetzt das Szenario auf Grund der Situation?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Marosi.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Beten ist ein guter Ansatz, aber kein technischer.

Es ist natürlich so, wenn man wiederum hypothetisch annimmt, und deshalb auch meine Warnung im Anhang eigentlich nur an mein Gutachten, dass ich zu so einem Punkt des Kellergebäudes oder zu mehreren Punkten hin muss, dann braucht man kein Sachverständigengutachten, dass es eine schlaue Methode wäre, vorher nachzudenken: Wie komme ich im Fall, dass, auch dort hin? Diverse planerisch-konstruktive Überlegungen sind sicher sinnvoll und würde jeder machen, wurden vielleicht auch hier gemacht. Mir entzieht sich nur momentan oder bis jetzt der logische Grund, warum man es so gemacht hat, dass man zu diesen Teilen, also zu einigen, wo ich eben

hinmusste, und da gibt es sicher noch einige mehr, nicht mehr hin kann.

Wenn es dann natürlich eintritt, dass man hin muss, dann ist es natürlich eine Geschichte, wo man möglicherweise Haustechnik umleitungsweise unter Kosten anders gestalten muss, um eben eine Stelle zu erreichen, um dort Nachsorgetätigkeiten hinzubringen. Wie hoch diese dann sind, hängt wieder davon ab: Ist es eine einzige Stelle? Gibt es eine Möglichkeit, die eine oder andere Leitung als Bypass irgendwie zu umgehen, die man aber dann natürlich machen und irgendjemanden logischerweise bezahlen muss? Oder ist es sehr viel? Dann kann es natürlich Stilllegung von Teilen dieses Kellergebäudes sein. Ob das dann nachhaltig auch den Betrieb sofort einschränken würde, weiß ich nicht, weil vielleicht gibt es auch mehrere Möglichkeiten, an Rohrleitungen diverse Punkte zu versorgen. Das ist eine Frage an die Haustechnik.

Aber per se ist es sicher einmal ein schlauer Gedanke, nachzudenken, wenn ich damit zu rechnen habe, dass ich irgendwo noch hin muss, dass ich das auch irgendwie ermögliche. Sie würden in Ihrem Kellergebäude auch keinen Einbauschrank hinstellen, wenn Sie wissen, dort wollen Sie hin. Brauchen Sie keinen Sachverständigen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz. - Keine Fragen.

SPÖ. - Keine Fragen.

Herr Gara. - Keine Frage.

Frau Korosec. - Nein.

GRÜNEN. - Nein.

Gut. - Bin ich richtig in der Annahme, dass es sich bei der Richtlinie, von der Sie sprechen, um eine innerstaatliche Richtlinie handelt?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Österreichisch.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja. - Jetzt haben Sie

...

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi** (*unterbrechend*): Entschuldigung! Herausgegeben von der Österreichischen Bautechnik Vereinigung, öbv.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech** (*fortsetzend*): Okay. - Jetzt haben Sie an dieser Richtlinie mitgearbeitet. Was war die Intention hinter dieser Richtlinie?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Die Intention hinter dieser Richtlinie war auch bei der letzten, wo ich mitgearbeitet habe, sie einfach nur wieder auf den Stand zu überprüfen, ob alle Angaben noch so wie vor zehn Jahren sind. Das ist die Intention der Novelle gewesen. Deswegen wird es auch immer dicker.

Aber die grundlegende Intention ist von der allerersten Variante - das ist die da hinten, und die zweite ist die nächste, die ist schon dicker, die ist noch dicker - immer die Gleiche gewesen. Die Intention ist, nicht jeden sein Süppchen selber kochen zu lassen, sondern tunlichst ein Handwerkszeug in die Hand zu legen - nennen wir es Richtlinie -, wo sich auch Landesregierungen als Mitautoren damit beschäftigt haben und alle großen Bauherren Österreichs irgendwie vertreten waren, ein Rüstzeug in die Hand zu geben, um unter bestimmten Anforderungen zu einem erwarteten Ziel zu kommen und selbst, wenn es

in erster Sicht nach dem Bau noch nicht ganz erreicht ist, dann noch zu definieren, was zu tun ist, was einzurechnen ist und was darüber hinaus vom Auftraggeber zu bezahlen ist. Das ist die Intention, ein Konstruktionsprinzip. Das Konstruktionsprinzip teilt eben die Lasten auf, von Auftraggeber, Planer, Statiker, Ausführung bis zur Nachsorge und, und, und.

Was es nicht ist, es ist erstens kein Gesetz, sondern eine Empfehlung. Und es ist auch keine Verpflichtung, dass man es anwenden muss.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: War Wien mit dabei, weil Sie gesagt haben, es waren da auch die Länder mit dabei?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Da müsste ich jetzt die Teilnehmer ... Es waren verschiedene Landesregierungen dabei. Ich muss jetzt nachschauen, ob Wiener. Steiermärkische Landesregierung lese ich da gerade auf die Schnelle. Es waren verschiedenste - das ist eine ganze Seite - Vertreter dabei.

Ob bei der ersten vielleicht auch schon jemand von Wien, das hat sich ein bisschen verändert, die Teilnehmer, aber es waren immer noch welche von der allerersten Geburtsstunde dieser Richtlinie dabei, auch bei meiner letzten.

Also die Richtlinie, wenn sie dann als Weißdruck vorliegt, zuerst ist es ein Gründruck, da kann man noch gewisse Einsprüche erheben, aber wenn sie dann als Weißdruck vorliegt, dann ist sie von jedermann in Österreich akzeptiert, von Landesregierungen, von großen Bauherren, von jedermann akzeptiert, aber nicht verpflichtet anzuwenden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Hat es irgendeinen Anlassfall gegeben, dass man gesagt hat, man muss das jetzt regulieren?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Die letzte Novelle?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Nicht die letzte, sondern die ursprüngliche Novelle. Dass man sagt, man muss das irgendwie regeln. Das muss einen Grund gehabt haben, warum man das sagt.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Frau Vorsitzende, der Grund war sicherlich der, wobei bei der ersten war ich noch nicht dabei, ich habe aber natürlich mit Leuten gesprochen, die jetzt auch noch dabei waren, und das waren die Gründerväter dieser Richtlinie oder zum Teil noch die Gründerväter, dass nicht jeder dieses Ziel zu einem dichten Bauwerk irgendwie verfolgt, mehr oder weniger mit Erfolg, sondern, dass man es standardisiert und das höchstkarätig belegt durch Leute, die sich damit beschäftigt haben, auch Erfahrungen hatten, auch schon negative Erfahrungen hatten, wie man es tunlichst nicht tun sollte. Viele von denen konnten mitwirken.

Zwischen Gründruck- und Weißdruckphase kann überhaupt jeder dazu Stellung nehmen und sagen, das ist nicht in Ordnung, so sollte es nicht stehen bleiben.

Dann gibt es noch eine letzte Weißdruck Sitzung bei dieser Erstellung einer solchen Richtlinie, wo man all diese Einsprüche, so sie denn gegeben werden, von wem auch immer, egal, ob es eine Landesregierung oder eine

Einzelperson ist, bespricht: Muss man darauf noch reagieren, oder nicht? Und warum nicht und warum ja.

Aber die Intention ist und bleibt, ein standardisiertes Regelwerk zu haben, um zu einem bedungenen gewünschten Ziel zu kommen, das man allerdings auch formulieren muss, weil es verschiedene Wege nach Rom gibt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Und was ist jetzt der Unterschied zwischen dieser Richtlinie und den Maßnahmen, die man beim KH Nord gesetzt hat, außer, dass das eine möglicherweise teurer ist als das andere?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Der Unterschied ist der, dass man Teile davon sehr wohl genommen hat. Man hat Bentsorten herausgenommen, verschiedenste Dinge hat man tatsächlich auch herausgenommen, aber eben nicht alles.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech** (*unterbrechend*): Nicht die Fugen.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi** (*fortsetzend*): Und genau das ist der Unterschied. Die Dinge, die man nicht genommen hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja, schon. Aber was ist der Unterschied am Ende des Tages? Habe ich damit einen Bau errichtet, der gefährdeter ist, als wenn ich ihn nach der Richtlinie gebaut hätte? Weil sonst kann man ja sagen, es ist auch wurscht, weil dann halte ich mich nicht an die Richtlinie, sondern mache das ganz einfach so, wie ich es will und, mein Gott, irgendetwas wird schon herauskommen.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: In erster Sicht hat man kein Gebäude gemacht, das deshalb gefährdeter wäre, wenn diese Punkte, die nicht eingehalten wurden, von Planung und Statik entsprechend ergänzt wären, also durch andere Maßnahmen substituiert wären. Davon muss man jetzt einmal ausgehen, dass es so ist. So hat es mir auch der Statiker bestätigt. Er hat andere Maßnahmen getroffen, was auch immer diese waren, um diese Anforderung zu erfüllen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Darüber haben Sie aber keinen Befund aufgenommen?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Nein, weil ich bin nicht der Statiker.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja, ja. Okay. - Also da gehen Sie von dem aus, was Ihnen gesagt wurde?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Genau.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Und dann wüsste ich jetzt doch am Schluss noch gern, was diese Selbstgene-sung ist?

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Selbstheilung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Selbstheilung.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ich habe es vorher schon einmal erwähnt. Diese Selbstheilung ist eben, wenn das fertiggestellte Gebäude Risse aufweist, auch wenn sie nicht wassergängig sind oder nur mäßig wassergängig sind oder eben nur die Erwartungshaltung nicht ganz erfüllen, dann kann eben anstehendes Wasser, strömendes Wasser, Grundwasser, das in Wien der Donau entsprechend parallel eine Stromrichtung hat, an dieses Kellergebäude herantreten und Feinteile auf diesem Weg aus dem Boden mitnehmen. Diese Feinteile lagern sich

dann eben bewusst in diesen offenen Rissen und Rissflanken an, weil das dann quasi wie ein Fänger funktioniert. Das passiert so lange, bis eine natürliche Abdichtung, eine Selbstheilung könnte man es nennen, eintritt.

Aber, noch einmal, die Schwäche dabei ist, man weiß nicht, ob, wann und in welcher Qualität sie eintritt. Und es braucht Zeit, die man meistens im Baugeschehen nicht hat, weil man eh schon immer zu spät dran ist.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Vielen Dank. - Gibt es noch Fragen?

Wenn nicht, dann danke, dass Sie gekommen sind und dass Sie uns sehr verständlich die "Weiße Wanne" erklärt haben. Wir wissen jetzt, was es ist.

Dipl.-Ing. Kurt **Marosi**: Ich danke sehr, Frau Vorsitzende. Es war mir beinahe auch ein persönliches Anliegen. Ich hoffe, ich habe Sie mit den technischen Dingen nicht zu sehr gelangweilt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Nein. Danke schön.

Ich möchte jetzt nur kurz die Kommission informieren. Es ist etwas ganz Nettes. Ich habe nämlich eine Mail von einer Person bekommen, die von sich selbst sagt, dass sie ein hell-sichtiges, hellfühliges und hellwissendes Medium ist, und sie sei von der "Kronen Zeitung" gebeten worden, festzustellen, ob der Schutzring, der da angefertigt wurde, funktioniert beziehungsweise existiert. Er schreibt also, er ist diplommedizintechnische Fachkraft mit Ausbildung Strahlenschutz, Medizinlabortechnik, Radiologie, also all das kann er. Dann kommt das Inhaltliche: "Der angesprochene Schutzring oder die gegenständliche Bewusstseinsanhebung seitens jenes Energietikers kann in einem solchen Haus, wo erstens zum Zeitpunkt es sich in einer Baustelle befand und zweitens Stammzellen sowie Organtransplantationen durchgeführt werden, nicht erstellt werden. Beide Therapien entsprechen nach der Hochspiritualität nicht dem göttlichen Plan und werden von Menschen eigenmächtig durchgeführt. Somit kann auch auf dem Standort keinerlei derartige energetische Arbeit erfolgen." Er wäre sehr gerne bereit, zu uns zu kommen und uns das näher zu erklären. (*Zwischenruf: Ja.*) Gut. (*Dipl.-Ing. Kurt Marosi: Sie gestatten, dass ich bei dem Thema jetzt aussteige. - Allgemeine Heiterkeit.*)

Ich unterbreche die Sitzung um 14.17 Uhr bis 14.30 Uhr.

(*Unterbrechung der Sitzung um 14.17 Uhr*)

(*Wiederaufnahme um 14.33 Uhr*)

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die Sitzung wird fortgesetzt um 14.33 Uhr.

Wortmeldung FPÖ, Herr Seidl.

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Danke, Frau Vorsitzende! - Frau Vorsitzende, dürfte ich bitten, dass wir die Mail, die Sie uns gerade vorgelesen haben, in die Cloud bekommen und den Namen dieses Herrn bekommen. Eventuell bräuchten wir ihn für einen allfälligen Beweisantrag.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Der Name dieser Person ist Diplom-MTF (*Zwischenruf: Medizinisch-technische Fachkraft.*) Dieter Maier.

Dann haben wir als Nächstes auf unserem heutigen Plan den Zeugen Mag. Dr. Erich Seyer, Leitung KAV-Vorstandsbereich Finanzen.

Vielen Dank fürs Kommen! Sie werden als Zeuge vernommen. Als Zeuge müssen Sie die Wahrheit sagen. Eine falsche Zeugenaussage wäre strafbar.

Wenn Sie uns bitte ein bisschen etwas über sich, über Ihre Person, erzählen würden und was Sie im gegenständlichen Fall zu tun hatten, inwiefern Sie damit beschäftigt waren.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Ich wünsche auch einen schönen Nachmittag, Frau Vorsitzende und sehr geehrte Damen und Herren!

Mein Name ist Erich Seyer. Ich bin am 12. September 2001 zum Krankenanstaltenverbund gestoßen, habe die vorhergehenden Jahre bei vielen Privatunternehmen verbracht, damals in der Generaldirektion und als Mitarbeiter im Geschäftsbereich Finanz und Betriebswirtschaft. Ich war dann ab 1. Juli 2002 Leiter des Geschäftsbereiches Finanz. Man hat damals den KAV neugeordnet insofern, dass es Teilunternehmungen gegeben hat. Das gesamte Thema ist mit 1.1.2002 in Kraft getreten. Man hat hier auch die Vorgabe gehabt, einen doppischen Jahresabschluss ab diesem Zeitpunkt zu erstellen. Das heißt, der erste war mit Ende 2002 durchzuführen. Mit dieser Aufgabe war ich komplett konfrontiert, weil der KAV damals noch das kamerale System hatte.

Im Jahr 2007, also genau am 1.11.2007, bin ich dann vom KAV in die Universität für Bodenkultur gewechselt und war dort als Vizerektor tätig, dort aber nur eine Schrumpfzeit bis zum 31.1.2010, weil damals die Rektorin, Dr. Ingela Brunner, die das Amt mit 1. Oktober 2007 übernahm, 2008 zurückgetreten ist und wir dann die restliche Zeit ein Schrumpfrektorat führen mussten, bis halt das neue Rektorat gewählt wurde. Da das Universitätsgesetz in Kraft trat, mit 40 Prozent Frauenquote, und ich mache das jetzt kurz, war das dort mein berufliches Ende und ich bin dann am 8. Februar 2010 wieder zurückgekehrt zum Krankenanstaltenverbund und dort sozusagen in der fünften Hierarchieebene als Leiter der Kostenrechnung, also auch in der Finanz, eingestiegen. Mittlerweile hat sich dort natürlich einiges getan. Der Herr Dr. Kobl-müller hat sich entschlossen, die beiden Bereiche, nämlich Finanzen und Controlling/Berichtswesen, die vorher getrennt waren, mit Beginn Februar 2008, glaube ich, zusammenzulegen und daraus einen kaufmännischen Geschäftsbereich zu machen. Die Leitung hat seinerzeitig der Herr Steinböck übernommen. Ich habe eben die Stellvertretung und die Kostenrechnung abgedeckt.

In weiterer Folge, 1. Juli 2014, wurde eine Umorganisation des Finanzbereiches durchgeführt, insofern, das hat dann zwar noch ein bisschen gedauert, aber das tut jetzt nichts zur Sache, es war so gedacht, dass man eine Medizincontrollingsäule erstellt, ein Betriebscontrollingthema dort abdeckt und Finanzen und Planung und Finanzmittelplanung belässt, wie es war, sodass hier eine größere Transparenz von diesem Bereich entstanden ist. Das war also dann ab 1. Juli 2014 meine Aufgabe, den

Finanzbereich in Gesamtheit zu leiten, also nicht nur Finanzen, sondern auch das Controlling abzudecken. Das ist bis jetzt auch weiterhin noch meine Tätigkeit.

Ich würde noch gerne drei Themen hier kurz ansprechen:

Das eine ist ein formaler Punkt. Im 2. Sitzungsprotokoll ist auf Seite 59, wo ich von den NEOS als Zeuge nominiert werde, im Antrag 164 angeführt, dass ich Finanzdirektor war. Das würde ich gerne berichtigen lassen, weil ich war weder im KAV, oder bin weder im KAV noch auf der BOKU, noch in meinen Privatunternehmungen, wo ich tätig war, als Finanzdirektor unterwegs gewesen und habe diesen Titel auch nie geführt. Es wäre also nur eine kleine Berichtigung.

Das zweite ist: Welche Aufgaben hat nun die Finanz im Vorstandsbereich in der Generaldirektion? Klassische Themen sind Erstellung der Planung und der Mehrjahresplanung, die wir natürlich auch fünfjährig erstellen müssen, die Erstellung des Jahresabschlusses für den gesamten KAV. Also wir haben die Aufgabe, sämtliche Teilorganisationen, wie das AKH oder die Pflegewohnhäuser oder auch die Wiener Spitäler, zu konsolidieren. Wir haben die Kostennachweise an das Ministerium zu liefern. Und natürlich Budgetverfolgung, Forecasting und so Themen, die sich laufend im Finanzgeschehen widerspiegeln, sind von uns abzudecken.

Nun kurz zum Errichtungsprojekt Krankenhaus Nord: Da ist der Sachverhalt der, dass weder der Vorstandsbereich Finanz noch Mitarbeiter, noch meine Person in das Projektgeschehen eingebunden waren. Wir haben also dort keine Aufgaben abzudecken gehabt, haben aber natürlich einige Punkte oder halt Schnittstellen gehabt, die das Projekt betreffen. Auf diese komme ich dann noch ganz kurz.

Das wäre einmal der grobe Inhalt von den Themenbereichen, die wir aus dem Projekt abgedeckt haben oder abdecken - das ist ja noch ein laufender Prozess -, ist, dass wir einerseits die für das Projekt gewidmeten finanziellen Mittel verfolgen und auch entsprechend verwalten, dann aus den Themen quartalsweise Erstellung einer Übersicht, welche Errichtungskosten sich derzeit abbilden, welche Finanzierungszusagen wir definitiv haben. Sie wissen, die Stadt Wien hat natürlich eine sehr kurzfristige Sicht und erstellt ihre Voranschläge immer für einen kurzen Zeitraum, nämlich für das nächstfolgende Jahr. Daher ist die Voraussetzung oder auch die Thematik die, dass wir genau verfolgen müssen, wieweit die finanziellen Mittel jetzt ausreichen, um die nächste Periode oder übernächste Periode abdecken zu können. Die Budgetwerte im Wirtschaftsplan, in der Mehrjahresplanung und auch in den Quartalsberichten für das KH Nord abzubilden, also das ist hier eine eigene Position, Investitionsplan zum Beispiel, und letztlich auch den Jahresabschluss sauber zu erstellen. Er wird seit 2002 von einem Wirtschaftsprüfer testiert. Daher ist hier auch der Prüfungsgegenstand Krankenhaus Nord natürlich ein großes Thema und der Wirtschaftsprüfer beschäftigt sich mit diesem Thema ganz ausführlich.



Letztlich muss ich noch sagen, was die Themen meiner Ladung betrifft, muss ich leider festhalten, dass hier viele Punkte angesprochen sind, die nicht in meinen Aufgabenbereich fallen und die ich auch gar nicht beantworten kann, sage ich ganz offen, nicht, weil ich nicht will, sondern weil sie eben keine Thematik im Finanzbereich sind. Ich zitiere nur Personalaufbau und Auswahl für die Inbetriebnahme des technischen Teiles des Krankenhauses. Da kann ich wirklich gar nichts dazu sagen.

Das wäre einmal von mir einleitend.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Wenn Ihnen Fragen gestellt werden, zu denen Sie nichts sagen können, dann sagen Sie es einfach dazu. Geht am schnellsten.

Ich muss nur zu Protokoll nehmen, dass der Zeuge mit der Vertrauensperson Dr. Elisabeth Aulehla gekommen ist.

Die GRÜNEN haben das Wort, die Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Guten Tag, Herr Dr. Seyer!

Mag. Dr. Erich **Sever**: Grüß Gott, Frau Meinhard-Schiebel!

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Ich fange einfach einmal an. Ich glaube, Sie werden uns dann immer rechtzeitig sagen, ob das jetzt Ihren Bereich betrifft oder ob Sie eine Wahrnehmung dazu haben. Der Rechnungshof kritisiert, dass der Kaufpreis von rund 292 EUR pro Quadratmeter Grundfläche für das zentrale Krankenhausareal am oberen Ende der möglichen Bandbreite von 228 bis 292 EUR pro Quadratmeter lag.

Wurde die Angemessenheit des in der Kaufoption festgelegten Preises vor Ziehung einer neuerlichen Prüfung unterzogen?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Wenn Sie jetzt meinen Bereich ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech** (*unterbrechend*): Der Zeuge. - Ich muss immer das Wort erteilen, weil dann haben wir es im Protokoll drinnen.

Mag. Dr. Erich **Sever** (*fortsetzend*): Ich weiß. Entschuldigung! - Wenn Sie den Vorstandsbereich Finanzen oder auch meine Person betreffen, dann muss ich das mit Nein beantworten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Laut Kontrollamtsbericht vom Jänner 2010 nahm der KAV auf Grund des Endergebnisses der magistratsinternen Standortsuche im Juli beziehungsweise im September 2005 Kontakt mit den beiden Eigentümerinnen der in Frage kommenden Grundstücke auf, also das waren ÖBB-Hauptwerkstätte und SGP-Areal, und fragte bei diesen die Preise für ihre Liegenschaften an, die in der Folge von den Eigentümerinnen auch genannt wurden.

Sind Ihnen diese damals genannten Preise bekannt gewesen? Wenn ja, wie hoch waren sie?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Nein, waren mir auch nicht bekannt.

Ich kann nur vielleicht ergänzend noch festhalten, um das ganze Bild noch ein bisschen runder zu beleuchten, das gesamte Projekt ist genau in dieser Phase insbesondere im Topmanagement gelegen. Also das heißt, thematisch war der Herr Dr. Koblmüller hier vor allem sehr stark unterwegs, vorher Dr. Marhold. Welche Kontakte hier hergestellt wurden, entzieht sich komplett unserer Kenntnisnahme.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Dann darf ich bei der dritten Frage noch einmal darauf zurückkommen: Wurde die Entscheidung für das ÖBB-Grundstück als Standortgrundstück für das KH Nord auf Grund der prognostizierten Mehrkosten in den AIT-Gutachten vor Ziehung der Kaufoption einer neuerlichen Prüfung unterzogen? Bis zu welcher Höhe wären zusätzlich anfallende Mehrkosten zu Verbesserungen in den Bereichen Erschütterungen, Lärm und elektromagnetische Felder akzeptiert worden? Wurden hier KAV-intern maximale noch tragbare Mehrkostengrenzen festgelegt? Oder sollte es jedenfalls das ÖBB-Grundstück sein, unabhängig von den zusätzlich anfallenden Kosten? Ich glaube, es geht hier um Ihre Wahrnehmung, ob Sie einen Eindruck davon haben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Keine Wahrnehmung gehabt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ, Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Vielen Dank, Herr Doktor, für Ihre Ausführungen!

Ich sehe Sie im Verteiler der Quartalsberichte der Begleitenden Kontrolle, weshalb Sie natürlich zumindest die Management Summaries auch kennen.

Können Sie mir sagen, ob auch andere Personen, die außerhalb dieses Verteilers sind, Einblick in die Quartalsberichte der Begleitenden Kontrolle hatten?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Wenn Sie das auf den Bereich ... (*Zwischenruf: Mikrofon, bitte.*) - Entschuldigung, das ist noch abgedreht - des Vorstands, Bereich Finanz beziehen, dann würde ich also mit 100-prozentiger Sicherheit ausschließen, dass hier keiner im weiteren Verteilerkreis aufgenommen wurde.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Das heißt, es wussten nur ganz wenige von den Quartalsberichten der Begleitenden Kontrolle.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Ja.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Nur die, die im Verteiler waren. - Okay. Gut.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Ich kann es jetzt interpretieren. Es hat sicher das Management oben gewusst, also die Generaldirektion, Generaldirektor. Und es ist bei mir angekommen.

Jetzt würde ich eine Frage beantworten, die noch nicht gestellt wurde, aber jene: Warum bekomme ich die Quartalsberichte?

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ) (*unterbrechend*): Sie sind im Verteiler.

Mag. Dr. Erich **Sever** (*fortsetzend*): Warum komme ich in den Verteiler? Das kann ich gerne beantworten. Herr Dr. Marhold hat mich nach meiner Rückkehr 2010 sozusagen in einem Vertrauensverhältnis in die Auftraggebergespräche miteingebunden, aber ohne, dass er mir irgendwelche Aufgaben übertragen hätte, sondern die Zielrichtung war, dass ich mitverfolge, mithöre, ein bisschen mitsehe, was in dem Projekt geschieht. Die BK hat mich dann natürlich in den Verteiler genommen, ohne mich herauszunehmen. Mir war das dann gar nicht unrecht, weil ich mich jetzt technisch nicht mit diesen Themen tiefer befasst habe, was auch wahrscheinlich von meinem Berufsbild nicht viel gebracht hätte, aber natürlich den kaufmännischen Teil habe ich mir sehr wohl angesehen, weil das einerseits für das weitere Geschehen, Quartalsebene, für mich sehr interessant war. Das Zweite war auch in der Planung dann mit Nachsatz, es ist klar, dass da immer ein zeitlicher Verzug durch die Wirtschaftsplanerstellung entsteht, die nur einmal im Jahr ist, damit ich dort ein gutes Bild abgebe.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Also ich entnehme dann Ihrer Antwort, dass nur die Personen, die im Verteiler waren, auch tatsächlich die ...

Mag. Dr. Erich **Sever**: Ich gehe davon aus. Ich kann es aber nicht garantieren, dass nicht andere Personen dem ...

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Okay. Gut. Dann meine zweite ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech** (*unterbrechend*): Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ) (*fortsetzend*): Meine zweite Frage beschäftigt sich mit den Meldepflichten bei Kostenerhöhungen. Wir haben im 4. Quartalsbericht 2014 im Management Summary Finanz der Begleitenden Kontrolle eine mögliche Kostenerhöhung von 115 Millionen, was sich dann - man sieht es auch im Rechnungshofbericht dokumentiert - Mitte des Jahres 2015 im Wahljahr mit einem Finanztransfer von Wohnbaugeldern von 120 Millionen verifiziert hat. Die Zeugen, die wir bis jetzt gefragt haben, sagen unisono, sie wussten nichts von diesem Kostenaufwand, was ich mir natürlich bei 120 Millionen, die von einem Bereich zum anderen transferiert werden, schlecht vorstellen kann. Es waren immerhin 120 Millionen.

Jetzt meine Frage an Sie: An wen, an welche politischen Stellen ergingen Meldungen, wenn Transfers dieser Höhe oder Kostenerhöhungen dieser Höhe verifiziert wurden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Sever.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Das ist jetzt von meiner Seite so zu beantworten, dass wir im Krankenanstaltenverbund einen Adressaten oder einen Ansprechpartner in primärer Natur einmal mit der Bereichsleitung hatten. Das heißt, unsere Pläne und auch der Jahresabschluss werden in dieser Form diesem Gremium oder den Personen, die

dort sitzen, präsentiert und auch mit ihnen durchbesprochen.

Der zweite Adressat, der da natürlich noch eine Rolle spielt, ist die MA 5, die Finanz der Stadt Wien.

Die Fragestellung wäre bei uns gar nicht angebracht gewesen, zu fragen: Woher kommen denn die Mittel für unser Budget, des Investitionskostenzuschusses? Weil diese Fragestellung an und für sich die MA 5 gar nicht beantworten müsste, wenn ich es jetzt ganz offen sage. Daher war es uns auch gar nicht möglich, zu hinterfragen, woher diese 120 Millionen von der Stadt Wien dotiert werden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Das heißt, von mir ...

Mag. Dr. Erich **Sever** (*unterbrechend*): Anders noch zusammengefasst: Dazu gibt es keine Wahrnehmung, wie Mittel innerhalb der Stadt Wien transferiert oder anders gesteuert werden.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ) (*fortsetzend*): Das heißt, wenn ich Ihre Antwort präzisieren darf: Sie wissen nicht, welche politische Stelle bei diesem Finanztransfer von immerhin 120 Millionen informiert wurde.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Zeuge.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Das weiß ich nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Okay. - Meine letzte Frage beschäftigt sich mit Meldepflicht und Auszahlungskontrolle bei Direktvergaben. Wir hatten die Problematik mit dem esoterischen Energiekreis. Der GenDior-Stv. Wetzlinger hat angeführt, dass es an sich bei diesen Direktvergaben eine Meldepflicht gibt und dass dieser Meldepflicht nicht nachgekommen wurde. Jetzt nehmen wir an, wenn es eine Meldepflicht gibt, dass es dann auch eine Auszahlungskontrolle gibt. Denn eine Meldepflicht muss gegengezeichnet werden. Wenn sie nicht gegengezeichnet wird, müsste die Buchhaltung beziehungsweise eine Auszahlungskontrolle in Kraft treten.

Deshalb meine Frage an Sie: In den Bereichen, in denen es eine Meldepflicht bei Direktvergaben gab oder gibt, wurde vor der Auszahlung die Meldepflicht auch nachkontrolliert?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Sever.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Damit muss ich wieder sagen, dass das Projekt Krankenhaus Nord organisatorisch ein sehr eigenständiges Gebilde, wenn Sie so wollen, eine eigene Firma, war und ist, auch die ganzen Abwicklungsthemen, seien es jetzt Vergaben, sei es jetzt die Freigabe von Rechnungen, sei es jetzt die Kompetenz, etwas zu akzeptieren oder Leistung zu bestätigen. So hat sich das alles in dem Projektteam Krankenhaus Nord abgespielt.

Es sind natürlich einige Eins-zu-eins-Themen herübergeklappt, also ich zitiere jetzt die 100 000-EUR-Grenze, wo eine Direktvergabe erfolgen kann. Diese haben Sie natürlich im restlichen KAV genauso. Also das hat sich schon wiederspiegelt, weil man hätte theoretisch auch sagen können, ich ziehe dort eine 50 000-EUR-Grenze und will alles über 50 000 vielleicht in eine Ausschreibung oder sonstige Bieterverfahren bringen.

Aber es ist hier in den Vorstandsbereich Finanz informativ nichts herübergekommen.

Sie könnten das nur - das kann man natürlich - im SAP nachforschen und nachblättern. Aber das wird mühsam, weil Sie müssen dann alle Dienststellen und alle Krankenhäuser kontrollieren, was sie ein ganzes Jahr gemacht haben und welche Buchungen dort vonstattengegangen sind.

Also hier sind aus meiner Sicht schon die Verantwortlichen entsprechend zu betrachten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Nachfrage.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Meine Frage wurde jetzt nicht beantwortet. Gibt es eine Auszahlungskontrolle, ob eine Meldepflicht überhaupt umgesetzt wurde? Wenn eine Meldepflicht besteht, und diese Meldepflicht wird nicht mit einer Unterschrift signiert, gibt es dann eine Auszahlungskontrolle? Oder gibt es nur eine Meldepflicht ohne irgendwelche Konsequenzen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Hier ist der Weg der, wenn Sie diese Rechnung sozusagen freigeben und als okay betrachten, diese dann, wie Sie schon wissen, von vier Personen unterschrieben wurde, dann wird die MA 6, die rein ein Abwickler im Rechnungsverbuchen und auch in der Freigabe der Zahlung ist, hier keinen Anlass mehr finden, irgendjemanden noch zu hinterfragen, warum da nicht irgendwelche Grenzen verletzt wurden. Also die MA 6 - und da verteidige ich jetzt ein bisschen die MA 6 - muss davon ausgehen, wenn vier Personen, die dort ein gewichtiges Wort in dem Projekt zu sprechen haben, diese Rechnung als okay empfinden, dann wird die Buchhaltung gar nicht in die Situation kommen können, das zu hinterfragen, dass das nicht korrekt ist.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Aber dann hat die Meldepflicht gar keinen Sinn.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Die Meldepflicht kann sich aus meiner Sicht nicht an die MA 6 adressieren. Die Meldepflicht muss an das Team adressiert sein, das diese Rechnungen auch freigibt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Das heißt, die, die Rechnungen freigeben, müssen kontrollieren, ob die Meldepflicht eingehalten wurde, oder nicht.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Genau. Das ist meine Sicht der Dinge.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Das sind dieselben handelnden Personen gewesen.

SPÖ, die Frau Mörk.

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Einen schönen guten Tag, Herr Dr. Seyer!

Wir haben uns in der letzten Sitzung der Untersuchungskommission sehr ausführlich mit der Begleitenden Kontrolle und mit den Quartalsberichten auseinandergesetzt. Sie haben gerade bestätigt, dass Sie seit 2010 auch diese Berichte, die Quartalsberichte, der Begleitenden Kontrolle erhalten haben.

Ich darf Sie jetzt dazu fragen: Wie haben Sie darauf reagiert, oder wie sind Sie Hinweisen nachgegangen, die auch Ihren Aufgabenbereich betroffen haben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Dazu kann ich zunächst einmal sagen, das erste Thema, das in die Richtung ausgeschlagen ist, das ganze Projekt wird keine, und jetzt sage ich bewusst, 954,9 Millionen kosten, weil die 825 für das Jahr 2016, wenn man diese ohne einer weiteren Kostenerhöhung einer Valorisierung unterwirft, dann kommt man auf diese 954 Millionen. Das hat sich bereits im Frühjahr oder im Sommer 2013 so manifestiert.

In weiterer Folge habe ich das, wie ich vorhin auch schon ganz kurz ausgeführt habe, laufend verfolgt. Erstmals war es dann im Herbst 2014, mit Stichtag Juni 2014 auch, weil doch ein bisschen ein Nachlauf ist, bis die Berichte der PS, also der Projektsteuerung, und auch der Begleitenden Kontrolle kommen, dass ich festgestellt habe, dass hier zwar noch keine dramatische, aber doch eine Erhöhung Platz greift, nämlich auf 1,016 Milliarden. Was habe ich da gemacht? Ich habe also dann für das Management, obwohl natürlich diese Information auch an das Topmanagement kommt, weil die kriegen auch die Berichte von der Projektsteuerung, die kriegen auch die Berichte der Begleitenden Kontrolle, also auch dort ist schon nachsehbar, dass da ein Problem entsteht, dennoch, wie vorhin schon auch kurz ausgeführt, eine Übersicht gemacht, wie es mit den finanziellen Mitteln ausschaut, die wir voraussichtlich bedürfen, um das Projekt fertigzustellen, welche Mittel wir bereits zugesagt haben und welche Mittel schon verbucht sind. Sie kennen das eh zum Teil auch, also über Grundstücksverkäufe, dass man gesteuert hat oder dass man auch Zuschüsse vom Wiener Gesundheitsfonds bekommt. Da hat sich dann herausgestellt, dass da erstmalig eine Abweichung ist. Ich habe dann sozusagen das Blatt genommen, habe es den beiden Herren, damals Dr. Janßen und Balázs, geschickt und habe noch die Anmerkung gemacht, dass man hier kommunikative und sonstige Maßnahmen ergreifen musste.

Was dann wirklich nachher passiert ist, kann ich nicht sagen. Also unmittelbar eine Rückmeldung habe ich keine bekommen. Ich bin also davon ausgegangen, dass das Management mit dieser Information etwas macht.

Es ist natürlich in weiterer Folge - wissen wir ja - dann eben durch das Geschehen diverser Vorkommnisse von Planungsproblemen, der Fassade und auch anderen Dingen zu einer weiteren Verzögerung gekommen, die damit auch weitere Kostenerhöhungen mit sich gebracht hat. Ich habe auch in wirklich regelmäßigen Abständen, die teilweise auch in die Bereichsleitung gegangen sind, noch nicht auf der Ebene Quartal, aber doch punktuell, und auch teilweise der MA 5, diese Informationen weitergeleitet. Damit hat man immer eine ziemlich transparente Sicht bekommen, ohne dass man jetzt in die Tiefe der Berichte gehen musste, dass man sieht, da ist ein Finanzbedarf.

Es hat sich natürlich in den verschiedenen Jahren immer ein bisschen eine andere Wahrheit ergeben, weil die Projektsteuerung dann immer gesagt hat, nächstes Jahr - ich sage jetzt wirklich eine Hausnummer - 250 Millionen Bedarf sein wird, um das Projekt weiterzuführen. Tatsächlich waren es dann 180 Millionen. Das

heißt, es sind dann immer Mittel verblieben. Ich glaube, da haben Sie auch schon einmal eine Anmerkung gemacht, dass hier doch noch relativ hohe Reserven beim KAV für das Projekt liegen, die natürlich dann eins zu eins und mit einem genauen Betrag verbunden klarerweise mit dem Projekt verbucht wurden.

Also meine Aufgabe habe ich darin gesehen, die Information transparent, noch einmal, muss man jetzt dazu sagen, dem Vorstand zu übermitteln. Das war meine Aufgabe.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Mörk.

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Vielen Dank! - Ich darf Sie fragen: Was sind Ihre Aufgaben? Beziehungsweise wo sind die Schnittstellen zum Programm Krankenhaus Nord?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Ja, gerne.

Das erste Thema, das bei uns angekommen ist, und zwar bereits 2010, betraf jene Aufgabe, dass wir die Mittel aus dem Abruf des EIB-Darlehens einem Extrakonto zugewiesen haben. Das heißt, es gibt für das Krankenhaus Nord ein eigenes Projektkonto. Ich glaube, es war auch in den letzten Sitzungen nicht immer ganz klar, ob die Mittel in den Bereich der Stadt Wien geflossen sind oder ob sie wirklich solitär beim KAV verblieben sind. Dem war jedoch so. Wir haben diese Mittel auf den Cent genau – wie man sagen muss – auf unser Projektkonto verbucht.

Als wir in der Erstphase 225 Millionen EUR abgerufen haben, ist – wie Sie sich wahrscheinlich vorstellen können – aufgrund des Anlaufs des Projektes der Bedarf klarerweise bei weitem nicht in dieser Größenordnung gelegen. Die Aufgabe war dann – und diesbezüglich gibt es natürlich wiederum sehr starke Vorgaben von der MA 5, weil diese das sehr intensiv gesteuert hat –, dass wir diese Mittel veranlagt haben, und zwar meist in Form von Festgeldkonten bei der Bank Austria, manchmal auch bei der Ersten Österreichischen Sparkasse. Dann wurde die Landschaft im Zinsbereich immer dünner, wie jeder weiß. Wenn man heute auf ein Konto schaut, dann sieht man, dass man 0,01 Prozent oder gar nichts bekommt. Das ist im Lauf der Jahre dann also hinunter gegangen. Die MA 5 hat aber immer wieder Vorgaben getroffen, bei welcher Bank und in welcher Größenordnung wir die Veranlagungen vornehmen sollen, und das haben wir auch gemacht.

Am Anfang war die Situation noch ganz gut. 2010 haben wir noch 2,9 Prozent bekommen. Gegenüber den 3,12 Prozent ist das nicht so rasend viel, aber immerhin war dann noch eine Gegenposition da, und das ist unsere Aufgabe. Wir haben über diese Geldverfolgung quartalsweise auch an die MA 5 berichtet. Jetzt könnte man sagen: Die wissen eh, was wir machen. Aber in Wirklichkeit war ja in jedem Quartal immer ein Geschehen damit verbunden: Das heißt, wir nehmen das Projektkonto und nehmen nicht nur das EIB-Darlehen, sondern alle Mittel, die für das Krankenhaus Nord zur Verfügung stehen, hinein, und die MA 5 hat natürlich nicht gewusst, welchen Betrag wir etwa vom Wiener Gesundheitsfonds bekom-

men, obwohl sie das eventuell noch herausfinden könnten. Es wurden aber natürlich auch die Rückflüsse aus der GSBG-Beihilfe wieder dem Projekt zugebucht. Die Beihilfe brauchen wir ja, um die Vorsteuer beziehungsweise die Umsatzsteuer zu bezahlen. Auf diese Weise haben wir wirklich auf den Cent genau berichtet und auch abgeführt, und Unterlagen gibt es auch heute noch in dokumentarischer Form.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Mörk.

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Vielen Dank.

Sie haben die Europäische Investitionsbank erwähnt. Waren Sie in die Verhandlungen eingebunden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Nein. Das waren wir auch nicht. Es war manchmal sogar ein bisschen überraschend für uns, denn wir konnten hinsichtlich der 225 Millionen EUR, die dann von der Stadt Wien am Jahresende abgerufen wurden – das ist ja mit Herrn Neidinger, wie ich glaube, ausführlich besprochen worden –, momentan auch nicht nachvollziehen, welche Beweggründe dahinter standen, geschweige denn, dass wir in irgendwelche Gesprächen oder sonstige Verhandlungen mit der Bank involviert waren.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara von den NEOS. – Bitte.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Schönen Nachmittag, Herr Dr. Seyer. Velen Dank für die bisherigen Ausführungen!

Sie haben gesagt, dass 2014 erstmals eine Kostenüberschreitung erkennbar war und dass Sie das dem Management auch entsprechend gemeldet haben. Ich schaue mir jetzt die Zeitspanne von 2014 bis 2017 an: 2017 gibt es einen Bericht der Programmleitung zum KH-Nord, und in diesem Bericht vom Oktober 2017 wird, bezogen auf die Preisbasis, schon valorisiert. Das ist ein wichtiger Punkt. Es wird bereits valorisiert im Hinblick auf das Jahr 2016, das ursprüngliche Fertigstellungsdatum, denn darüber diskutieren wir ja immer bezüglich der Kosten. Valorisiert wird im Hinblick auf das Fertigstellungsziel im Juni 2016, und es ergeben sich präliminierte Gesamtkosten von zirka 950 Millionen EUR.

Weiter wird hier geschrieben dass es zu einer Kostenüberschreitung von 339,9 Millionen EUR kommt. Das heißt, wir haben von 2014 auf 2017 tatsächlich plötzlich eine – und das möchte betonen! – in einem Bericht festgehaltene Kostenüberschreitung von 339 Millionen. Plötzlich explodiert das. Am Anfang war es noch wenig, aber plötzlich explodiert das!

Wie wurde mit dieser Information umgegangen, denn in der Öffentlichkeit war zum damaligen Zeitpunkt etwa Mitte 2017, also nach Übernahme von Wehsely durch Frauenberger, über diese Summe wenig zu hören? Es wurde damals immer gesagt, dass das eh valorisiert ist. Erst gab es kaum Kostenüberschreitungen, und dann ist diese, die doch sehr massiv ist, plötzlich aufgetreten. Wie erklären Sie sich das? Und wie erklären Sie sich den Umstand, dass darüber eigentlich kaum berichtet wurde?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Zum einen kann ich dazu sagen, dass ich versucht habe, die Situation transparent aufzuzeigen, und auch so gehandelt habe. Dass aber in anderen Bereichen, sprich auf politischer Ebene und letztlich auch auf Vorstandsebene, die Welt eigens gestrickt wurde und hier gewisse Fakten geschaffen wurden, die wahrscheinlich nicht dem entsprechen, was da abgebildet wurde, das lag dann nicht mehr in meinem Einflussbereich. Ich kann Ihnen nicht sagen, welche Überlegungen dahinter standen oder welche Ziele man damit verfolgt hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ich sehe das durchaus ähnlich. Ich denke, auf operativer Ebene wurde das offensichtlich sehr sorgfältig dokumentiert. Das findet sich hier auch erstmals in einem Bericht. – Über diesen Punkt diskutieren wir hier ja immer wieder. Von Seiten der SPÖ wird hier gesagt, dass es da zu keiner oder nur zu einer minimalen Kostenüberschreitung kommt, und zwar letztendlich nur aufgrund der Valorisierung. Es steht aber in einem offiziellen Dokument der Begleitenden Kontrolle, dass es eben diese 340 Millionen EUR gibt, dass diesbezüglich allerdings offensichtlich, wie Sie sagen, weder vom Management noch von der politischen Seite her entsprechende Transparenz geherrscht hat.

Kennen Sie die Gründe für die Ursachen der Kostenüberschreitung selber?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Im Groben kenne ich sie, jedoch nicht im Detail. Es hat sich da aber sicherlich teilweise die Bauzeitverlängerung niedergeschlagen. Weiters geht es um die Auswirkungen aus dem Planungsfehlleistungen, die es gegeben hat. Und die Fassade hat natürlich auch eine Rolle gespielt, weil der gesamte Innenausbau einer massiven Verzögerung unterworfen wurde. – Das war mein Eindruck, soweit ich das verfolgt habe. Das ist bei mir angekommen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Über die Fassade haben wir vorige Woche auch gesprochen. Es wurde da ganz gut dargestellt, dass, wie ich meine, ein bisschen Ursache und Wirkung verwechselt wurden, dass nicht wirklich die Konstruktion der Fassade zu einer Verzögerung des Gesamtbauvorhabens geführt hat, sondern eher die mangelnden Planungsleistungen davor ein Grund dafür waren.

Ein Punkt interessiert mich: Ich habe, wie ich mich noch gut erinnern kann, in einer Ausschusssitzung des Gesundheitsausschusses, als die Quartalsberichte vorgelegt wurden – Sie können sich, glaube ich, auch noch erinnern –, die Frage an Direktor Balász gestellt, wie es sein kann, dass man quasi die komplett ausstehende Summe von 200 Millionen EUR einfach in die – unter Anführungszeichen –, „Bilanz“ mit aufnimmt, ohne eine Bewertung vorzunehmen, wie überhaupt diese hohe Summe an offenen Forderungen tatsächlich wieder zurückfließen soll. Ich frage Sie in Ihrer Rolle als jemand, der für die Finanzen zuständig ist: Wie kommt es zu einer

solchen Darstellung, die aus meiner Sicht offensichtlich nicht ganz richtig ist?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Dazu möchte ich doch ausführen, dass es zwar korrekt ist, dass die 200 Millionen hier als Minusbetrag abgebildet werden. Man hat das dann aber eh nach hinten gelegt, dass man diese 200 Millionen nach Bauzeitende realisiert, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass eigentlich keine 200 Millionen gebraucht werden, um das Ding fertigzustellen. Die Eintreibungsgröße waren damals noch 22 oder 23 Millionen, wobei man dann gesagt hat: Da werden wir die Rückforderungen realisieren können.

Zum Jahresabschluss muss ich aber sagen. Das ist kein falscher Jahresabschluss gewesen, denn die Bücher, die sich hier wiederfinden, waren alle korrekt. Das Einzige, was man hier kritisieren kann, ist, dass bei den „Sonstigen finanziellen Verpflichtungen“, die man extra ausweist, an dieser Position diese 200 Millionen dann abgezogen wurden. Da könnte man sagen: Das ist eigentlich aus der Pro-futuro-Sicht nicht ganz korrekt beziehungsweise gar nicht korrekt.

Das hat aber keinen Einfluss darauf, dass man sagen kann, dass zu viele Forderungen eingebucht wurden oder das Ergebnis viel besser dargestellt wurde, als es ist. Das war eigentlich nicht der Fall. Das muss man aus meiner Sicht sozusagen stehenlassen unter dem Motto: Lassen wir die Kirche im Dorf! – Sonst hätte nämlich der Wirtschaftsprüfer gar kein Testat gegeben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Eine Nachfrage des Herrn Gara. – Bitte.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Nur eine kurze Nachfrage: Sie haben zu den „Sonstigen finanziellen Verpflichtungen“ erwähnt, dass es Möglichkeiten zur Verbesserung gibt. Da lautete eine sehr starke Kritik auch von meiner Seite beziehungsweise von unserer Seite, auf welcher Basis denn diese 200 Millionen möglicherweise rückgefordert werden können. Sehr viele Zeugen hier im Ausschuss, wie auch Direktor Wetzlinger selbst, haben nämlich von maximal 10 Prozent gesprochen. Auch ich habe damals im Ausschuss angemerkt: In Anbetracht von 200 Millionen schaffen wir vielleicht 10 Prozent oder 15 Prozent, aber sicherlich nicht die gesamte Summe!

Das heißt: Eigentlich hätte in einem entsprechenden Jahresabschluss bei den „Sonstigen finanziellen Verpflichtungen“ konkret stehen müssen, auf welcher Basis das eigentlich erfolgt. Warum ist das nicht geschehen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Herr Gara! Da bin ich bei Ihnen: Das ist korrekt! Es steht aber eben dem Management ein gewisser Rahmen zur Verfügung – und ich meine jetzt das Topmanagement im KAV –, um gewisse Ansätze zu treffen, die der Wirtschaftsprüfer halt mittragen kann, denn ein Wirtschaftsprüfer kann auch in einem Lagebericht nur gewisse Spielräume zur Kenntnis nehmen

Wenn es aber Themen sind, die eindeutig auch den Vorschriften des UGB widersprechen, dann kommt es sozusagen zu einem No-Go, das ist klar. Offensichtlich war für den Wirtschaftsprüfer diese Position nicht so sehr

von Gewicht und Bedeutung, dass er gesagt hätte: Ich verweigere meinen Bestätigungsvermerk, weil die Verpflichtungen nicht ganz ... (*Zwischenruf.*) Ja.

Das hat aber auf das Ergebnis keinen unmittelbaren Einfluss.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ÖVP: Frau Hungerländer. – Bitte.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Guten Tag.

Ich würde gerne ein bisschen über das PPP-Modell sprechen. Uns liegen unterschiedliche Einschätzungen vor, warum die Verhandlungen abgebrochen wurden. Waren Sie in die entsprechenden Verhandlungen eingebunden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Simple Antwort: Nein.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Waren Sie in Kenntnis darüber, warum das PPP-Modell dann nicht realisiert wurde?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Auch das nicht.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Wurden Sie oder Ihre Abteilung im Vorfeld dazu aufgefordert, Berechnungen anzustellen, die als Vergleichsbasis für ein PPP-Modell dienen konnten?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Nein. Ich hatte keine Wahrnehmung und keinen Auftrag.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Keine Wahrnehmung oder keinen Auftrag?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Weder, noch.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Es gab also keine Vergleichsberechnung?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Nein, weil das Thema bei uns gar nicht aufgeschlagen ist. Das war – wie ich vorhin schon erwähnte – völlig eingebettet. Man kann jetzt fast sagen, dass diese Themen solitär von Herrn Dr. Koblmüller abgearbeitet wurden und dann mit Unterstützung durch – ich fantasiere jetzt – einen Juristen, andere beteiligte Personen oder Gutachter aufbereitet wurden, wovon wir aber nicht einmal eine Kurzinfo bekommen haben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: GRÜNE: Herr Ellensohn. – Bitte.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Guten Tag.

Ich probiere ich es jetzt mit einer Frage zur Begleitenden Kontrolle und zur Projektsteuerung: Herr Dipl.-Ing. Kermer hat hier ausgesagt, dass es seitens der Begleitenden Kontrolle schon im Dezember 2012 die Empfehlung an den KAV gegeben hat, die Projektsteuerung zu wechseln. Der Grund dafür war, dass nach Ansicht der Begleitenden Kontrolle die vertraglichen Pflichten nicht erfüllt wurden.

Wer hat dann entschieden? Haben Sie eine Wahrnehmung dazu, dieser Empfehlung nicht zu folgen? Wurde vom KAV betreffend diese Frage eine Expertise von irgendwo eingeholt? Von wem war diese, und zu welchem Ergebnis hat sie geführt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Ich kann nichts dazu sagen, dazu habe ich keine Wahrnehmung.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Okay. Da geht es jetzt etwas konkreter um Geld. Schauen wir, ob wir da fündig werden!

Sowohl bei der Projektsteuerung als auch bei der Örtlichen Bauaufsicht kam es zu erheblichen Kostensteigerungen. Der KAV hat das mit den gestiegenen Herstellungskosten als Grundlage begründet. Diese vertragliche Vergütungsregelung wurde vom Rechnungshof besonders kritisch gesehen. Wer hat denn diese vertraglichen Vergütungsregelungen verhandelt, die dazu führten, dass das Honorar sich erhöht hat, ohne dass damit eine Mehrleistung verbunden sein musste? Haben Sie eine Wahrnehmung? Ist das branchenüblich?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Keine Wahrnehmung.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Herr Gara hat angefangen mit den Regressforderungen von 200 Millionen. Da schwirren ja verschiedenste Zahlen herum, ich glaube, die niedrigste ist 30 Millionen, und das geht bis 200 Millionen. Wir haben heute dann auch noch jemanden anderen hier, der vielleicht genauer Auskunft geben kann.

Unabhängig davon: Wie hoch ist denn jetzt noch der aktuelle Finanzierungsbedarf? Wie schaut es aus mit den prognostizierten Einnahmen aus Liegenschaftsverkäufen, die auch immer wieder Eingang in die Berechnungen gefunden haben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Ich beantworte einmal die zweite Frage. Aus den Liegenschaftsverkäufen haben wir nichts mehr angesetzt, um das Projekt zu finalisieren. Wenn man jetzt den Rest betrachtet, dann muss man sagen: Von dem Volumen von einer Milliarde und 341 Millionen, das ja derzeit sehr stark fokussiert wird und – soweit ich es mitnehmen kann – auch von Herrn Dipl.-Ing. Wetzlinger eine sehr realistische Zielvorgabe ist, fehlen uns eigentlich auf der Stadt-Wien-Seite nur mehr circa 27 bis 50 Millionen für zwei Jahre. Das haben wir im Jahr 2019 ohnehin schon in unserem Budget abgebildet, dort kann also eigentlich nichts mehr passieren.

Es fehlt uns im Jahr 2020 noch ein Betrag von circa 30 Millionen, wobei das jetzt als Sicherheitsgröße so gemacht ist, dass vom Wiener Gesundheitsfonds nichts angesetzt ist. Es könnte aber sein, dass nach Fertigstellung des Gebäudes ... vom Wiener Gesundheitsfonds Platz greift und, wenn dem so wäre – und ich rede jetzt ganz extrem von 31 Millionen –, dann bräuchten wir von der Stadt keine Mittel mehr. – So ist der aktuelle Stand.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ: Herr Fürnkranz. – Bitte.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Grüß Gott.

Ich möchte noch etwas nachfragen. – Bei der Antwort, die Sie Kollegin Mörk bezüglich der EIB-Mittel gegeben haben: Auf welchen Zeitraum bezieht sich das, was Sie da mit den Veranlagungen der Mittel geschildert haben?

Ich rekapituliere grob: Wir haben uns schon vor längerer Zeit damit beschäftigt, und es war ja so, dass zunächst eine erste Tranche und dann kurz vor Weihnachten die gesamte restliche Tranche abgerufen wurde. Weil

das aber nicht schnell genug überwiesen werden konnte, sind sogar noch Zwischenfinanzierungen aufgenommen worden.

Mich würde jetzt interessieren, wie aus Ihrer Sicht dieser Ablauf vor sich gegangen ist. Sie haben, wenn ich das richtig verstanden habe, diese Mittel dann, als sie komplett auf Ihren Konten gelegen sind, in irgendeiner Weise auf Veranlassung der MA 5 veranlagt. – Ich bitte Sie, diesen ganzen Vorgang noch einmal näher zu beleuchten.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Gerne. Wir haben am 15. Oktober 2010 75 Millionen abgerufen. Das war an und für sich so in der Planung auch von Herrn Dr. Koblmüller, weil das natürlich auf diesem Feld auch in der Topmanagementliga gelaufen ist. In weiterer Folge wäre angedacht gewesen – und wenn man die Dokumente verfolgt, dann kommt man zu dem Schluss, dass das auch angebracht gewesen wäre –, die späteren Raten im Rahmen des zugesicherten Zeitraumes von der EIB abzurufen.

Ich will das jetzt nicht noch einmal erläutern, denn ich glaube, Herr Neidinger hat schon in aller Breite dargelegt, warum er das getan hat: Die Stadt Wien hat sich dann entschlossen – und jetzt kann ich Ihnen auch Details sagen –, von der Bank Austria noch einen Kassenkredit über 225 Millionen mit Ende des Jahres, es war, glaube ich, der 21. Dezember, an Land zu ziehen.

In weiterer Folge sind am 10. Jänner 225 Millionen von der EIB abgerufen und gegen diesen Kassenkredit der Bank Austria getauscht worden. Zinsentechnisch war das damals keine schlechte Sache, denn die Kassenkredite waren sehr günstig, und die Veranlagung seither war es auch. Ich glaube, man hat dabei sogar ein leichtes Plus erwirtschaftet, wobei man davon aber nicht reich wird, weil der Zeitraum doch sehr kurz war.

Damit hatten wir einen relativ erklecklichen Betrag, nämlich 300 Millionen, verfügbar. Ein Teil davon ist abgeflossen, weil das Grundstück gekauft und es andere Anlaufkosten im Rahmen des Projektes gab. Die PS und die Begleitende Kontrolle waren damals, glaube ich, schon unterwegs. Es sind uns dann circa 240 Millionen verblieben, und diese wurden in der Erstphase sehr stark in Festgeldern angelegt, weil da die Verzinsung noch sehr attraktiv war. Diese Festgelder hatten – zum Glück, muss man jetzt sagen – teilweise eine lange Laufzeit, nämlich zwei Jahre. Man hat ja gewusst: In den nächsten zwei Jahren brauchen wir das Geld nie. Damit wurde auch die Zinsenlandschaft noch ein bisschen gedämpft, weil der absteigende Ast der Verzinsungen uns nicht betroffen hat, weil es betreffend Festgeld eine fixe Vereinbarung mit der Bank gab.

So ist das laufend weiter verfolgt worden. Es sind natürlich in weiterer Folge immer Gelder hineingeflossen und Gelder abgeflossen. Wir hatten immer etwa 200 bis 210 Millionen auf der Habenseite. Manchmal ist das halt auf 165 oder 130 Millionen abgesackt. Wir haben uns natürlich bemüht, uns immer an die Vorgaben der MA 5 zu halten. Die MA 5 hat sehr akribisch geschaut, welche Beträge bei welcher Bank veranlagt werden. Wir haben die Veranlagungsseite laufend gehandelt, und das ist

dann in die Berichte an die MA 5 eingeflossen, wie ich schon vorhin erwähnte.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Das heißt, die Mittel waren die ganze Zeit sozusagen in der Verfügungsgewalt des Krankenanstaltenverbundes?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Ja.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Und nicht der MA 5?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Nein.

Das ist richtig.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Dann die zweite Frage dazu: Sie haben gesagt, dass es zwar relativ günstig war, weil man damals noch brauchbare Zinsen bekommen hat. Wieviel hat aber der Zinsverlust aus dieser Operation des zu frühen Abrufs aus Ihrer Sicht eigentlich grob ausgemacht?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Sever.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Das ist jetzt ein heikles Thema. Ich kenne den Rechnungshofbericht, in dem kritisiert wird, dass wir zwischen 30 und 40 Millionen sozusagen verloren haben, weil der Abruf viel zu früh war.

Ich möchte von meiner Seite her dazu drei Anmerkungen machen: Erstens kann das natürlich ex post jeder sehr gut sagen. Der Prüfer hat dafür fünf Jahre in der Revision. Ich weiß, dass man das im Nachhinein sehr gut beurteilen kann.

Ich möchte jetzt keine große Verteidigungsrede halten, aber ich erinnere mich gut daran, was sich 2010 auf dem Finanzmarkt abgespielt hat. Es gab dort deutlichste Signale von allen Banken, die gesagt haben: Achtung! Achtung! Wir haben jetzt ein relativ niedriges Zinsniveau. Es wird in den nächsten Monaten, im nächsten Halbjahr oder im nächsten Jahr eine deutliche Steigerung geben.

Man kann sagen: Das ist einmal der technische Teil. Wenn ich ein Darlehen mit 3,116 Prozent bei der EIB bekomme und ich damit rechne beziehungsweise jeder sagt, dass es wahrscheinlich fünf, sechs oder mehr werden, dann ist das einmal vielleicht keine schlechte Entscheidung. Im Nachhinein gesehen ist es aber eine schlechte Entscheidung. Da bin ich wieder beim Rechnungshof, das ist schon klar. Das will ich jetzt nicht abstreiten!

Zweite Anmerkung von meiner Seite her: Man kann eine wirkliche Evaluierung, ob das gut oder schlecht war und ob es 30 oder 40 Millionen waren, erst am Ende der Fahnenstange vornehmen. Das muss man auch deutlich sagen. Wobei „am Ende“ bedeutet, dass man erst nach Ablauf der 20-jährigen Tilgungsdauer feststellen kann, ob das „Zinsgeschäft“ – unter Anführungszeichen, denn es ist kein Geschäft – beziehungsweise diese Zinsaufwendungen oder Erträge, die sich hier widerspiegeln, gut waren oder nicht.

Warum? – Wenn nämlich im Jahr 2022 das Zinsniveau deutlich steigen würde, grob gesprochen vielleicht auf sechs oder sieben Prozent, dann bin ich da zumindest pari ausgestiegen, wenn ich nicht sogar ein Plus habe.

Somit komme ich zu meiner dritten Anmerkung: Ich weiß nicht, ob ein 20-jähriges Darlehen zu einem fixen Zinssatz angeboten wird. Ich kenne das aus früheren Bankgesprächen: Bei zehn Jahren sind die schon sehr

nervös. Wenn man denen sagt, dass man für zehn Jahre einen Fixzinssatz haben möchte, dann sagen sie: Das geht gar nicht! – Ich weiß also nicht, ob bei 20 Jahren eine Bank bei diesem Level mit 3,116 Prozent eingestiegen wäre.

Daher muss man all das relativieren. Der Rechnungshof hat diese Optionen nicht erwähnt, was ich – ich sage es persönlich – nicht fair finde, denn man müsste auch sagen, dass es auch eine Variante B gäbe, die sich manifestiert oder nicht. Es kann natürlich sein, dass sich diese nicht manifestiert. Aber aus meiner Sicht kann man eine Beurteilung, ob das eine gute Entscheidung war oder nicht, eigentlich jetzt nicht treffen. Fairerweise ist das nicht seriös.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Nun ja, was Sie da schildern, ist das Einmaleins der Währungsspekulation beziehungsweise Zinsspekulation. Es ist schon klar, dass man vorher nicht weiß, wie das ausgeht.

Der springende Punkt aus unserer Sicht ist aber: Im Endeffekt geht es, auch wenn es ein Kredit war, um öffentliche Mittel, denn die öffentliche Hand muss das zurückzahlen. Ist es da üblich, für irgendwelche Projekte Konten anzulegen und das Geld nach spekulativen Kriterien so oder so zu veranlagen? Gibt es das für mehrere Projekte im Krankenanstaltenverbund?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Herr Fürnkranz! Ich muss mich einmal dagegen verwehren, dass es Spekulation gegeben habe! Wir – egal, wer das jetzt war – haben keine spekulativen Maßnahmen getroffen! Das war kein spekulatives Geschäft!

Stellen Sie sich vor, in der Privatwirtschaft möchte man seitens eines großen Konzerns ein riesiges Gelände oder eine Anlage erwerben oder ein Werk bauen. Wenn diese Leute dann zur Bank gehen und sagen, dass sie Mittel auf 20 Jahre brauchen, und die Bank ihnen einen Fixzins gibt, dann wird dieses Unternehmen diesen Fixzins nehmen, und ich sage Ihnen auch, warum: Weil jede Company an und für sich kalkulierbare Situationen haben möchte. Wenn sich nämlich das Zinsniveau verabschiedet und es dann Aufschläge von drei oder vier Prozent oder mehr gibt, dann hat das Unternehmen vielleicht ein Problem. Dem Unternehmen ist es sicher lieber, genau zu wissen, dass sie im Jahr 3,116 Prozent Zinsen zahlen müssen. Darauf kann man sich genau einstellen, darauf kann man seine Planung ausrichten, und man kann all das sauber über die Bühne bringen.

Es gibt keine spekulativen Geschäfte. Zu Ihrer Frage sage ich: Wir haben nur für die Personalpflegewohnhäuser noch weitere Darlehen aufgenommen, die sich in einem weit geringeren Rahmen bewegen und die auch sehr solide abgedeckt sind. Da bewegen wir uns in einem Bereich von 20 Millionen. Auch das wurde natürlich mit seriösen Banken abgewickelt, daher lehne ich die Spekulationsunterstellung ab.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Das mit den Spekulationen habe ich in dem Sinne gemeint, dass man nicht weiß, wie sich die Zinsen entwickeln, und deswegen vorsichts-

halber einem bestimmten Szenario folgend veranlagt. Das ist letztendlich auch eine Spekulation, denn wenn ich glaube, dass etwas so sein wird und günstig sein wird, und es sich dann anders herausstellt, dann habe ich halt einen Spekulationsverlust erzielt.

Aber um die zweite Frage noch zu präzisieren: Habe ich das richtig verstanden, dass Sie in der Dimension von etwa 20 Millionen noch weitere Kredite teilweise veranlagt haben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Diese sind nicht veranlagt, sondern eingeflossen in die Umsetzung der Pflegewohnhäuser.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Diese sind tatsächlich konsumiert?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Das ist realisiert. Das sind Darlehen, die wir zurückzahlen. Es sind dann nicht 20, sondern 50 Millionen, weil wir mehrere Objekte aufgestellt haben. Wenn man sich einen Jahresabschluss ansieht, dann kann man feststellen, dass das sehr transparent ist. Wir haben auf der Passivseite eine entsprechende Darstellung. Ich kann kurz einen Blick hinein werfen, ich habe das eh mit. – Wenn wir uns den letzten Bericht von 2017 vornehmen, dann können wir feststellen, dass es derzeit eine Bankverbindlichkeit von 334 Millionen gibt, wobei das Krankenhaus Nord hier nur mehr mit 278 Millionen vertreten ist, weil ja Rückzahlungsraten schon gezahlt wurden, um das Darlehen abzudienen. Für Leasing sind circa 15,5 Millionen offen. Für den Neubau Baumgarten sind es 17,9 Millionen und für Donaustadt 23 Millionen.

Wenn wir das addieren, dann sind das die 55 Millionen, die ich vorher schon zitiert habe. Diese sind durchwegs solide aufgenommen worden und sind natürlich nicht irgendwo disponierbar, denn wir haben das ja in die Infrastruktur gesteckt. – Das ist der Klassiker.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Meine Frage war, ob es veranlagt ist oder nicht.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Das Darlehen vom Krankenhaus Nord ist ja auch weg.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Jetzt!

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Das ist ja auch in der Infrastruktur. Warum haben wir trotzdem so viele Mittel übrig? – Weil wir laufend von der Stadt über Zuschüsse investiver Natur gespeist wurden. Sie kennen es eh: Die Überschreitungsanträge, die da vonstattengingen, haben wir natürlich alle ganz sauber in unser Projektkonto hineingepflanzt und nicht gesagt: Dann machen wir halt andere Dinge damit! Das war bei uns immer ein Tabuthema. Wir haben diese Mittelverfolgung immer sehr getreu vorgenommen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ: Herr Schober. – Bitte.

GR Mag. Marcus **Schober** (SPÖ): Guten Tag, Herr Dr. Seyer.

Anfänglich haben Sie gesagt, dass Sie ein sehr enges Vertrauensverhältnis zu Dr. Marhold hatten. Deswegen auch meine Frage: Hat sich arbeitstechnisch in den Bereichen etwas geändert beim Wechsel zu Janßen und Balász?



Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Ehrliche Antwort: Ja.

Janßen war in seiner Kontaktaufnahme, auch als Generaldirektor-Stellvertreter, sehr verhalten. Ich drücke es einmal so aus. Kontakte waren da nur sehr sporadisch. Balász war anders. Balász ist sehr intensiv mit unseren Bereichen – und da bin ich nicht allein – in der Runde gesessen. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren regelmäßig bei ihm, um die Themen der Planung und Finanzierung zu besprechen. Und ich muss ehrlich sagen: Balász hat auch selbst Hand angelegt. Er hat sich an den PC gesetzt und gesagt: Was machen wir jetzt? – Es hat sich ein wirklich sehr gutes Arbeitsteam beziehungsweise Arbeitsverhältnis entwickelt.

GR Mag. Marcus **Schober** (SPÖ): Zu meiner zweiten Frage: Sie haben gesagt, dass Sie finanzielle Überschreitungen an das Topmanagement gemeldet haben, dass es da aber keine Rückmeldungen gab. Gab es keine Rückmeldungen nur von Janßen? Gab es Rückmeldungen von Balász? Oder gab es gar keine Rückmeldungen an Sie?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Als ich das seinerzeit entsprechend deponiert habe, habe ich von beiden keine Rückmeldung bekommen. Das war aber in der Phase, als Herr Dr. Janßen noch CFO war und Balász noch im Operating Management gesessen ist und die Themen der Organisation verfolgt hat.

In weiterer Folge habe ich Balász laufend Informationen gegeben, weil Janßen dann ja in die Generaldirektion hinübergegangen ist. Er hat das meist einmal so zur Kenntnis genommen und dann – wie ich annehme – Gespräche mit der Bereichsleitung oder auch mit der Stadträtin geführt. Ich war aber nie in das involviert, was auf der politischen Ebene besprochen oder beschlossen wurde.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Schober.

GR Mag. Marcus **Schober** (SPÖ): Eine Nachfrage: Hätten Sie sich in der Folge in diesem Bereich Rückmeldungen erwartet? Hätten Sie diese gebraucht?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Ich bin ein pragmatischer Mensch. Ich kann mit solchen Dingen ganz gut umgehen. Irgendwann brauche ich dann aber natürlich schon ein „Go!“. Das ist selbstverständlich wichtig.

Ich bin davon ausgegangen, wenn ich einen Status abbilde oder abbilden soll und einen höheren Betrag berücksichtigen muss, das einmal so in die Planung aufzunehmen. Dann muss ohnehin das Topmanagement sagen, ob das in dieser Größenordnung bleibt oder bleiben soll. Es ist klarerweise in letzter Konsequenz eine politische Entscheidung, welche Größen man in welcher Dimension und in welchen Unterlagen deponiert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sie drücken das sehr höflich aus. Für mich ist das sehr wohl ein sehr springender Punkt! Wir hatten in diesem Zeitraum ja auch Gesundheitsausschüsse, in denen sowohl Direktor Janßen als auch StRin Wehsely anwesend waren. Es ist ja nicht so, dass wir diesbezüglich nicht mehrmals nachgefragt haben. Es wäre also sehr verwunderlich, wenn man hier einfach sagt: Wir haben nichts davon gewusst!

Und hier in dem Ausschuss geht es ja letztendlich auch um die politische Verantwortung.

Deshalb bin ich doch sehr verwundet, dass die von Ihnen richtigerweise und korrekterweise dargestellten Punkte und die rechtzeitigen Anmerkungen von Kostenüberschreitungen letztlich nicht zu der Konsequenz geführt haben, dass man überhaupt entsprechend handelt beziehungsweise rechtzeitig handelt. Andernfalls wären vielleicht andere Dinge auch ein Stück Weg anders gelaufen.

Meine Frage geht in die Richtung: Welche Kontrollinstrumente gab es eigentlich beziehungsweise haben aus Ihrer Sicht gefehlt, damit das Feedback auch an Sie letztendlich funktionieren kann? Hat es ein solches gegeben, oder gab es einfach nur quasi eine offene Vorgangsweise: Sie haben gemeldet und gehofft, dass möglicherweise eine Information zurückkommt, die halt nicht kam? Wie hat die diesbezügliche Situation ausgesehen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Sever**: Im Grunde genommen habe ich das gemeldet, und das Feedback ist nicht gekommen. Das habe ich dann auch so zur Kenntnis genommen. Das ist natürlich schon so zu sehen gewesen. Die Alarmglocken hätten bei mir voll aufgeschlagen, wenn man erkannt hätte, dass die nächste Periode nicht mehr darstellbar ist, denn dann wäre man Gefahr gelaufen, dass man letztendlich sagen müsste: Ich darf keine Position mehr ausschreiben, weil mir fehlen – das ist jetzt wirklich eine Hausnummer – 60 Millionen für das Jahr 2015. Das wäre dann problematisch gewesen, und da hätte ich natürlich heftiger Position bezogen. Dadurch, dass ich nicht die Gelegenheit hatte, das auch in einem breiteren Kreis zu vertreten und entsprechend zu kommunizieren, war das ganze Handling dieser Fragestellung natürlich sehr stark bilateral.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ich meine, diese Darstellung hat ja eher etwas mit dem Liquiditätsmanagement zu tun, so wie Sie gesagt haben ...

Mag. Dr. Erich **Sever**: Genau.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sie haben ja gesagt, Sie können teilweise Geld auch aus dem Gesundheitsfonds nehmen, um das abzudecken. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass man sich, wenn es eine tatsächliche Kostenüberschreitung gibt, nicht rechtzeitig auch im Ausschuss damit beschäftigt hat!

Ich kann mich erinnern, wir haben immer wieder eine konkrete Darstellung der Zahlen, Daten und Fakten eingefordert. Das ist tatsächlich erst zu einem späteren Zeitpunkt gekommen und nicht zu dem gewünschten Zeitpunkt, wie wir hier immer wieder auch politisch ganz klar angemerkt haben.

Bezüglich Kontrolle möchte ich auf einen anderen Rechnungshofbericht eingehen, den ich für nicht unwesentlich auch für das KH Nord halte, nämlich auf den Rechnungshofbericht, der sich mit der Organisation der Generaldirektion des Wiener Krankenanstaltenverbundes auseinandersetzt. Darin wird vor allem ein Punkt sehr massiv diskutiert und in der Folge auch kritisiert, nämlich

das interne Kontrollsystem, also das IKS. In diesem Zusammenhang wird in der Chronologie ab 2002 angeführt, dass ein IKS als Teil des Qualitätsmanagements so wie im AKH einzuführen ist, aber erst im Jahre 2016 wurde gesagt: Mit der Absichtserklärung des Vorstandes ist das jetzt quasi einmal abgeschlossen.

Wir diskutieren hier also über ein internes Kontrollsystem in einem der größten Unternehmen Österreichs, das von 2002 bis 2016 nicht so funktioniert hat, wie man sich das wünschen würde. Das wurde, wie gesagt, auch sehr massiv vom Rechnungshof kritisiert.

Dazu meine Fragen. – Sie waren ja auch mit dem Themenbereich Controlling befasst: Inwieweit waren Sie in dieses Projekt eingebunden, und warum hat es so lange gedauert, bis das letztendlich umgesetzt wurde?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Wir müssen das teilen: Wir haben in unserem Finanzbereich mit den Dienststellen draußen, also mit den Häusern, im Finanzbereich Interne Kontrollsysteme auf die Beine gestellt, und auch in Genehmigungsverfahren gibt es ja entsprechende Richtlinien. Das heißt, wenn jemand Rechnungen freigibt oder Leistungen bestätigt, dann muss das im Vieraugenprinzip geschehen.

Was der Rechnungshof aber insbesondere moniert, ist, dass kein gesamtübergreifendes IKS für den KAV besteht. Das ist, glaube ich, der Punkt. Diesbezüglich sind wir aber sehr weit fortgeschritten. Wir haben dieses Thema sehr stark im Fokus und auch in Bearbeitung und werden sicherlich in der nächsten Zeit mit einem fertigen Produkt an Land gehen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Frau Hungerländer von der ÖVP.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Ich habe noch ein paar allgemeinere Fragen, die vielleicht ein bisschen zukunftsgerichtet sind: Gab es, nachdem sich erwiesen hat, dass das Projekt KH Nord nicht planmäßig verläuft, Änderungen, die Ihren Bereich betreffen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Nein. Unser Bereich wurde keiner Änderung unterworfen.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Würden Sie sagen, dass ein neuerliches Projekt KH Nord jetzt ganz genau so enden würde, weil es im Ablauf, beispielsweise im Handling, keine Verbesserungen gab?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Die Antwort ist, dass wir auf Grund der gegebenen Ressourcen und der Aufgabenfelder, die wir derzeit bearbeiten, gar nicht die Möglichkeit hätten, in ein größeres Projekt mit dem Team oder mit einem Teil des Teams einzusteigen. Es müsste also auch im Finanzbereich organisatorisch etwas aufgebaut werden, das unterstützend oder mitgestaltend in das Projekt eingebettet werden könnte.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Wenn Sie jetzt Wünsche formulieren könnten, was geändert wird: Wäre das beispielsweise, dass der Finanzbereich mehr Einfluss hätte oder mehr Mitspracherecht haben sollte?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Der Wunsch, das mitzugestalten, ist klar. Der Bereich, der massiv verstärkt werden

muss, ist die Schiene Betriebscontrolling, weil dann Themen mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen abgearbeitet werden könnten. So könnte man dann eine Gesamtprojektsicht zusammensetzen beziehungsweise gestalten. Dann wäre das möglich. Aber mit der jetzigen Mannschaft, mit der dünnen Besetzung, wäre das völlig unreal, denn das, was Sie da ansprechen, ist ein Fulltime-Job. Dazu müsste man sicherlich einige Mitarbeiter an Bord nehmen.

Was aus meiner Sicht Sinn machen würde, wäre, diese Themen auch inzusourcen. Das wäre, wie ich meine, sicherlich keine schlechte Entscheidung, anstatt alles in diesem Bereich extern zu vergeben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel von den GRÜNEN. – Bitte.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Ich darf noch einmal auf die Kommunikation zwischen den Ebenen zurückkommen.

Herr Dr. Bock als ehemaliger Vorsitzender des Aufsichtsgremiums hat ausgesagt, dass seine Empfehlungen in der Regel unbeachtet blieben. Eines seiner Hauptliegen war die Einrichtung einer Projektgesellschaft, insbesondere um die Schnittstellenkoordination in den Griff zu bekommen. Frau StRin Mag. Wehsely lehnte diese Idee mit der Begründung ab, es sei zu spät.

Ist diese Idee bis zu Ihnen in irgendeiner Form durchgedrungen und wurde sie – wenn ja – ernsthaft diskutiert? Oder wissen Sie, ob da eine Expertise eingeholt wurde?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Meine Wahrnehmung dazu: Ich wurde ins Aufsichtsgremium gerade zur Zeit von Dr. Bock zu drei Sitzungen eingeladen. Mit Ausscheiden von Dr. Koblmüller hat es eine kurze Periode gegeben, in der es darum ging, die finanziellen Aspekte nicht nur für das Projekt KH Nord darzulegen und auszuführen, wo wir im Sinne eines Controllings gerade stehen, wie es mit dem Jahresabschluss aussieht. Das sollte ich in diese Richtung beleuchten, sonst hatte ich aber keine Wahrnehmung.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Der Rechnungshof kritisierte unter anderem auch, dass der KAV sich beim Kostenmanagement fast ausschließlich auf die vom Konsulenten erstellten Berechnungen beschränkte und diese nicht aktiv gestaltete, was aber nach Ansicht des Rechnungshofes für eine zielgerichtete, wirtschaftliche, effiziente Projektabwicklung wesentlich gewesen wäre. Der KAV war somit fast ausschließlich von der Expertise Dritter, insbesondere der Projektsteuerung, abhängig. Hat sich hier etwas geändert, außer dass es jetzt eine andere Projektsteuerung gibt?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Die Antwort lautet Nein, aber sie mündet eigentlich in die Frage der Frau Hungerländer: Es ist auch hier klar nachvollziehbar, dass ein Insourcing in diesem Bereich positiv zu beurteilen ist.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Bezüglich der Zahlungsbedingungen des KAV kritisierte der Rechnungshof, dass dieser grundsätzlich die Zahlungsbedingungen des jeweiligen Angebots akzeptierte. Das hat zum Beispiel dazu geführt, dass der KAV mit einem Auf-

tragnehmer bei sieben Beauftragungen fünf unterschiedliche Zahlungskonditionen vereinbarte.

Hat sich da etwas verändert, und gibt es hier eine Standardisierung der vertraglichen Regelungen?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Darauf kann ich nur generaliter eine Antwort geben: Wir haben im Rahmen des Sound-Projektes auch dieses Thema sehr stark beleuchtet und hier auch einer Standardisierung zugeführt. Selbstverständlich wäre es erforderlich, dass man das Ganze hier noch einmal evaluiert und einmal schaut, wie die Sache wirklich steht.

Adressat dieser Thematik ist nicht ausschließlich der Vorstandsbereich Finanz, sondern Adressat wäre natürlich auch der Einkauf, der stark an der Vertragsgestaltung mitwirkt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ: Herr Koderhold. – Bitte.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Vielen Dank, Herr Dr. Seyer, für die einstweiligen Informationen.

Wir haben uns bezüglich des EIB-Kredites natürlich schlaue gemacht und auch einen früheren Spitzenbanker über den Ablauf dieses Kredites befragt. Er hat zunächst die Frage aufgeworfen, warum es keine Zinsrevisionsklausel gab, die an sich bei kommunalen Krediten in dieser Höhe durchaus üblich sind: Das heißt, man hat einen Kredit auf 20 Jahre. Nach drei oder nach fünf Jahren wird verhandelt, ob man bei diesem fixen Zinssatz bleibt oder ob dieser Zinssatz geändert wird. Unseren Informationen nach gab es keine Zinsrevisionsklausel. Stimmt das?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Ich muss wieder zurückkommen auf meine Ausführungen: Verhandlungen, Abschlüsse beziehungsweise ein fertiges Vertragswerk mit der EIB ist nicht in unseren Händen gelegen, daher kann ich auch dazu keine Stellung beziehen und keine Aussage treffen.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Ich entnehme dem, dass es keine Zinsrevisionsklausel gab ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Nein! Das hat er nicht gesagt! Er weiß es nicht.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Dann komme ich gleich zum nächsten Punkt: Im Rechnungshofbericht steht auf Seite 16, dass in dem Finanzierungsvertrag mit der EIB wesentliche Inhalte zu den Kreditkonditionen fehlten, dass diese erst nachträglich auf Basis von mündlichen Verhandlungen in das Auszahlungsangebot einfließen. – Ich nehme an, der Rechnungshof müsste eigentlich wissen, ob es eine Zinsrevisionsklausel gab. Er führt es aber nicht an. Unter Umständen wurde einiges auf Basis von mündlichen Verhandlungen vereinbart, denn der auch uns vorgelegte Finanzierungsvertrag war äußerst dürftig und entsprach seinem Umfang nach keinem üblichen Kreditvertrag.

Jetzt eine Frage: Ist es bei Krediten in dieser Höhe üblich, dass ein Teil der Vereinbarungen mündlich getroffen wird?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Ich habe keine Wahrnehmung dazu und kann dazu auch keine qualifizierte Aussage treffen.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Gut, dann meine dritte Frage: Die Europäische Investitionsbank empfiehlt bei kommunalen Krediten Kreditkoordinatoren. Ist Ihnen bekannt, ob man sich überlegt hat, einen Kreditkoordinator zu nehmen, der möglicherweise empfohlen hätte, eine Zinsrevisionsklausel oder etwas anderes zu adaptieren? Ist Ihnen bekannt, ob man einen Kreditkoordinator genommen hat, da das doch von der EIB empfohlen wird?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Ist mir nicht bekannt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ: Frau Mörk. – Bitte.

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Herr Dr. Seyer! Den Quartalsberichten der begleitenden Kontrolle war auch zu entnehmen, dass die Projektsteuerung immer wieder problematisch war und es dann auch zu einem Wechsel in der Projektsteuerung gekommen ist. – Aus Ihrer Sicht: Haben Sie diesen Wechsel als notwendig gesehen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Dadurch, dass ich in das operative Projektgeschehen gar nicht wirklich eingebunden war – wenn man jetzt von den Auftraggebergesprächen mit Dr. Marhold in seiner Zeit bis Ende 2013 absieht, als er schon ausgeschieden ist und damit auch ich aus dem Geschehen draußen war –, kann ich dazu nichts sagen. Dazu habe ich keine Wahrnehmung.

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Dazu haben Sie keine Wahrnehmung. Aber vielleicht sind durch diesen Wechsel in der Projektsteuerung dem KAV zusätzliche Kosten entstanden. Wissen Sie das?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Das kann ich auch nicht beurteilen. Nein, das weiß ich nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Mörk.

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Sie haben das kurz erwähnt, aber ich darf noch einmal nachfragen: Sind sie bei Jours fixes im Stadtratsbüro dabei gewesen, Herr Doktor?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Nein, ich war nicht dabei.

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ich hätte eine Frage zum Thema Vieraugenprinzip bei gewissen Aufträgen, denn ich halte es für wirklich spannend, dass beim Energetiker-Auftrag nicht ein Vieraugen-, sondern ein Sechzehenaugenprinzip herrschte, also vier Personen von nicht unbedeutender Relevanz das unterschreiben mussten. Warum ist das so?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Vier Personen haben acht Augen.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Mit Brille.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Es geht also um ein Achtaugenprinzip.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ich meine, es haben ja so viele draufgeschaut! – Okay. Wir haben ein Achtaugenprinzip, aber vielleicht waren es eh mehr, von denen wir noch nichts wissen!

Aber warum ist ein solches Achtaugenprinzip bei einem Auftrag von unter 100 000 EUR notwendig? Ist das üblich? Oder nach welchen Kriterien wird das gemacht?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Dazu kann ich generaliter sagen, dass das natürlich nicht üblich ist, denn sonst hätten wir einen ziemlich massiven Aufwand, weil wir bei manchen Organisationen gar keine acht Augen beziehungsweise vier Personen zusammen bekommen, die über eine Beauftragung oder eine Verrechnung eine Aussage treffen können.

Ich kann nur generell dazu sagen: Betreffend jede Organisation muss eine gewisse Vertrauensgrundlage bestehen. Und wenn ein Team bestellt wird, das ein solches Riesending macht, und man kein Vertrauen hat, dann sind es die falschen Personen. Für mich ist eine Grundvoraussetzung eine Vertrauenssituation, durch welche aber nicht ausgehebelt werden soll, dass man ein Vieraugenprinzip braucht. Das braucht man natürlich trotzdem, denn es werden dann doch oft Dinge hinterfragt und man sagt: Wäre es nicht gescheiter gewesen, wenn ...?

Wenn Sie dort allerdings auch nur sechs hingesetzt hätten, wäre vielleicht das Gleiche herausgekommen! Darauf will ich hinaus. Wenn die Vertrauensgrundlage zu schwach ist, um solche Dinge zu verhindern, dann ist in der Organisation ein Problem verhaftet. Das ist meine Sicht. Darum hilft auch eine weitere Gegenmaßnahme oder eventuell noch eine zweite Organisationsstufe, wo das noch einmal kontrolliert wird, nicht wirklich weiter.

Wesentlich ist – so habe ich das in vielen Unternehmen auch selbst empfunden –, dass es eine Vertrauensgrundlage beziehungsweise manchmal einen Vertrauensvorschuss gibt, und wenn das missbraucht wird, dann kann das die Organisation in letzter Konsequenz nicht wirklich verhindern, denn wenn das nicht rechtzeitig so eingerichtet ist, dass gewisse Aufgaben eben nur den Personen übertragen werden, denen man voll vertraut, dann wird es problematisch.

Ich glaube also nicht, dass dann das die Lösung ist. Ihre Frage war, warum in diesem Fall gerade vier Personen involviert waren. – Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ihrer Argumentation folgend, würde ich den Schluss ziehen, dass hier keinerlei Vertrauen herrscht und deswegen alle unterschreiben müssen.

Wissen Sie, wie viele solche Aufträge unter 100 000 EUR von vier Personen –sprich unter acht Augen – unterschrieben werden?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Das weiß ich nicht.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ist dieser der einzige Auftrag Ihrer Wahrnehmung nach.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Von meiner Wahrnehmung her ist es der einzige. Mehr kann ich jetzt aber nicht qualifiziert sagen. Tut mir leid!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ich finde es nämlich sehr spannend, dass gerade bei dieser Geschichte so viele Leute unterschreiben mussten!

Ich komme noch einmal zurück auf das Kontrollsystem: Sie haben gesagt, dass das bei einzelnen Häusern eingeführt und jetzt Stück für Stück auch zusammengeführt wurde. – Für mich stellt sich aber trotzdem die Fra-

ge – und das hat auch der Rechnungshof angemerkt –: War in Anbetracht der Größe der Organisation und der Dauer eines solchen Prozesses, also einer sehr komplexen Organisation mit sehr vielen verschiedenen Baustellen, nie von Seiten der Stadträtin, des Topmanagements oder auch der Internen Revision hier mehr Druck dahinter? Es müsste ja auch die Interne Revision sagen, dass das eigentlich viel zu lange dauert. Warum hat man es nicht geschafft, das sehr viel schneller umzusetzen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Das kann ich insofern nicht beurteilen, als ich nicht weiß, wie das Topmanagement an das Thema herangegangen ist. Vielleicht war – ich sage das jetzt ein bisschen krass – die Priorisierung in der Führung nicht da. Ich weiß es nicht. Ich weiß wirklich nicht, warum man das so lange nicht weiterbetrieben hat!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Eine kurze Nachfrage: Sie waren doch in sehr vielen verschiedenen Unternehmen tätig und haben wohl wirklich entsprechende Erfahrungen. Die Dauer dieses Prozesses ist doch fast einzigartig beim KAV im Vergleich zu Unternehmen der Privatwirtschaft oder selbst an der Universität für Bodenkultur. Ist das so?

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Ich kann das bestätigen. Ich war auch fünf Jahre in der ITT, die es in dieser Form nicht mehr gibt. Dort war das Tempo ein anderes. Von Seiten des Konzerns wurden Vorgaben getroffen, und es mussten innerhalb von Monaten damals noch Flowcharts und alles Mögliche gezeichnet und ausgearbeitet werden, um das IKS darzustellen. Dort war der Druck natürlich schon ein anderer als hier. Das gebe ich zu. Es wäre nicht qualifiziert, wenn ich jetzt sage: Nein, das ist eh okay!

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ÖVP? – Keine Fragen.

Herr Ellensohn von den GRÜNEN. – Bitte.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Ich habe nur eine Frage, Herr Dr. Seyer: Es geht um 21 Millionen EUR. Der Rechnungshof hat festgestellt, man hätte Skonti vereinbaren können. Der KAV hat insgesamt 6 300 EUR einbehalten, der Rechnungshof sagt, normal wären bei 21 Millionen und 3 Prozent Skonto rund 60 000 EUR.

Herr Koblmüller hat hier ausgesagt: Das ist graue Theorie. Wir haben das ganz anders gemacht. Bei uns gibt es keine Skonti, wir rechnen das gleich als Rabatt hinein, und dann passt es auch. – Und diese Anweisung hat er auch gegeben.

Der Rechnungshof sagt: Das ist schlecht. Man hätte diese 21 Millionen lukrieren können.

Haben Sie irgendeine Wahrnehmung dazu? Ist das eine übliche Vorgangsweise, die Sie außerhalb dieser Situation kennen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seyer.

Mag. Dr. Erich **Seyer**: Aus meinem Erfahrungsschatz kann ich sagen, dass man gerade im Baugeschehen sehr stark mit Nettogebarung agiert, und zwar aus dem einfachen Grund, weil es an und für sich schwierig ist, etwa bei einer Firma PORR, die den Beton liefert, dann noch zu argumentieren: Wir bekommen von Ihnen noch 3 Prozent Skonto!

Ich kenne das von den mir zugänglichen Geschehen. Bei der BOKU haben wir damals gerade die Muthgasse 3 in Gang gesetzt, also das neue Gebäude, das auf der rechten Seite steht, wenn man stadtauswärts fährt. Auch in diesem Fall war die Skontoziehungsmöglichkeit nicht gegeben, weil hier bewusst mit Angeboten gefahren wurde, bei denen immer Nettowerte auf den Tisch gelegt wurde.

Als ich das im Bericht gesehen habe, war das für mich auch erstaunlich, denn meist hat man nur noch beispielsweise bei Möbellieferanten solche Skantomöglichkeiten. Wenn aber ein Bauwerk in die Höhe gezogen wird, dann sind die Skontoziehungsmöglichkeiten sehr bescheiden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Es gibt jetzt keine Fragen mehr.

Seien Sie bitte so freundlich, mir noch einmal zu konkretisieren, wie die Aufteilung der Zuständigkeiten bei dem Projekt war: Sie hatten gewisse Zuständigkeiten. Dann haben Sie aber gesagt, dass eigentlich alles mehr oder weniger im Team geschehen ist. Sie haben von der Firma KH Nord gesprochen, und dort sei all das geregelt worden. Wie war denn da die Zuständigkeit zwischen den zwei Bereichen?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Es ist so, dass sich das Gesamtgeschehen in dem Projektteam abgebildet hat, das heißt also, dass sowohl die Kostenkontrolle, wie man sie jetzt von der BK oder auch von der PS – es gibt ja von beiden Seiten hier die Kostenberechnungen –, alles in diesem Bereich eingebettet war. Der Einzige, der da sehr stark involviert war in das Geschehen, war der Dr. Koblmüller seinerzeit, das haben wir natürlich mitgekriegt, haben aber auf der anderen Seite auch keine Rückinformationen bekommen, an welchen Themen gerade gearbeitet wird. Das war also nicht Thema von uns und wir waren sozusagen nur die Verbindungsstelle zu den Mitteln, die hier für das Projekt eingeflossen sind. Damit war von unserer Seite möglich, dass wir rückgemeldet haben, wie hoch ist der Kontostand, welche Disponiermittel haben wir verfügbar.

Das Zweite war, dass ich von meiner Seite her dieses Übersichtsblatt kreierte habe, das also jedes Quartal erstellt wurde, wo die voraussichtlichen Errichtungskosten eingeflossen sind, mit den Ist-Werten der Jahresscheiben plus den voraussichtlichen Bedarfen, die sich in die Zukunft ergeben, und dazustellend die Zuschüsse oder auch das EIB-Darlehen oder sonstige Finanzierungen, die hier auf die Beine kommen. Damit hat man immer in das Jahr gesehen, welcher Saldo ergibt sich denn aus dem Geschehen: Das ist natürlich im ersten Jahr im Überschuss gewesen, von 239 Millionen, hat sich das weiter fortgepflanzt, die Stadt Wien hat natürlich hier weiter ihre Leistungen beigesteuert. Und das war dieser eine Aufgabenblock finanzielle Mitteldisposition, der zweite Aufgabenblock, die Berichte zu kreieren auf Basis der PS-Berichte, insbesondere, weil die meistens in der Mitte irgendwo den konkreten Bedarf gemeldet haben, und daraus abgeleitet auch die Informationen, die in die Planung einfließen müssen. Wir haben da die Planung natürlich auch auf Basis dieser Informationen aufgesetzt, rückgemeldet ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Finanzielle Planung meinen Sie?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Genau, die Planung auch für den Wirtschaftsplan, also in der Gesamtplanung KAV, die sich aus den Investitionen in verschiedenen Bereichen AKH und KH Nord zusammensetzen, das also hier ausgewiesen wurde, und die Mittel, die halt hier zugewiesen werden. Wobei gerade im Investitionsbereich ein sehr akribischer Deckel drauf ist, das heißt, ich muss mit den von der Stadt Wien mir zugewiesenen Investitionskostenzuschüssen das Auslangen finden, sonst muss man dann gewisse Abstriche machen. Das können Sie sich vorstellen, wenn Sie eine Frage an alle Dienststellen stellen, was denn aus deren Sicht zu investieren wäre, dann kriegen Sie so einen riesen Katalog. Und da muss man sagen, das geht sich nicht aus, beim besten Willen nicht, und da muss man eben die Abstriche machen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Aber bei dem konkreten Bau KH Nord haben Sie weder eine begleitende Funktion noch eine prüfende Funktion noch sonst irgendwas gehabt?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Korrekt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ist das normal, dass das so gehandhabt wird, dass da nicht einmal der Informationsfluss an die doch eigentlich jetzt für den gesamten Apparat zuständigen Stellen vorhanden ist?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Also offen gesagt, hätte ich mir immer wieder mehr Rückfluss erwartet und Rückmeldung erwartet und Information vor allem erwartet, denn wenn man jetzt das EIB-Darlehen nimmt, mit den 225, oder noch nicht EIB, Bank Austria-Darlehen, ist das fast ein Überraschungseffekt gewesen, der jetzt in der Finanz aufgetaucht ist, das muss man ganz offen sagen. Liegt vielleicht auch an der Zeitknappheit, die ja im Management da bestanden hat, aber dennoch sage ich jetzt offen, wie es ist: Es war nicht einmal das Signal, so Achtung, da kommt jetzt was und schaut's einmal!

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ist das dort auch bei vergleichbaren Projekten so, dass man vom Geschehen so ausgeschlossen wird?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Na ja, bei kleineren Projekten – also kleineren, das ist also immer noch groß, das sind die Pflegewohnhäuser –, da ist das Haus, also die Dienststelle, das Krankenhaus oder die Pflegeeinrichtung sehr stark eingebunden gewesen und da gibt es schon ein stärkeres Involvement von den Personen, muss man sagen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Haben Sie etwas mit den Auszahlungen an die Unternehmer zu tun, die bei dem Projekt gearbeitet haben?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Nein, hatten wir nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Wer war da zuständig?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Also die Projektleitung hat die ... Also wenn man das klassisch nimmt, große Rechnungen mit der Errichtung des Krankenhauses sind über die ÖBA gegangen – die Bauaufsicht war der erste Adressat, der einmal bestätigt hat, dass das wirklich auch verarbeitet wurde, was da auf der Rechnung steht –, wurde dann freigegeben durch die Projektsteuerung,

durch die ÖBA. Und letztendlich hat die BK noch drüber geschaut, also die hat kein Freigaberecht gehabt, sondern die hat das Ganze prüfungstechnisch mitgenommen. Und wenn das okay war, ist das dann noch von der Projektleitung freigegeben worden, wenn die Rechnung dann korrekt war, dass alle einverstanden waren, was inhaltlich da abgeht, wurde diese Rechnung dann an die eigene BA, also Buchhaltungsabteilung – da gibt es eine eigene für das Krankenhaus Nord –, dort verarbeitet und auch im System verbucht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Also das war praktisch auch eine getrennte Stelle?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Das ist eine getrennte Stelle, wir haben bei Finanz natürlich die Möglichkeit, dass wir in den SAP-Buchungskreisen, wenn man das so nennt, Einblick nehmen, und wir haben auch die Möglichkeit, dass wir jederzeit abprüfen, wie weit ist das Buchungsgeschehen vorangeschritten. Beim KH Nord haben wir das regelmäßig auch vor allem gegen Jahresende gemacht, weil ja hier interessant war, wie weit sind die Investitionsmittel jetzt ausgeschöpft und gibt es jetzt einen Mehrbedarf, den wir vielleicht gar nicht geplant haben. Was noch kein Drama gewesen wäre, denn wir haben genug Reservemittel, die wir da abdecken könnten, nur wissen muss man es, um entsprechend disponieren zu können. Und an für sich war das eh immer unter dem Rahmen und daher war für uns die Information dann relativ nahe, auf Grund der Systeme, die wir hier hatten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Und die Auszahlungen sind nie in Ihrer Zuständigkeit?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Nein, weil die Auszahlungen dann mit der Freigabe – jetzt nehmen wir die Rechnung des Energierings als Beispiel – im Rahmen des Projektes erfasst wurde oder freigegeben wurde, von der Buchhaltung verbucht wurde und auch zur Zahlung freigegeben wurde.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja, aber das ist wieder KH Nord, das ist ja das, wo offensichtlich alles etwas Eigenes war. Aber im normalen Leben, sage ich jetzt einmal, abseits vom KH Nord, ist dann Ihre Stelle zuständig für Auszahlungen?

Mag. Dr. Erich **Sever**: Nein, auch nicht. Wir haben also in der Generaldirektion, in der Finanz, die Aufgabe, ein Budget auf die Beine zu stellen, dieses Budget laufend zu monitorieren. Wir machen regelmäßig, beginnend ab März, April bis zum Jahresende Forecast, das heißt, da werden also in einem relativ intensiven Prozess die Dienststellen abgefragt und ihre Einschätzung, wie das Jahresende sich gestalten wird, mitgenommen. Das reflektieren wir natürlich, denn Sie können sich auch vorstellen, dass, wenn ein Haus sagt, ich brauche noch 50 Personen, die ich aufnehmen möchte, und Sie befinden sich bereits im September, und der hat das in dem Forecast drinnen, dann muss man sagen, lieber Freund, das geht sich nicht mehr aus, technisch unmöglich, das müssen wir reduzieren. Damit hat man natürlich dann ein bisschen einen besseren Spielraum, und dann ist die nächste Schiene der Jahresabschluss, wo wir also doch in einem relativ intensiven Prozess dann die gesamten Bücher schließen.

Das Buchungsgeschehen ist natürlich in den Buchhaltungsabteilungen, wir schauen dann, aggregieren dann das Ergebnis, wir kümmern uns um Rückstellungsbuchungen – also wenn wir sagen, da ist noch etwas offen, da müssen wir noch eine entsprechende Dotation vornehmen, das wird dann von uns teilweise sogar zentral gemacht –, und dann ist das Jahresabschlussgeschehen fertig. Also das ist unsere Aufgabe und die ist eh intensiv genug.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Danke schön. Gibt es noch Fragen? – Wenn nicht, dann herzlichen Dank für Ihr Kommen.

Wir machen eine kleine Unterbrechung, es ist jetzt 16.09 Uhr und ich schließe die Sitzung bis 16.20 Uhr.

*(Unterbrechung um 16.09 Uhr)*

*(Wiederaufnahme um 16.28 Uhr)*

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die Sitzung wird fortgesetzt um 16.28 Uhr.

Auf unserem Terminplan steht die Vernehmung des Zeugen Werner Steinböck, ehemaliger Leiter des kaufmännischen Geschäftsbereiches in der Krankenanstaltenverbund-Generaldirektion und jetziger Verwaltungsdirektor des Krankenhauses Nord. Die Entbindung von der Amtsverschwiegenheit ist nachgewiesen.

Sie werden als Zeuge befragt. Als Zeuge müssen Sie die Wahrheit sagen, eine falsche Zeugenaussage wäre strafbar.

Wenn Sie uns kurz etwas zu Ihrer Person erzählen und was Sie mit dem gegenständlichen Projekt zu tun hatten.

Werner **Steinböck**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren, auch von meiner Seite schönen Nachmittag! Ich werde versuchen, kurz einmal meine Position zum umreißen und – ich sage einmal – mein Fortkommen im Krankenanstaltenverbund.

Ich bin seit 1984 in dem Unternehmen, damals noch MA 17, Anstaltenamt genannt, habe verschiedene Stationen durchgemacht, alle im betriebswirtschaftlichen Bereich, weil ich eigentlich als Spezialist für Datenverarbeitung und für Kostenrechnung da war, und habe eigentlich begleitet die Einführung der Kostenrechnung in den Krankenanstalten, damals noch MA 17. Es gab damals die Kostenrechnungsverordnung, die 1978 in Kraft getreten ist, und da hat es in den öffentlichen Krankenhäusern enormen Nachholbedarf gegeben.

Ich bin nach der Poliklinik ins Wilhelminenspital gekommen, habe dort ebenfalls Kostenrechnung gemacht. Und da war – sage ich einmal – das erste Zusammentreffen mit Controlling, damals eigentlich noch ein Fremdwort hinsichtlich Controlling als Steuerungsinstrument, sondern eher behaftet mit Controlling mit K, nämlich Kontrolle, wo ich versucht habe, mit dem damaligen Verwaltungsdirektor im Wilhelminenspital bereits Kostenrechnungsinformationen hinsichtlich eines Controlling-Systems im öffentlichen Gesundheitswesen zu installieren, was in einem großen Krankenhaus wie dem Wilhelminenspital dann auch sehr gut funktioniert hat. Ich kann dann auch noch ein paar Beispiele bringen und ich glaube, diese Informa-

tion ist ganz wichtig, weil es einfach dann wichtig ist für meine Tätigkeit ab 2008. I

Ich bin 1992 vom damaligen Generaldirektor Dr. Naegler und von der Vereinigung der Verwaltungsdirektoren in Wien beauftragt worden, eine Struktur, ein Konzept für die Einführung, für den Aufbau von Finanzabteilungen in den Krankenanstalten des KAV zu machen. Es hat damals noch keine Finanzabteilungen gegeben, es hat Materialverwaltung gegeben, aber es gab keine Finanzabteilungen. Das heißt, das ist alles eigentlich zentral geregelt worden. Das ist implementiert, umgesetzt worden, das heißt, es hat ab dem Zeitpunkt Finanzabteilungen in den Krankenanstalten gegeben, mit einer Struktur, mit Controlling, mit Patientenadministration, also wirklich Controlling mit C, Kostenrechnung und so weiter, so wie es sich halt in den privatwirtschaftlichen Betrieben wiederfindet. Ich habe 1992 dann begonnen, auch auf der WU den diplomierten Krankenhausmanager gemacht, war dann auch involviert in die Entwicklung einer Controllerausbildung im KAV, habe die selbst absolviert, und dann haben wir auch unsere Nachwuchskräfte hier durch geschickt. Das war wie so ein Mini-WU-Lehrgang, hat auch über eineinhalb Jahre gedauert, mit einem Projektabschluss. Und aus dieser Riege von Absolventen sind eigentlich dann Kostenrechner, Finanzabteilungsleiter hier hervorgekommen.

2008 war dann ein wichtiges Datum für mich, denn 2008 ist Generaldirektor-Stellvertreter Dr. Koblmüller in den Krankenanstaltenverbund eingetreten und hat in seinen ersten Monaten vor allem mit den Finanzleitern irgendwie versucht, eine Kommunikation aufzubauen, aus zwei Gründen: Einerseits, wie Sie schon gehört haben, Finanzbereich war bereits verwaist 2017, da der Dr. Seyer dem Krankenanstaltenverbund entsagt hat, und auf der anderen Seite war schon klar, dass damals der Vertrag mit dem damaligen Leiter des Geschäftsbereichs Controlling und Berichtswesen nicht mehr verlängert wird. Ich habe mich dann beworben für die Position. Man hat ausgeschrieben den Geschäftsbereich Finanz, Controlling und Berichtswesen, das heißt, das Ziel war eigentlich die Zusammenführung dieser beiden großen Geschäftsbereiche in der Generaldirektion in einen Bereich, was sinnvoll ist, weil es natürlich wirtschaftlich zusammengehörig ist, auf der einen Seite Controlling, auf der anderen Seite die finanzwirtschaftlichen Bereiche. Ich habe mich beworben, bin es geworden und war dann ab 1.7.2008 Leiter des kaufmännischen Geschäftsbereiches, war direkt dem Herrn Dr. Koblmüller unterstellt, und dem Dr. Marhold natürlich. Hier war eine Trennung in dem Sinn, dass der Dr. Koblmüller als quasi CFO als Stellvertreter natürlich die wirtschaftlichen Agenden gehabt hat, mit dem Geschäftsbereich Technik in meinem Geschäftsbereich, also dieser Bereich, und die ärztlichen Agenden, Recht und so ist alles beim Dr. Marhold gewesen.

Ich bin dann im Prinzip zuständig gewesen, und während die finanzwirtschaftlichen Agenden eigentlich gut abgedeckt waren, war das Controlling, sage ich einmal, prioritär zu sanieren. Das Problem war eigentlich, dass das Unternehmen nicht auf Knopfdruck zu konsolidieren

war, das heißt, wenn Sie jetzt schauen wollten, wie schaut es eigentlich in dem Unternehmen leistungsmäßig, kostenmäßig, erlösmäßig aus, dann haben Sie immer teilweise wirklich mit Excel-Listen zum Beispiel auch das AKH reinholen müssen, denn das AKH war in den Systemen irgendwie nicht vorhanden, sondern war als eigener Buchungskreis drinnen, also die ganzen Reporting-Systeme. Kurz: Es gab keine Standards. Das heißt, Dr. Koblmüller und Marhold haben mich dann beauftragt, für den KAV einen Controlling-Prozess, einen Planungsprozess zu definieren, und den bin ich eigentlich relativ schnell angegangen. Mit 1.01.2007 sind wir gekommen und wir sind das erste Mal im Oktober des gleichen Jahres mit Krankenanstalten zusammengesessen und haben auf der Kommunikationsbasis einmal unsere verschiedenen Bereiche hier abgesteckt.

Was meine ich damit? Die Problematik war, dass es keine Standards gab. In jedem Krankenhaus gab es ein Controlling, aber in einer verschiedenen Qualität. Das heißt, Sie konnten keine Konsolidierung machen, Sie konnten nicht sagen, ich möchte jetzt die Aufnahmen von der Rudolfstiftung und von anderen Krankenhäusern haben, weil Sie nicht gewusst haben, was rechnet die Rudolfstiftung rein, sind dort die Begleitpersonen zum Beispiel in den Aufnahmen drinnen oder nicht. Das heißt, es fehlten Standards. Ich habe halt versucht, eigentlich mein Wilhelminenspital-System auf den großen Krankenanstaltenverbund auszudehnen. Die Abteilungen im Wilhelminenspital waren halt jetzt die Häuser im Prinzip, also im Kaskadensystem habe ich das versucht, hier herunter zu brechen. Und das hat auch meiner Meinung nach sehr gut funktioniert, wir haben auch die Rückmeldung von anderen Trägern, die sich natürlich dieses Controlling-System dann angeschaut haben.

Um was ist eigentlich gegangen? Ich habe versucht, die Häuser hereinzuholen. Das heißt, auf der kommunikativen Basis, sprich Gespräche, eigene Planungen, Bottom-up-Planung, realistische Zielvorgaben. Das war eigentlich immer das Problem, es gab zwar immer Budgetgespräche – ich bin ja im Wilhelminenspital auf der anderen Seite quasi am Verhandlungstisch gesessen und habe das natürlich immer gemerkt –, die erste Viertel, halbe Stunde wird diskutiert, welche Zahlen sind richtig, die vom Haus oder die von der Generaldirektion. – Und das haben wir eigentlich vereinheitlicht, das heißt, wir haben ganz genau definiert, welche Datengrundlage ist wichtig, wie sollen die Berichte ausschauen. Für mich ist ganz wichtig gewesen, dass ich von der Leistung her ausgehe, das heißt, von der Gesundheitsleistung, von Aufnahmen, von bestimmten Topleistungen. Ich glaube, die Steuerung ist ganz wichtig in dem Sinn, dass ich schaue, was ändert sich. Im Gesundheitswesen ist ganz wichtig, gerade in gewissen Bereichen, da es hier neue Methoden gibt, immer wieder dieses Delta zu kennen, was ändert sich, was ist nicht so wie im letzten Jahr oder in den letzten Perioden. Wenn man sich auf das konzentriert, hat man schon sehr viel, nämlich 80, 90 Prozent eigentlich in der Planung gut hinter sich, wenn man das richtig bewertet.

Und genau diese strukturellen Maßnahmen haben wir benannt, auf diese haben wir uns auch konzentriert. Das heißt, wir haben zum Beispiel die Topleistungen geplant. Wir haben uns die 50 teuersten Leistungen des Unternehmens angeschaut und haben gesagt, wo sind die eigentlich verortet. Auf der einen Seite zu sagen, ist es sinnvoll, dort – weiß ich nicht – Zähne zu machen, oder ist es nicht sinnvoll, auf gewissen Standorten diese Leistung zu konzentrieren und über hohe Quantität eigentlich hier einen wirtschaftlichen Prozess zu finden. Also das waren eigentlich Zielsetzungen, die wir gehabt haben.

Wir haben dann ein Planungstool gemacht, selbstständig, ein EDV-Planungstool – der Dr. Seyer hat es auch angesprochen –, mit diesem Planungstool ist dann ein Jahr später bereits auch das Forecasting passiert. Das heißt, jedes Haus hat seine Planung ganz genau nach bestimmten Regeln hier auch eingegeben. Das war unsere Kommunikationsbasis mit den einzelnen Häusern, auf der EDV-Seite, sage ich jetzt einmal. Die Kommunikation, die wir dann trotzdem gehabt haben, war, wir haben Planungsgespräche gehabt, und da war das Topmanagement dabei, das heißt, der Dr. Marhold. Das war ein zweistufiges Verfahren, das heißt, die Sachen, die man in der zweiten Ebene, in der zweiten Hierarchieebene besprechen konnte, waren so. Aber dann hat es gewisse Dinge gegeben, da hat es Entscheidungen bedurft, nämlich, soll man die Leistung dort machen oder dort machen, zum Beispiel. Also diese strukturellen Entscheidungen, dort war das Topmanagement mit jedem Haus vertreten, sowohl der Dr. Koblmüller als auch der Dr. Marhold. Und das war natürlich schon eine Art der Kommunikation, die die Häuser eigentlich herausgeholt hat und aktiv in die Planung und das Forecasting und in diesen Prozess hinein geholt hat, weil sie gemerkt haben, es bringt doch was, wenn wir gewisse Information in einer bestimmten Art und Weise weitergeben. Und für mich war auch wichtig, dass wir hier mit offenen Karten gespielt haben, sowohl von der Generaldirektion her, und auf der anderen Seite habe ich natürlich auch von der Finanzleitung beziehungsweise von den Verwaltungsdirektoren versucht, hier die gleiche Art und Weise zu bekommen, was auch in der Kommunikation und in der Vorgangsweise eigentlich wirklich ganz gut geklappt hat.

Das heißt, wir haben auch versucht, ein Anreizsystem ähnlich wie im Wilhelminenspital zu machen. Unter Anreizsystem verstehe ich eigentlich ein System ... Im öffentlichen Gesundheitswesen ist es immer ein bisschen problematisch: Einsparung. Dieses Wort Einsparung ist ein bisschen gefährlich. Für mich ist eine Einsparung, wenn ich eine Leistung mache und ich mache sie wirtschaftlicher. Eine Einsparung kann aber auch verstanden werden, wenn ich eine Leistung nicht mache. Das ist nämlich ganz einfach, denn ich sehe natürlich dann im Saldo, okay, nicht verbrauchte Mittel, aber das ist im Prinzip meiner Meinung nach keine Einsparung, sondern ein Nicht-Machen. Und das heißt, es war ganz wichtig, bei diesen Zielvereinbarungen, die wir auch mit den Häusern gemacht haben, ist geschaut worden, ist eine Einsparung da, aber ist die Leistung erreicht worden. Darum geht es.

Ist die Leistung erreicht worden, es hängt alles von der Leistung ab. Die Personalressourcen, die Aufwände, die Erlöse, das hängt alles eigentlich im Prinzip von der Leistung ab. Das heißt, wenn ich mich auf die Leistungsplanung hier konzentriere, dann ist es auf der anderen Seite hier relativ transparent in den anderen Bereichen, sowohl Personalaufwand und in den anderen Bereichen.

Ja, es hat eigentlich sehr gut funktioniert, natürlich war ich auch erfreut, als der Dr. Seyer zurückgekommen ist im Jahr 2010, denn ich habe mich mit dem Herrn Dr. Seyer als Finanzleiter immer sehr gut verstanden, das heißt, wir haben ein gutes Team gebildet, eigentlich sogar in dieser Führungsebene. Also ich war eher der, der das Controlling eigentlich hier gemacht hat, der Dr. Seyer war eben der Finanz-Mensch, der Finanzwirtschaftler, das heißt, wir haben uns eigentlich da sehr sehr gut ergänzt, muss ich sagen. Und es war auch auf der obersten Ebene, sprich Marhold, Koblmüller genauso eigentlich hier recht gut aufgestellt, weil man einfach mit jedem ... Gerade von Dr. Koblmüller kann ich sagen, weil er mein direkter Vorgesetzter war, es war eigentlich ein Chef, wie man ihn sich eigentlich nur wünschen kann. Das heißt, er ist klar hinter einem gestanden, er hat klare Vorgaben gegeben und er hat gewusst, wovon er redet. Er hat zwar auch manche Sachen halt angesprochen, die halt nicht unbedingt so waren, wie man es gewohnt ist, das heißt, er hat immer wieder den Finger in die Wunde gedrückt, was manchmal jetzt nicht unbedingt das war, was man gewohnt war, aber dadurch hat er natürlich auch wirklich Dinge weitergebracht, die früher vielleicht ein bisschen langsamer waren, also mehr Zeit gebraucht haben.

Ja, es war dann der Zeitpunkt da, wo plötzlich alles anders war, nämlich der Dr. Koblmüller wurde nicht verlängert, das war im Jahr 2013, was ich mich erinnern kann, ist er ausgeschieden. Es ist dann gekommen, im März, kann ich mich erinnern, der Herr Balázs, im Mai der Dr. Janßen, im Dezember 2013 ist der Dr. Marhold zurückgetreten, und ich habe da eigentlich schon gemerkt, man hat schon selektiert, wer ist so quasi Koblmüller-Mann, wer nicht. Es hat kaum mehr Kommunikation mit meiner Seite gegeben, das heißt, die Kommunikation ist eher um mich herumgegangen. Ich habe trotzdem noch ein Controlling-Konzept für den KAV entwickelt, weil ich habe natürlich im Hintergrund, ich wollte ja dieses Unternehmen weiterbringen, gerade im Controlling-Bereich, und wir waren eigentlich mitten drinnen im Bereich, wir hatten ja schon die SOUND ausgeschrieben gehabt. SOUND war Sachkostenoptimierung und das hat mir nämlich besonders vom Ing. Wetzlinger imponiert, der hat im AKH ein Sachkostencontrolling auf der medizinischen Ebene gemacht. Das hat eine Firma gehabt, das war Lohfert & Lohfert, und die hat praktisch einen Vergleich zwischen österreichischen Krankenanstalten und deutschen und Schweizer Krankenanstalten gemacht, wo Mediziner mit Mediziner gesprochen haben, wo man ganz genau gesehen hat, wie schauen die Routinen dort aus, wie ist eine Standardisierung möglich, wie viele zum Beispiel Dreikammer-Schrittmacher gibt es in Deutschland, wie viele Dreikammer-Schrittmacher werden in Ös-



terreich verwendet, im Durchschnitt. Gerade diese Sortenbereinigung war da unheimlich wichtig und ich habe da auch gesehen, als ich in die Gesichter der Ärzte geschaut habe, wie man das hier transparent aufbereitet. Ich habe genau das auch im Wilhelminenspital – im Kleinen natürlich – gemacht, weil ich gesagt habe, Transparenz ist das Wichtigste, transparent, da brauche ich eigentlich nichts machen, sondern wenn das genau so Schwarz auf Weiß da steht, dann ist eigentlich das Commitment im Normalfall auch vom Mediziner her da.

Wie gesagt, also das habe ich noch gemacht, habe dann keine Rückmeldung bekommen beziehungsweise es war eine externe Beratungsfirma, die da mit mir quasi dieses Controlling-Konzept noch einmal überarbeitet hat. Das war ein Controlling-Konzept von 120 Seiten, von meiner Seite her, wo ich genau aufgedröselte habe, was in den nächsten Monaten notwendig wäre. Das, was mich halt überrascht hat, war, als die beiden Herren gekommen sind, dass sie überhaupt kein Interesse gehabt haben, was ist der Status quo, was gibt es eigentlich. Also ich habe eigentlich für mich gemerkt, da will man eine komplette Änderung, da will man eigentlich komplett was Neues. Ja, im Prinzip war das dieses Controlling-Konzept, das eigentlich dann nie umgesetzt worden ist.

Vielleicht habe ich das noch vergessen, wir haben zum Beispiel so Management Reportings gehabt. Das ist, glaube ich, das Einzigartige, was wir im Berichtswesen gehabt haben. Wenn Sie sich vorstellen, Sie haben über den Verantwortungsbereich jede einzelne Abteilung des KAV, das heißt, wir haben einen Planungsprozess über sämtliche Organisationseinheiten gehabt, das heißt, alle Pfliegewohnheime, alle Spitäler, das AKH, die KAV-IT, die Wäsche und so weiter. Das heißt, im Haus ist dann mit jeder Abteilung eine Zielvereinbarung abgeschlossen worden. Jede einzelne Abteilung hat ihren Managementbericht automatisiert am 7.8. des Monats bekommen, über E-Mail, das heißt, der Herr Primarius XY konnte am Handy seinen Bericht aufmachen und hat gesehen, wie steht es eigentlich, was ist Soll-Ist, graphisch aufbereitet, leistungsorientiert – also welche Leistungen gewesen sind –, Ist-Ist Vergleiche und so weiter. Wir haben ein Management-Dashboard gehabt, wo sie sich vergleichen konnten, ein Management-Dashboard sowohl für den Generaldirektor, für die Stabsstellen im KAV, für die einzelnen kollegialen Führungen in den Häusern.

Ich muss natürlich dazusagen, Controlling ist auf der einen Seite ja nicht irgendetwas, was man verordnen kann, Controlling muss man leben. Deswegen ist mir das so wichtig, dass Controlling eigentlich eine Geisteshaltung sein sollte. Und Controlling ist einfach immer mit – das ist halt im öffentlichen Bereich ein bisschen schwieriger zu sehen – Existenzsicherung eines Unternehmens verbunden, da das Wichtigste im strategischen Controlling eines Unternehmens ist, dass das Unternehmen erfolgreich am Markt ist und dass es existent bleibt, dass es eben schaut, wo sind eigentlich die Gefahrenquellen, die sich hier irgendwo durch gewisse Dinge – Gesetzesänderungen oder Einbrüche in bestimmten Dingen, Wirtschaftsfeldern – ergeben. Das sind diese schwachen Signale, die

man genauso ins Gesundheitswesen überbringen kann, weil die schwachen Signale im Gesundheitswesen sind einfach, dass im öffentlichen Bereich, wir sind ja Bedarfsdecker, wir sind ja nicht deswegen angetreten, dass wir hier ... Wir sollen wirtschaftlich sein, aber wir haben nicht als Bedarfsziel wie die privaten Häuser eigentlich die Gewinnmaximierung, das heißt, die Leistung ist nicht bei uns Mittel zum Zweck, sondern wir sind Bedarfsdecker. Ich habe immer so gesagt: Wir sind am Erfolgreichsten, wenn wir mit unseren Ressourcen möglichst viele Leute gesund machen. Das muss eigentlich die Zielsetzung sein.

Ja, und um dann zurückzukommen, im Prinzip war es dann so, ich habe dann den Dr. Janßen gefragt, wie es eigentlich mit meiner Zukunft ausschaut, habe das öfter gefragt. Der hat mir dann gesagt, auch im Beisein von Dr. Seyer: Ja, das wird eh alles ganz normal sein, wir werden das wieder teilen, Sie werden den Geschäftsbereich Controlling übernehmen und der Herr Seyer wird den Geschäftsbereich Finanz übernehmen. – Drei Tage später war eine Ausschreibung draußen für einen Vorstandsbereich Finanz, für den ich mich nicht mehr bewerben konnte, weil einfach in den Ausschreibungsregeln ein bestimmtes Studium gefordert wurde. Ja, damit war es das für mich eigentlich in dem Sinne, da ich gesehen habe, ich kann eigentlich nichts mehr gestalten, ich kann dort nichts mehr verändern, und bin mit 1.7.2014 wieder in meine Stammdienststelle ins Wilhelminenspital zurück. Natürlich haben die dort auch nicht den Dienstposten gehabt, wo ich wieder Controlling oder so etwas machen habe können, sondern ich bin dort eigentlich in eine Stabsstelle gekommen, wo ich einfach Projekte begleitet habe.

Und da war gerade ein ganz interessantes Projekt, das ZOP 2, also neuer Zentral-OP im Wilhelminenspital. Ich bin halt in Bausitzungen gesessen und habe mir halt bestimmte Dinge auch für die Inbetriebnahme angeschaut, was mir jetzt wiederum auf der anderen Seite zu Gute kommt. Auf der anderen Seite war ich zuständig für die Einführung eines OP-Planungsprogrammes, das Opera, das war im Wilhelminenspital noch nicht eingesetzt. Da hat es einen Bericht der Internen Revision gegeben und für das war ich dann auch zuständig.

Ja, im Prinzip habe ich natürlich immer verfolgt, wie schaut es eigentlich aus mit dem Krankenhaus Nord, habe gesehen, dass das dann ein bisschen in die Schiefelage gekommen ist und habe mir gedacht, dass der Herr Ing. Wetzlinger, als er das irgendwie übernommen hat in seine Ägide, ja auch Ahnung von der Seite hat. Genauso wie der Koblmüller in Vöcklabruck und Gmunden war der Dipl.-Ing. Wetzlinger Verwaltungsdirektor in Klagenfurt und hat genau das eigentlich dort auch gemacht.

Ja, und irgendwann ist der Gedanke in mir gereift, es doch noch einmal irgendwie als Führungskraft ... Wenn du 25 Jahre lang Führungskraft warst, dann, ich kann das wirklich so sagen, nach den ersten zwei, drei Monaten, wo man sagt, endlich einmal, ich habe Zeit für meine Familie, ich habe mehr Zeit und so, irgendwann fängst du

dann zu leiden an, weil du gewohnt bist, irgendetwas zu gestalten, zu ändern, dann fehlt dir das.

Und dann habe ich mich entschlossen, nach Rücksprache mit meiner Familie, als die Ausschreibung herausgekommen ist, mich als Verwaltungsdirektor für das Krankenhaus Nord zu bewerben. Ich glaube, es waren acht oder neun Bewerber, ich bin als Bestgereihter ausgewählt worden und habe mit 1.3.2018 meine Funktion als Verwaltungsdirektor mit den anderen drei Mitgliedern der kollegialen Führung angetreten. Ja, und das war natürlich so, wie man ins kalte Wasser springt. Auf der einen Seite war ich nicht nur Verwaltungsdirektor, sondern war quasi sofort einmal auch Projektleiter, nämlich Projektleiter für die Inbetriebnahme des nichtklinischen Bereiches mit 20 Arbeitspaketen und 20 Arbeitspakets-Verantwortlichen. Und dann ist natürlich auch noch die Energetikeraffäre im März dazugekommen, wo uns quasi dann die Programmleitung und auch der Technische Direktor abhandengekommen sind. Aber auch das ... Ich glaube, in den letzten Monaten haben wir alle miteinander das Projekt wirklich stabilisiert, haben im Dezember die erste Übersiedlung geschafft. Das heißt, wir waren damals keine Baustelle mehr, sondern wir sind eine Betriebsstätte, arbeiten jetzt natürlich an der sanitätsbehördlichen Bewilligung und hoffen, im März auch ein Krankenhaus sein zu können, damit wir quasi am 1. Juni den ersten Patienten hier empfangen können.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Danke schön. Wir fangen jetzt mit der FPÖ an, Herr Koderhold. – Ich sage immer die Namen dazu, das brauchen wir fürs Protokoll.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Mich interessiert die Fortführung der monatlichen Bauherren- beziehungsweise Auftraggebersitzungen, die ja bis Ende 2013 unserer Information nach regelmäßig durchgeführt wurden. Hat sich das unter dem späteren Generaldirektor Janßen geändert, gab es dann weniger monatliche Sitzungen, weniger informative Sitzungen im großen Bereich?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck.

Werner **Steinböck**: Das kann ich nicht sagen, weil ich bei keiner einzigen Bauherrensitzung dabei war. Sie müssen sich vorstellen, auf der einen Seite ist das Projekt als Projekt in der Projektorganisation abgewickelt worden und wir haben eine Projektorganisation, eine Linienorganisation gehabt. Das heißt, alles, was mit Krankenhaus Nord war, war in der Projektorganisation, das heißt, da hat es eine ÖBA gegeben, eine Projektsteuerung und eine Begleitende Kontrolle. Sprich, das Projekt Controlling ist natürlich genauso von der Begleitenden Kontrolle und von der Projektsteuerung gemacht worden. Ich sage einmal, dort, wo sich das Projekt in der Linienorganisation getroffen hat, war das, dass wir eben diese Bauraten zum Beispiel in den Wirtschaftsplan, in die Planung reingenommen haben, so wie für andere Großprojekte auch. Wir hatten ja damals nicht nur das Krankenhaus Nord, wobei Krankenhaus Nord ja erst mit 2012 eigentlich ein Bauprojekt geworden ist, denn vorher waren ja alles Vorbereitungsmaßnahmen, Grundstückskauf und diese Dinge. Und auf der anderen Seite waren es ... Also ich war in der Linienorganisation Leiter des kaufmännischen Ge-

schäftsbereich und war in der Projektorganisation des Krankenhauses Nord weder in irgendeiner Besprechungskreise noch in irgendeinem E-Mail-Verkehr eigentlich eingebunden. Das heißt, es hat klar definierte Schnittstellen gegeben mit dem Projekt, so wie für andere Investitionsvorhaben, die praktisch dann über das Investitionsmanagement, das damals im Geschäftsbereich Technik verortet war, herübergekommen ist.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Ende 2013, Übergang 2014 gab es ja eine erhebliche Personaländerung, auch in der Programmleitung. Frau Loidl-Kocher ging Ende 2013 in Karenz und erst am 18. März 2014 wurde die Nachfolgerin Susanne Lettner Programmleiterin-Stellvertreter. Wölfl ging sogar noch früher als Dezember 2013. Jetzt haben wir natürlich immer wieder erfahren, der Grund für die Verzögerung, der ja im 3. Quartalsbericht 2014 von der Begleitenden Kontrolle angeführt wird, sei ausschließlich auf die statische Berechnung beziehungsweise auf die Fassadenproblematik durch den Konkurs zurückzuführen. Wir können das nicht ganz glauben, denn wenn eine Programmleitung drei Monate praktisch nicht besetzt wird und auch der Stellvertreter nicht da ist, muss sich dieser erhebliche Personalwechsel natürlich auch als Bauverzögerung auswirken. Was haben Sie für eine Wahrnehmung, wie viele Monate hat man durch diesen großen Personalwechsel verloren, vor allem auch im Bereich der Programmleitung?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck.

Werner **Steinböck**: Kann ich überhaupt nichts dazu sagen, ich habe dazu wirklich keine Wahrnehmung, denn ich habe zum Beispiel die Frau Dipl.-Ing. Lettner kennengelernt, als ich quasi im März 2018 ins Projekt gekommen bin. Also ich habe sie vorher eigentlich auch noch nie gesehen, auch war in dem Zeitraum ja quasi schon mein Wechsel vorprogrammiert, 2013/2014.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Gut, drei Monate war die Programmleitung praktisch nicht besetzt. Meine letzte Frage: Sie kennen, da Sie ja 2013 in die Geschehnisse verwickelt waren, die Anfangsphase und dann auch den Wechsel von Koblmüller auf Balázs beziehungsweise von Marhold auf Janßen. Wie hat sich das Projekt in der Anfangsphase entwickelt und wie hat es sich dann Ende 2013/Anfang 2014 entwickelt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck.

Werner **Steinböck**: Dazu kann ich leider auch nichts sagen, weil eigentlich von dieser Seite nicht einmal, gerade auch von Koblmüller, das war eigentlich ... Dr. Koblmüller hat dieses Projekt eigentlich in dem Sinn in der Projektorganisation gelassen. Das heißt, er hat eigentlich nie dieses Projekt in die Linie geholt, nur in diesen – was ich gesagt habe – Schnittstellen für den Rechnungsabschluss, für die Planung, wo ich das quasi im gesamten KAV darstellen konnte. Mit Janßen, Balázs gab es ja kaum Kommunikation, nicht einmal zu den Themen, die eigentlich angestanden sind, nämlich für Planungsgespräche oder sonstige Dinge. Also mit Kran-

kenhaus Nord habe ich weder mit Balázs noch mit Janßen je ein Wort darüber gewechselt, war kein Thema.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ, Frau Karner-Kremser.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (SPÖ): Das heißt, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, an sich war Ihre Aufgabe die Verknüpfung der Häuser innerhalb des KAV, das heißt, dort Standards zu erarbeiten, Strukturen hineinzubringen, die man eigentlich dann eins zu eins auf jedes Haus, egal, wo, man sich gerade befindet, zu jeder Zeit umlegen kann. Sie haben es zwar jetzt gerade erklärt, aber könnten Sie noch einmal sagen, waren Sie bis 2013, bevor Sie wieder ins Wilhelminenspital gewechselt sind, in irgendeiner Form mit dem Krankenhaus Nord tätig, außer – was Sie angeführt haben – die Linienorganisation einfach rein rechnerisch hineinzunehmen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck.

Werner **Steinböck**: Nein.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (SPÖ): Das heißt, Sie haben überhaupt keine Wahrnehmung über dieses Projekt, egal ob zur Weißen Wanne, die wir heute schon besprochen haben, Planung, Statik, Projektorganisation, gar nicht?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck.

Werner **Steinböck**: Nein, ich war nämlich überrascht – ich habe jetzt da zugehört –, dass der Dr. Seyer Informationen gehabt hat von der Begleitenden Kontrolle, also ich war nie in so einem Verteilerkreis drinnen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Karner-Kremser.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (SPÖ): Okay, dann muss ich nachdenken, was ich frage. Danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Dann geben wir es weiter an den Herrn Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ja vielen Dank, Herr Steinböck, einmal für die Ausführungen. Die finde ich sehr, sehr spannend, weil Sie schon auch ein interessantes Licht auf die verschiedenen Epochen, sage ich einmal, des Wiener Krankenanstaltenverbundes legen. Wenn ich Ihre Worte ein Stück weg frei zusammenfasse, wurden Sie von Janßen abgeschossen. Könnte man das so sagen? So wie es ja letztendlich auch Kobl-müller in weiterer Folge und so passiert ist. Das heißt, hier gab es doch einen massiven Bruch in einer so wichtigen Phase auch eines so großen Bauvorhabens wie das Krankenhaus Nord, uns das Krankenhaus Nord ist ja nur die Spitze des gesamten Wiener Spitalskonzeptes 2030. Also da sind ja noch viele andere Bauvorhaben beteiligt. Jetzt hat der ehemalige Dir. Janßen hier vor der Untersuchungskommission sinngemäß ausgesagt, de facto gab es vor seiner Amtszeit eklatante Defizite, wie er es im O-Ton formuliert hat. Letztendlich ist es erst nach seiner Übernahme zu einer entsprechenden Schadensbegrenzung gekommen. Was sagen Sie zu dieser Aussage?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Also ich habe ja gesagt, im Prinzip ist es wichtig, dass man die Instrumente, die man hat, auch verwendet. Das heißt, auf der einen Seite, der Manager ist verantwortlich fürs Ergebnis, betreibt die Ge-

schäfte. Der Controller ist verantwortlich eigentlich für die Transparenz und auch für die wirtschaftliche Nachvollziehbarkeit. Wie ich schon gesagt habe, Controlling kann man nicht verordnen. Das heißt, das war eben mein Zugang, ich muss die Häuser, diejenigen, die betroffen sind, ich muss diesen Controlling-Prozess leben. Es nutzt nichts. Also ich kenne Unternehmen, da steht auf jeder zweiten Bürotür Controlling, es ist aber kein Controlling im Unternehmen drinnen. Und ich kenne Unternehmen, da sehen Sie in der Aufbauorganisation im Organigramm keinen einzigen Controller und dort ist wesentlich mehr Controlling drinnen. Das heißt, es geht um wesentliche Dinge, um Ziele setzen. Diese müssen einfach operativ sein, die müssen erreichbar sein. Das Problem war eigentlich gerade in den Zielen des Krankenanstaltenverbundes, wie ich schon gesagt habe, wir sind Leistungserbringen. Das heißt, wenn ich hier natürlich Leistungen habe und plötzlich habe ich in der nächsten Budgetperiode vielleicht ein Einsparungspotenzial von 15 Prozent sollten wir weniger brauchen, dann weiß das ein jeder, das kann ich im Normalfall so nicht steuern. Ich habe nur ein Beispiel da. Der Personalaufwand des KAV ist 1,65 Milliarden EUR. Wenn wir jetzt da die 2,76 Prozent hernehmen, wo es jetzt dann für 2019 mehr an Gehälter gibt, dann ist das ein Mehrbedarf von 46 Millionen EUR von einem Jahr zum nächsten. Wenn ich nur auf den Sachaufwand schaue, da ändert sich noch nichts, da mache ich nicht mehr Therapien oder sonst was. Wenn ich nur eine zweiprozentige Steuerung auf den Sachaufwand von 1,27 Milliarden lege, habe ich noch einmal 25 Millionen dazu. Das heißt, ich habe plötzlich 71 Millionen EUR mehr zu finanzieren. Dadurch, dass ich viele Leistungserlöse betragsmäßig ja selbst nicht steuern kann, bleibt natürlich dieses Delta in dem Sinn, wenn die Erlöse nicht so steigen, weil halt die Wirtschaftslage nicht so gut ist, wenn in den Fonds nicht so viel drinnen ist. Dann bleibt der Rest natürlich bei der Kommune, sprich bei der Stadt Wien im Betriebskostenzuschuss, um hier quasi auszufinanzieren. Das ist mir eigentlich auch ganz wichtig. Die Steuerung ist in dem Sinn dadurch... Wir sind ja nicht bestrebt, dass wir jetzt da Einsparungen machen müssen, weil solche Einsparungen, ich hab's nur... 71 Millionen, das heißt, wenn ich jetzt die runterrechne mit einem Durchschnittsgehalt, mit Kosten von 50 000 EUR Jahresgehalt mit allen Kosten natürlich, allen Nebenkosten natürlich, dann sind das 1 420 Mitarbeiter diese 71 Millionen mehr, was ich brauche. Das heißt, ich müsste eigentlich, ich sage mal 1 400 Leute von unseren 30 000 auf die Straße setzen, damit ich, wenn ich sonst nichts habe, das eigentlich einspare. Ja also deswegen war mir immer wichtig, um zurückzukommen, hier wirklich erreichbare Ziele zu haben. Wir haben teilweise manchmal zwei Planwerte gehabt, weil wir gewusst haben, wir brauchen Planwerte, weil der Patient fragt nicht, ist das Geld da oder ist das Geld nicht da. Das heißt, wir werden in gewissen Bereichen hier gestürmt. Und für mich war die wirtschaftliche Erbringung der Leistung wichtig. Das heißt, ich wollte eigentlich im Unternehmen sehen, wer ist in gewissen Bereichen die Benchmark des Kranken-

staltenverbundes. Das ist ja unser großer Vorteil, wir haben X Leistungsanbieter. Wir haben verschiedene Krankanstalten. Und der Vorteil ist eigentlich, wir können schauen, wir haben das Wegeproblem in Wien nicht so wie es, sage ich einmal, die Steirer oder die Deutschen haben. Das heißt, wenn ich eine Leistung verlagere von, sage ich einmal, Hietzing ins Donaushospital, dann habe ich doch eine Entfernung, die zwar für einen Wiener relativ groß ist, aber im internationalen oder nationalen Maßstäben eigentlich relativ gering ist. Das heißt, für mich war eigentlich wichtig, durch unsere Zahlen hier zu finden, wo ist bei uns die Benchmark? Wer ist die Benchmark in gewissen Bereichen, um hier die Entscheidungen vorzubereiten zu können, die natürlich auch nicht der Controller sagt. Aber das ist wieder die Transparenz zu zeigen: Dort kostet die Leistung X, dort kostet die Leistung Y, dort haben wir sie derzeit in der Quantität, dort in der Quantität. Wenn man das natürlich noch weiter spinnen möchte, ist natürlich auch der qualitative Ansatz ganz wichtig. Natürlich ist es ganz was anderes, wenn ich eine Leistung 500 Mal im Monat mache, als wenn ich sie 5 Mal im Monat mache. Also das war eigentlich die Zielsetzung, mit unseren Instrumenten hier gemeinsam mit den Häusern zu zeigen, wir erbringen unsere Leistungen wirtschaftlich.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Das war aber nicht die Frage oder nicht ganz, nicht ganz.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ja, das war sozusagen noch einmal zurück. Also ich versuche noch einmal so eine Kurve zu machen, weil Sie haben auch einen Punkt erwähnt, dass Sie hier ein solches Controlling-Konzept erarbeitet haben.

Werner **Steinböck**: Ja.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): 120 Seiten. Und quasi nach dem Abschluss durch Janßen, was ich auch immer spannend finde, weil doch ein neuer Manager, der dazu kommt, dass quasi die Politik davon nichts weiß finde ich immer wieder sehr erstaunlich, wie das gehen kann, wurden ja sehr viele externe Beraterfirmen engagiert, die verschiedene Controlling-Systeme auch auf Basis teilweise dieser Vorgaben Dinge eingeführt haben. Da gab es ja auch kritische Stellungnahmen, Rechnungshofberichte, dass es sehr viele externe Beraterfirmen gab. Ich sage noch einmal, der Janßen hat ja gemeint, vorher hat das nicht funktioniert, eklatante Defizite. Und nachher hat eigentlich alles sehr gut funktioniert und er war um Schadensbegrenzung bemüht. Warum diese so extrem unterschiedliche Sichtweise? Wie kann man das erklären, nämlich auch vor dem Hintergrund auch von der politischen Ebene her. Die politische Ebene, also in dem Fall die Stadträtinnen, war ja hier auch, sage ich, eingebunden und wussten über die Ausschüsse, und so weiter, auch Bescheid. Also wie gibt's sowas, so einen diametralen Unterschied?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Also meine Wahrnehmung ist eigentlich, wenn ich wen hole, dann erwarte ich mir, dass der... Natürlich wenn alles in Butter ist, brauche ich nichts machen. Das heißt, im Prinzip war für mich auch ab dem Tag klar, wo man sich überhaupt nicht interessiert hat,

wie funktioniert unser Unternehmen überhaupt? Was gibt's überhaupt? Nicht auf das zu kommen, wie kann ich das eigentlich verstärken, weil wir eigentlich auf einem guten Weg waren, habe ich eigentlich einfach nur die Vermutung, dass man sagt: Okay, man möchte gerne alles einmal ändern, dass man sieht, man macht ja etwas. Das war hier eigentlich meine subjektive Einschätzung, weil ich es natürlich in anderen Bereichen auch gesehen haben, in anderen Bundesländern, wo es teilweise auch so gemacht worden ist, wo man halt sagt: Okay, wir fangen von vorne an. Mir hat es einfach persönlich wehgetan, weil wir einfach, glaube ich, auf einem sehr guten Weg waren, der uns immer wieder auch von anderen Einheiten und auch selbst auch von Einheiten, die jetzt nicht öffentlich waren, eigentlich gesehen haben, wir vergleichen uns. Wir haben dort zum Beispiel ein Controlling-System gehabt, wo wir uns auch mit anderen Anbietern vergleichen konnten. Also wir konnten uns mit Kliniken in der Steiermark vergleichen, im Burgenland. Also jedes Haus hat sich quasi einen Vergleichspartner holen können, weil ich einfach die Daten genommen habe, die das Bundesministerium zur Verfügung gestellt hat. Wir haben eigentlich ein Management Dashboard gemacht, wo man sich einfach mit allen vergleichen konnte, also wirkliche Transparenz sozusagen: Wieso kostet dort eigentlich eine Aufnahme nur so und so viel und wieso kostet es bei uns... Einfach zu hinterfragen: Warum ist das so?

Und dann sieht man natürlich, da gibt es strukturelle Unterschiede.

Aber im Prinzip auf Ihre Frage noch weiter einzugehen: Ich habe auch vorgeschlagen und ich glaube, das hat auch der Dr. Seyer so berichtet, für mich war eigentlich eine Nachhaltigkeit des Unternehmens wichtig. Und Sie haben gesagt, wir hatten ja zum Beispiel das Soundprojekt, wo die Firma Accenture da war. Die waren in den ersten Monaten natürlich mit unheimlich viel Manpower unterwegs. Mein Vorschlag war eigentlich: Bitte nehmen wir doch, versuchen wir doch 10, 15 Dienstposten hier zu lukrieren, lassen diese Personen von der Accenture ausbilden, das heißt, die sitzen dort drinnen, und wir übernehmen quasi, wenn die ausgebildet sind - erstens einmal haben wir die Nachhaltigkeit. Dann hätten wir genau das, was der Herr Dr. Seyer gesagt hat, nämlich Nachhaltigkeit gehabt. Dann hätten wir nämlich die Spezialisten, die so etwas können. Und auf der anderen Seite hätte ich dann natürlich die Kosten verringern können. Ich hätte dann zwar die Personalkosten gehabt. Aber ich hätte quasi die Kosten der Personentage, die uns die Firma Accenture praktisch verrechnet hätte, natürlich ein bisschen runterbringen können. Und es wäre vor allem nachhaltig gewesen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Das heißt, zu diesem Zeitpunkt nach Wechsel Janßen durch Beauftragung externer Beraterfirma wurde schon relativ viel Geld versenkt auch noch zusätzlich.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Ich würde das jetzt nicht Geldversenken nennen. Ich glaube, es war notwendig. Ich glau-

be, dieses Sachkostenprojekt ist ganz, ganz gut aufgesetzt gewesen. Das Problem war eigentlich wiederum, wir leben das, es kommt plötzlich. Sie müssen sich in das Management der Häuser versetzen. Die Häuser haben ihr Bestes gegeben, gewisse Dinge zu machen und konnten gewisse Dinge ja gar nicht machen, nachverhandeln oder sonstige Dinge. Jetzt kommt plötzlich ein Fremder und sagt: Wir machen das, das, das, wo vielleicht der Verwaltungsdirektor vor zwei Jahren gesagt hat, das möchte ich gerne machen, und da hat man gesagt: Nein, das machen wir so nicht. Im Prinzip war eben die Idee, das wiederum ins Unternehmen zu holen und zu sagen: Okay, das ist ganz etwas anderes, wenn jetzt, sage ich jetzt einmal, als Serviceeinheit im Haus oder im Unternehmen einer da ist oder eine da ist, die quasi hier eine Unterstützung macht, auch juristisch hinsichtlich der Vergaben, was ist möglich eigentlich. Und auf der anderen Seite, wenn jetzt wirklich ein Externer kommt, ganz nett im schwarzen Anzug reinkommt und sagt: Das ist jetzt gescheit und das ist jetzt gescheit und das ist jetzt gescheit - das ist eine reine, sage ich einmal, Einschätzung, die auch auf der persönlichen Ebene passiert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Waren es schon drei? Ja. ÖVP, Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Grüß Gott, Herr Steinböck! Ich möchte gerne ein bisschen über Dienststellen sprechen. Und zwar geht ja der KAV davon aus, dass es 405 Ärztstellen im KH Nord geben wird.

Wie sieht es denn aus? Sind die aktuell schon alle besetzt oder zu wieviel Prozent schon besetzt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck! Mikro einschalten!

Werner **Steinböck**: Hat sich ausgeschaltet. Wir haben derzeit in der Planung Ärzte nach Planung 47 418 Ärzte. Wir haben derzeit einen Ist-Stand von 377, ein Delta von 40, also 10 Prozent fehlen hier im Prinzip noch. 95 Prozent der künftigen Mitarbeiter von diesen 2 158 Stellen sind bereits identifiziert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Danke schön. Es hat die Ärztekammer eigene Berechnungen angestellt und die kommen auf 506 Stellen, 506 Ärzteposten, die im KH Nord benötigt werden.

Können Sie irgendwie zurückverfolgen, wie die Ärztekammer zu diesem Ergebnis kommen kann? Halten Sie das für realistisch?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Habe ich leider keine Wahrnehmung dazu, weil ich die Berechnungsmethode nicht kenne. Das heißt, es gab eine Berechnung, die hier in der Projektplanung gemacht worden ist, die für jede Berufsgruppe gemacht worden ist, für die Ärzte, für die Pflege, für das Facility Management, für die Technik. Mit diesen Zahlen arbeiten wir, mit diesen Dienstposten. Also wie die Ärztekammer darauf kommt, entzieht sich mir, weil ich kenne die Berechnungsmethode nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Das KH Nord hat ja die 405 Ärzteposten anhand der zu erwar-

tenden Patientenzahl berechnet. Da werden 46 000 stationäre Patienten erwartet. Sind da die tagesklinischen Patienten bereits eingerechnet?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Ja, ja. Zur Information: Ein tagesklinischer Patient ist genauso eine stationäre Aufnahme. Wir erwarten jetzt natürlich eine Änderung. Es gibt eine Änderung jetzt in Gesamt-Österreich. Hier haben wir das LKF-System, das geändert worden ist. Das heißt, Sie können jetzt im Prinzip auch wo es vorher notwendig war, ein tagesklinisches Bett zu haben, um überhaupt eine bestimmte Leistung abrechnen zu können, Gott sei Dank auch im ambulanten Setting diese Leistung machen und bekommen auch mehr als in der Pauschalfinanzierung der ambulanten Versorgung. Ziel ist natürlich hier, die Leistung unabhängig, und das ist auch ein Anliegen von mir, wichtig ist eigentlich, dass der Patient das qualitativ an Leistung bekommt, was er braucht. Ich glaube das Setting, ob er jetzt stationärer Patient ist, ob er tagesklinisch oder ambulant ist, im Prinzip sind die Ressourcen, die da sind, die gleichen. Er braucht trotzdem vielleicht ein Bett dazu. Nur, es ist halt als systemisiertes tagesklinisches Bett nicht mehr ausgewiesen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN, Frau Meinhard-Schiebel!

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Guten Tag, Herr Steinböck! Sie sind ja bei Ihrem Antritt als Verwaltungsdirektor auch für die Finanzen verantwortlich. Habe ich das richtig in Erinnerung? Sie haben damals gesagt: "Damit wir das Zusammenspiel aus medizinischer und pflegerischer Leistung und einen guten Service schaffen, ist mir vor allem die berufsübergreifende Zusammenarbeit wichtig."

Welche Schritte haben Sie dazu geplant? Wie ist der aktuelle Stand? Und vor allem, welches Budget haben Sie dazu zur Verfügung?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Das ist mir wirklich... Also das war nicht nur eine Aussage, die ich halt so getroffen habe, sondern das ist einfach meine tiefste Überzeugung. Das heißt dadurch, dass ich schon so lange in dem Unternehmen bin und auch immer wieder in den klinischen Bereichen unterwegs war, egal in welcher Funktion, als Controller war ich halt 60 Prozent meiner Zeit nicht am Schreibtisch, sondern ich habe kommuniziert. Das heißt, ich bin halt mit den Ärzten gesessen, mit den Pflegepersonen, und habe gesagt: Wieso ist das jetzt so? Wieso haben wir das Medikament plötzlich? Das haben wir noch nie gehabt. War das jetzt ein Patient, der gehört eigentlich nicht auf unsere Station. Aber wir haben ihn da halt hineingelegt, weil es halt sehr nahe zum Röntgen ist zum Beispiel. Der Patient war halt schwer übergewichtig, daher hat man den Transport besser gehabt. Aber das waren halt Sachen, die ich in Zahlen gesehen habe. Also für mich ist ganz wichtig, weil ich glaube, wir laufen durch diese Filetierung der Berufsgruppen Gefahr, eigentlich den Patienten ein bisschen zu vergessen, diese Zentrierung der Leistung für den Patienten, egal, ob das jetzt der Arzt... Ich versuche, es meinen Mitarbeitern so zu sagen.

Jeder Mitarbeiter bringt ein Puzzlestück für dieses Gesamtbild und wir versuchen... Also wir haben uns committed – ein neuhochdeutsches Wort -, also wir haben eigentlich als kollegiale Führung vereinbart, genau das zu machen, um hier wirklich eine kollegiale Führung zu sein und zu sagen, wir wollen das berufsgruppenübergreifend sehen. Das heißt, wir wollen eigentlich am Ende des Tages den Prozess so haben wie es sinnvoll ist, wie er für den Patienten, aber auch für den Mitarbeiter sinnvoll ist. Und da kann es natürlich sein, dass es jetzt vielleicht in der Berufsgruppe in gewissen Tätigkeiten Verschiebungen gibt. Also das stelle ich mir hier auch so. Vor allem geht es mir auch um eine gewisse Wertschätzung, egal ob das jetzt ein Techniker ist, ein Medizintechniker ist, oder ob das eine Krankenschwester oder ein Krankenpfleger ist. Im Prinzip Budget versuchen wir ganz normal mit Teambuilding natürlich. Das ist ja das Spannende an dem Krankenhaus und das ist ja das, was ich gerne mache, diese Veränderung zu machen, dieses Gestalten. Dadurch, dass jetzt immer mehr Mitarbeiter kommen beziehungsweise identifiziert sind - Sie müssen sich vorstellen, wir holen ja in dieses Haus X Kulturen herein. Das heißt, es kommen ja dann von 6, 8 Standorten Mitarbeiter, die ihre eigene Kultur mitbringen, Gersthof, Flordisdorf. Es kommt die Herzchirurgie aus Hietzing.

Jeder bringt da irgendwo Vorstellungen mit. Jetzt wenn man eine Möglichkeit hat, quasi einen Spirit Krankenhaus Nord - da geh' ich wirklich in die Organisationskultur, so ein Leitbild. Das sind alles Dinge, ich muss das fühlen. Ich muss reinbringen, das ist jetzt Krankenhaus Nord. Alles andere war schön, war super. Aber jetzt wollen wir eigentlich die Zukunft mit Krankenhaus Nord. Jetzt haben wir die Möglichkeit, das eigentlich gemeinsam zu definieren. Da geht es eigentlich nicht einmal so um budgetäre Dinge, sondern da geht es eigentlich um zeitliche Ressourcen. Das heißt, wir werden versuchen, das natürlich während der Inbetriebnahme... Das heißt, wir haben auch sehr viele Workshops. Also meine Abteilungen machen das. Wir haben auch sehr viele Sitzungen, wo wir berufsübergreifend... Ich glaube, wir sind auch eines der wenigen Spitäler, wo wir Kooperationsvereinbarungen zwischen den einzelnen Berufsgruppen haben. Das heißt, es gibt Kooperationsleistungsvereinbarungen zum Beispiel zwischen der Pflege, zwischen dem ärztlichen Bereich und des Hol- und Bring-Dienstes. Das heißt, Sie wissen ganz genau, welche Servicezeiten Sie zu erwarten haben, welche Leistungen Sie von einem Hol- und Bring-Dienst abrufen können, von einem Ver- und Entsorgungsassistenten zum Beispiel, Versorgungs- und Serviceassistenten und nicht Entsorgungsassistenten, Verzeihung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel!

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Sie haben uns das ja schon sehr gut erklärt, vor allem auch, wie es in der nächsten Zeit jetzt so quasi weitergeht.

Wie läuft denn die Umsetzung der in Ihrem Bereich erforderlichen und vielleicht noch ausstehenden Maßnahmen? Können Sie sagen, ob Sie jetzt im Zeitplan sind mit

allem, was Sie noch vorhaben, damit der erste Patient am 1.6.2019 eintreffen kann?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Also wir sind jetzt, ich habe ja gesagt, dieses Projekt Inbetriebnahme. Ich habe 20 Arbeitspakete, wo quasi diese Inbetriebnahme abgebildet ist. Da ist zum Beispiel ein Projekt Aufbau der Personalabteilung, Aufbau der Finanzabteilung. Das heißt, dort gibt es überall Detailziele, die ganz genau monitort werden: Wo stehen wir? Und wo es natürlich am Anfang des Jahres, also am Anfang meiner... nicht so besonders war. Man hat halt Korrekturen machen müssen. Ich habe mich natürlich einmal in das Projekt einleben müssen und habe dann gesehen, dass gewisse Dinge vielleicht anders, vielleicht ein bisschen effizienter laufen könnten, glaube aber, dass wir jetzt auf einem sehr guten Weg sind. Es ist natürlich das, was man nicht vergessen darf und wo ich immer wieder darauf hinweise und da bin ich auch sehr froh darüber, dass ich auch diese Bühne im Lenkungsausschuss habe, das heißt, im Lenkungsausschuss wurde vierzehntägig, jetzt monatlich wird da diskutiert, wird jedes einzelne Projekt durchgekaut. Und wenn irgendetwas ist, dann hat man die Möglichkeit, da zu sagen: He, da funktioniert es einfach derzeit nicht. Dann laufen wir Gefahr, vielleicht irgendetwas zu übersehen. Das, was ich meine, ist zum Beispiel wenn Sie sich vorstellen, natürlich brauche ich genauso viel Personal in einer Personalabteilung für die Administration wie in einem anderen Haus für den Regelbetrieb. Nur, wir haben jetzt drei, vier Monate vor uns, wo wir plötzlich 1°500 Mitarbeiter administrieren müssen, die ins System müssen. Das heißt, temporär bräuchte ich da wahrscheinlich einen Bereich. Das heißt, wir versuchen das im Prinzip auch hier im KAV abzudecken, wo uns auch andere Häuser unterstützen, wo zum Beispiel auch die Einschulungen für dieses Personal bereits jetzt in anderen Häusern laufen. Zum Beispiel sind von der Finanzabteilung oder vom klinisch administrativen Dienst Leute bereits aufgenommen, sitzen aber derzeit schon im Krankenhaus Hietzing oder werden von der Finanzabteilung im Donauspital ausgebildet. Also da, glaube ich, sind diese Synergien, die wir in einem Großunternehmen haben, natürlich sehr sinnvoll. Aber ich glaube, dass wir in der Verwaltungsdirektion eigentlich auch durch die motivierten Mitarbeiter, die ich, Gott sei Dank, habe, und das ist das eigentlich Schöne in einem Projekt, man trifft auf Leute. Und das war das Schönste am 1.3.2018, man trifft auf Leute, die sagen: Okay, wir wollen was ändern. Wir wollen was gestalten und nicht, haben wir immer schon so gemacht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel!

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Meine 3. Frage bezieht sich sowieso auf die Arbeitspakete. Der Direktor Wetzlinger hat ja ausgesagt, dass es zum Risikomanagement bereits aufgesetzte Arbeitspakete der jeweils zuständigen Leiterinnen und Leiter gibt. Für den nichtklinischen Bereich mit 20 Mitarbeitern, wenn ich das

richtig verstanden habe, stammt dieses Arbeitspaket vom Verwaltungsdirektor. Ist das richtig so?

Werner **Steinböck**: Ja.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Okay. Welche Fragen behandelt dieses Arbeitspaket im Speziellen? Und welche Maßnahmen sieht es zur Gegensteuerung vor?

Werner **Steinböck**: Naja Risikomanagement, da werden Risiken definiert zum Beispiel in den einzelnen, egal, ob das jetzt Facility-Management, ob das jetzt Finanz ist, also das ist auch sehr, sehr eng mit einem Kontrollsystem. Also wir waren in den Finanzabteilungen, haben in den Häusern eigentlich relativ frühzeitig bereits ein internes Kontrollsystem hier gehabt. Also das Risikomanagement ist eigentlich auch hier im Projekt so zu sehen, dass wir hier eigentlich möglichst frühzeitig sehen, wo könnten wir ein Problem, also welche Risiken könnten auf uns zukommen, um diese Risiken überhaupt gar nicht auftreten zu lassen. Das ist eben im Bereich gerade Aufbau von Personal. Das heißt, was können wir jetzt schon tun oder was haben wir eigentlich schon getan? Das waren eben zum Beispiel meine angeführten Kooperationen mit anderen Häusern. Also das heißt, man überlegt sich im Vorhinein bereits, auch wenn es noch nicht eingetreten ist, also das ist auch wiederum Controlling, das sind die schwachen Signale, wo man sagt: Okay, was wäre wenn. Und dann habe ich halt Szenarien. Und dann sag' ich: Okay, wenn es wirklich so ist, dann greif' ich halt ins Ladl 2 oder ins Ladl 3. Also wichtig ist dieses Vordenken. Und Controlling ist halt Vordenken und zukünftig Abchecken.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ, der Herr Koderhold!

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Diese Diskrepanz zwischen ihrer Personalbedarfsberechnung und zwischen Ärztekammer und auch zwischen Personalvertretung kann ich Ihnen sehr leicht erklären. Sie gehen nämlich, wenn man das genau ausrechnet, von einer Wochenstundenanzahl von 50 aus, wenn man Urlaub und Krankenstand einrechnet. Laut unseren Informationen, ich war jahrzehntelang in der Ärztekammer, gibt es mit Ärztekammer und Personalvertretung auch keine schriftliche Personalbedarfsberechnung, sondern nur mündliche Gespräche mit dem Dir. Binder. Also werden wir im Rahmen eines Beweisantrages eine Kopie der Personalbedarfsberechnung anfordern. Bei unserer Einschätzung auch der Information von Ärztekammer und Personalvertretung ist das gegenwärtige System auf einer Wochenstundenanzahl von 50 Stunden fußend, wenn man eben den durchschnittlichen Urlaub und den durchschnittlichen Krankenstand einrechnet.

Meine Frage: Haben Sie vielleicht hier eine Personalbedarfsberechnung, eine schriftlich Form, die wir einsehen können?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Nein, habe ich nicht. Ich bin auch in diese Personalbedarfsberechnungsthematik eigentlich dadurch, dass ich ja quasi Projektleiter für die Inbetriebnahme des nichtklinischen Bereiches bin, nicht involviert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Frühmesser!

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Danke. Grüß Gott! Wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie eigentlich davor mit dem Krankenhaus Nord de facto außer gewissen Schnittstellen nichts zu tun gehabt, oder?

Werner **Steinböck**: Genau, ja.

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Ist das richtig? Genau, okay. Und einige Schnittstellen waren im Rechnungsabschluss und Planung, das ist reingefallen. Waren nachher noch andere dabei?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Ja, Einrichtung zum Beispiel von Buchungskreisen. Doch. wir hatten schon noch einen Bereich, aber das ist eigentlich, ich hab' Mitarbeiter entsendet praktisch in Arbeitsgruppen für das Krankenhaus Nord. Das heißt, wir haben schon frühzeitig gewusst, wir werden im Krankenhaus Nord gewisse Dinge anders machen wie in anderen Spitälern. Das heißt, man hat sich damals schon überlegt zum Beispiel eine Patientenaufnahme und eine Patientenentlassung nicht mehr zentral zu machen, sondern direkt auf der Station zu machen, wo Sie einen Termin haben, wo Sie fix um 14.15 Uhr zur Aufnahme kommen können. Das Zweite war zum Beispiel die Kostenrechnung. Dadurch, dass wir hier eine übergreifende Belegung haben, eine, wo sie nicht nur chirurgische Fälle auf einer Station haben, sondern eine interdisziplinäre Belegung haben, braucht man natürlich im Kostenrechnungssystem einige andere Feinheiten, die man sich überlegen muss und sehr lange im Vorhinein. Und das waren Mitarbeiter des kaufmännischen Geschäftsbereichs, im Prinzip aus der Kostenrechnung zum Beispiel. Dann aus dem betriebswirtschaftlichen Controlling der Mag. Lambert war in sehr vielen Sitzungen dabei, aber rein in Planungssitzungen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Frühmesser!

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Wissen Sie, ob bei den Arbeitsgruppen auch Stadträte vertreten waren beziehungsweise ob es da Aufzeichnungen gibt, wer wann in diesen Arbeitsgruppen war beziehungsweise welche Themengebiete hatten die über?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Nein, das waren nur Arbeitsgruppen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Krankenhausverbundes und praktisch von Planern, die quasi im Krankenhaus Nord unterstützende Leistungen gemacht haben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Frühmesser? Gut. SPÖ, der Herr Spitzer!

GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Mir fehlt ohnehin ein bisschen der Plan, weil aufgrund einerseits der hervorragenden Einleitung, die wirklich sehr ausführlich und informativ war, aber aufgrund der jetzt erkennbaren Zuständigkeiten oder auch Nichtzuständigkeiten, nämlich das für uns interessante Projekt Krankenhaus Nord, sich jetzt sehr viele Fragen wieder streichen haben lassen. Vielleicht doch eine Frage, die den Finanz- und Controllingbereich direkt betrifft.

Wer war denn in der Stadt Wien Ihr direkter Ansprechpartner? War das der Finanzdirektor? Oder gab es

mit der Stadt diesen Verknüpfungspunkt gar nicht und es gab nur innerhalb des KAV, Generaldirektor, Ansprechpartner? Wer in der Stadt war sozusagen Ihr Ansprechpartner?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Im Normalfall war die Kaskade, ich hab' an den Generaldirektor beziehungsweise Generaldirektor-Stellvertreter berichtet beziehungsweise gab es ein Berichtswesen an die Bereichsleitung des Mag. Gauss, und natürlich an die Herren und Damen des Gesundheitsausschusses. Das war der Quartalsbericht, der vierteljährig. Aber direkte Kommunikation mit der MA 5, zum Beispiel mit Finanzdirektor Neidinger, hatte ich nie.

GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Danke. Dann starte ich noch einen Versuch, der auch mit Finanzen zu tun haben könnte.

Inwiefern waren Sie irgendwie in den ganzen Bereich EIB-Kredit eingebunden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Überhaupt nicht.

GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Auch nicht.

Werner **Steinböck**: Nein.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Spitzer!

GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Ich hab' Pech heute. Es hat auch keinen Sinn, Sie nach der Finanzierungsstrategie in diesem Bereich zu fragen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Nein.

GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ich möchte noch einmal auf das Thema "Internes Kontrollsystem" zurückkommen, weil ich das auch für ganz wesentlich erachte, ob der KAV als Bauherr hier überhaupt in der Lage war, solche Großprojekte in der Form auch entsprechend umzusetzen, weil es doch in vielen Bereichen an Zahlen, Daten und Fakten gefehlt hat. Es gibt ja den Rechnungshofbericht zur Organisation der Generaldirektion des Wiener Krankenanstaltenverbundes mit der Kritik, dass es ein solches internes Kontrollsystem nicht gibt, und dass dieser Prozess bis zur Etablierung eines solchen internen Kontrollsystems sehr, sehr lange gedauert hat. Also Start 2002 bis Februar 2016, und letztendlich noch immer der Projektauftrag des Vorstandes, soweit er nicht existent war und die Projektleitung offen war, wie der Rechnungshofbericht in seiner chronologischen Zusammenfassung schreibt.

Wie ist das zu sehen in dem, was Sie zuerst auch im Sinne von Controlling-Prozesse gemeint haben? Weil auf der einen Seite hätte ich jetzt herausgehört, dass im Zuge zumindest bis Koblmüller Sie ja in diesem Prozess dafür verantwortlich waren, ein solches Controlling-System tatsächlich aufzubauen. Auf der anderen Seite aber hier der Rechnungshofbericht ja von einem Manko schreibt, dass der Wiener Krankenanstaltenverbund hier eigentlich wichtige Kontrollmaßnahmen nicht durchführen konnte. Wie ist dieser Widerspruch, oder ist es kein Widerspruch, aufzuklären?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Das ist genau das. Ich war zuständig fürs Controlling, für Steuerung. Ein internes Kontrollsystem hat jetzt mit Controlling da eigentlich wirklich nichts zu tun. Das heißt, beides ist wichtig, aber beide sind in dem Sinn eigentlich streng zu trennen. Ich habe in meiner Karriere auch schon Unternehmen gesehen, die quasi auch ein Controlling in Personalunion mit einer internen Revision zusammengespannt haben. Ja also Sie können sich vorstellen, wie das funktioniert. Das heißt, am Vormittag ist er der Steuernde und..., und am Nachmittag kommt er mit dem Rohrstaberl und mit dem schwarzen Kapperl. Also im Prinzip sind da zwei ganz wichtige Dinge. Auf der einen Seite Kontrollsystem, wo ich hier versuche zu schauen, dass die Regeln, die ich im Unternehmen habe, wirklich befolgt werden, die transparent sind, dass sie jeder Mitarbeiter weiß, wie er sich zu verhalten hat. Auf der anderen Seite Controlling in die Zukunft, Steuerungspotential zu planen, Ziele zu definieren. Und die einzige Kontrolle beim Controlling-Prozess ist eigentlich, dass ich einen Soll-Ist-Vergleich mache und sag: Wo stehe ich eigentlich? Was muss ich tun? Die Kontrolle eigentlich, das... Wo stehe ich gerade und wo will ich hin? Welche Korrekturmaßnahmen muss ich eigentlich machen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Okay, das heißt, das Kontrollsystem hier bezieht sich viel stärker auf die Revision. Und die hat der Rechnungshof hier als mangelhaft beschrieben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Nicht Revision, eigentlich das interne Kontrollsystem. Also auch interne Revision hat natürlich, aber muss nicht unbedingt jetzt interne Revision und internes Kontrollsystem... Internes Kontrollsystem, da wird jede Firma versuchen, Regeln aufzustellen, um gewisse Dinge nicht eintreten zu lassen. Das ist eigentlich der Sinn des Kontrollsystems, dass Sie sehen - dazu gehört auch dieses vielgerühmte Vier-Augen-Prinzip. Das ist nichts anderes als ein Teil des Kontrollsystems oder die Trennung von Anordnung und Vollzug, das heißt, was die Stadt Wien natürlich in der Buchhaltung hat. Das heißt einer, der was anordnet, darf nicht der sein, der quasi dann sagt: Auszahlen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ich hab' zuerst schon gesagt, das Krankenhaus Nord ist ja ein Teil des Spitalskonzeptes 2030. Ein weiterer großer Teil, der damit natürlich schon auch sehr stark in Verbindung steht, ist das Wilhelminenspital, wo Sie ja auch im Neubauteam Wilhelminenspital drinnen waren, wo ja letztendlich im Moment auch nicht klar ist, was wie in welchem Umfang dort tatsächlich passiert. Das hat natürlich schon auch Implikationen für das KH Nord mit teilweise den Übersiedlungen. Da ist ja letztendlich eine ähnliche Geschichte der, sage ich, Planungsschwierigkeiten im Gange.

Wie sehen Sie das jetzt auch im Konnex mit dem KH Nord?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!



Werner **Steinböck**: Wie gesagt, in diese Gesamtplanung war ich eigentlich - damals ist dieses Spitalskonzept eigentlich vorgestellt worden, und dann ist eigentlich resultierend davon der Masterplan dann entwickelt worden. Auf der anderen Seite, was, glaube ich, auch ganz wichtige Dinge... Aber das ist genau das, was ich mit dem Controlling auch nachvollziehbar zeigen wollte, dass es sinnvoll ist, gewisse Leistungen in gewissen Bereichen zu bündeln, dass ich nicht vielleicht in jedem Haus das Gleiche mache. Ich glaube, solche Planungen - ganz wichtig ist es meiner Meinung nach in der Gesundheitsplanung, den Bedarf einmal zu kennen. Das heißt, jetzt nicht immer nur zu sagen, das haben wir jetzt so, sondern eigentlich den Bedarf... und auch wiederum, ich muss es wieder sagen, in die Zukunft zu schauen: Was erwartet uns eigentlich in den nächsten fünf bis zehn Jahren? Weil wenn wir jetzt ein Projekt machen, dann sind wir in fünf oder zehn Jahren fertig, nur, die Welt hat sich viel schneller weitergedreht. Das heißt, dann kann es wiederum sein, dass wir eigentlich, wenn wir eröffnen, schon wieder einen Schritt zurück sind. Also wichtig sind, glaube ich, in der Planung einfach immer diese Szenarien, und zu sagen: Okay, was erwartet uns? Wie wird sich der Bedarf abbilden? Und das wird in der Gesundheitsplanung, glaube ich, immer wichtiger, weil es hier einfach immer schneller gewisse Leistungen gibt. Wir haben demographisch hier Wien wächst. Also es wird ganz, ganz wichtig sein. Und wir sehen es ja auch jetzt mit den vielen Einweisungen in die Notfallambulanzen. Das kommt relativ schnell. Das heißt, während das vor, sage ich einmal, zehn Jahren noch kein Thema war, hat sich das aber entwickelt, das ist im Zweistelligen. Also ich habe das selber immer wiederum gesagt: Wir haben im Wilhelminenspital 14, 15, 16 Prozent pro Jahr mehr Selbstkommer in der Notfallambulanz.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Vor diesem Hintergrund der Szenarienplanung ist jetzt die Dimensionierung.

Die Ausgestaltung des Krankenhauses Nord entspricht dem, was man sich wünschen würde, oder würde man heutzutage hier manche Dinge anders planen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Ich glaube, im Nachhinein ist man immer gescheiter. Das heißt, ich glaube, es ist in der Planung auch ganz wichtig, irgendwann einmal die Rollbalken runter zu lassen und zu sagen: Okay, das machen wir. Weil in einem Projekt ist es natürlich immer ganz, ganz wichtig, möglichst wenig Änderungen zu haben. Also wenn ich in einem Projekt währenddessen dann schon wieder etwas anderes mach', dann bin ich in einem Bereich drinnen, wo ich einfach nicht mehr weiterkomme.

Das heißt, ich glaube, das Konzept mit den Partner-spitälern ist sehr gut, also meine subjektive Meinung. Das ist ein ganz ein ausgezeichneter Ansatz, dass sich diese Regionen quasi unterstützen, sich auch quasi gemeinsam entwickeln und eigentlich auch diese Synergien heben werden. Und ich glaube, gerade in der Region Nord sind

wir mit Donauespital und KH Nord dann sehr gut aufgestellt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Ich darf auf die Patientenzahlen zurückkommen. Jetzt haben Sie gesagt, bei den 46 000 stationären Patienten sind die tagesklinischen Patienten auch schon inkludiert.

Haben Sie vielleicht zufällig die Zahlen da, wie viele tagesklinische Patienten Sie da rechnen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Da haben Sie mich am falschen Fuß erwischt. Aber wir sind gerade jetzt direkt in der Leistungsver..., in der Zielvereinbarung. Also wir machen jetzt schon Zielvereinbarungen mit unseren Abteilungen. Das heißt, wenn Sie wollen, kann ich die Zahlen nachliefern, welche Planung wir haben.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Ja dafür wären wir sehr dankbar. Ich muss noch ein bisschen darauf herumreiten, es gibt nämlich einen Artikel vom Gesundheitsökonom Pichlbauer, der vor zwei Tagen in der "Wiener Zeitung" erschienen ist, der die Zahlen vom KAV ein bisschen weniger realistisch sieht. Unter anderem sagt er darin, dass die 250 000 ambulanten Besuche, mit denen der KAV rechnet, seines Erachtens zu gering dimensioniert sind. Wie stehen Sie dazu?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Kann ich in dem Sinn nicht nachvollziehen, weil die Planungsgrundlage für diese 250 000 war, dass wir reine Terminambulanzen haben. Das heißt, es kommen keine Selbsteinweiser außer über die Notfallambulanz. Das heißt, alle Ambulanzen, alle Frequenzen sind bei uns in der Terminambulanz drinnen, es kommt niemand direkt auf eine Ambulanz. Und so sind diese Zahlen anscheinend entstanden. Das ist eine Planungsgrundlage, das heißt, wir machen mit jeder einzelnen Abteilung Planungsgespräche, sehen natürlich dann auch...Ich glaube, gerade wenn man ein neues Spital aufmacht, wissen wir auch nicht, wie sich das mit den Patienten entwickeln wird. Im Prinzip ist es natürlich ein Vordenken. Aber auf der anderen Seite wird man nach zwei, drei Monaten bereits die ersten Signale haben, in welche Richtung es gehen wird. Und dann muss man natürlich...Entweder waren wir auf der richtigen Ebene oder man muss zeitgerecht gegensteuern.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Ja, und diese Selbstzuweiser und überwiesenen Patienten fallen also nicht in diese ambulanten Besuche, sondern in welches Kontingent?

Werner **Steinböck**: Naja, in anderen Häusern habe ich natürlich dort Patienten. Wir haben Selbsteinweiser eigentlich nur auf der Notfallambulanz, also im Emergency Room. Wir haben es das erste Mal so, dass wir keine internistische Notaufnahme haben und eine Trennung in eine Unfallambulanz, sondern bei uns kommt alles, egal, ob es jetzt die ausgerenkte Schulter ist oder die Atembeschwerden sind, auf einer Stelle zusammen, nämlich in der Notfallambulanz. Und von dort kriegen sie, wenn notwendig, einen Termin. Aber es kommt jetzt kei-

ner direkt über eine Zuweisung oder mit Selbsteinweisung in die Ambulanz.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: GRÜNE, Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Danke. Ich habe eine kurze Frage zur Technik. Vielleicht sagen Sie mir eh gleich, das ist ganz außerhalb, aber schauen wir einmal ganz kurz. Der Herr Wetzlinger hat in seiner Aussage hier gesagt, dass für die Übernahme des technischen Betriebs in ein Eigenbetriebsmodell Ressourcen fehlen, externe Ressourcen hinzugenommen werden müssen. Dann hat es ein Ausschreibungsverfahren im Februar 18 gegeben, im September 18 wurde der Zuschlag erwartet.

Wissen Sie irgendetwas über das Ergebnis? Gibt es in dem Bereich irgendwelche Probleme mit dem technischen Personal von der Menge her? Oder hat das mit Ihnen gar nichts zu tun?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck! Mikro!

Werner **Steinböck**: Entschuldigung! Ich habe da natürlich keine Wahrnehmung. Ich weiß nur, dass wir mit unserem Personal eigentlich relativ schon auf einem guten Weg sind. Also wir haben, glaube ich, von 87 Personen, die wir haben, bereits 80 im Haus. Aber so wie ich es Ihnen eingangs gesagt habe, bei einem Hochfahren eines Krankenhauses sind immer mehr Ressourcen notwendig als dann im Regelbetrieb. Das heißt, ich kann nur Vermutungen anstellen, dass das eben nur dieses Abfedern dieses Hochfahrens hier bedeuten würde.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Sie haben uns ja am Anfang im Eingangsstatement tatsächlich schon sehr viel weggenommen, was offensichtlich alle als Fragen notiert haben. Es geht mir dabei nicht anders. Ich stelle noch eine Frage rund um die Personalführung vom Herrn Gen.Dir. Janßen. Sie sind ja nicht der Einzige, der im Zuge oder relativ zeitnah, nachdem der Herr Janßen wichtige Funktionen übernommen hat, die Funktion gewechselt hat und nicht mehr mit dem Krankenhaus Nord oder mit dem KAV in der Funktion zu tun hatte. Jetzt wurde uns das von verschiedenen Zeugen/Zeuginnen hier mit sowas wie ein Culture Clash vom Herrn Janßen – und die aus der Bundesrepublik kommende Frau Ederer, die selber in der Bundesrepublik tätig war, hat dann gesagt: Naja, für den öffentlichen Bereich ist vielleicht ein Manager aus Deutschland in Österreich nicht ganz kompatibel. Das war dann unterschiedlich formuliert. Aber nachdem man offensichtlich gegen Leute aus der Bundesrepublik das leichter formulieren darf, würden Sie sagen, dass er in der Personalführung tatsächlich... Sie haben es am Anfang auch nicht sehr freundlich gesagt, man hat ein bisschen zwischen den Zeilen mitlesen müssen, aber es war nicht wahnsinnig schwierig.

Sind da in der Personalführung, nicht nur vom Herrn Janßen, viele Fehler passiert? Weil wir haben eine ganze Menge Leute an wichtigen Positionen verändert in einem recht schnellen Zeitraum. Und es steht immer und überall dabei, wenn man mitten in einem Projekt Personal wech-

selt, hat man für gewöhnlich nicht gerade eine Beschleunigung zu erwarten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Also das, was man, glaube ich, auch als Mitarbeiter braucht, egal in welcher Position man ist, außer man ist natürlich ganz oben, ist, dass man sich irgendwo einen Rückhalt irgendwie erwartet und auch eine Perspektive sieht, quasi auch Ziele vorgegeben bekommt, und sich hier quasi nicht nur immer im luftleeren Raum praktisch entwickelt. Beziehungsweise wenn man schon Ideen hat, dass man zumindest dann ein Feedback kriegt: Okay, g'fällt mir nicht, machen wir anders. Das hab' ich eigentlich immer am Dr. Koblmüller einfach total angenehm gesehen. Es hat mit ihm teilweise nächtelange Diskussionen über den Planungsprozess gegeben. Aber mit ihm hat man diskutieren können. Und ich sag' einmal, Personalführung im Prinzip, ich glaub' einfach, diese emotionale Kompetenz war nicht da, das zusammengefasst. Also ich hab' jetzt nicht..., dass er mir von Haus aus unsympathisch gewesen wäre. Das kann ich gar nicht sagen. Aber ich habe eigentlich nach dem zweiten, dritten Gespräch gemerkt, es fehlt die Bindung, es fehlt der Draht. Aber das hat, glaube ich, nichts mit Deutschland zu tun, weil zum Beispiel den Dr. Naegler habe ich auch sehr geschätzt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ? Ellensohn, Entschuldigung, keine Fragen? SPÖ, keine Frage? Der Herr Gara ist kurz weggegangen.

Bitte die ÖVP, Frau Korosec!

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Also ich frage jetzt nicht viel, weil ich das vorhin nicht mitverfolgt habe. Aber ich komme gerade von einer Veranstaltung, wo mir jemand gesagt hat, dass per Headhunter Ärzte für das Krankenhaus Nord gesucht werden. Stimmt das?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Steinböck!

Werner **Steinböck**: Kann ich jetzt im Prinzip nicht nachvollziehen. Es gibt die wahrscheinlich in den Mangel-fächern, wo man hier, glaube ich, alle Recruiting-Maßnahmen ziehen muss, um Personal an Land zu ziehen. Aber die Einzelfälle sind mir jetzt nicht bekannt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec!

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Und welche Fächer sind das, wo...?

Werner **Steinböck**: Ich kann mir nur vorstellen, dass es um Notfallaufnahme und Notfallmedizin geht, oder um Kinder- und Jugendpsychiatrie. Aber das sind Mutmaßungen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec!

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Also Sie wissen nichts davon. Danke vorläufig.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Keine Frage. FPÖ, nein haben wir schon gehabt, haben wir schon gefragt.

Sie haben am Anfang in Ihrem Statement gesagt, es war offensichtlich eine komplette Änderung gewünscht und zwar bezieht sich das auf diese Phase, wo es viele neue Mitarbeiter gegeben hat. Von wem wurde das gewünscht?

Werner **Steinböck**: Ja auf jeden Fall einmal von der Führung. Also so hätte ich es...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja aber die Führung ist ja ausgetauscht worden.

Werner **Steinböck**: Ja eh, deswegen sage ich ja, die Führung wollte eine... Also man musste eine... Also die neue Führung sollte eigentlich eine Änderung bringen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja aber wer hat das gewollt?

Werner **Steinböck**: Ich nehme an, dass das von ganz oben gekommen ist.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gut.

Werner **Steinböck**: Also es gibt, glaube ich, die Aussagen, dass der Dr. Koblmüller quasi von den Mitarbeitern hier nicht sehr geschätzt worden ist, oder dass die Mannschaft nicht hinter ihm gestanden ist. Also das habe ich zu keinem Zeitpunkt nachvollziehen können.

Und wenn ich auch jetzt noch mit Primärärzten spreche, egal welche Berufsgruppe, dann wird mir immer wieder genau das gesagt: Wären doch noch fünf oder sechs Jahre mit ihm, wären wir vielleicht ein bisschen weiter gewesen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Und wissen Sie, was der tatsächliche Grund war, warum man den Herrn Koblmüller nicht verlängert hat?

Werner **Steinböck**: Nein, also ich hab' das auch erst, bin eigentlich dann... Ich kann mich noch gut erinnern, wann das war, hab' das quasi aus den Medien erfahren.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Obwohl Sie aber zu dem Zeitpunkt ja noch im Betrieb waren.

Werner **Steinböck**: Ja, ja genau, genau. Aber es war an dem Wochenende, wo die Entscheidung gefallen ist, anscheinend.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Dieses Kontrollsystem oder Controlling-System, das sie da entworfen haben, hat es das nachher noch gegeben oder wurde das dann abgeschafft wie die neue Mannschaft...?

Werner **Steinböck**: Na Gott sei Dank gibt's es immer noch.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gibt's noch?

Werner **Steinböck**: Ja, ich habe ja gesagt, so schlecht kann es nicht gewesen sein, weil im Prinzip der Controlling-Prozess auch jetzt noch so läuft. Es gibt, Gott sei Dank, die Gespräche mit den Häusern. Es gibt Zielvereinbarungen. Es gibt den Auftrag für die kollegialen Führungen, in ihrem Haus Zielvereinbarungen mit den einzelnen Abteilungen abzuschließen. Also wir machen es gerade mit unseren Abteilungen. Und das ist, was ich eingangs gesagt habe. Ich bin natürlich froh, dass sie die Berichte, die ich selber entworfen habe... Gestern bin ich gesessen und habe mit meinen Managementberichten, die ich entworfen habe, jetzt in anderer Funktion, weil natürlich mein Finanzleiter die Sitzungen geleitet habe - aber ich hab' mich natürlich sofort zu Hause gefühlt und hab' gewusst, um was es geht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Sagen Sie, wie ist eigentlich die Zusammenarbeit jetzt KAV und KAV? Weil ich nehme wahr, dass alle Zeugen irgendwie sagen: Das weiß ich nicht, darüber wurde ich nicht informiert, insbesondere auch, nicht nur, aber auch was diese Personalrochaden betrifft. Jetzt haben Sie gesagt, Sie haben sehr

gut mit dem Koblmüller zusammengearbeitet. Dann wäre es doch eigentlich das Normalste auf der Welt, dass man hingeht und sagt: Wieso kriegst du keinen zweiten Vertrag? Oder auch zu den anderen, die da gewechselt haben. Wird das nicht gemacht?

Werner **Steinböck**: Damals ist es anscheinend nicht gemacht worden. Also es war, glaube ich, der Dr. Koblmüller war natürlich auch wie vor den... Ja, er hat das eigentlich auch nicht glauben können, zuerst einmal. Aber er war auch so ein Typ, der da natürlich sofort auf der gefassten Seite war, der das immer positiv gesehen hat und gesagt hat: Okay, ja, es ist die Entscheidung des Eigentümers. Das ist genauso wenn ich jetzt eine Firma habe, wenn der Herr Mateschitz von Red Bull sagt, ich bilde mir jemanden anderen ein, dann ist es so. Das heißt, es gibt gewisse Dinge, die...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Der Herr Mateschitz verdient sich aber sein Geld selber, nicht? Ich meine, das tun natürlich die Mitarbeiter dort auch, aber...

Werner **Steinböck**: Ja natürlich, natürlich. Aber im Prinzip ist es der Eigentümervertreter.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja, ja. Und Sie haben ihn damals auch nicht gefragt?

Werner **Steinböck**: Oh ja, ich habe ihn gefragt: Was für ein Grund steckt dahinter? Und er hat gesagt: Ich weiß es nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Er weiß es nicht.

Werner **Steinböck**: Anscheinend bin ich zu alt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Und bei Marhold? Hat es da irgendwelche Ihnen bekannte Gründe gegeben, warum er gegangen ist?

Werner **Steinböck**: Nein. Also das, was man gesehen hat oder was er immer kommuniziert hat, war natürlich auch sein gesundheitlicher Zustand. Das hat man gesehen und man hat auch gesehen... Ich glaube auch, man wollte eben diese Änderung haben, und es ist... Der Vorstand damals war ja dreigliedrig. Auf der einen Seite der Herr Dr. Marhold, Balázs und Janßen. Inwieweit die Zusammenarbeit geklappt hat oder nicht, entzieht sich meiner Wahrnehmung, weil ich nie bei irgendeiner Vorstandssitzung dabei war.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Haben Sie irgendwann einmal mit Politikern Kontakt gehabt? Also mit der Spitze des Hauses meine ich jetzt.

Werner **Steinböck**: Nein, also ja, oh ja, es hat sich, Entschuldigung, die Frau StRin Wehsely hat sich, glaube ich, im Jahr 2010 mein Controlling-System angeschaut. Da durfte ich eine Präsentation bei uns im TownTown machen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay. Und was ist mit dem Herrn StR Hackl? Hacker, Entschuldigung, mit Namen habe ich mein Problem, Hacker.

Werner **Steinböck**: Ja, ja, da haben wir natürlich die Kommunikation, weil er versucht auch, hier das Haus auch so, wie es sich eigentlich darstellt, weil das Haus ist im Prinzip eine tolle Sache. Wenn ich Ihnen das auch noch, das liegt mir auch noch am Herzen - es werden dort rund 2 500 Leute, also nicht nur Dienstposten, sondern insgesamt 2 500 Leute ihre Arbeit aufnehmen und das

Beste für die Patientinnen und Patienten machen. Und die müssen jetzt seit ein paar Jahren dauernd reinschauen oder vor allem seit einem Jahr jeden Tag in der Zeitung lesen, ich wechsele in ein Pleiten-, Pech- und Pannenspital, was per se eigentlich ja - das Haus ist eine tolle Sache. Wenn wir Delegationen hier haben, wo wir das Feedback haben, die einfach in den höchsten Tönen dieses Haus loben, und wir haben da wirklich eine tolle Sache. Also wir werden das auch nach der Inbetriebnahme sehen und das wird uns wahrscheinlich allen, so hoffe ich, auch noch sehr viel Freude bringen, soweit ein Krankenhaus Freude bringen kann. Aber auf der einen Seite, ich glaube, StR Hacker versucht jetzt, das auch zu kommunizieren, dass das etwas Tolles ist, was wir da machen, und nicht nur immer das Negative, was natürlich... Energetiker und diese Sachen, natürlich hätten die nie passieren dürfen. Dass eine Verzögerung da ist, ja, das sind Dinge, die in Projekten auftreten. Wir brauchen nur über die Grenzen schauen, wenn man sich die Elbphilharmonie, wenn man sich den Flughafen Berlin anschaut. Ich glaube; Großprojekte im öffentlichen Bereich sind einfach schwieriger zu machen als im privatwirtschaftlichen Bereich. Weil auf der anderen Seite ist es ganz einfach wichtig, auch das zu sehen, was da ist, und nicht im Vorhinein bereits zu sagen: Uh, das ist eigentlich ein Schmarrn. Und dann wären nämlich die 1,341 nicht gut investiert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gibt es noch Fragen? Wenn dem nicht so ist, herzlichen Dank fürs Kommen...

Werner **Steinböck**: Danke schön.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ... und für die Beantwortung der Fragen.

Wir machen jetzt eine Unterbrechung um 17.57 Uhr bis 18.15 Uhr.

*(Unterbrechung um 17.57 Uhr)*

*(Wiederaufnahme der Sitzung um 18.19 Uhr)*

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die Sitzung wird fortgesetzt um 18.19 Uhr.

Wir haben auf unserem Programm noch die Vernehmung eines Zeugen, und zwar ist das Herr Dipl.-Ing. Dr. Stephan Fuld, Leiter der Clearingstelle zum Krankenhaus Nord.

Sie sind von der Amtsverschwiegenheit entbunden?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ich habe hier mehrere Entbindungserklärungen, die ich kurz vortragen darf.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Einerseits vom KAV im Hinblick auf die hier gestellten Fragestellungen, weiters von der Firma Ortner Ges.m.b.H., der Firma BACON Gebäudetechnik GmbH & Co KG, der Firma Herbsthofer GmbH, der Firma ENGIE Gebäudetechnik GmbH, der Firma LSG Building Solutions GmbH, der Firma ELIN GmbH und Co KG, der Firma Klenk & Meder GmbH, der Firma Markus Stolz GmbH & Co KG, der Firma Wieselthaler Ges.m.b.H. und der Caliqua Anlagentechnik GmbH, eine Entbindungserklärung der PORR Bau GmbH und eine Entbindungserklärung des Herrn Prof. Holoubek.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Danke schön. - Sie werden als Zeuge vernommen. Als Zeuge müssen Sie die

Wahrheit sagen. Eine falsche Zeugenaussage wäre strafbar.

Wenn Sie so freundlich sind und uns ein paar Worte zu Ihrer Person sagen und was Sie mit dem gegenständlichen Projekt zu tun hatten. Dann werden die einzelnen Fraktionen Fragen stellen.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Vielen Dank, Frau Vorsitzende!

Mein Name ist Stephan Fuld. Ich bin ein gelernter Bauingenieur, habe 1975 mein Diplom an der Technischen Universität oder damals Technischen Hochschule Wien erlangt und habe 1979 dissertiert.

Ich bin seit 1980 Zivilingenieur für Bauwesen und seit 1988 allgemein beeideter und gerichtlich beeideter Sachverständiger. In dieser Funktion habe ich etwa 4 000 Gerichtsverfahren als Sachverständiger begleitet, habe bei Mediationen und bei Schiedsgerichten mitgearbeitet, beispielsweise beim Projekt Skylink oder in den jahrelangen Verfahren im Zusammenhang mit der Errichtung des Regierungsviertels in St. Pölten.

Mein Zivilingenieurbüro selbst war vorwiegend als Generalplaner in der Pharmazeutischen Industrie tätig, Reinraumtechnik, Reinraumabfüllungen, die Herstellung von Medikamenten, Reinraumlabor, Labors bis zum Sicherheitslevel der Stufe 4. Das sind die Labors, wo man im Fernsehen sieht, wie die Leute mit den Schutzanzügen und den Lüftungsschläuchen herumlaufen. So etwas gibt es wirklich. Diese Dinge haben wir europaweit geplant. Derartige Projekte in der Pharmaindustrie sind nicht nur sehr teuer, langwierig und arbeitsintensiv, sondern von ihrer Komplexität her aufwändiger und komplexer, als solche, wie ein Krankenhaus selbst. Da kann man nur die Bereiche der Operationssäle größenordnungsmäßig oder vergleichsweise heranziehen.

Weiters habe ich eine Bauträgerkonzession, mit welcher ich Projekte abgewickelt habe, wie den Kindergarten Stadtpark mit der Niederösterreichischen Landes-HYPO oder ein Sozialmedizinisches Zentrum in der Gumpendorfer Straße.

Ich bin also seit 1975 Bauingenieur und habe 44 Jahre Berufserfahrung, überwiegend, wie ich glaube, in anspruchsvollen und komplexen Projekten, für welche ich als Generalplaner die Gesamtprojektverantwortung hatte. Ich habe diese Projekte immer in time and cost, also innerhalb der vorgesehenen Kosten und innerhalb der vorgesehenen Zeitrahmen, abgewickelt.

Da ich der Fragestellung, die in der Zeugenladung gestanden ist, entnommen habe, dass vielleicht nicht ganz klar ist, was ich im Zusammenhang mit dem Krankenhaus Nord gemacht habe, darf ich das vielleicht kurz vorstellen. Ich war in vier Phasen mit dem Krankenhaus Nord befasst.

Die Phase eins vom Jänner 2005 bis April 2007. Ich habe als Techniker den Wettbewerb zur Findung des damals genannten Zurverfügungstellers für das Krankenhaus Nord begleitet, und das im Zeitraum vom 28.4.2006 bis zum Zuschlag am 16.3.2007. Ziel des Verfahrens war es, einen Projektpartner zu finden, der das Krankenhaus plant, errichtet und letztlich im technischen Bereich auch

betreibt. Weiters hatte dieser Projektpartner ein Grundstück mitzubringen. Über das können wir uns, wenn wir wollen, später noch unterhalten. Ich habe diese Projekte geprüft. Ich habe die Bewertungskriterien ausgearbeitet. Ich habe die Unterlagen für die Bewertungskommission vorbereitet, habe dort vorgetragen. Letztendlich kam es zum bekannten Ergebnis, zum weiterführenden Verfahren mit dem sogenannten Konsortium, also der Gemeinschaft aus PORR, Siemens und VAMED.

In der zweiten Phase meiner Tätigkeit war ich von Ende 2007 bis Mitte 2008 mit der Auswahl der Begleitenden Kontrolle befasst. Ich habe als Techniker dieses Vergabeverfahren begleitet. Das wurde von den Rechtsanwälten Estermann Pock abgewickelt. Auch hier war meine Aufgabe das Ausarbeiten der Kriterien, die Prüfung der Angebote, das Vorstellen dieser Angebote vor der Bewertungskommission, also die technische Begleitung eines Vergabeverfahrens. Bereits damals, 2008, gab es Diskussionen, an denen ich teilgenommen habe, im Zusammenhang mit der Frage, wie man bei einer Vergabe an das Konsortium mehr Wettbewerb schaffen kann. Denn es war ja nur ein Bieter vorhanden. Meine damalige Meinung war, und das ist sie heute noch, dass eine Vergabe an viele Auftragnehmer wesentlich schwieriger abzuwickeln ist, als die Vergabe an einen Totalunternehmer oder an einen Generalplaner und einen Generalunternehmer oder ein Teilgeneralunternehmen, beispielsweise im Hinblick auf die zu erwartende Insolvenz eines Projektbeteiligten. Wenn Sie ein Projekt über so viele Jahre führen, das so viele Beteiligte hat, ist die Gefahr, dass irgendeine Firma insolvent wird, ausfällt oder aus sonstigen Gründen nicht mehr am Projekt teilnimmt, sehr groß. Das führt, man muss letztendlich ja wieder nach Vergabegesetz ausschreiben, zu monatelangen Unterbrechungen im Projektablauf und den damit verbundenen Herausforderungen und Kosten. Beispielsweise möchte ich auf den Prüfvermerk 971 der Begleitenden Kontrolle hinweisen, in welchem bereits damals Planungsverzögerungen genannt wurden. Letztendlich habe ich im Juli 2008 das Projekt auf meinen Wunsch verlassen.

Die nächste Phase war fünf Jahre später. Ich hatte dann fünf Jahre mit dem Projekt Krankenhaus Nord überhaupt nichts zu tun, außer dass ich die Zeitungsmeldungen verfolgt habe, aus Interesse, was aus der Sache wird. Ende Oktober 2013 wurde ich von der Generaldirektion geholt, um das Projekt zu evaluieren. Ich habe mit den führenden Projektbeteiligten Gespräche geführt, den Fortschritt der Planung und auf der Baustelle geprüft. Da kommt dieser Prüfvermerk 971 ins Spiel, der einen damaligen Planungsversuch von 137 Tagen als Extremfall ausgewiesen hat. Ich stellte mir also schon die Frage, wieso es in einem Projekt derartige Verzögerungen gibt. Entweder waren die Planer säumig oder war die Bauzeit zu kurz bemessen. Man kann im Bauwesen nicht Abläufe, auch nicht mit sehr viel Geld und mit sehr viel Personaleinsatz, beliebig kürzen oder forcieren. Vielleicht um das aufzulockern, wenn ein Arbeiter einen Graben mit 100 Meter Länge in zehn Tagen gräbt, dann kann man zehn Arbeiter nehmen und sie graben diesen Graben in einen Tag,

indem jeder zehn Meter gräbt. Wenn Sie aber 100 Arbeitnehmer nehmen und glauben, dass sie die 100 Meter Künette in einer Stunde graben können, dann wird das schiefgehen, weil sie werden sich gegenseitig erschlagen. Das kann nicht funktionieren. Das ist vor allem in der Planung so. Eine komplexe Aufgabenstellung in einem Haus mit 8°000 Räumen braucht seine Planungszeit, insbesondere bei einem hochtechnischen Bau, wie bei einem Krankenhaus. In einem Krankenhaus plant der Architekt nur die Hülle, und das mag mir der Architekt Wimmer jetzt verzeihen, aber die Gebäudetechniker weckten erst in der Folge diese Hülle zum Leben. Ich kam zu dem Schluss, dass die Bauzeit zu kurz angesetzt war. Damals wurde auch über einen Baustopp Anfang 2014 diskutiert.

In der 12. Sitzung dieser Kommission hat der Vorstandsdirektor Ing. Strauss von der PORR die unterschiedlichen Planungsansätze des amerikanischen und europäischen Modells dargelegt. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Aber auch beim europäischen Modell darf es nicht so sein, dass der Bau die Planung einholt. Das ist dann das Prinzip der rollenden Planung, wenn eine Baustelle den Planungsfortschritt überrollt. Somit ist es wesentlich, einen realistischen Bauzeitplan zu haben und die Planungskosten realistisch einzuschätzen. Beispielsweise wurde 2011 die örtliche Bauaufsicht mit der Haustechnikplanung um 5,78 Millionen EUR beauftragt. Bei einer Bauzeit von 2011 bis 2016 - das sind fünf Jahre - stehen also ungefähr 57 Mannjahre an Ingenieurplanung für die Haustechnikplanung zur Verfügung, also zehn Haustechnikplaner im Jahr für die Gewerke Elektro, Schwachstrom, Sanitär, Heizung, Lüftung, Kälte, Sprinkler, MSR und Isolierer. Das ist zu wenig.

Bei diesem Projekt sind alle Dimensionen so groß, dass man sie verständlich herunterbrechen muss. Ein schönes Einfamilienhaus kostet 300°000 EUR. Wenn Sie diesen Betrag, diese Herstellungskosten, in Bezug auf die 825 Millionen setzen, die damals ein Thema waren, so sind die Planungskosten für das Einfamilienhaus in der Relation 2 000 EUR. Und um 2 000 EUR wird man nicht viel planen können.

Ich habe dann Herrn Direktor Balázs berichtet und vorgeschlagen, gerade nach dem Umbruch der Bauherrenschaft, Koblmüller, Marhold, Loidl-Kocher haben das Projekt verlassen, eine Verstärkung des Bauherren zu beauftragen. Das führte dann zum Vergabeverfahren, aus welchem das Büro Architekt Moser und zwei andere als Bauherrenverstärkung hervorgingen und welches ich gemeinsam mit Dr. Dullinger abwickelte. Ich bin gleich fertig.

Die Phase vier zog sich dann von 2014 bis heute. Im Mai 2014 wurde die Clearingstelle vereinbart, deren eine Hälfte ich bin und die bis dato 14 Clearingverfahren erfolgreich bearbeitet hat. Ich bin nicht Leiter der Clearingstelle. Herr Prof. Holoubek und ich machen das gemeinsam. Da gibt es also keine Leitung. Die Tätigkeit der Clearingstelle ist so, dass sich Prof. Holoubek die rechtliche Seite und ich die technische Seite der an eine Clearingstelle herangetragenen Fragen ansehen und einen

Vorschlag im Sinne einer Art technischen Mediation ausarbeiten. Dieser gilt von den Clearingparteien als angenommen, wenn nicht binnen drei Wochen von einer Vertragspartei widersprochen wird. Grundlage dieser Tätigkeit der Clearingstelle ist jeweils ein Vertrag zwischen dem KAV, den Auftragnehmern, die den Clearingantrag gestellt haben, Herrn Prof. Holoubek und mir.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt als Erster die SPÖ. Ich muss immer die Namen nennen, damit es auch im Protokoll aufscheint, wer gerade spricht. So, die Frau Abrahamczik.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Schönen guten Abend! Danke, dass Sie heute hier sind.

Wie ist es dann dazu gekommen, dass die Clearingstelle von Ihnen beiden, also von Ihnen und dem Prof. Holoubek, geleitet wird?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Die Clearingstelle ist ein Ergebnis einer Tätigkeit von Prof. Holoubek und mir. Wir haben im Bereich des Bauvorhabens Skylink am Flughafen Wien ein Schlichtungsverfahren, hat das damals heißen, abgewickelt, wo es uns gelungen ist, einen Streitwert - das kann man alles in der Zeitung nachlesen - von zirka 70 Millionen EUR außergerichtlich zu bereinigen. Ausgehend von dieser Erfahrung hat man gedacht, dass man derartige Abwicklungen auch im Zusammenhang mit dem Krankenhaus Nord durchführen und erfolgreich Prozesse vermeiden kann.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Abrahamczik.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Danke. - Sie haben erwähnt, dass bisher 14 Clearingprojekte bearbeitet wurden.

Wie viele sind abgeschlossen, wie viele noch nicht?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Es wurden 14 Clearingprojekte begonnen. Davon wurden alle Clearingprojekte, die im Zusammenhang mit den gebäudetechnischen Firmen sind, abgeschlossen. Jene Clearinganträge, die von der PORR eingebracht wurden, wurden vom KAV nicht weiterverfolgt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Abrahamczik.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Gut. Das heißt, es läuft jetzt keines mehr im Moment. Habe ich das richtig verstanden? Jetzt nur als Nachfrage.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also im Moment gibt es kein offenes Clearingverfahren. Das letzte wurde am 25. Jänner 2019 von den Parteien angenommen. Also der letzte Clearingvorschlag wurde angenommen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Abrahamczik.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Danke. - Und gehen Sie davon aus, könnte es noch zu weiteren Clearingverfahren kommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Erstens hängt es davon ab, ob Parteien einen Antrag stellen. Darüber hinaus glaube ich, dass es doch noch einige Punkte im Zusammenhang mit dem Krankenhaus Nord gibt, die man viel-

leicht im Sinne dieser technischen Mediationsverfahren außergerichtlich lösen sollte. Die Kosten derartiger Gerichtsverfahren, die sich über viele, viele Jahre ziehen, sind besonders teuer, insbesondere weil auch seitens des KAV die Konsulenten weiter beschäftigt werden müssen, weil sie müssen ja auf das Wissen ihrer Konsulenten zurückgreifen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara, NEOS.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Guten Abend, Herr Dr. Fuld! Danke einmal für Ihre Ausführungen.

Ich möchte auf Ihre allererste Phase, also jener 2005 bis April 2007, eingehen, als Sie quasi den Wettbewerb formuliert haben.

Eine Frage: Warum hat man damals die Auswahl im Wettbewerb so getroffen, dass das Grundstück eingebracht werden muss, zumal es doch leichter wäre, das aus der Sicht der Stadt zu machen, weil quasi ein echter Wettbewerb im Sinne des Grundstückes nicht wirklich bei der zur Verfügung stehenden Anzahl an Grundstücken erfolgt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Eines der zentralen Themen 2005 bis 2007 war die Maastricht-Konformität. Also es war ganz wichtig, dass das Projekt so abgewickelt wird, dass die Finanzierung Maastricht-konform erfolgt. Ich verstehe nichts von Finanzierungen und von der Maastricht-Konformität, aber es wurde damals herausgearbeitet, dass es ein zentraler Punkt ist, dass ein möglichst doch umfangreiches Risiko auf den Vertragspartner überwältigt wird, also, dass das Risiko nicht nur beim KAV und der Stadt Wien bleibt, sondern dass auch auf der anderen Seite erhebliche Risiken verbleiben. Eines der klassischen Risiken in einem Bauvorhaben ist das Baugrundrisiko. Das war nach meiner Erinnerung der ausschlaggebende Grund, warum man gesagt hat, man muss den Grund in das Verfahren miteinbinden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ich verstehe diese Maastricht-konforme Abwicklung. Aber das wäre schon alleine durch die Tatsache gegeben, dass es ein PPP-Modell in dem Fall ist, weil das bedeutet, dass er Planer, Errichter und Betreiber ist. Damit ist das eindeutig geregelt, warum hier noch das Grundstück einzubringen ist. Vor diesem Hintergrund der Argumentation entzieht sich das meinem Verständnis hinsichtlich Risiko des Grundstückes.

Von welchem Risiko sprechen Sie da?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Vom klassischen Baugrundrisiko. Das beginnt, man kann noch so oft Probebohrungen machen, von nicht erwarteten Kontaminationen bis Unregelmäßigkeiten im Baugrund. Das klassische Baugrundrisiko.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Okay. Wie gesagt, verstehe ich es noch immer nicht in diesem Gesamtkontext, weil die Maastricht-konforme Abwicklung alleine mit dem PPP-Modell hätte stattfinden können.

Waren Sie zum Zeitpunkt des Rohbaus auch im Zuge des Projektes tätig? Oder nicht?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: 2008, als ich ausgeschieden bin, gab es keinen Rohbau, gar nichts. Da war der Architektenwettbewerb im Laufen. Oktober, November 2013 war der Rohbau in der Endphase. Ich kann mich noch erinnern, da gab es eine der ersten Besprechungen vor Ort. Da bin ich dort in dieser Baukanzlei in dem Besprechungszimmer gesessen. Das war fast so groß wie dieser Raum hier. Da gab es eine heftige Besprechung, die mir ein prägendes Bild von dem ganzen Ablauf damals gegeben hat. Da gab es die Projektsteuerung, die leise Protokolle diktiert hat, die an die Wand geworfen wurden. Und dann gab es 50 Leute in dem Raum, oder 40, in der Größenordnung, die haltlos miteinander gestritten haben. Das war eine völlig verfahrenere Situation. Die haben sich gegenseitig Argumente an den Kopf geworfen und völlig automatisiert kamen die Gegenargumente.

Als ich dort gesessen bin, habe ich beim Fenster hinausgeschaut - diese Container sind gestanden wie die drei Finger von den Bettentrakten vom Krankenhaus - und konnte in den Rohbau hinausblicken. In dem Bereich war der Rohbau praktisch fertig. Man hat ein geometrisches Muster gesehen, immer die Decken, die Säulen und ein paar Stiegenhauskerne. Auf dieser ganzen Baustelle hat kein einziger Mensch einen Quadratmeter Fassade montiert, hat eine Halterungskonstruktion für Rohre oder für Kabeltasten montiert. Da hat niemand etwas gearbeitet.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Da noch einmal nachgehakt. Das heißt, zu dem Zeitpunkt vollkommenes Chaos und Diskussion.

Was waren die wesentlichen Punkte, über die da gestritten wurde? Weil ein Thema, das wir hier immer öfters diskutieren, sind die enormen Verteuerungen des Rohbaus, von den ursprünglich 98,1 Millionen auf fast 160 Millionen EUR. Hat das damit zu tun, dass es so viele Planungsveränderungen gab und über diese diskutiert wurde? Oder was waren die Hauptthemen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also im Detail kann ich Ihnen zu den Rohbaukosten nichts sagen, weil das Clearingverfahren in diesem Zusammenhang nicht begonnen hat. Also das wurde zwar von der PORR herangetragen an die Clearingstelle, wurde dann aber nicht weiter vom KAV verfolgt.

Ich habe Oktober, November 2013 bis Anfang 2014 mit vielen Leuten gesprochen, war in einigen Besprechungen, hatte Zugang zu Conject auf einer relativ hohen Ebene, konnte also weitgehend die Dokumente lesen, die damals abgelegt worden sind und habe mir dann letztendlich auch über Weihnachten 2013/2014 eine Meinung gebildet, die ich in einer Besprechung am 7.1.2014 mit einem größeren Beteiligtenkreis dieses Projektes dann besprochen habe, um zu sehen, ob es Möglichkeiten gibt, wie das Projekt hier weiter fortschreiten und sich in eine positive Richtung entwickeln kann. Das war am 7.1.2014.

Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen die Überschriften der damals wichtigen Themen vorlesen.

Das waren erstens die allgemeinen Vertragsbedingungen, rechtliche Rahmenbedingungen. Es wurden damals von den ausführenden Firmen Bedenken gegen die allgemeinen Vertragsbedingungen vorgetragen, die gerade mit Meldepflichten von Störungen und dergleichen den Ablauf des Projektes sehr verhindert und zu einem unvorstellbaren Papierkrieg geführt haben. Also es hat jeder, der irgendwo eine Störung hatte, sie sofort gemeldet. Diese Störungsmeldung erging dann an die ÖBA. Die ÖBA musste sie bearbeiten, musste sie protokollieren, musste sie weitergeben, und das Ganze mit Dutzenden solcher Störungsmeldungen pro Tag. Hier hat man dann versucht, und darüber wurde auch ein Clearingverfahren abgewickelt, gewisse praxiskonforme Erleichterungen, die nicht zu einer Verschlechterung der Situation des KAV oder einer Verbesserung der Situation der Auftragnehmer geführt haben, sondern die einfach praxisnähere Abwicklungsmodalitäten geschaffen haben.

Die nächste Überschrift war der Terminplan. Es gab Anfang 2014 keinen von den ausführenden Firmen akzeptierten Terminplan, einerseits, weil dieser Terminplan mit der Situation auf der Baustelle nicht in Übereinstimmung zu bringen war, und andererseits, weil sich die Firmen in diesen Terminplänen nicht wiedergefunden haben. Beispielsweise gab es sieben Auftragnehmer für die Gebäudetechnik. In diesen Terminplänen gab es eine Zeile für die Gebäudetechnik eines gewissen Bereiches. Jetzt haben die Firmen natürlich gesagt: "Wir sind keine ARGE aus sieben Haustechnikfirmen, sondern jede von uns will wissen: Wann sollen wir unser Rohr montieren? Wann sollen wir unseren Sprinkler montieren? Wann sollen wir isolieren oder was immer auch unsere Tätigkeit ist?" Da habe ich dann versucht, im Jänner für den Bauteil 51, ein Geschoß einmal moderierend, einen Terminplan aufzustellen, der von den Firmen akzeptiert wurde. Das ist dann auch gelungen. Also wir haben von einem Geschoß dann irgendwann im Jänner 2014 einen Terminplan, der funktioniert hat und der von den Auftragnehmern akzeptiert wurde. Die Idee war, dass das Ganze dann von der ÖBA und von der Projektsteuerung dupliziert wird, wenn Sie so wollen, also der Vorgang wiederholt wird. Das hat dann aber nach meiner Erinnerung etwas schleppend stattgefunden.

Der große dritte Punkt war die Bearbeitung der Nachtragsanbote, also der Mehrkostenforderungen. Die Mehrkostenforderungen sind teilweise monatelang verspätet abgewickelt worden. Es wurden Aufklärungen verlangt. Es wurde aber auch von den Firmen verlangt, Leistungen zu erbringen, ohne dass sie schon schriftlich wussten, was sie dafür bekommen. Also das ist natürlich auf einer Baustelle - das kann einmal passieren bei irgendeiner Mehrkostenforderung -, wenn das eine gewisse Breite kriegt, schwierig. Das ist ein Thema, das man die nächsten zwei Jahre dann versucht hat, einzufangen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Und worin sehen Sie die Ursache? Ich meine, offensichtlich hat hier

der Bauherr seine Aufgaben nicht entsprechend wahrgenommen, oder die Projektleitung. Also was ist eine der Hauptursachen, die Sie für dieses Chaos identifiziert haben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Das Wort Chaos ist vielleicht etwas bildhaft, wenn Sie gestatten. Es war aber sicherlich nicht einfach auf dieser Baustelle. Der KAV hat die wesentlichen Agenden seiner Bauherrenfunktionen ausgelagert. Er hat eine Projektsteuerung bestellt. Er hat eine örtliche Bauaufsicht bestellt. Er hat eine Begleitende Kontrolle bestellt und hat sich selbst mit einem sehr kleinen engen Team aufgestellt. Dieses Team hat sich dann Anfang bis Ende 2013 aufgelöst, also Koblmüller ist gegangen, Marhold ist gegangen am 12. Dezember, wenn ich das richtig weiß, und die Frau Mag. Loidl-Kocher, die einen extrem wertvollen Beitrag für das ganze Projekt geleistet hat, ist dann auch, ich glaube, im Jänner oder so ähnlich, in Karenz gegangen. Dann standen also für das Projekt zur Verfügung der Dior Balázs als Bauherrenvertreter und der Herr Strenn. Da war noch ein Jurist dabei. Dessen Namen ist mir entfallen. Das war natürlich eine relativ überschaubare Besetzung der Bauherrenschaft, noch dazu, wenn die beauftragten Professionisten, wie es auch in allen Berichten der Begleitenden Kontrolle schon seit Jahren gestanden ist, nicht so ganz ihre Funktionen erfüllten, wie sie sollten. Das kann man alles in den BK-Berichten nachlesen, die, soweit ich sie kenne, die Situation auf der Baustelle sehr deutlich und auch sehr nachvollziehbar abbilden, und zwar sowohl die Quartalsberichte als auch die sonstigen Prüfberichte, von denen es, glaube ich, an die 2 000 oder so ähnlich gibt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Grüß Gott, Herr Ing. Fuld! Danke für die sehr interessanten Ausführungen.

Begleitende Kontrolle: Es stimmt, gerade diese Berichte, die vierteljährlich gekommen sind, sind sehr aufschlussreich. Bei unserer letzten Untersuchungskommission waren zwei Herren der Begleitenden Kontrolle da, die das sehr klar aufgezeigt haben, weil ich gefragt habe. Ich habe die Berichte der Begleitenden Kontrolle in der Urlaubswoche gelesen. Wenn man sie von 2009 bis 2018, also erstes Quartal 2018 haben wir noch bekommen, liest, muss man sagen, das ist nicht auszuhalten, weil bei jedem Bericht immer wieder die gleichen Fälle aufgezeigt wurden. Das ist nicht erledigt, das ist nicht erledigt. Und das ist jahrelang so weitergegangen.

Da ist jetzt einmal die Frage: Wieso wurde da nicht gehandelt? Irgendwann muss doch einmal der Punkt kommen, wo man sagt, so geht es nicht weiter, da muss gehandelt werden. Die Herren haben auch gesagt, es war kein Mut da, es war keine Entscheidungsfreudigkeit da, es hat niemand Entscheidungen getroffen, und das war der Grund. Das ist natürlich schon als Chaos zu bezeichnen, wenn auf einer Baustelle niemand da ist, der dann Entscheidungen trifft.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Danke. - Heute Mittag wurde das Protokoll der Sitzung der letzten Woche veröf-

fentlicht. Ich habe es heute Nachmittag ein bisschen überflogen, weil mich interessiert hat, was die Begleitende Kontrolle hier für einen Standpunkt bezogen hat.

Ich habe ein Problem mit dem Wort "Problem" an sich. Ich komme ein bisschen aus der amerikanischen Planungswelt. Dort unterscheidet man zwischen Issues und Problemen. Bei uns in Österreich wird jede Herausforderung, jede Issue, sofort zum Problem. Eine Baustelle dieser Art besteht aus Tausenden Herausforderungen, jeden Tag, jede Stunde. Wenn Sie wollen, vom Generaldirektor bis zum letzten Hilfsarbeiter auf der Baustelle hat jeder seine Aufgaben zu erfüllen und jede Aufgabe ist herausfordernd. Wenn man jetzt zu jeder Herausforderung Problem sagt, so kommt etwas heraus, dass man die eigentlichen Herausforderungen nicht mehr von den Problemen unterscheiden kann. Denn erst wenn Herausforderungen nicht abgearbeitet werden, wenn sie die dafür beauftragten Konsulenten, wer immer davon betroffen ist, der Architekt, die ÖBA, die Projektsteuerung, Sonderfachleute, nicht lösen, dann wachsen sie sich zu einem Problem aus. Das ist das, was meiner Meinung nach Ende 2013, Anfang 2014 herausgekommen ist. Anfang 2014 hat man es dann deutlich erkannt, dass hier Schritte zu setzen sind.

Da war eben mein Vorschlag, man muss hergehen und muss den Bauherren verstärken. Das kann nicht ein Dior Balázs, den ich persönlich sehr schätze und für einen besonders fleißigen und bemühten Mann halte, bei all seinen Aufgaben nebenbei lösen. Das geht nicht. Das ist ein Fulltimejob für 20, 30, 40 Leute, die sich nur als Bauherr darum kümmern, dass die beauftragten Konsulenten das machen, was sie zu tun haben. Denn auch diese müssen kontrolliert werden. Das war mein Ansatz, eben Anfang 2014. Letztendlich kam dann das Büro Moser mit all diesen Übernahmen der Projektsteuerung, die Sie kennen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Das hat auch das Aufsichtsgremium festgestellt. Der Vorsitzende hat im Ausschuss gesagt, dass er es auch weitergegeben hat, dass der Herr Balázs einfach überfordert war. Er hat durchaus versucht, das brav zu machen, aber sein Aufgabengebiet war viel zu groß. Das deckt sich vollkommen damit.

Sind dann auch Lösungen getroffen worden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Man hat eben das Büro Moser geholt. Sie sind dann relativ kurzfristig im Frühsommer 2014 eingestiegen - schneller geht das mit einem Vergabeverfahren nicht -, haben sich dann halt in das Projekt eingearbeitet und haben die Situation deutlich verbessert. Das ist natürlich, wenn ein Projekt einmal so weit ist, gar nicht mehr so einfach.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Völlig richtig, dass dann das Büro Moser gekommen ist. Aber wenn Sie die Begleitende Kontrolle durchlesen, ist jahrelang immer aufgezeigt worden, es funktioniert nicht, da müssen Änderungen her. Dann hat es aber wirklich jahrelang gedauert, bis eine Änderung gekommen ist.



Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frage.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech** (*unterbrechend*): Moment, Moment. - Frage?

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Meine Frage ist: Da bin ich wieder dort. Wieso hat diese Entscheidung so lange gedauert? Ich glaube, vier Jahre in etwa, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe, ist diskutiert worden bei der Begleitenden Kontrolle, dass hier eine Veränderung oder Verstärkung auf jeden Fall notwendig ist. Trotzdem hat es so lange gedauert. Das ist meine Frage: Wer ist jetzt schuld daran? Da muss irgendwer dafür zuständig sein, der eben nicht zur richtigen Zeit gehandelt hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Danke. - Also nach meiner Erinnerung hat die Begleitende Kontrolle Ende 2014 noch bestätigt oder berichtet, dass sich das Projekt im Wesentlichen im Zeitrahmen und im Rahmen der Kosten, die vorgesehen waren, bewegt. Da, glaube ich eben, kommt dieser Unterschied zwischen Herausforderung und Problem heraus. Das wurde von Seiten der Begleitenden Kontrolle nicht graduell abgewogen. Sie haben natürlich Herausforderungen, die sie in diesen Quartalsberichten über Jahre abgebildet haben. Zum Problem wurde das Ganze, wie auch der BK-Bericht aus dem ersten Quartal 2014 zeigt, eben dann Anfang 2014.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Jetzt eine andere Frage zum Anti-Claim-Management, weil ich mich eigentlich nicht auskenne. Ich verstehe es nicht.

Worin besteht eigentlich der konkrete Unterschied zwischen Anti-Claim- und Forderungsmanagement? Nur zum Verständnis.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Forderungen werden üblicherweise, wenn sie aus wirtschaftlicher Seite kommen, von den Auftragnehmern gestellt. Das Anti-Claim-Management ist dazu da, zu versuchen, im Sinne des Bauherren die Forderungen zwischen berechtigten und überzogenen zu trennen.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Aber im Grunde genommen kann das durchaus zusammenpassen, nicht?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Das ganze Thema bewegt sich immer um dasselbe. Eine Firma bekommt einen Auftrag nach einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren oder im privaten Bereich nach einem sonstigen Bieterverfahren und dann beginnt das leider immer mehr ausartende Spiel: Wo ist in der Ausschreibung eine Lücke? Wo ist etwas anders als zum Zeitpunkt der Ausschreibung kalkulierbar?

Sie wissen, was ein bauwirtschaftlicher Claim ist? - Nein. Ein bauwirtschaftlicher Claim ist die zentrale Forderung, die heute gestellt wird. Es gibt einen Zeitpunkt, wo das Leistungsverzeichnis an die ausführenden Firmen geschickt wird. Auf Basis dieses Leistungsverzeichnisses erstellen diese eine Kalkulation und rechnen aus, was der Laufmeter Rohr kostet und was der Quadratmeter Tapete kostet oder was immer eine Firma anbietet, immer ausgehend von der Situation, die ihr im Rahmen des Leis-

tungsverzeichnisses und dessen Beilagen dargelegt wird. Wenn also im Leistungsverzeichnis ein Terminplan enthalten ist, der auch vorgibt, dass Juni 2016 das Krankenhaus eröffnet wird und dann dauert das ganze länger, so entstehen nicht vorhersehbare, nicht kalkulierbare Kosten, die zu Mehrforderungen aus dem Vertrag, nicht aus Schadenersatz, führen. Diese Mehrkosten aus Vertrag muss man sich so vorstellen: Sie haben eine Baustelle, wo kalkuliert ist, dass ein Mann oder eine Frau acht Stunden arbeitet und für diese acht Stunden auch ausgelastet ist. Für diese acht Stunden Arbeit ist nun ein gewisser Anteil eines Poliers, eines Buchhalters, bis zum Direktor einer Firma miteinkalkuliert. Den ganzen Overhead muss ja jemand bezahlen. Wenn statt diesen acht Stunden der Mitarbeiter nur sieben Stunden arbeiten kann, weil er vor einer Situation steht, die eine Störung darstellt, er will ein Rohr verlegen und die Betonwand hat keinen Durchbruch, dann entsteht eine Störung. Diese Störung führt dazu, dass der verrechenbare Preis für den Meter Rohr durch höhere Allgemerkosten belastet ist. Das nennt man, unter anderem, aber als Beispiel, einen bauwirtschaftlichen Claim, weil einfach die bauwirtschaftliche Kalkulation hinter dem verrechenbaren Einheitspreis nicht mehr mit dem übereinstimmt, was Grundlage der Kalkulation zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes war.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN, Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Guten Tag, Herr Dr. Fuld!

Ich darf noch einmal an den Anfang zurückgehen. Sie haben als bauwirtschaftlicher Berater eine gutachterliche Stellungnahme zur monetären Bewertung des Vergabeerfolgs der dann gewählten Mischvariante von zirka 250 Gewerkevergaben abgegeben. Laut diesem Gutachten wären die Risiken, also das Schnittstellenrisiko und der damit verbundene erhöhte Koordinationsbedarf, bei - ich sage es jetzt unter Anführungszeichen - "Anwendung pflichtgemäßer Sorgfalt der Erfüllungs- und Besorgungshelfen verhältnismäßig gering gewesen" - Anführungszeichen zu.

Wussten Sie zum damaligen Zeitpunkt, dass es bereits Schwierigkeiten mit der damaligen Projektsteuerung gab?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ich kann mich gar nicht erinnern, ein derartiges Gutachten erstattet zu haben. Ich war zu dem damaligen Zeitpunkt gar nicht dabei. Also ich bin 2008 ausgestiegen. Die ganze Entscheidung, PPP ja oder nein, ist nach meiner Erinnerung zirka 2010 gefallen. Da war ich in diesem Projekt überhaupt nicht involviert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Dann tut es mir leid, wenn ich Sie das gefragt habe. Ich habe auch keine Jahreszahl dabei.

Ich muss jetzt nur schauen, ob diese Fragen dann auch noch für Sie passen. Der Rechnungshof erachtete die Beauftragung des bauwirtschaftlichen Beraters mit der

gutachterlichen Stellungnahme zum Vergabeerfolg insbesondere wegen des Fehlens einer quantitativen Risikobewertung als wenig zweckmäßig.

Aus welchen Gründen unterblieb eine solche quantitative Risikobewertung? Gehört das da dazu?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Es tut mir leid, ich habe mit dieser ganzen Umstellung von PPP auf ein anderes Vergabemodell nichts zu tun gehabt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Dann darf ich zu einer anderen Frage gehen.

Wirken neben den Anwälten auch Sachverständige an diesem Clearingverfahren mit? Und wenn ja, welche Partei benennt diese jeweils?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Die Clearingstelle beschäftigt keine Sachverständigen. Es werden von den Teilnehmern am Clearingverfahren Privatgutachten oder von Privatsachverständigen ausgearbeitete Berechnungen vorgelegt, die ich mir dann im technischen Bereich anschau, auch mit diesen Privatgutachtern diskutiere, hinterfrage, die im rechtlichen Bereich von Prof. Holoubek geprüft und angesehen werden. Da gibt es Schriftsätze der beteiligten Rechtsanwälte.

Aber der Sinn des Clearingverfahrens ist, in relativ absehbarer Zeit, was immer ein bisschen dehnbar ist bei Beträgen dieser Größenordnung, einen Vorschlag auszuarbeiten, mit dem beide Seiten, sagen wir, leben können. Insgesamt gesehen haben wir durch diese Clearingverfahren etwa zirka 130 Millionen Prozessgegenstand vermieden.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ, Herr Seidl.

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Danke, Herr Diplomingenieur, für die bisherige Beantwortung.

Meine erste Frage, die ich allerdings jedem stelle, ist: Gab es eine Ausschreibung vor der Vergabe an Sie?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Mikrofon.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Danke. - Meine erste Beauftragung war diese Phase eins. Diese Phase eins wurde ich direkt beauftragt und habe für diese Phase eins über drei Jahre den Betrag von 96 192 EUR abgerechnet. Das war mit einem Nachtragsangebot, weil die Bewertungskommission ein zweites Mal tagen musste, da die erste Bewertung aufgehoben wurde. Da gab es kein Ausschreibungsverfahren.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seidl.

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Jetzt möchte ich zu den Clearingverfahren zurückkommen. Im Rechnungshofbericht steht, dass die Kosten für die Clearingstelle, und zwar der ersten sechs Verfahren, insgesamt 962 000 EUR betragen, davon hat der Krankenanstaltenverbund, wie wir lesen können, 50 Prozent übernommen. Wofür war dieser Betrag genau und – das passt dann da

natürlich gleich mit rein – sind da die Kosten von Gutachtern und externen Konsulenten bereits drinnen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ich kann diesen Betrag im Moment nicht verifizieren, aber größenordnungsmäßig kommt er mir irgendwie plausibel vor. In diesem Betrag enthalten ist die Clearingstelle, das ist der Professor Holoubek und das bin ich, und die Frau Dr. Rechberger, die uns als Juristin da unterstützt hat, die Schriftsätze gemacht hat und das Ganze ein bisschen geordnet hat. Und da sind viele hunderte Stunden an Arbeit von Holoubek und mir hineingeflossen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seidl.

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Jetzt haben Sie uns gesagt, insgesamt gibt es bis dato 14 Clearingverfahren, wissen Sie ungefähr, wie hoch die Kosten insgesamt für alle 14 Clearingverfahren sind?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Das kann ich Ihnen leider nicht sagen, das Clearingverfahren 13, das ist jetzt im Jänner abgeschlossen worden, ist nicht einmal noch abgerechnet, und von diesen Kosten der Clearingverfahren zahlen ja, ganz grob gesagt, in etwa die Hälfte die Antragsteller, also die Auftragnehmer. Das ist nicht immer gleich, manchmal zahlen die Antragsteller alles, wenn Sie einen Antrag stellen, dem der Haftende nicht beitrifft, denn das wäre ja unangemessen, den KAV etwas zahlen zu lassen, wenn er sagt, ich lasse mich auf das Clearingverfahren nicht ein, aber so im Großen und Ganzen ist das etwa 50:50.

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Wenn für sechs Verfahren eine knappe Million, dann bin ich bei 14 Verfahren dann bei 2,3 Millionen, Daumen mal Pi, so ungefähr, dort werden wir uns hinbewegen, für drei Personen, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, für Sie, für den Herrn Prof. Holoubek und für eine Juristin?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ich glaube, so größenordnungsmäßig werden diese 14 Verfahren etwa 1,7 Millionen EUR kosten, für alle Beteiligten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ, Frau Akcay.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Sie haben in Ihren Ausführungen gesagt, dass die Bauzeit zu kurz gewesen wäre aus Ihrer Sicht, dass man sie allzu kurz geplant hätte, wie lange hätte sie dauern sollen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: So weit mir das erinnerlich ist, hat der Rohbau etwa Mitte 2012 begonnen und man wollte Mitte 2016 die ersten Patienten dort behandeln. Wenn Sie jetzt davon ausgehen, dass die Inbetriebnahme-Phase so eines Krankenhauses mit allen Behördenbewilligungen und technischen Inbetriebnahmen und Probetriebes, wenn Sie es sehr kurz machen, meiner Meinung nach in der Größenordnung von neun bis zwölf Monaten liegt, so verbleiben Ihnen drei Jahre Bauzeit für – bleiben wir bei den – 825 Millionen. Wenn Sie 825 Millionen durch drei Jahre dividieren, so sind es kopfgerechnet zirka 280 Millionen im Jahr oder 25 Millionen pro Monat. Die müssen Sie auf einer Baustelle einmal umsetzen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Akcay.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Der Zeuge Kropik sagte aus, dass er am Anfang beim Clearingverfahren dabei war. Warum war er dann eigentlich nicht mehr dabei?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Dipl.-Ing. Kropik war als Gutachter des KAV beim Clearingverfahren dabei, hat also Privatgutachten verfasst, war auch bei Clearingbesprechungen dabei, wo man also ihn hinterfragt hat, wie seine Meinungen sind, wie er zu seinen Berechnungen kommt, aber er war nie von der Clearingstelle beauftragt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Akcay.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Und wie war die Zusammenarbeit mit Herrn Kropik?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ich bin ein Mensch, der prinzipiell versucht – und glaube auch, dass es ihm gelingt –, mit allen Menschen, mit denen er sachlich kommunizieren kann, gut zusammenzuarbeiten. Da gibt es unterschiedliche Meinungen, da gibt es unterschiedliche Ansätze, da kann man über diverse Berechnungsansätze diskutieren, aber das ist immer ein sachlicher Dialog und damit ist die Zusammenarbeit aus meiner Sicht fruchtbringend gewesen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sie haben richtige Weise die kurze Bauzeit kritisiert. Mitte 2016 ging es in Betrieb, das verstehe ich schon, denn wir hatten ja 2015 Wahlen in Wien, also insofern verstehe ich schon, warum man 2016 schon mit dem Spital eröffnen wollte. Eine Frage zur Haustechnikplanung, denn das war letztes Mal vom Statiker ein sehr wesentliches Thema, der bemängelt hat, dass es immer wieder Umplanungen gab, dass es teilweise sehr große Mauerdurchbrüche gab, weil gerade bei der Haustechnik viele Dinge sehr, sehr schlecht koordiniert waren. Wer hatte die Gesamtverantwortung für die Haustechnikplanung im KH Nord?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Das ist eine gute Frage. Man ist auf dieser Baustelle hergegangen und hat eine Art Selbstkoordination der ausführenden Firmen vereinbart. Wenn Sie – und da habe ich eine Zahl im Kopf – 290 ausführende Firmen beauftragen und sagen, dass sich die mit den anderen zu koordinieren haben, so ist das mathematisch 290 über zwei, und das gibt 42 000 Kommunikationslinien. Nach meiner Erfahrung funktioniert Selbstkoordination auf einer Baustelle überhaupt nicht, und bei 42 000 Kommunikationslinien funktioniert es auf keinen Fall.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Das heißt, hier war dann aber von vornherein klar, oder musste dem Bauherren ja klar sein, dass eine Selbstkoordination gerade der haustechnischen Firmen – das ist ja eines der Herzstücke eines Krankenhauses, also Heizung, Kühlung, Lüftung, verschiedene Stoffströme ist eine hochkomplexe Thematik, also auch eine dynamisch hochkomplexe Thematik –, fast schon als fahrlässig zu bezeichnen ist. Geben Sie mir da Recht?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Im Jahre 2008 war die Frage, wie werden Gewerke ausgeschrieben, kein Thema. Im Jahre 2013 oder besser Anfang 2014, als ich mich ein bisschen in die Sache eingelese habe, war einer meiner ersten Vorschläge, eine Art Koordinationsstelle dieser Haustechnikfirmen zu gründen. Warum? Wenn sieben Haustechnikauftragnehmer, die alle im besten Wissen ihre Arbeit erledigen, eine große Anzahl von Schnittstellen haben, dann wird es dazu kommen, dass irgendein Rohr irgendeine Kabeltasse trifft, denn man kann gar nicht so genau planen, es wird immer irgendwas passieren. Und da gibt es jetzt zwei Lösungsansätze: Der eine Lösungsansatz ist, dass man sagt, wir packen's, das heißt, wir koordinieren uns, wir erledigen das Ganze, wir machen das Ganze. Das geht aber nur, wenn irgendjemand diese ganze Angelegenheit koordiniert und ordnet, denn das die zwei Obermonteure auf der Baustelle sagen, "na, ich lege mein Rohr ein bisschen höher und du die Kabeltasse ein bisschen tiefer", das geht in einem Projekt dieser Größenordnung nicht, das kann man bei einem Einfamilienhaus machen, und auch dort gibt es ausreichend Gerichtsverfahren, weil das dann halt nicht funktioniert. Bei einem Projekt dieser Größenordnung muss die Haustechnik koordiniert sein, insbesondere, um Schnittstellen zwischen den Haustechnikgewerken auszuschalten. Wenn man jetzt hernimmt, wie im gegenständlichen Fall, und die Haustechnikgewerke mit Einzelausschreibungen vergibt, schafft man diese Schnittstellen. Und mehr kann ich dazu nicht sagen, weil ich in die Änderung des Vergabemodells nicht eingebunden war, ich habe da nur das Resultat gesehen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Also ich muss wirklich sagen, ich bin geradezu schockiert, gerade die Haustechnikplanung wirklich selbstkoordiniert vornehmen zu lassen, erachte ich schon als sehr fahrlässig aus der Sicht eines Bauherren, denn gerade das war eines der wesentlichen Probleme anno dazumal im AKH. In weiterer Folge waren das die Themen, die ja die immensen Kosten verursacht haben und hier aus meiner Sicht offensichtlich ein absolut mangelndes Risikomanagement besteht, denn das Risiko hätte man bei einer richtigen Risikobeachtung auch frühzeitig erkennen müssen und das hat man offensichtlich nicht gemacht.

Sie haben ja zuerst gesagt, dass Sie befürwortet haben, dass es einen Generalplaner gibt und eben nicht die vielen Einzelfirmen, wie man ja auch an diesem Beispiel sieht. Wenn man diesen Schritt der vielen Einzelfirmen macht, ab wann hätte wer sagen müssen, wir brauchen eine Koordination der Haustechnikplanung, aus Sicht des Bauherren? Also wann wurde das eigentlich verabsäumt und wer trägt dafür aus Ihrer Sicht die Verantwortung?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Wenn ich es mir ganz einfach mache, dann sage ich, ich war nicht dabei. Es ist aber so, dass ich weiß, dass es damals intensive Gespräche über die Frage „Können wir das so abwickeln oder nicht?“ gegeben hat und dass es damals – so man mir

irgendwann einmal berichtet hat im Laufe dieser Jahre – dazu gekommen ist, dass alle Beteiligten gesagt haben: Wir sind richtig aufgestellt. – Mehr weiß ich darüber nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Rohbau - Baumeister 5200, da war ja 98 Millionen, der Kollege Gara hat das ja vorhin auch gesagt, geplant, gekostet hat es 160 Millionen: War das im Clearingverfahren?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Es gab den Antrag des Clearingverfahrens 7, Mehrkosten Rohbau - Baumeister, und dieses Verfahren wurde vom KAV nicht aufgegriffen.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Das bedeutet, das ist derzeit völlig offen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Wenn ich richtig informiert bin, gibt es noch nicht einmal eine Schlussrechnung der PORR.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Welche Firmen haben Clearingverfahren, wo der KAV nicht beigetreten ist, welche Firmen betrifft das?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Bei den Verfahren, die die PORR angestrengt hat.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Nicht nur PORR – ah, nur PORR?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ja.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Und bei all den anderen 13 Firmen hat man eine Lösung getroffen und – Sie haben gemeint – immer in etwa 50:50?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also es gab ein Clearingverfahren, das die PORR beantragt hat, über Mehrkostenforderungen Rohbau - Baumeister. Es gab eines über die Kollektor-Decke und deren Abrechnung, also Erschwernis im Zusammenhang mit der Herstellung der Kollektor-Decke, und es gab einen Clearingantrag im Zusammenhang mit dem Thema Dichtheit des Kellers oder Weiße Wanne, wie immer Sie das nennen wollen. Und an diesen hat der KAV dann nicht teilgenommen oder ist nicht eingestiegen auf das Verfahren.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Herr König, an sich ein enger Mitarbeiter der Stadträtin Wehsely, hat bestätigt, dass im Rahmen der Clearingverfahren Probleme der Zuständigkeiten, Regelungen in der Überwachung und innerhalb der Projektleitung offensichtlich wurden. Können Sie die wichtigsten Punkte nennen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Da muss ich Sie bitten, das etwas präziser zu fragen, das ist mir nicht so ganz klar.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Er hat das so ausgesagt. Er hat gesagt, Clearingverfahren war sehr wichtig und notwendig, weil die Probleme der Zuständigkeiten, Regelungen in der Überwachungen innerhalb der Projektleitung offensichtlich wurden. Also er hat damit gemeint,

man hat gesehen, dass die Projektleitung nicht optimal gearbeitet hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also da muss man jetzt ein bisschen aufpassen. Projektleitung ist für mich das Gremium, das zuständig war für das Projekt beim KAV, Rechtsteuerung waren die beauftragten Projektsteuerer, das war diese ARGE mit Vasco und Partner und später dann durch die Moser Architects. Das Thema Probleme in der Projektleitung, also interne Probleme des KAV, so es diese gegeben hat und so sie eruiert wurden, war meiner Meinung nach nicht Thema des Clearingverfahrens selbst. Also es gab kein Clearingverfahren, wo man gesagt hat – ich weiß nicht –, der KAV ist mit zu wenig Personal aufgestellt oder mit zu viel Personal, oder hat die richtigen Leute oder die falschen, das war nicht Thema eines Clearingverfahrens.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN, Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Nochmals eine Frage zum Clearingverfahren: Im Rechnungshofbericht steht, dass trotz Einigung in dem Clearingverfahren einzelne der dort bereits verhandelten Themen zur Zeit der Gebärungsprüfung für die Beteiligten nicht zufriedenstellend gelöst wurden. Jetzt ist das normal, denn das Clearingverfahren heißt ja eben nicht rechtlich bindend, das ist ja der Unterschied zu anderen Verfahren. Man kann das noch einmal anders überlegen, zumindest ist es in diesem Verfahren so vereinbart. Der Rechnungshof erwähnt in diesem Bericht diesbezüglich das Clearingverfahren KAV und sieben Auftragnehmer der technischen Gebäudeausrüstung. Im Nachhinein ist es immer leichter, aber hätte in so einem Fall ein echtes Schiedsgutachterverfahren, welches eine bindende Grundlage für ein mögliches gerichtliches Verfahren schafft, eine nachhaltige Lösung schaffen können und würden Sie glauben, dass man mit der PORR jetzt Abstand nimmt von Clearingverfahren und das auf anderer Ebene ausstreiten muss, um zum Ergebnis finden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Als das Clearingverfahren 6 abgeschlossen wurde, hat man unter gewissen Randbedingungen eine bauliche Fertigstellung des Projektes mit Ende 2017 vereinbart. Dies eben unter der Voraussetzung, dass die Randbedingungen für die Ausführungen stimmen. Eine der wesentlichen Randbedingungen für die Ausführung eines Hautechnikgewerkes ist die Vorleistung. Das heißt, Sie können einen Waschtisch nur montieren, wenn die Fliesen schon geklebt sind, Sie können ein Rohr nur verlegen, wenn der entsprechende Durchbruch in der Wand vorhanden ist und, und, und. Und wenn diese Voraussetzungen nicht vorhanden sind, und darüber gibt es ja Berge von Störungsmeldungen, dann kann man den Plan, der im Clearingverfahren 6 von allen Beteiligten getragen wurde, nicht umsetzen. Und was die PORR macht, entzieht sich vollkommen meiner Kenntnis. Ich weiß, dass sie die Anträge gestellt hat, ich weiß nicht, wie der KAV weiter vorgeht. Wir sind als Clearingstelle eine Dienstleistung, wenn man an uns etwas

heranträgt, dann werden wir das bestmöglich bearbeiten. Derzeit steht das Ganze aus unserer Sicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn,

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Für die sechs zum Zeitpunkt der Gebarungsprüfung bereits beendeten Clearingverfahren, also offensichtlich die ersten sechs, entstanden dem KAV Kosten von rund 481 000 EUR. Jetzt haben Sie gesagt, auf die 14 Verfahren wird es in etwa auf 1,7 Millionen EUR hinauslaufen, wenn ich das vorher richtig notiert habe. Diese Kosten fallen aber auch dann an, wenn das Ergebnis des Clearingverfahren am Ende von einer der zwei oder von beiden Parteien nicht angenommen wird. Was kostet im Vergleich dazu ein echtes Schiedsgutachterverfahren im Schnitt? Ist das dann viel teurer oder kann man es so genau nicht sagen, ist es das Gleiche, denn die Kosten fallen beim Clearingverfahren auch an, wenn am Ende eben jemand auf eine andere Idee kommt und sagt, es gefällt mir nicht mehr?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also ein Schiedsgutachterverfahren ist ja ganz anders aufzuziehen als ein derartiges Clearingverfahren. Ein Clearingverfahren läuft so, dass man sich eine möglichst objektive Meinung der Standpunkte der Parteien verschafft, dass man sich daraus ein Bild verschafft, dass man es mit den Parteien diskutiert und versucht, einen mediativen Mittelweg zu finden, wo jeder der beiden sagt, na ja, das gefällt mir nicht, aber damit kann ich leben. Wenn Sie ein Schiedsgutachterverfahren abziehen, ob als Schiedsgutachter oder als Schiedsgericht, müssen Sie im Prinzip ein Gerichtsverfahren nachvollziehen. Das heißt, Sie müssen Beweise aufnehmen, Sie müssen Zeugen hören, Sie müssen Zeugen beurteilen. – Ich brauche das der Frau Vorsitzenden nicht erklären, was das heißt. – Das ist ein Vielfaches des Aufwandes und dauert wesentlich länger. Wir haben ja Verfahren geführt, die waren binnen weniger Wochen erledigt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Den 1,7 Millionen Investition von der Stadt oder vom KAV stehen dann wie viel Erlöse vis-à-vis? Das Clearingverfahren muss ja am Schluss ein Gewinn sein für die Stadt. Und haben Sie diese Zahl? Es geistern ein paar Zahlen durch die Gegend, nämlich auch hier von Zeugen und Zeuginnen, wie groß der Rahmen der Nachforderungen ist, Sie würden mit der höchsten Zahl beschäftigt werden – die war, glaube ich 200 Millionen EUR Nachforderungen – und mit Ihren zwei Kollegen, dem Herrn Reck und der Frau Reiberger-Mann hätten Sie wahrscheinlich auch viel Arbeit und keine Zeit mehr für etwas anderes. Und ich weiß nicht, ob das dann in Prozent abgerechnet wird oder nicht. Aber 1,7 Millionen Aufwand bringen dann wie viel Ergebnis für den KAV?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also die 1,7 Millionen muss man einmal durch zwei dividieren, denn die zweite Hälfte zahlen ja die Auftragnehmer, grosso modo, ein paar Prozent sind nicht genau gewogen. Und wenn ich sage, dass insgesamt in diesem Clearingverfahren

Streitwert in der Größenordnung von zirka 130 Millionen drinnen stecken und letztendlich der KAV dafür ein bisschen mehr als 50 Prozent bezahlen musste, dann hat er sich ein bisschen weniger als 50 Prozent erspart. Und ich habe für das Clearingverfahren 13 eine Kostenhochrechnung angestellt. Im Clearingverfahren 13 ging es dann letztendlich um die Größenordnung von zirka 23 Millionen EUR und man hat mich gefragt, was ein Verfahren kostet. Und das habe ich dann ausgerechnet: Verfahren erster Instanz, eine Runde hinauf, eine Runde herunter, alle Technischen bearbeitet, die man dafür an der Stange hat, also bezahlen muss, die Rechtsanwälte, ich habe das ein bisschen überschlagen und bin auf zirka 18 Millionen gekommen, da ein derartiges Verfahren über geschätzte 14, 15 Jahre dauert. Und das sind natürlich Größenordnungen. Wenn ich von den 18 Millionen 200 000 EUR in die Clearingstelle stecke und den Rest für Befriedigung zum Teil verwende, dann ist das unter dem Strich, in meinen Augen, aber auch für beide Seiten ein Geschäft. Denn auch eine ausführende Firma hat nichts davon, wenn eine Forderung in ihrer Bilanz steht, aber in der Kassa ist nichts.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Zusatzfrage: Mein Problem waren jetzt nicht die 1,7 Millionen, wie sich die aufteilen, 50:50 gut, sondern wie viel wird aus dem Clearingverfahren? Sie haben jetzt gesagt, das betrifft 130 Millionen im Gesamtvolumen, das kostet 1,7 und das teilt sich auf zwei auf. Wäre das 100 Prozent Erfolg, würde sich das noch günstig anhören, aus meiner Sicht. Aber das will ich gar nicht beurteilen, ob die 1,7 gerechtfertigt sind, das nehme ich an, sondern, was heißt denn das vom Ergebnis her, von den strittigen 130 Millionen hat jetzt der KAV dann wie viel zurückbekommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: So zirka ein bisschen weniger als die Hälfte.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ, der Herr Fürnkranz

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Ich meine, dass so eine Clearingstelle grundsätzlich eine sinnvolle Einrichtung ist. Das ist ja, glaube ich, unbestritten, und die Zahlen sind ja auch ganz beeindruckend. Mich würde aber jetzt einmal das konkrete Verfahren interessieren. Wie gehen Sie, wenn so ein Fall an Sie herangetragen wird, konkret dabei vor? Ich stelle mir jetzt einmal vor, das erste, was ich da mache, ist wahrscheinlich, dass ich einmal untersuche, nämlich materiell, inhaltlich, ob diese Anspruchsgrundlage besteht, auf Basis der bestehenden Verträge, die zwischen dem Unternehmen und dem KAV abgeschlossen worden sind. Ist das so?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ein Clearingverfahren beginnt damit, dass eine Partei einen Antrag stellt, oder beide gemeinsam, auch das ist vorgekommen. Und in diesem Antrag muss drinnen stehen, worum es geht. So ähnlich wie eine Klageschrift oder ein vorbereitender Schriftsatz, wo man also einmal lesen kann, was wollen die überhaupt von der Clearingstelle. Und dann haben wir

der anderen Partei, wer auch immer, die Möglichkeit gegeben, dazu einmal Stellung zu nehmen und dazu alles vorzulegen, was sie so glauben, dass wichtig ist für die Clearingstelle, an Verträgen, an Unterlagen, an Mehrkostenforderungen, an technischen Unterlagen – das hängt ja sehr davon ab, worum es gegangen ist. Und wenn all diese Unterlagen dann beisammen waren, haben wir, Holoubek und ich, das Ganze dann einmal geprüft, gelesen und uns eine Meinung verschafft. Und dann haben wir Besprechungen abgehalten, also Clearingverfahrensbesprechungen, wo wir die Leute an einen Tisch geholt haben, mit ihren Privatgutachten und Beratern, Rechtsanwälten – wer aller da dabei war, das waren relativ große Runden –, und haben versucht, die gegenseitigen Standpunkte so weit auszuloten, dass man draufkommt, wo ist eine Forderung berechtigt oder wo ist die Forderung vielleicht doch ein bisschen hoch angesetzt, weil man eh weiß, dass nicht alles übrigbleibt, vice versa, wo wird die Forderung auf null reduziert, obwohl man weiß, ein kleines Körnchen Wahrheit ist schon drinnen. Und das ist dann meistens gelungen, dass man sich da auf eine Größenordnung von – verallgemeinern kann man das nicht, aber ich weiß nicht – vielleicht 10 oder 20 Prozent annähert. Und im Bereich dieser 10 oder 20 Prozent wurde dann seitens der Clearingstelle eine Entscheidung getroffen, was wir angemessen sehen. Und dann wurde letztendlich, wenn diese Zahl einmal am Tisch gelegen ist, noch über die Abwicklungsmodalitäten diskutiert, also wann wird bezahlt, was wird bezahlt, was ist damit alles abgegolten, was ist bereinigt. Und dann kam ein Papier heraus, das ist der sogenannte Clearingvorschlag, und zu dem konnten beide Parteien dann nein sagen, binnen drei Wochen, wenn sie wollten. Was sie aber nie getan haben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Das heißt, im Enddefekt läuft das so ähnlich ab, wenn auch eben mit geringerem Aufwand, wie ein Gerichtsverfahren, wenn ich das so richtig verstehe, denn Sie sagen, die Parteien kommen mit ihren Argumenten daher und Sie entscheiden das gewissermaßen oder machen einen Vorschlag in der Richtung?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Große Bauprojekte enden in den meisten Fällen mit Vergleichen, da einfach nach einer gewissen Zeit die wesentlichen Tatsachen erhoben sind und das, was dann sozusagen noch übrigbleibt an Grauzone, wird dann meistens verglichen. Das ist die Praxis eines Bauprojektes. Was nicht heißt, dass alle Bauprojekte so ausgehen, also es gibt auch welche, die dann mit einem Urteil enden müssen. In dem Clearingverfahren ist es so, dass die Clearingstelle die Aufgabe hat, möglichst rasch einen Vorschlag auszuarbeiten. Das heißt, wir haben uns überlegt, welche Zeugen, welche Leute, welche Unterlagen wollen wir und haben uns nicht überfrachten lassen. Das heißt, wir haben versucht, das auf das Wesentliche zu reduzieren. Das Ganze lief natürlich auch mit Gesprächen mit den Beteiligten, man hat natürlich mit den Beteiligten besprochen, was könnt ihr euch vorstellen, wo sind wir, das geht, das geht nicht.

Also da steckt natürlich auch sehr viel verbale Mediation dahinter. Und da ist dann meine Aufgabe, mit den Beteiligten einfach zu sprechen, was ist drinnen, was geht, was ist berechtigt, warum glaubt ihr, dass das so ist. Und da haben sich dann schon Meinungen herauskristallisiert auf beiden Seiten, die letztendlich zusammengewachsen sind.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Eine Verständnisfrage zu Ihrer Rolle. Sind Sie sozusagen eine unabhängige Einrichtung oder sind Sie im Auftrag des KAV tätig?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Die Clearingverfahren wurden immer in diesen vierseitigen Verträgen abgewickelt. Also es gab einen Vertrag, Antragsteller-Antraggegner, also KAV oder irgendeine antragstellende Firma, Holoubek und ich. Da wurde ein Clearingvertrag abgeschlossen, eine Vereinbarung, und auf Basis dieser Vereinbarung ist das dann abgewickelt worden. Teil dieser Vereinbarung war, dass zum Schluss über die Kosten zu entscheiden waren. Das ist also je nach dem Obsiegunsprinzip oder nach einer ähnlichen Richtlinie oder nach ähnlichen Vorstellungen, dann zugesprochen worden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Noch einmal dieselbe Verständnisfrage: Sind Sie vom KAV beauftragt worden, diese Clearingverfahren abzuwickeln, oder sind Sie da sozusagen unabhängig tätig?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Es wurde Anfang 2014 beschlossen, den Firmen die Möglichkeit zu geben, ein derartige Clearingverfahren einzuleiten, also, dass diese Clearingstelle überhaupt existiert. Die war nie im Auftrag des KAV tätig, die war immer im Auftrag von Antragsteller und Antragsgegner, also KAV - ausführende Firmen, KAV - PORR oder wer immer ist hier tätig geworden. Wir waren nie abhängig von irgendeiner Auftraggeberseite, und das haben wir auch so gelebt und gesehen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Sie haben gesagt, die meisten Bauprojekte enden im Endeffekt mit einem Vergleich. Hat diese Vereinbarung, die Sie abschließen, jetzt auch den rechtlichen Charakter eines Vergleichs?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also beim rechtlichen Charakter müssten Sie genau den Prof. Holoubek fragen, ich bin ein Bauingenieur, aber letztendlich wurde es aus meiner Sicht zu einer Werkvertragsergänzung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja, ein Vergleich ist bindend für beide Parteien, und so, wie ich das verstanden habe, was Sie machen, Sie machen einen Vorschlag, und der kann angenommen werden oder nicht. Also, es ist nicht dasselbe.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): So wie ich es verstanden habe, wird ja ein Vertrag abgeschlossen, das haben Sie ja ganz am Anfang gesagt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Nur über die Abwicklung.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Nein, nein, über das Ergebnis auch.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Nein.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Nein.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Ach so, okay, dann habe ich das falsch verstanden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ, Frau Abrahamczik.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Ich habe jetzt ein bisschen das Nachfragen des Kollegen Fürnkranz auch verstanden, bezüglich der Funktionsweise dieser Clearingstelle. Mir ist schon klar, es gibt die Person, die den Auftrag gibt, die anderen müssen es auch annehmen, das macht man nur gemeinsam. Sie haben vorher gesagt, dass ist 2014 beschlossen worden, aber Sie haben nicht dazugesagt, wer beschlossen hat, dass es eine Clearingstelle gibt. Das ist ja nicht vom KAV beauftragt, da es ja nur in dem gemeinsamen Beauftragen geht, aber wer hat dann beschlossen, dass es die Clearingstelle gibt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Einen Beschluss, dass die Clearingstelle eingerichtet ist, in dem Sinn, hat es nicht gegeben. Es gab die Idee, die Clearingstelle einzurichten, und dann hat man geschaut, ob die damals in heftigen Diskussionen befindlichen TGA-Auftragnehmer auf diesen Vorschlag einsteigen. Und die haben dann gesagt, gut, wir probieren es über die Clearingverfahren, wir bringen der Clearingstelle soweit Vertrauen entgegen, dass sie hier zu einem objektiven Ergebnis kommen, und dann wurde die erste dieser Clearingvereinbarungen getroffen. Das war nicht so eine Einrichtung wie eine Dienststelle, das darf man sich nicht vorstellen, das war einfach eine Idee und man hat gesagt, schauen wir, ob beide Seiten damit was anfangen können, und das wurde dann gelebt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Abrahamczik.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Es sind ja nicht immer die gleichen beiden Seiten, sondern es sind ja unterschiedliche Seiten. Der KAV ist immer eine Seite und dann gibt es unterschiedliche andere Seiten, je nachdem, um welchen Bereich es geht. Aber irgendjemand nennt Sie ja als Clearingstelle, wo man sich hinwendet, wenn es um das KH Nord geht, sonst könnte ich ja zu irgendeiner anderen Clearingstelle gehen oder jemanden anderen beauftragen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Na ja, dass es diese Clearingstelle gibt, beziehungsweise dass es sie gegeben hat, das war schon bekannt. Also ich meine, das war ja keine Geheimaktion, nicht, auf so einer Baustelle wird viel gesprochen, wenn der Tag lang ist, und wenn eine Clearingstelle sozusagen zur Verfügung gestellt wird, um hier ein Podium zu schaffen, wo man zu einer Einigung kommen kann, dann spricht sich das sehr rasch herum. Und es war ja damals wirklich das zentrale Thema Haustechnik, Haustechnikplanung, Mehrkostenforderungen der Haustechnik, allgemeine Vertragsbedingungen. Da gab es auch Themen, die relativ rasch gelöst werden sollen: Wer entscheidet, welche Brandschutzklappe wird wo

eingebaut – darüber haben die gestritten. Und da wurden relativ rasch dann Vorschläge ausgearbeitet und dann hat man gesagt, gut, unserer Meinung nach ist das so, und dann hat halt in Zukunft die HKLS-Planung entschieden, welcher Typ Brandschutzklappe eingebaut wurde, und die Diskussion war beendet. Und dann gab es Verfahren, die haben gedauert über ein Jahr, weil so komplex und so umfangreich.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Abrahamczik.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Die Dauer hätte mich auch interessiert, da Sie vorhin gesagt haben, einzelne waren binnen weniger Wochen geklärt, und jetzt, manche auch ein Jahr. Aber ich versuche es trotzdem noch einmal: Sie haben gesagt, es hat sich herumgesprochen, dass es eine Clearingstelle gibt. Ich stelle diese überhaupt nicht in Frage, wir sehen alle, dass diese durchaus Verbesserungen gebracht hat und hier auch gute Lösungen erzielt wurden, für alle Seiten. Nur, es muss ja jemand sagen, dass es die Clearingstelle gibt. Nachdem Sie jetzt gesagt haben, vorher ist es eigentlich nicht beschlossen worden, ich weiß, es wurde schon ein paar Mal in die Richtung gefragt, aber es ist mir noch immer nicht klar. Ich weiß, es gehören zwei Seiten dazu, die sich darauf einigen, dass sie diese Clearingstelle in Anspruch nehmen, aber die Clearingstelle kommt ja nicht aus dem Nichts und warum gehe ich zu dieser Clearingstelle und nicht wo anders hin?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also, erstens wüsste ich nicht, dass es eine andere Clearingstelle für das Krankenhaus Nord gibt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Das ist es schon.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Aber wer macht Sie zur Clearingstelle für das Krankenhaus Nord? Das ist die Frage.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Das Zweite ist, natürlich haben wir gesprochen. Also, die Idee war, Holoubeck und ich sollen so etwas Ähnliches machen wie beim Skylink, denn das hat funktioniert, und dann hat man mit den Auftragnehmern gesprochen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Der KAV, nehme ich an. Der KAV hat die Clearingstelle ins Leben gerufen, nicht?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also, soweit ich mich erinnern konnte, ist die Idee von Dr. Dullinger gekommen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gut, okay.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Als KAV-Vertreter.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Eine Zwischenfrage von mir: Könnte man Sie eigentlich als Befangen ablehnen? Ich bin jetzt Unternehmer, ich komme dorthin, möchte diese Clearingstelle in Anspruch nehmen und lehne Sie wegen Befangenheit ab, aus irgendeinem Grund. Kommt dann ein anderer, Herr Fuld?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Das System war so, dass man ja diesem Clearingverfahren beitreten musste, und wenn jemand der Meinung war, dass hier eine Befangenheit gegeben ist, hätte er nicht beitreten müssen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Abrahamczik.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): In dem Fall hätte er nur andere Rechtswege beschreiten können, wenn ich das jetzt richtig verstehe. Jetzt zurück zu der Frage, die ich zuvor schon stellen wollte, bezüglich der Dauer dieser Verfahren. Wir haben gehört, einige waren sehr schnell, binnen weniger Wochen erledigt, andere haben durchaus länger gedauert. Gab es da auch irgendetwas, wo es zu zusätzlichen Verzögerungen in der Fertigstellung kam, da die Firma gesagt hat, ich mache da nicht weiter, solange dieses Clearingverfahren nicht abgeschlossen ist?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Soweit ich das aus meiner Warte überblicken kann, war das Vertrauen, dass die Clearingstelle zu einem brauchbaren Ergebnis kommt, relativ groß und hat zu keinen praktischen Verzögerungen auf der Baustelle oder in der Planung geführt. Ich glaube, dass das eher die Abläufe beschleunigt hat, weil man sozusagen einen Art Schimmer am Horizont gesehen hat, dass das Ganze irgendwie positiv zu einer Erledigung kommt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Soweit ich das aus Ihren Schilderungen betrachten kann, ist es, glaube ich, wirklich notwendig, eine Clearingstelle zu haben, zumal so viel ja ursprünglich ungeplant in Selbstkoordination durchgeführt wurde.

Sie haben ja auch als Empfehlung abgegeben, dass die Architekturfirma Moser auch die Bauherrenunterstützung macht. War die Firma Moser zu einem späteren Zeitpunkt nicht auch für die Projektsteuerung verantwortlich?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also, zum Zeitpunkt, als ich die Empfehlung abgegeben habe, die Projektleitung zu verstärken, also den KAV zu verstärken, hat man natürlich ein Ausschreibungsverfahren durchführen müssen, man kann ja nicht einfach bei diesen Größenordnungen irgendjemanden beauftragen. Und da wurde so eine Art Ingenieurstundenpool ausgeschrieben. Man hat also Ingenieurstunden ausgeschrieben und hat gesagt, je nachdem, wie der Bedarf ist, kann der KAV auf die Sieger, Gewinner dieses Verfahrens zurückgreifen. Unter diesen ersten Dreien war ja auch dabei ein Statikbüro, da war ein Büro, das sich nur mit örtlicher Bauaufsicht beschäftigt hat, und je nach Bedarf hat man darauf zurückgreifen können. Dass der dringendste Bedarf durch Moser abgedeckt wurde, hat sich dann auf Grund der Aufgabenstellungen im Projekt ergeben und dass Moser derjenige war, der am Ehesten zu diesen Aufgabenstellungen gepasst hat oder die richtigen Voraussetzungen mitgebracht hat. Aber es gab auch Fragen der Statik, die dann vom zweiten Büro abgearbeitet wurden, also das gab es in allen Varianten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Aber noch einmal nachgefragt: Bauherrenunterstützung ist die eine Thematik, aber war oder ist Moser auch im Zuge des

Projektes teilweise für die Projektsteuerung verantwortlich?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ich war bereits Anfang 2014 der Meinung, dass man auf der Baustelle eine Art versteinerte Situation vorgefunden hat. Ich habe das vorhin mit dem Beispiel dieser Besprechung versucht darzulegen. Da war jeder auf seinem Standpunkt und hat den anderen mit E-Mails beschäftigt. Das ging auch zwischen der Projektsteuerung und der ÖBA, und hin und her, und der hat die Unterlagen gebraucht. – Wir haben 1,5 Millionen Dokumente auf Conject, Sie können es gerne einmal nachlesen, ich habe einen Bruchteil davon gelesen, aber das gibt es alles. – Und ich habe immer gesagt, man muss einen Ausweg aus dieser versteinerten Situation finden, und da gab es dann die Möglichkeit, man macht eine Änderung auf Seiten der Projektsteuerung und macht eine Änderung auf Seiten der örtlichen Bauaufsicht. Letztendlich hat man die Änderung auf der Seite der Projektsteuerung gemacht, weil es einfacher war, die Bauherrenagenden in Richtung Projektsteuerung auszuweiten, als eine örtliche Bauaufsicht auszuwechseln. Sie dürfen ja nicht vergessen, ich weiß nicht genau, aber in der örtlichen Bauaufsicht sitzen 60, 80 Techniker, die müssen Sie in Österreich einmal finden. Ich meine, wo finden Sie die Leute, die Sie für einen derartigen Austausch ad hoc brauchen, wie können Sie das Wissen weitergeben, das ist ja alles nicht so einfach. Und da können wir uns jetzt unterhalten über das Bundesvergabegesetz und seine Einschränkungen für die öffentliche Hand, die ich als gravierend erachte, gerade bei solchen Projekten, und die ja dann dazu führen, dass diese Einzelvergaben nicht durchführbar sind, weil das Versagen eines Gliedes der Kette zum Versagen der ganzen Kette führt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Das heißt, Moser hat teilweise sowohl Bauherrenunterstützung als auch Projektsteuerung gemacht, was sich eigentlich ein bisschen ausschließt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Erstens einmal war die Bauherrenunterstützung 2014 und der Wechsel der Projektsteuerung, ich glaube, das war 2016, aber da dürfen Sie mich nicht genau festnageln, aber ungefähr dieser Zeitraum, und 2016 ging es darum, wie schauen wir, dass wir fertig werden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Noch einmal zum Thema Haustechnik: Unabhängig von den ausführenden Firmen, was die Haustechnik betrifft, muss es doch einen Gesamtgeneralplan für die Haustechnik gegeben haben, sonst stelle ich mir das wahnsinnig schwierig vor, dass man ein so komplexes Konstrukt auch koordiniert abwickeln kann. Wer hat diesen ursprünglichen Plan für die haustechnischen Anlagen und das Zusammenwirken der haustechnischen Anlagen gemacht?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.



Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Da gab es die Ausführungsplanung der Haustechnikplaner, das sind die Planer, die unter der örtlichen Bauaufsicht angesiedelt waren, das war ZFG und Eipeldauer, was ich weiß, also die reinen Haustechnikplaner.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Sie haben den Anwalt Dullinger genannt, als Ideenbringer. Jetzt hat Dipl.-Ing. Kropik hier ausgesagt und hat gerade im Zusammenhang mit der Clearingstelle auch den Rechtsanwalt Dullinger erwähnt. Er sagte, dass er selbst bis 2017 in elf von zwölf Verfahren involviert war und Kropik beschreibt eigentlich seine Aufgabe bei den Clearingverfahren so als Erledigen der Papierarbeiten und das Erstellen einer Beschlussvorlage. Jetzt ist meine Frage: Warum wurde Rechtsanwalt Dullinger so oft beauftragt und wer hat – er ist ja dann ausgeschieden, Wetzlinger hat ja dann ihn nicht mehr mit Aufgaben betraut – dann seine Aufgaben übernommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also warum Dr. Dullinger so viele Aufgaben bekommen hat, weiß ich nicht. Ich kann nur sagen, dass aus meiner Warte und aus meiner Sicht der Beitrag des Dr. Dullinger als konstruktiv denkender Rechtsanwalt gerade in diesen Phasen Vergabe, Schwierigkeiten des Projektes sehr wertvoll war, weil er an konstruktiven Lösungen interessiert war. Warum der dann nicht mehr beauftragt wurde, entzieht sich vollkommen meiner Kenntnis.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Hat es da keine Absprache mit Ihnen gegeben, zum Beispiel von Dipl.-Ing. Wetzlinger?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ich habe den Herrn Dipl.-Ing. Wetzlinger nie persönlich kennengelernt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Meine Überlegung ist folgende: Sie sind gerichtlich beeideter Sachverständiger und der Dr. Holoubek ist der Jurist, also eigentlich war der Jurist ja vorhanden. Wieso war da jetzt der Rechtsanwalt auch noch notwendig?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Es gab immer auf beiden Seiten einen Rechtsanwalt, also zum Beispiel den Dr. Dullinger und die Frau Dr. Dr. Müller, die die Haustechnikfirmen vertreten hat. Das heißt, in diesem Clearingverfahren waren die Firmen und der KAV durch Rechtsanwälte vertreten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Und welcher Rechtsanwalt oder Rechtsanwältin ist dann nach Dullinger gekommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Der Dr. Draskovits.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Könnten Sie uns alle Clearingverfahren aufzählen und kurz den Sachverhalt sagen und welche Firmen es betrifft.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Prinzipiell gerne.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Aber bitte kurz.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Es gab das Clearingverfahren 1, zu den allgemeinen Vertragsbedingungen, Antragsteller waren die TGA-Auftragnehmer, das Clearingverfahren wurde am 14. August 2014 abgeschlossen.

Es gab das Clearingverfahren 2, Bauzinsen, da ging es darum, wie berechnet man Bauzinsen im speziellen Fall und wie ordnet man sie den Parteien zu. Beantragt von den TGA-Auftragnehmern, abgeschlossen am 9. August 2015.

Es gab das Verfahren 3, Brandschutzklappen. Dieses Verfahren wurde ohne Clearingvorschlag abgeschlossen, da wurde im Rahmen der Besprechungen mit den Parteien einfach eine Übereinstimmung über die weitere Vorgangsweise getroffen. Auf gut Deutsch, man hat sich geeinigt und die Sache war erledigt.

Dann gab es das Verfahren 4, Deckenspiegelplanung. Wissen Sie, was ein Deckenspiegelplan ist? Wenn Sie sich in einem Krankenhaus auf den Boden legen und schauen zur Decke, dann sehen Sie den Deckenspiegel, also all das, was auf einer Decke drauf ist. Und das ist in einem Krankenhaus sehr viel. Hier haben Sie einen einfachen Deckenspiegel, Sie haben hier Lüftungsrohre, Sie haben hier Leuchten, Sie haben einen Brandmelder, Sie haben dort eine Fluchtwegleuchte, Sie haben hier irgendeinen WLAN-Sender, was das da drüben in der Ecke ist, weiß ich nicht genau – und all diese Dinge sieht man auf einem Deckenspiegelplan. Wenn Sie jetzt aber unter dieser Decke eine abgehängte Decke haben, so haben Sie in diesem sogenannten Zwischendeckenraum eine Unmasse von Installationen. Und diese Unmassen von Installationen haben jetzt Lüftungsauslässe und Leuchten, und haben vor allem auch Revisionsklappen. Das heißt, Sie müssen ja irgendwie zu den Trümmern dazukommen, die in der Decke eingebaut sind, einregulieren, absperren, drosseln, was auch immer. Und die Koordination all dieser Funktionen in einer abgehängten Decke nennt man die Deckenspiegelplanung. Das ist eines der ganz komplexen Themen. Und wenn es im gegenständlichen Fall so ist, dass die restliche Deckenfläche, die nicht durch Leuchten oder Lüftung oder sonst etwas belegt ist, zur Kühlung des Raumes dient, wird es umso diffiziler, weil man kann nicht sozusagen großzügig alle Flächen für Lüftung und so weiter vergeben, dann bleiben keine Kühlflächen über.

Und das war das Thema dieser Deckenspiegelplanung, die sehr strittig war, da sie letztendlich an die Trockenbaufirma vergeben wurde. Das heißt, der Trockenbau war auf einmal zuständig für die Deckenspiegelplanung und es hat eine Zeit lang gedauert, bis das wieder sozusagen in die Planerhand zurückgeführt wurde. Dieses Verfahren Deckenspiegelplanung wurde als Teil des Clearingverfahren 6 mit abgeschlossen.

Dann gab es das Verfahren 5, Kabeltassen. Da ging es darum, dass, wenn die Planung eines Hauses in verschiedenen Abschnitten erfolgt, sozusagen Planausschnitte sind, eine Kabeltasse, die auf einem Plan drauf

ist, sich nach Möglichkeit auf dem anderen Plan fortsetzen soll. Und wenn das nicht der Fall ist, entstehen dadurch mehr Aufwendungen in der Planung, in der Abwicklung, und so weiter. Das war ein eher überschaubares Thema, das wurde auch mit dem Clearingverfahren 6 abgeschlossen.

Dann gab es das große Clearingverfahren 6, das unter dem Titel Pauschalierung gelaufen ist. Die Grundidee war damals so eine Art Susi-Sorglos-Paket herauszuarbeiten. Das heißt, man kommt zu einem Betrag, den zahlt man den Haustechnikfirmen, und damit ist ein für alle Mal Schluss mit Mehrforderungen, mit noch Transkostenforderungen, et cetera. Das war an sich ein faszinierender Gedanke, der nach meiner Erinnerung nach vom Architekt Wimmer ausgegangen ist.

Dieses Verfahren 6 hat sich dann in zwei Teile geteilt. Der erste Teil, der zu einem Clearingvorschlag geführt hat, hat sich insbesondere – der Clearingvorschlag ist 70 Seiten stark – mit den bauwirtschaftlichen Mehrkostenforderungen aus Bauzeitverlängerung befasst, also die Abgeltung der Mehraufwendungen auf Grund von verzögerter Bauzeit, Leistungsverdünnungsstörungen auf der Baustelle. Und dann gab es eine ganze Liste von weiteren Punkten, die mit erledigt wurden, zum Beispiel das Einrichten dieser Koordinationsstelle, sodass die Haustechnikfirmen nicht sagen können, ich habe eine Störung als Lüftung, weil die Heizung etwas gemacht hat, was mich stört, oder die Elektrik hat eine Kabeltasse verlegt, die jetzt mich stört, und sich dadurch Störungen aufbauen gegenseitig. Das hat man damit auf die Seite geschafft und hat auch eine Person gefunden damals, die diese Kontrollstelle oder Koordinationsstelle auch fachlich geführt hat, und diese Koordinationsaufgaben, die absolut notwendig waren, wahrgenommen hat. Das war der erste Teil dieses Clearingverfahrens, das war im September/Oktober 2015 aus.

Der zweite Teil war die Massenpauschalierung. Man wollte, dass man die voraussichtlichen Abrechnungsmengen, also die Massen, die Meter Rohre, die Meter Kabel, die Meter Kabeltasse, was auch immer, im Jahre 2015 so weit abschätzt, dass man bis zur Fertigstellung des Projektes Sicherheit hat. Und das wurde dann in vielen Arbeitsgruppen, die getagt haben, versucht. Aber letztendlich war der Planungsfortschritt nicht so weit gediehen, dass man mit gutem Gewissen eine derartige Massenpauschalierung empfehlen konnte. Es gab auch damals in den Hochrechnungen der Kosten große Massenreserven, die die Firmen reingeschrieben haben, unter dem Motto, na ja, es wird schon mehr werden. Das hat sich zu Millionen addiert und letztendlich waren die Reserven so viel höher als die Kollaudierungskosten, also die Abrechnungskosten, die man sich durch eine Pauschalierung ersparen konnte, dass es aus meiner Sicht weder wirtschaftlich noch sachlich dem KAV zu empfehlen war, dieser Massenpauschalierung zuzustimmen. Daher hat sie dann auch nicht stattgefunden und das Projekt wird bis heute nach Massen abgerechnet.

Dann gab es das Verfahren 7, die Mehrkostenforderung Rohbau - Baumeister, das haben wir heute schon angeschnitten.

Dann gab es das Verfahren 8, Bauzinsen. Da ging es wieder einmal um die Berechnung Bauzinsen im Zusammenhang mit dem Clearingverfahren 6, wurde auch erledigt. Dann gab es das Thema Kollektor-Decke, Abrechnung. Hier ist der KAV nicht in das Verfahren eingetreten.

Dann gab es ein Verfahren 11, Kosten der Hygieneüberprüfung. Da ging es um Gutachterkosten im Zusammenhang mit der Hygieneprüfung von Lüftungsanlagen, wo strittig war, was war im Hauptauftrag der Firmen drinnen und was wurde dann mehr gefordert. Hier wurde auch in einem gesprächsweisen Mediationsverfahren ein Betrag gefunden, der überschaubar war und mit dem man das Thema einfach aus der Welt geschafft hat.

Dann gab es das Verfahren 12, Weiße Wannen. Da ist der KAV nicht eingetreten. Dann gab es das Verfahren 13, Mehrkostenforderungen 2013 bis 2018. Das resultiert daraus, dass man im Verfahren 6 ja nur die Mehrkostenforderungen aus bauwirtschaftlichen Claims bis Ende 2017 abgedeckt hat, dass aber de facto das Ganze ein Jahr länger gedauert hat. Es ist ja der Plan, 2017 werden wir fertig, nicht aufgegangen, und was dieses Jahr mehr kostet, wurde im Rahmen dieses Clearingverfahrens neben einigen anderen Randthemen abgearbeitet. Und das wurde eben am 25.1.2019 positiv abgeschlossen.

Und dann gab es das Verfahren 14, Bauschaden. Da ging es um die Bauschadensabrechnung. Das wurde mit dem Clearingverfahren 13 miterledigt und wurde also am 25.1. zu Ende gebracht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN, Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Herr Dr. Fuld, ich komme noch einmal ganz an den Anfang zurück. Sie haben ja bei Ihrer Vorstellung beschrieben, dass Sie auch den Wettbewerb begleitet haben.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ich habe zwei Wettbewerbe begleitet, den für die Begleitende Kontrolle und den für diesen zur Verfügungsteller des Grundstückes.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Okay. Sie waren ja auch ohne Stimmrecht zur fachtechnischen Unterstützung bei den Sitzungen der Bewertungskommission anwesend, stimmt das so?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Das ist richtig.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): In den Teilnehmerunterlagen "Bereitstellung Krankenhaus Wien Nord" ist unter dem Punkt "Mindestvoraussetzung Grundstück" festgehalten, dass der Nachweis über die Verfügungsberechtigung über das Grundstück spätestens am 29.9.2006 vorgelegt werden muss. Die Teilnahmeanträge mussten spätestens am 16.6.2006 eingelangt sein. Hier lag also ein Zeitraum von etwas mehr als drei Monaten dazwischen. Letztendlich wurde die Frist zur Vorlage der

Verfügungsberechtigung aber auf den 29.2.2008 verlängert. Warum wurde diese Frist für so viele Monate verlängert, die neuerliche Prüfung der Angebote nach den erfolgreichen Einsprüchen beim Wiener Vergabekontrollsenat fand bereits im Jänner 2007 statt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ich kann die Termine auf den Tag nicht bestätigen, aber so größenordnungsmäßig entspricht das meiner Erinnerung. Es war damals natürlich eine heftige Diskussion auch in der Bewertungskommission, ist das nur mit einem Bieter sinnvoll, also ist das Ergebnis dieses Verfahrens, wenn man dann zum Schluss nur noch einen Bieter hat, ein sinnvolles Ergebnis. Das wurde heftig diskutiert, und Teil dieses Diskussionsprozesses war es auch, dass man versucht hat, einem anderen Bieter die Möglichkeit zu geben, diese Berechtigung der Verfügung über das Grundstück noch nachzubringen. Was er aber dann letztendlich nicht geschafft hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Dipl.-Ing. Dr. Koller, ehemals Mitglied der Bewertungskommission, hat ausgesagt, als einziges Mitglied seine Zustimmung zu Verhandlungen mit nur einem Bieter schriftlich mittels eingeschriebenen Brief an Dr. Marhold widerrufen zu haben. Als Grund gab er ausdrücklich den nun gänzlich fehlenden Wettbewerb an und betonte, dass er Verhandlungen mit nur einem Bieter als rechtlich sehr bedenklich sieht. Ist Ihnen dieser Widerruf von Herrn Dr. Koller bekannt? Und wenn ja, wissen Sie noch, wie Herr Generaldirektor Marhold darauf reagiert hat?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ich weiß, dass Herr Dr. Koller in der Bewertungskommission saß, ich habe auch hier eine Anwesenheitsliste der Bewertungskommission, da steht er drinnen. Dr. Koller hat letztendlich dem Erkenntnis ein Bieter in der Bewertungskommission zugestimmt. Ich habe dann später gehört, dass es irgendwelche Schriftverkehre oder Schreiben an die verschiedensten Institutionen gegeben hat, aber das kann ich Ihnen nur so als Gschichtl erzählen, im Detail habe ich weder die Briefe gelesen, noch sonst etwas damit zu tun gehabt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ. Noch eine Nachfrage.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Meine 3. Frage. Das war so verschachtelt. Dipl.-Ing. Dr. Koller sagte auch aus, dass die Sitzung vom 20.2.2008 der Bewertungskommission, in der letztlich die Empfehlung beschlossen wurde mit dem PSV-Konsortium in Vertragsverhandlungen zu treten, bereits mehrere Stunden vor dem ihm gegenüber angegebenen Zeitpunkt begonnen habe. Und dass das PSV-Konsortium bei seiner Ankunft bereits anwesend war und sich gefreut hat, den Auftrag bekommen zu haben, ohne dass bereits ein Beschluss formal vorlag. Auch der zu unterzeichnende Beschluss lag bereits vorformuliert als Tischvorlage auf. Außer dem Architekten Haid, der ebenfalls erst verspätet zur Sitzung

geladen wurde, waren alle anderen Bewertungskommissionsmitglieder Magistratsbedienstete.

Können Sie das bestätigen? Wollte man hier bewusst möglichen Widerspruch vermeiden und eine seit langem feststehende Entscheidung nur noch formal absegnen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Zu den Mitgliedern der Bewertungskommission. Geleitet wurde sie von Prof. Lohmann, einem deutschen Spezialisten, der das sehr souverän gemacht hat. Dann gab es den Herrn Dr. Koller, der meiner Meinung nach kein KAV-Mitarbeiter war. Dann gab es denn Herrn Regierungsrat Walter Reinagl, Senatsrat in Ruhe, der meiner Meinung nach oder meines Wissens nach auch kein Mitarbeiter des KAV zum damaligen Zeitpunkt war. Dann gab es den Senatsrat Dipl.-Ing. Binder. Der kam aus dem Magistrat, ich glaube MA 19 war das, falls ich mich da richtig erinnere. Dann gab es die Frau Dipl.-Ing. Andrea Kreppenhofer. Da weiß ich nicht mehr, wer das war. Der Ing. Heinz Lehner, das war ein Mitarbeiter des KAV, wenn ich mich richtig erinnere. Dann gab es den Dr. Marhold und die Frau Dr. Herbeck, bekannte Persönlichkeiten. Den Dipl.-Ing. Dr. Wölfl, auch ein Mitarbeiter des KAV. Den Mag. Josef Podlesnig, der auch zum KAV, in welcher genauen Funktion weiß ich nicht, aber der ist dem KAV zuzurechnen. Dann gab es den Oberensratsrat Dr. Kramhöller, das war die Finanzverwaltung der Stadt Wien. Und dann gab es den Architekt Heide als unabhängigen Fachmann. Man muss zu diesem Verfahren noch etwas dazu sagen, das nicht so ganz bekannt ist. Das Verfahren war ja irrsinnig kompliziert, weil es einen, ich möchte nicht sagen Aufstand, sondern weil es wesentliche Vorbehalte der Architektenkammer gegeben hat, dass man in diesem Verfahren den Architekturwettbewerb nicht vorziehen soll. Das heißt, die Bieter haben natürlich mit ihren Grundstücken auch irgendwelche Zeichnungen geliefert, wo man sieht, was sich die vorstellen. Die haben auch dann in meinem Büro sorgfältig abgepickt, damit man ja nichts sieht. Also es wurde versucht, und das war so ein bisschen eine Gratwanderung, ein Grundstück zu beurteilen ohne dass man eine Idee hat, was der Bewerber da für ein Projekt vorhat. War nicht einfach. Letztendlich haben aber die Kriterien für das Grundstück in der Brünner Straße den Ausschlag gegeben, die von der Bewertungskommission sogar zwei Mal, weil das haben wir ja wiederholt, ganz detailliert aufgelistet wurden, detailliert beurteilt wurden. Darüber gibt es ein umfangreiches Protokoll, das meiner Meinung nach der KAV hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Danke schön. FPÖ, Herr Seidl!

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Ja danke. Herr Diplomingenieur, eine Frage: Zu all den strittigen Punkten, die bisher gelöst worden sind oder eben nicht gelöst worden sind, wird es ja unter Garantie schriftliche Aufzeichnungen geben. Ich gehe davon aus, dem ist so.

Und wenn ja, liegen die beim Krankenanstaltenverband auf?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Im Rahmen dieser Verfahren wurde so wie in einem Gerichtsverfahren jeder verfahrensbezugsnehmende Schriftsatz, Terminverschiebungsansuchen, was immer, mit einer Ordnungsnummer versehen und an alle Beteiligten versandt. Das waren im Wesentlichen die Rechtsanwälte. Also wir haben das direkt an die Rechtsanwälte zugestellt, die das meines Wissens dann ihren Mandanten weitergeleitet haben wie es jeder Rechtsanwalt tut. Und diese Unterlagen liegen sowohl bei den Rechtsanwälten des KAV wie bei den Rechtsanwälten der Antragsteller auf.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seidl!

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Danke. Jetzt noch eine Frage: Wenn Sie es dann geschafft haben, im Clearingverfahren eine Vereinbarung zwischen den beiden Parteien zu treffen, wer seitens des Krankenanstaltenverbundes hat das dann im Endeffekt genehmigt? Weil ich gehe ja davon aus, das muss ja dann auch noch von irgendjemandem im Krankenanstaltenverbund von oberster Stelle abgesegnet werden, so ja, machen wir, oder nein, machen wir nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Als so ein Clearingvorschlag ausgearbeitet war unter Beteiligung aller genannten Personen, ist er dann an die Rechtsanwälte zugestellt worden. Und dann mussten sich, oder dann konnten sich, besser gesagt, die Parteien verschweigen. Das heißt, sie haben einfach nichts gesagt. Wie es innerhalb der Parteien dazu gekommen ist, dass man den Beschluss gefasst hat, sich zu verschweigen, weiß ich nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seidl!

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Okay, danke, verstehe ich. Das heißt, Sie wissen auch nicht, ob das jetzt dann noch weitergegangen ist, ich sage einmal über die Generaldirektion des Krankenanstaltenverbundes bis rauf ins Stadtratsbüro.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ich habe keine Ahnung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ? Der Herr Gara ist nicht da. Die Frau Korosec?

Der Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Sie haben umrissen dieses Clearingverfahren mit einem Volumen von 130 Millionen ungefähr. Jetzt haben wir Baukosten abgeschätzt, also wenn das dann hält, mit 1 341. Das wären dann also ungefähr zehn Prozent, Sie haben vorher zum Vergleich ein paar Mal das Beispiel eines Einfamilienhauses genommen. Jetzt ist das auch normal, wenn jemand ein Einfamilienhaus baut oder bauen lässt, dann passt auch irgendwas nicht. Dann hängen entweder die Tapeten schief oder der Fliesenleger kommt zu spät oder sonst was. Aber im Volumen sind das jetzt zehn Prozent. Jetzt habe ich es ganz kurz versucht zu überschlagen, was mein Vater irgendwann gehabt hat. Aber ich weiß nicht, ob er zehn oder fünf oder mehr gehabt hat. Aber das Problem gibt es ja tatsächlich öfters. Sie sind aber nicht das erste Mal in einem Clearingverfahren.

Ist das in der Größenordnung ein normaler Aufwand, dass man sagt, am Schluss landen ungefähr zehn Pro-

zent entweder vor Gericht oder bei einer Clearingstelle? Oder ist das jetzt schon exorbitant hoch?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Dieses Projekt hat eine dreijährige Bauzeitverlängerung erfahren, Mitte 16 bis Mitte 19 ganz grob gesagt, und das ausgehend von einer vorgesehenen Bauzeit von vier Jahren in etwa. Das heißt, wir haben eine Bauzeitverlängerung, die - jetzt müsste ich Kopfrechnen - aber beinahe auf das Doppelte hinauskommt. Und da erscheinen mir Streitwerte oder Meinungsverschiedenheiten über Beträge in der Größenordnung von zehn Prozent, wobei da sicherlich noch Einiges dazuzurechnen wäre, was nicht im Rahmen der Clearingverfahren bisher abgehandelt wurde, eigentlich nicht überraschend. Also ich meine, ein g'scheiter Bauprozess hat schon einmal 20, 30 Prozent der Bausumme als Streitwert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Eine Frage zur Bauzeit. Sie haben gesagt, die Bauzeit ist mit drei Jahren oder mit vier viel zu kurz bemessen gewesen, führt natürlich nachher zu Problemen. Jetzt haben wir da ständig gelernt, jede Bauzeitverzögerung kostet Geld. Das klingt jetzt auf die Schnelle so wie: Hätte man am Anfang gesagt, es dauert drei Jahre länger, wäre es automatisch um das teurer geworden. Das glaub' ich nicht. Sondern hätte man gleich gesagt, es dauert länger, was nicht so attraktiv ist, wenn man ankündigen muss, es dauert viel länger. Dann hätte man sich nach Ihrer Ansicht vermutlich, also das ist die Frage ohne vermutlich, hätte man sich dann Kosten ersparen können, weil ja alle Firmen mit den Terminen vermutlich besser zurechtgekommen wären, weil Sie sagen, es ist...kurz. Das führt dazu, dass A nicht fertig wird, und B nicht anfangen kann zu arbeiten. Und dann haben wir eben 10 Prozent Clearingverfahren, was nicht Ihr Fehler ist.

Hätte man von Anfang an die Kosten in dem Fall sogar gesenkt, wenn man eine längere Bauzeit von vornherein angekündigt hätte?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Erstens einmal ist es meiner Meinung nach wichtigste Grundlage jeder Ausschreibung, dass man bei einem haltbaren Planungsstand und haltbaren Bauzeitplan die Ausschreibung durchführt. Also man sollte auf einer Basis ausschreiben, wo man wirklich gefestigt davon ausgeht, dass das dann auch so abläuft. Das ist einmal ein Grundsatz.

Die bauwirtschaftlichen Forderungen sind ja so aufgebaut, dass man versucht nachzuvollziehen, was hat die Firma kalkuliert, also was für eine Kalkulationsgrundlage, und was sind hier aufgrund von Bauzeitverlängerung oder Störungen oder all diesen bauwirtschaftlichen Einflüssen auf den Ablauf des Projektes an Mehrkosten entstanden. Die reine Bauzeitverlängerung selber, also dass der Container länger dort steht oder dass, ich weiß nicht, ein Bagger ein Jahr länger auf einer Baustelle herumsteht, das sind ja nicht die wesentlichen Kosten. Die sind ja relativ leicht erfassbar, weil eine Baustelleneinrichtung ist ausgeschrieben und wenn die dort ein Jahr länger steht,

kostet es halt 12 Mal diesen angebotenen Preis. Wenn man von einem realistischen Bauzeitplan ausgehend ausschreibt, dann ist es natürlich schon so, dass das Tor für diese Forderungen nicht geöffnet wird, aber andererseits ja die bauwirtschaftliche Berechnung versucht, diese ursprünglich schon gerechtfertigte und kalkulierte Forderung nachzuvollziehen. Das heißt, man versucht einfach das, was die damals hätten kalkulieren müssen wenn sie statt drei Jahre fünf Jahre kalkulieren, aufgrund der Basis ihres Angebotes nachzuvollziehen. Das hat natürlich eine gewisse Bandbreite. Also da gibt's Excel-Sheets, die füllen Gigabyte auf Computern. Da kann man jetzt an allen Parametern drehen. Aber unterm Strich ist der Versuch, das möglichst gerecht nachzuvollziehen. Ja, und Gerechtigkeit ist das, was wir versucht haben in dem Clearingverfahren herbeizuführen. Also eine Zahl zu finden, wo halt beide sagen: Naja, das wird schon so ungefähr stimmen. Genau stimmen wird das alles nie, es gibt keine objektive Zahl. Erspart hätte man sich meiner Meinung nach aus dem Titel "Bauzeitverlängerung" keine wesentlichen Kosten. Die wesentlichen Kosten liegen auch vor allem in den Störungen des Bauablaufes.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Sie haben in Ihrem Eingangsstatement sehr locker dazwischen gesagt, Sie haben Juli 2008 das Projekt auf eigenen Wunsch verlassen, und sind dann zur nächsten Phase gekommen. So leite ich daraus ab, dass Sie später wieder eingebunden wurden. Dass man zumindest tatsächlich, wenn Sie sagen, auf eigenen Wunsch verlassen, nicht wollte, dass Sie das Projekt verlassen. Sie haben allerdings nicht dazu gesagt warum, haben aber kurz vorher den 971-Prüfvermerk angeführt und dann gesagt: Ich war dann schnell weg.

Jetzt würde mich interessieren, wenn Sie es uns sagen wollen: Warum haben Sie zu dem Zeitpunkt das Projekt verlassen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also bei dem Prüfvermerk 971 habe ich mich auf meinem Zettel verlesen. Der gehört zur Phase 3, Punkt 1, der ist vom November 2013. Das war ein Irrtum von mir. Ich bitte ihn zu entschuldigen.

Das Zweite ist, ich habe das Projekt verlassen, weil ich der Meinung war, dass der Weg, den man geht, Wettbewerb schaffen, das PPP-Modell in Frage stellen und dergleichen, dass das meiner Meinung nach nicht die Idee ist, mit der man 2005 in das Projekt hineingegangen ist. Und ich habe da... alle anderen, die anderer Meinung waren, meinen Platz in diesem Projekt nicht mehr gesehen und bin in allem Frieden und Freundschaft gegangen. Also es hat keine Streite gegeben, gar nichts. Ich habe einfach gesagt, ich sehe mich hier nicht mehr in diesem Projekt. Und 2013 hat man mich angerufen und hat gesagt: Wir wollen eigentlich eine objektive Meinung hören und Sie haben damals so eine vernünftige Leistung erbracht. Sie wissen so halbwegs, worum es geht. Schauen Sie sich das an.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn? Herr Seidl!

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Danke. Insgesamt ist ja angedacht, dass zum Beispiel auch über Haftpflichtversicherungen insgesamt Kosten gespart werden können. Jetzt vereinfacht dargestellt müsste ja die Haftpflichtversicherung des Krankenanstaltenverbundes Schadenersatzverpflichtungen des Krankenanstaltenverbundes aus Prozessen mit Gewerken tragen.

Jetzt meine Frage, ich bin mir hundertprozentig sicher, dass schon Haftpflichtschäden eingereicht wurden und Versicherungen auch schon Haftpflichtschäden reguliert haben: Wissen Sie, ob mehr oder weniger als Basis für die Haftpflichtversicherung die Clearingentscheidungen jene Beträge waren, die eingereicht worden sind? Oder waren das die einstigen Streitwerte?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Zu diesen Haftpflichtversicherungen kann ich nur sagen, dass nach meiner Kenntnis vom KAV Planungshaftpflichtversicherungen abgeschlossen worden sind, die Planungsmängel der von ihm beauftragten Konsulenten abdecken. Das heißt, wenn der Plan vom Statiker falsch ist und es entstehen dadurch Mehraufwendungen, dann zahlt es diese Versicherung. Das hat auch irgendjemand ausgesagt, in der Größenordnung von 800 000 Euro oder so wurde da etwas reguliert mit falschen Säulen oder falschen Wänden oder so. Darüber hinaus ist mir nicht bekannt, dass irgendein Ergebnis der Clearingstelle zu einem Versicherungsfall geworden ist oder dort eingereicht wurde. Ich wüsste nichts davon.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Seidl!

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Okay. Nur ganz kurze Nachfrage: Wer könnte darüber Auskunft geben? Ich nehme an, der Krankenanstaltenverbund selbst wenn, am ehesten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Wenn ich jetzt sage ich glaube, dann ist das so zu verstehen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kohlbauer!

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Ja guten Abend, Herr Ing. Fuld! Sie haben einen sehr lukrativen Auftrag mit diesen Clearingprozessen bekommen. Und Sie haben in Ihrem Eingangsstatement ja auch gesagt, dass Sie ein Sozialmedizinisches Zentrum in der Gumpendorfer Straße geplant haben. Ich vermute hier auch einen sehr lukrativen Auftrag dahinter.

Jetzt meine Frage: Wie kommt man zu so einem Auftrag? Wie sieht das in diesem konkret mit dem Sozialmedizinischen Zentrum Jedmayer aus? Was bekommt da Ihre Firma? Das ist die G157 Errichtungs-, Betriebs-, Verwertungs- und Beteiligungs GmbH, da sind Sie Geschäftsführer und hundertprozentiger Eigengesellschafter, also Eigentümer. Wie sieht das da aus mit den finanziellen Gegebenheiten?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Erstens einmal bin ich jederzeit gerne dafür da, das zu erklären und das darzulegen. Ob das mit dem Krankenhaus Nord etwas zu tun hat, bitte ich Sie als Vorsitzende zu entscheiden. Ich wehre

mich in keiner Weise dagegen, das darzulegen. Es hat nur überhaupt nichts damit zu tun. Wie wollen Sie das...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Also das zweite Projekt hat nichts mit dem KH Nord zu tun, diese Gumpendorfer Straße?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Das Sozialmedizinische...Die Gumpendorfer Straße ist ein wohnbauförderndes Projekt, das errichtet wurde, das in einer Gesellschaft errichtet wurde, die mir gehört. Meines Wissens ist das Projekt auch vom Stadtrechnungshof geprüft worden. Wenn Sie wollen, erzähle ich Ihnen die ganze Geschichte, das ist...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Der erste Teil der Frage ist ja auch noch offen. Wie kommt man zu diesem...? Das haben Sie teilweise schon beantwortet, nämlich zu dieser Clearingstelle.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ja.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ist das richtig? Ja. Zur Clearingstelle.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Die Tätigkeit der Clearingstelle erstreckte sich über fünf Jahre, mein Anteil an diesem ganzen Clearingverfahren.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Wie kommt man dazu, hat er gefragt. Wie kommt man zu diesem Job?

GR Leo **Kohlbauer** (FPÖ): Das haben Sie an sich eingangs schon erwähnt. Das war der Zweite.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Richtig. Also dann Frage zurückgezogen, wunderbar. FPÖ? Keine Fragen. SPÖ? Keine Fragen.

Der Herr Gara hat noch Fragen.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sie haben erwähnt, dass der KAV kein Clearing mit PORR wollte. Habe ich das richtig verstanden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Er ist auf die Clearingträge der PORR nicht eingegangen. Also er hat nicht gewollt, dass diese Verfahren beginnen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Kennen Sie einen Grund dafür, warum man das in dem Fall nicht wollte?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Das könnte ich Ihnen nicht sagen. Das ist eine Entscheidung des KAV.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gara!

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Korosec? Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Herr Dr. Fuld, Sie haben zwischendurch gesagt, der Herr Balázs war sehr fleißig und alles. Das haben da sehr viele ausgesagt, das wird wohl stimmen. Und dann haben Sie gesagt: Aber seinen Job hätten 20 Leute machen müssen. Und jetzt waren es vielleicht 20 oder ich weiß nicht, wie viel das übertrieben war oder nicht.

Aber könnten Sie mir ungefähr, jetzt habe ich schnell im Kopf noch: Was kosten die im Monat oder im Jahr? Im Sinne von 1 Milliarde und 341 Millionen fällt das nicht ins

Gewicht, auch wenn es 20 Leute sind. Aber was meinen Sie darunter? Weil es klingt sehr wie eine Übertreibung, wie wenn manche Leute sagen, es sind hunderttausende Wurstsemmeln gewesen. 20 Leute hätten den Job vom Herrn Balázs machen müssen. Dann wundert es mich nicht, dass er an den Rand seiner Kapazitäten gekommen ist, egal, wie fleißig er ist. Aber was haben Sie genau damit gemeint? Und was hätte uns das geholfen beim Projekt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Man...bei dem Projekt den Weg gegangen zu sagen, man übergibt das nicht einem Generalunternehmer, auch unter dem Eindruck, man erspart sich die Generalunternehmerzuschläge. Das ist natürlich das Geld, das ich mir bei einem Generalunternehmer über Zuschläge erspare wenn ich in Einzelvergaben gehe, zumindest in derselben Größenordnung in die Planung, in die Bauherrenschaft hineinstecken muss. Das scheint irgendwie nicht so richtig bedacht worden zu sein. Nur irgendjemand muss diese ganze Koordination, Planung, Aufsicht über die Projektsteuerung, Aufsicht über die..., irgendjemand muss das machen. Das kann ich jetzt einem Totalunternehmer hinüberschieben. Der macht dann die Planung und die Ausführung. Oder ich gehe her und sage, ich teile es auf viele Beteiligte auf. Dann entsteht ein Mehraufwand bei allen Konsulenten und den muss ich abgelten. Und was unterm Strich dann billiger ist, ja, das kann man im Nachhinein abrechnen, wenn man will.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Sie haben am Anfang bei Ihrer Einleitung dem Totalunternehmer oder dem General- oder dem Teilgeneralunternehmer das Wort gesprochen.

Haben Sie aus Ihren Erfahrungen Zahlen, die belegen würden, dass, wenn man so viele Gewerke hat, am Ende sehr viel mehr Clearingverfahren herauskommen? Oder ist das nicht automatisch, weil es haben uns immer wieder Zeugen gesagt, was ist der Vorteil und der Nachteil bei Gewerken. Die Idee war ja: Warum hat man es gemacht? Weil man geglaubt hat, dass man damit besser durchkommt, was man mittlerweile zumindest in Frage stellen muss. Haben Sie die gleiche Anzahl an Clearingverfahren, wenn ein Totalunternehmer beschäftigt wird oder ein Generalunternehmer wie bei dieser hohen Anzahl von Gewerken?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fuld!

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also ich habe diese Clearingverfahren beim Flughafen und beim Krankenhaus Nord gemacht. Sonst entschließen sich Bauherren sehr selten dazu. Ich kenne das Ganze aus Schiedsmannverfahren aus dem Regierungsviertel in St. Pölten. Da haben wir, glaube ich, um die 30 solcher Verfahren abgewickelt. Ich kenne die Streitereien zwischen Generalunternehmen oder den sehr selten in Österreich herangezogenen Totalunternehmen, das ist wirklich die Ausnahme aus den Gerichtsverfahren, aus den verschiedenen. Und ob der Totalunternehmer Forderungen stellt oder drei Gewerke,

das lässt sich heutzutage nicht mehr voraussagen. Der bauwirtschaftliche Claim ist allerorten, ja, und...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn? Gibt's noch irgendwo Fragen? Nein?

Sie haben gesagt, die Idee zu der Clearingstelle kam vom Herrn Dullinger, Rechtsanwalt Dullinger. Jetzt hat er die Idee geboren. Und wer hat dann die Zustimmung zu diesem Projekt erteilt?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Die wurde vom Dr. Dullinger vorgeschlagen, mit mir besprochen, mit Holoubek besprochen. Das ist nicht etwas, wo einer gesagt hat, jetzt machen wir eine Clearingstelle. Das war ein in vielen ...gesprächen ein Ergebnis, dass man versuchen will, über diesen Weg zu einer Regulierung der anstehenden Streitverfahren zu kommen. Und dann wurde beim KAV ausgelotet. Und dann wurde bei den Firmen der TGA-Auftragnehmer ausgelotet, ob man sich das vorstellen könnte. Wie dann alle gesagt haben, naja warum eigentlich nicht, dann hat man sozusagen den nächsten Schritt gemacht und hat den Entwurf einer Clearingvereinbarung gemacht und hat es an beide Beteiligten geschickt. Und dann wurde dieser Clearingvertrag halt abgeschlossen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay. Haben Sie jetzt einen Ansprechpartner beim KAV?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Das hat sich im Laufe der Zeit geändert. Also bei den ersten Clearingverfahren waren meine Ansprechpartner, meine direkten Ansprechpartner der Herr Dir. Balázs, die Frau Lettner, der Herr Strenn als zentrale Ansprechpartner. Dann ist der Dir. Balázs gegangen. Dann kam diese ganze Geschichte mit Esoterik und was da alles war, mit der ich überhaupt nichts zu tun habe außer dass ich es in der "Kronen-Zeitung" gelesen habe und dann bei Google nachgeschlagen habe, was überhaupt ein Esoteriker ist, muss ich einmal ehrlich dazu sagen. Und dann hatte ich eine Zeit lang Probleme mit Ansprechpartnern. Dann wurde von Dir. Wetzlinger die neue Programmleitung eingesetzt, das ist der Herr Nüssel und der Herr Köstenberger, die mit Pouvoirs von Dipl.-Ing. Wetzlinger ausgestattet das Projekt dann sehr klar zu einem Ende führen. Also da habe ich wieder Ansprechpartner und das funktioniert sehr gut. Die beiden Herren haben eine Linie und das...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Und in welchem Zusammenhang muss eigentlich dieser Ansprechpartner für Sie da sein?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Eine Clearingstelle ist eine technische Mediation, muss sich an ein Ergebnis herantasten. Das ist ja nicht etwas, wo man sagt, jetzt werfe ich einen Schilling oder jetzt habe ich mir am Sonntag in der Nacht überlegt, das sind 3<sup>4</sup>12<sup>0</sup>000 EUR, sondern da braucht man...Gespräche: Wie kommen Sie zu Ihrem Standpunkt? Wie vertreten Sie Ihren Standpunkt das auch auf der anderen Seite? Letztendlich macht man einen Clearingvorschlag nur, wenn man zumindest größenordnungsmäßig Anzeichen hört, dass der akzeptiert werden könnte.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gut. Aber das ist dann der Partner im Mediationsverfahren aufseiten des KAV praktisch, also eine Partei des Verfahrens?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Ja.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Außerhalb des Verfahrens haben Sie da einen Ansprechpartner?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Außerhalb des Verfahrens gibt es eigentlich seit 2014 keine echte Funktion von mir in diesem Projekt. Ich wurde zu dem einen oder anderen einmal gefragt, weil man halt dabei ist und weil man viel hört. Aber eine Funktion im Projekt war mit der Bestellung des Architekturbüros Moser eigentlich erledigt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay. Sie haben uns das eigentlich sehr deutlich und sehr drastisch klargemacht, dass die Zeit zu kurz war, um diesen Bau zu errichten, also die ursprünglich vorgesehene Zeit. Jetzt gehe ich einmal davon aus, nachdem das eigentlich auf der Hand liegt, man das so sagt wie sie es uns erklärt haben, dass das ja die anderen wissenden Firmen, Herren vom KAV, Damen vom KAV, ja auch sehen mussten.

Warum glauben Sie, ist diese Zeit so kurz angenommen worden?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Erstens muss ich dazu sagen, ich weiß es nicht. Ich war zwischen 2008 und 2013 nicht dabei. 2013 ist dieser Fertigstellungstermin oder der erste Patient am 1. Juli 2016 im Raum gestanden. Der war einfach da, das war eine Tatsache. Was die sich überlegt haben, was sich die Konsulenten überlegt haben, wie die Zeitschienen entwickelt wurden, wie in diesen fünf Jahren Bauzeitpläne ausgearbeitet wurden, da habe ich keine echte Information. Ich kenne nur das Ergebnis dieser ganzen Bauzeitplanung sagen wir einmal Anfang 2014. Und da gab es einen Bauzeitplan, der von den Auftragnehmern nicht akzeptiert war, weil das so nicht funktioniert hat, worüber ich mich auch vergewissert habe und dann sogar noch ein Geschoß einmal moderiert habe und gesagt habe: Wie machen wir das, dass es funktioniert? Aber was damals die Beweggründe waren, wie diese Umstellung des Vergabemodells und der Vergabestrategie - ich kann Ihnen dazu nicht, ich war einfach nicht dabei.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Wenn man jetzt generell sagt, man macht ein Bauwerk - wer gibt die Bauzeit vor? Ist das der Bauherr, der den Leuten anschafft: Ihr müsst jetzt innerhalb von vier Jahren fertig sein? Oder macht das der Planer? Wer macht das?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Also der Termin der Fertigstellung ist einer, der normalerweise vom Bauherrn ausgeht. Also wenn ein Bauherr sagt, ich möchte mein Haus im Dezember besiedeln, dann ist das sein Bauherrenwunsch. Und jetzt ist es Aufgabe der beschäftigten Konsulenten zu prüfen: Geht sich das aus und was bedeutet das? Wenn dann ein Konsulent meint, das ist ein bisschen eng oder das wird sich nicht ausgehen, dann ist das in meinen Augen, aus meiner Sicht seine Aufgabe, das dann auch auszusprechen, zu warnen. Da sind wir letztendlich bei 1299 ABGB.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Muss aber trotzdem dann der Bauherr nicht befolgen?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Der Bauherr muss - ich brauche Ihnen das ABGB nicht erklären - gar nichts ma-

chen, was man ihm empfiehlt. Er kann anschaffen, was er will. Es ist sein Geld.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Wenn ich aber jetzt diese Bauzeit zu kurz annehme, dann schaffe ich ja von Haus aus einmal, und jetzt muss ich sogar sagen sehenden Auges große Probleme für die Unternehmer, die auf dieser Baustelle arbeiten. Sehe ich das so richtig?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Es mag vielleicht schon so sein, dass 2012 oder 2010, wie man diese Bauzeiten festgelegt hat, man der Überzeugung war, das derpacken wir schon, ja. Aber wie sich dann gezeigt hat, wie sich die Schwierigkeiten in der Planung aufbauen, wie sich die Abstimmungsschwierigkeiten aufbauen, wie sich die Haustechnikabstimmung schwierig darstellt, und man sozusagen immer die Leistungen der Firmen immer mehr zusammengeschoben hat... Also man hat in der Anfangsphase mehr Zeit gebraucht und hat dann gesagt: Na gut, die müssen halt immer mehr und immer schneller ihren Werkvertrag abarbeiten. Das ist dann halt irgendwann einmal nicht mehr gegangen. Und das wurde ja dann auch zwei Mal geändert. Ein Mal im Clearingverfahren wurde ein Sechs-Monats-Bauzeitplan ausgearbeitet, der bis Ende 2017 gedauert hat und der dann angenommen wurde, und dann im Herbst 2016, wo dann erkannt wurde, dass das auch nicht geht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Zeugen haben uns hier erzählt, dass aufgrund der kurz angenommenen Bauzeit, die dann länger war, es zu Verzögerungen gekommen ist, sodass die Unternehmen auf der Baustelle nicht zu der ihnen vorgegebenen Zeit die Arbeiten verrichten konnten.

Haben Sie so etwas wahrgenommen? Zum Beispiel die Fassade?

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Die Fassade ist ein gutes Beispiel. Es werden immer zwei Gründe für die Verzögerung genannt: Die Statik und die Fassade.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Genau.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Die Statik im Detail kann ich jetzt nicht beurteilen. Es gab kein Clearingverfahren. Aber letztendlich ist das Haus mehr oder minder zum vorgesehenen Zeitpunkt im Rohbau fertig gewesen, also können die Einflüsse von der Statik vielleicht wirtschaftlicher Natur gewesen sein. Man ist ja diesen Einflüssen auch begegnet und hat die Bauteile umgestellt und hat darauf reagiert. Da können noch Mehrkostenforderungen herauskommen. Ob berechtigt oder nicht, kann ich nicht einmal beurteilen. Das Thema Fassade ist etwas heikler. Die Fassade ist die Voraussetzung dafür, dass man mit Ausbaugewerken beginnt. Auf der Baustelle hat sich ja

gerade gezeigt, wenn man mit Trockenbau anfängt und keine Fassade hat, dass das nicht zu einem positiven Ergebnis führt. Und wie ich dort Ende 2013 gesessen bin und habe nicht gesehen, dass eine Fassade montiert wird, habe mir schon gedacht, dass da zu hinterfragen ist, warum das so ist. Weil wenn Sie sich heute ein Hochhaus anschauen mit einem Nachlauf von vier, fünf, sechs Geschossen, wird die Fassade gebaut und oben wird noch betoniert. Also hätte dann, wenn der Rohbau fertig ist, spätestens dort die Fassadenmontage beginnen müssen. Das war nicht der Fall. Ob das jetzt nur auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser ARGE oder auch auf Planungs- oder auf fehlende Planungsvorgaben der Konsulenten beruht hat, habe ich persönlich im Detail nicht untersucht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay, gut. Ich habe keine Fragen mehr. Gibt's sonst Fragen? Wenn nicht, dann herzlichen Dank fürs Kommen

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Gerne.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: zu so später Stunde. Vielen Dank.

Dipl.-Ing. Dr. Stephan **Fuld**: Gerne.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ich nehme jetzt noch zu Protokoll, ich nehme noch zum Akt das Mail vom 15. Februar 2019 von Herrn Dipl.MTF Dieter Maier. Gibt's ...*(Zwischenrufe)* Nein, aber es gibt einen Antrag, das zum Akt zu nehmen. Das habe ich hiermit getan. Ob es einen Antrag gibt, werden wir sehen, werden wir sehen.

Gemäß § 59b Abs. 4 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien kann eine Untersuchungskommission eine Unterkommission nur zur Abfassung ihres Berichtes einrichten. Ich habe daher angeregt, dass man eine solche Unterkommission bildet. Es wurde, soweit ich es wahrgenommen habe, Einvernehmen dazu gefunden, sich in einer solchen Unterkommission zusammenzusetzen.

Ich stelle daher den Antrag...

Nein, zunächst einmal: Gibt's dazu Wortmeldungen? - Keine gegenteiligen.

Dann stelle ich einen Antrag, dass sich die Fraktionsführer zusammensprechen, eine solche Unterkommission zu bilden.

Gibt's dazu Wortmeldungen? - Wenn nicht, dann bringe ich meinen Antrag zur Abstimmung.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Der Antrag ist von allen Fraktionen einstimmig angenommen.

Ich schließe die Sitzung um 20.36 Uhr.

*(Schluss um 20.36 Uhr)*